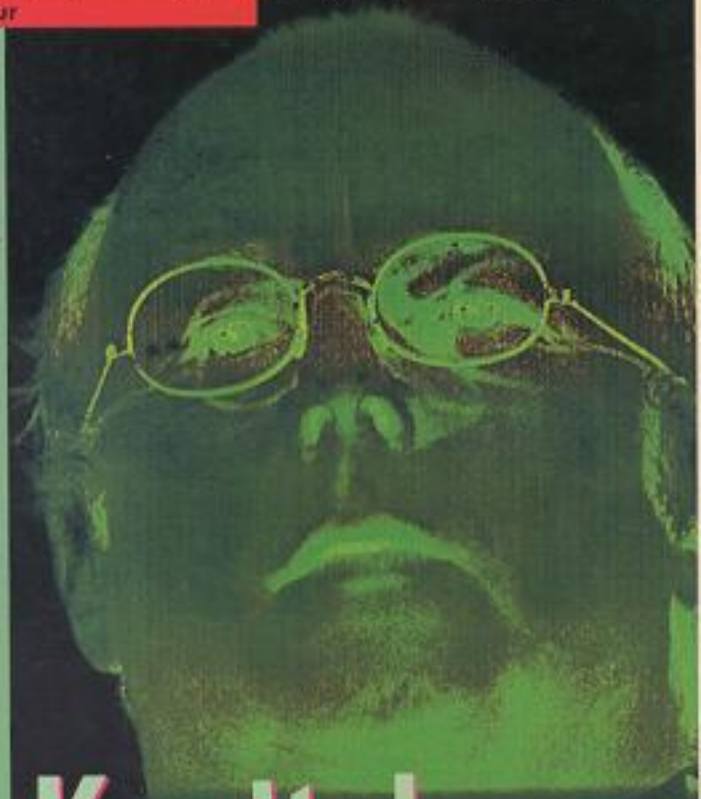
Heft 3 März 1996 8,– DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- DM-Terror: Der kalte Krieg der Bundesbank
- Pullach: Plutonium für den Kanzler
- Polizei: Rassismus in Uniform
- Ulbricht: Hatte die DDR eine Chance?
- Literatur und Lüge: Handke und seine Kritiker
- Lagerfelds Faust Food



Kapital & Arbeitsfront: Reichtum muß sich wieder lohnen

in konkret März 1996

von konkret

an konkret

Prinzipiell hoffnungslos von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Termine

Von Keynes zu Alzheimer von Robert Kurz
Bündnis für Selbstverstümmelung oder Warum politische Initiativen den ökonomischen Systemwiderspruch nicht mehr lösen können

Hiwis der Gegenreform von Holger Becker
Der »Kapitalismus mit menschlichem Antlitz« ist am Ende und mit ihm das Zeitalter der Sozialdemokratie. Kurzer Lehrgang durch die Geschichte des Reformismus

Mit Stumpfe und Stihl von Michael Schilling
Über das Geschwätz von der Globalisierung, der Modernisierung, der Flexibilisierung, der Erneuerung, dem Umbau des Standortes Deutschland. Und warum sich der Kapitalismus auf seine alten Tage nach seinen schönen Kinderarbeits-Zeiten zurücksehnt

Bourgeois und Proletarier von Jörg Zimmermann
Wenn es nach der Führung der deutschen Gewerkschaften geht, wird die Geschichte aller künftigen Gesellschaft die Geschichte von Bündnissen sein

Krieg und Frieden von Jürgen Elsässer
Die Bundesbank torpediert die Europäische Währungsunion durch immer neue Forderungen – und forciert damit die brisanteste Situation in Europa seit Ende des 2. Weltkriegs

Eine Dose für den Kanzler von Matthias Küntzel
Was der Plutonium-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages nicht wissen wollte und deshalb zu fragen unterließ

»Tradition der SED« von Winfried Wolf
Der Bericht des PDS-Bundestagsabgeordneten Winfried Wolf über rassistische Äußerungen des deutschen Botschafters in Haiti, Dahlhoff (»Herrenmensch im Armenhaus«, KONKRET 2/96), hat dem die Entlassung und Wolf allerlei Drohungen von Außenminister Kinkel eingebracht

Auf allen Vieren? von Kurt Pätzold
Kurz vor dem 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur SED ist der Streit um die Bewertung dieses Vorgangs wieder auf Touren gekommen. Eine Zwischenbilanz

Hatte die DDR eine Chance? von Sahra Wagenknecht
Übereifriger Entspannungspolitiker oder konsequenter Gegner des »Wandels durch Annäherung«? Eine neue Biographie über Walter Ulbricht zeichnet ein schiefes Bild des 1. Staatsratsvorsitzenden der DDR

Aus den befreiten Gebieten II von Hannes Hofbauer
Einbruch der Industrieproduktion, sinkende Exportraten, wachsende Schuldenlast, Wiederkehr von Naturalwirtschaft und religiöser Orthodoxie das »gewendete«

Rumänien bietet Anschauungsunterricht in Sachen Elendsforschung

Flüchtlinge im Brennpunkt von Gaby Hommel
Früher waren es Juden, Roma und Sinti, die in Flammen aufgingen. Heute werden Asylsuchende und Arbeitsimmigranten verheizt. Damals hat es angeblich niemand gewußt. Zur Zeit heißt die Devise: »Die Opfer sind die Täter«

»Normale Ablehnung« von Oliver Tolmein
Wie eine Studie der Polizeiführungsakademie und ein amnesty-Bericht über Mißhandlungen von Ausländern durch deutsche Polizisten sich ergänzen, indem sie sich widersprechen

In diesem SinneHeute unbelastet von Carsten Otte

In diesem SinneDeutschland in den Grenzen von 2037 von Michael Schilling

In diesem SinneEuropa lieben lernen! von Eckhard Voss

Kunst & Gewerbe

Faust-Food für Feinschmöcke von Rayk Wieland

»Erhebliche Interessen« von Otto Köhler
Über einige Mängel der neuen Hitler-Biographie von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker sowie über die Erfolge Westberliner Straßenkämpfer der Nachwendezeit

Apocalypse, wow!Woche der Wollust von Carsten Otte
Der Kosmos, die Anti-Materie und das Intimleben: Die Titelgeschichten der großen Magazine verkünden den Abschied von jeder Politik

Apocalypse, wow!Hallo Anti, hier Pro! von Lola Rodriguez
Der Kosmos, die Anti-Materie und das Intimleben: Die Titelgeschichten der großen Magazine verkünden den Abschied von jeder Politik

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Literatur und LügeVom Schauen und Schreiben und Staunen von Michael Scharang
Politisches Pamphlet, poetische Reiseerzählung, engagierte Literatur? Michael Scharang und Stefan Ripplinger über Peter Handkes Bericht »Gerechtigkeit für Serbien« und die Empörung, die er unter den deutschen Kriegstreibern ausgelöst hat

Literatur und LügePeter hinter den Spiegeln von Stefan Ripplinger
Politisches Pamphlet, poetische Reiseerzählung, engagierte Literatur? Michael Scharang und Stefan Ripplinger über Peter Handkes Bericht »Gerechtigkeit für Serbien« und die Empörung, die er unter den deutschen Kriegstreibern ausgelöst hat

Zu Protokoll
Die Gekürzte Ausschrift des 33. »Baden-Badener Disputs« vom 30.12.95 (ausgestrahlt vom SWF, wiederholt von 3sat am 22.1.96). Teilnehmer: Ernst Benda (Jurist), Jörg Drews (Literaturwissenschaftler), Alfred Grosser (Politologe), Gertrud Höhler (Unternehmensberaterin), Adolf Muschg (Schriftsteller), Kurt Sontheimer (Politologe), Peter Sloterdijk (Philosoph), Michael Stürmer (Historiker). Thema des Disputs: »Faschismus«. Verfassung der Gesprächsteilnehmer: aus unterschiedlichen Gründen alarmiert

Buch & Deckel von Georg Fülberth
Steffen Mensching: Berliner Elegien. Faber & Faber, Leipzig 1995, 80 Seiten, 24 Mark

Buch & Deckel von Carsten Otte
»Zeitschrift für kritische Theorie«: erscheint zweimal im Jahr bei zu Klampen, Lüneburg; Herausgeber: Gerhard Schweppenhäuser, Preis des Einzelheftes 24 Mark

Buch & Deckel von Jürgen Roth
Stefan Müller-Dohm/Klaus Neumann-Braun (Hg.): Kulturinszenierungen. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1995, 380 S., 24,80 Mark

Buch & Deckel von Michael Hahn
Gar Alperovitz: Hiroshima. Die Entscheidung für den Abwurf der Bombe. Hamburger Edition 1995, 963 S., 78 Mark.

Ein Kampf um Berlin I von Robert Kaltenbrunner
In der Debatte um die künftige Architektur Berlins geht es weniger um Fragen des Baustils als um Einflußsphären und lukrative Aufträge. Eine zweiteilige Serie von KONKRET diskutiert das Gesellschaftsverständnis der Beteiligten

Melodie & Rhythmus von René Martens
Alboth!: Ali, What's So Funny About..;

Melodie & Rhythmus von Michael Scharang
Variationen über das Lebensthema Musik

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf
V.A.: Jeffology; Intercord

Melodie & Rhythmus von Sebastian Wehlings
Schorsch Kamerun: warum Ändern schlief; L' Age d' Or/RTD

Spiel- und Meinungsführerschaft von Michael Nauert
Der Europäische Gerichtshof hat Ablösezahlungen beim Spielerwechsel innerhalb der EU und eine Beschränkung der Spielerzahl mit EU-Staatsangehörigkeiten in einer Mannschaft untersagt. Eine Diskussion über die Konsequenzen dieser Entscheidung ist – vor allem unter den sonst so aktiven Publizisten der linken Szenen – bislang ausgeblieben

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt
Nixon

Film & Theater von Kay Sokolowsky
Casino

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt
United Trash

Film & Theater von Michael Nauert
Strange days

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/96, S. 4

von konkret

Es gibt im Journalistenleben Augenblicke, in denen einen der Ekel ergreift, mit welchen Leuten man zwar nicht die Redaktion, aber doch die Steuerklasse teilt. Beispielsweise mit dem Redakteur Gerhard Spörl, der im »Spiegel« eine Gefälligkeitsrezension der Erinnerungen des Tübinger Politologen Theodor Eschenburg veröffentlicht hat, mit diesen Sätzen: 1933 ist er 28 Jahre alt, ein promovierter Historiker, arbeitslos und ohne Aussicht auf die erhoffte Karriere. Er geht in Deckung, nimmt sich eine Auszeit. Er macht sich nicht gemein mit den Nazis, er legt sich nicht mit ihnen an.

So Herr Spörl im Januar 1996. Im Herbst 1995 hatte der Historiker Hans-Jürgen Döscher in seinem Buch *Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität* belegt, *wie* der »Demokratie-Gelehrte« (Spörl über Eschenburg) sich nicht mit den Nazis gemein gemacht hat. Und im Dezember 1995 hatte Otto Köhler Döschers Erkenntnisse in KONKRET referiert: Eschenburg war schon am 30. Juni 1933 SS-Anwärter und hat am 6. März 1934 die SS-Mitgliedsnummer 156004 erhalten.

In einer Gegend, in der SS-Männer keine Nazis gewesen sind, muß man die Nazis anderswo suchen. In seinem Beitrag zum »Fall« Handke schreibt Stefan Ripplinger in diesem Heft (Seite 52): *Man wartet also nur noch darauf, wann Handke ein Nazi genannt wird.*

Lange mußte man nicht mehr warten. Am Tag vor Redaktionsschluß, Ripplingers Beitrag war schon in der Druckerei, meldete die »Frankfurter Allgemeine«: *Der Schweizer Schriftsteller und Dramatiker Jürg Laederach hat mitgeteilt, daß er den Suhrkamp Verlag als Autor verlasse. (In) einem Briefwechsel zwischen dem Autor und Siegfried Unseld... hatte Laederach erklärt, Handkes Reisebericht aus Serbien erfülle den Tatbestand der Volksverhetzung zwar nur zu achtzig Prozent..., aber zweifelsohne »fällt der Text in die rechtsextreme Szene«.*

Historische Wende im KONKRET-Impressum: Zum ersten Mal seit 1974 sind in der Rubrik »Autoren« nur noch die Mitarbeiter der jeweiligen Ausgabe aufgeführt. Die bisherige Übung, im Impressum jene illustren Mitarbeiter zu nennen, die über Jahre hin für KONKRET geschrieben haben, und die Liste nur im Abstand mehrerer Jahre zu aktualisieren, ist in der jüngeren Wendezeit zum Ärgernis geworden. Das neue Impressum hat den Vorteil, daß KONKRET sich nicht mit Autoren schmückt, die nicht mehr für KONKRET schreiben, und Autoren sich nicht mit KONKRET schmücken, die nicht mehr um Beiträge gebeten werden.

Nachtrag: Nicht überall hat das Buch des Bundeswehr-Historikers Michael Wolffsohn über die DDR als Land des Antisemitismus eine so böse Kritik erfahren wie in KONKRET 2/96 (»Eine Geschichtswissenschaft mit Schaum vorm Maul«). Andere sahen es anders:

Deutsche und Juden verbindet hierzulande eine schwierige Vergangenheit. Daß es, strenggenommen, eigentlich sogar zwei deutsch-jüdische Vergangenheiten nach 1945 gab, macht die Sache nicht eben leichter... Wolffsohn ließ sich davon nicht abschrecken und legte eine detaillierte Studie zu diesem schwierigen Thema vor. Für den Leser heißt es nach ihrer Lektüre von vielen Legenden der etablierten Nachkriegs-Historiographie Abschied zu nehmen. Nur einige Tatsachen, die nicht ins gewohnte Bild passen: es war DDR-Chefpropagandist Albert Norden – Sohn eines Rabbiners – , der 1959 die ersten antisemitischen Aktionen in der Bundesrepublik inszenieren ließ... Und es war DDR-Geheimdienstchef Markus Wolf (ebenfalls jüdischer Herkunft), der arabische Terroristen für den Kampf gegen Israel ausbilden ließ... Ein brisantes, faktenreiches Buch.

Gleiches Lob wird an jener Stelle dem Historiker Walter Post zuteil, dessen Darstellung des Überfalls auf Rußland als Präventivschlag gegen den aggressiven Bolschewismus einer weiteren »schallenden Ohrfeige für das etablierte Geschichtsbild in der Bundesrepublik gleichkommt«, und dem Bundeswehr-Professor Franz Seidler, der die Ehre der NS-Kollaborateure verteidigt, die das Blatt als »Deutschlands ermordete Freunde« feiert. Die Zeitschrift, die sich »Nation Europa« nennt, bietet in ihrem »Buchdienst« an: Franz Schönhuber, Hans Helmuth Knütter, Klaus. R. Röhl, Hellmut Diwald. Und unter dem Titel *1941-1996 – 55 Jahre deutsche Friedensmissionen* für »unsere Soldaten an der Balkanfront« alles, »was im Marschgepäck nicht fehlen darf«:

Lieder, die wir einst sangen. Beliebte und zeitlose deutsche Soldatenlieder – Soldatensender Belgrad. Viele unvergeßliche Schlager – Wehrwolf. Winke für Jagdeinheiten – Krieg auf dem Balkan – Die Kollaboration. U.a. mit Lebensbild von Ante Pavelic – Vorwärts, Prinz Eugen! Geschichte der 7. SS-Freiwilligen-Division – Taschenbuch für den Winterkrieg. ...

Sowie: *Michael Wolffsohn: Die Deutschland-Akte. Tatsachen und Legenden. Wie Mossad und Stasi zusammenarbeiteten und der jüdische Weltkongreß die deutsche Wiedervereinigung verhindern wollte... Ein Deutschland-Kenner klärt auf.*

Ab in den Tornister. Und »für Versender wichtig: Feldpost ist portofrei!«

Herrschaftszeiten oder Freiheit ist *immer die Freiheit von Radio Luxemburg* heißt die neue Sammlung von Texten Hermann L. Gremlizas, die im März als Band 7 in der Reihe KONKRET-Texte erscheint. Zum ersten Mal liest Gremliza daraus am 8. März um 20 Uhr im BIS – Zentrum für offene Kulturarbeit, Bismarckstraße 99, in Mönchengladbach, zum zweiten Mal, anläßlich der Leipziger Buchmesse, am 28. März um 16 Uhr in der Stadtbibliothek, Wilhelm-Leuschner-Platz 11-13, Raum 243. Veranstalter richten ihre Anfragen wegen weiterer Lesungen bitte unter dem Stichwort »Gremliza-Lesung« an den Verlag.

KONKRET auf der Leipziger Buchmesse vom 28.-31. März: Messehaus am Markt, 3. Etage, Stand A 314 (gemeinsam mit: »UZ«, »junge Welt«, Pahl Rugenstein-Verlag, Verlag 1900).

Konkret 03/96, S. 6

an konkret

Wotans Schador

KONKRET 2/96: »Buch & Deckel« (»EuroPhantasien« von Marcel Stötzler)

Wird KONKRET jetzt zum Schutzbrief für bedrohte Völkische, zur Einflugschneise für die multiple Kultur der Volksreligionen? Die unkritische Rezension des Buches von Irmgard Pinn und Marlies Wehner läßt Schlimmes befürchten: Statt der Deklaration der Menschenrechte, die Pinn und Wehner als neokolonialistisch diffamieren, jetzt Scharia und Schador, später dann auch Wotan und Wicca? Henning Eichberg hat es genau so vorgemacht, indem er die Schriften des vermeintlichen Frauenbefreiers und nationalrevolutionär-religiösen Mystikers Gaddafi propagierte: von der Reislamisierung zur Regermanisierung. Die »Neue Rechte« bis weit in die Alternativbewegung hinein applaudierte. Zumindest Irmgard Pinn kennt diese Geschichte aus ihrer antifaschistischen Zeit; KONKRET fragt nicht einmal, warum sie jetzt auf Eichbergs Seite der Barrikade wechselte.

Auch Wotan kommt dann wohl ganz »freiwillig«, so, wie der KONKRET-Rezensent die jungen Islamistinnen beschreibt, »die etwa den vieldiskutierten Schleier freiwillig, gar gegen den Willen der Familie tragen«. Hier wird die Treue zur Nationalkultur und ihrer Religion als Wert linker Politik verkauft. Früher las man in dieser Zeitschrift über die »Freiheiten« der Massen in kapitalistischen Gesellschaften etwas anderes als die Propaganda für Bewußtseinsflucht. Jetzt preist der Rezensent gar das feudalkapitalistische Saudi-Arabien als fortschrittliche Gesellschaft, weil »es dort beispielsweise Banken (gibt), die nur von Frauen geleitet werden«. War es nicht so, daß wir gar keine Banken wollten?

KONKRET täte besser daran, die Debatte über die Einfallstore antiegalitärer, ethnopluralistischer und kulturrelativistischer Positionen in linke Politik fortzusetzen. Das Buch der »neurechts« gewendeten Pinn und Wehner hätte als Aufhänger dienen können, denn es ist auf jeder Seite gegen die Linke gerichtet. Sein Deckmäntelchen eines vermeintlichen Antikolonialismus ist nur dünn: Der historische Faschismus verwandte es schon, die »Neue Rechte« hat es perfektioniert.

Peter Kratz

Bonn

Kleine Freuden

KONKRET 2/96: »Herrschaftszeiten«

Als ich in KONKRERT 2/96 las, »daß ein Jäger auf einem Hochstand erfroren (ist)«, fiel mir auf, daß es manches gibt, das wünscht man dem ärgsten Feind nicht. Der Erfrierungstod gehört für mich dazu. Ich hätte, so bilde ich mir ein, versucht, diesen Jäger zu retten, wäre mir seine lebensgefährliche Lage zur rechten Zeit am rechten Ort bewußt geworden. Nicht einmal die Tatsache, daß Euch damit die zweite von vier »kleine(n) Freuden« (so die Überschrift über Eurer Meldung) vermiest worden wäre, hätte mich davon abhalten können. Ja, selbst die Verhinderung des wunderbar-witzig-intelligenten Wortspieles »Halaklirr« am Ende Eurer kleinen Glosse hätte ich in Kauf genommen. (Nebenbei: Naturliebe ist bei Eurer Distanz zur Ökologiebewegung wohl kaum der Grund Eurer Freude. Geht es also darum, daß mit dem Jäger ein Mitglied der besitzenden Klasse verstarb, oder kanntet ihr ihn persönlich?)

Wenn es um den Tod des »freiwillige(n) Marinesoldat(en) B. auf der deutschen Fregatte ›Karlsruhe‹ vor der Adriaküste in Verteidigung seines Vaterlandes gegen den Angriff der Serben« geht, vermag Eure Überschrift »Kleine Freuden 3« ebenfalls nicht im entferntesten mein Empfinden beim Lesen dieser Meldung zu beschreiben. Trotz meiner Sympathie für Tucholskys Gleichsetzung von Soldaten mit Mördern. Da auch die übrigen beiden kleinen Freuden mich einfach nur annerven, kam ich doch etwas ins Grübeln. Meine Ablehnung der Todesstrafe, so kam mir in den Sinn, könnte auf diese freudlose Herangehensweise an den Tod von Menschen zurückzuführen sein.

Außerdem fragte ich mich, was Euch dazu treibt, solche Gedanken nicht nur zu haben, sondern auch zu publizieren. Wahrscheinlich ist es das, was Jürgen Elsässer so für sich auf den Punkt bringt: »Damit kein falscher Eindruck entsteht: Ich weine dem Pazifismus keine Träne nach.« Seid beruhigt, der Eindruck entsteht bei Euch nicht. Wahrscheinlich dauert es nicht mehr lange, bis Ihr mich fragt, ob ich denn froh bin, daß das Attentat auf Hitler gescheitert ist. Laßt mich eine Gegenfrage stellen. Wie haltet Ihr es denn nun mit der Todesstrafe? Würdet Ihr, hättet Ihr die Macht dazu, die Gelegenheit ergreifen, um Euch selbst »kleine Freuden« zu bereiten?

Manfred Stache

Pinneberg

Ignorant

KONKRET 1/96: »Tomayers ehrliches Tagebuch«

Tomayer, alter Depp, was willst Du uns sagen mit Deiner moralisierenden Attacke gegen die Forderungen des Bremer Hurenkongresses? Nur und allein, daß Du gegen die steuer- und arbeitsrechtliche Anerkennung der Prostitution bist? Oder auch, daß wir mit Dir an dem ebenso bequemen wie ignoranten Bild von der Hurenzunft mitstricken sollen, welches so aussieht: eine jede Angehörige dieses Berufes (by the way, wie steht's mit Strichern, Callboys etc.?) ist mit den Attributen Robbenbabymantel plus Lude mit Kampfhund ausreichend genau beschrieben?

Nein, ich glaub, ich hab's: Du willst uns sagen, daß, wenn wir uns alle dafür stark machen, daß die Forderung nach steuerlicher Absetzbarkeit von Dienstkleidung und sonstigen berufsbedingten Aufwendungen für Prostituierte nicht durchkommt, daß es dann, ja dann, weniger knapp zugeht bei den Geldern für staatliche Almosen, öffentliche Schwimmbäder und Museen, geheizte Kirchenbänke und den ganze Sozialklimbim; vor allem aber bekommen dann alle »halbtags in Reinigungskolonnen ausgebeuteten Mütter, denen man den Hortplatz für ihre Kinder, die doch mal unsere Renten bezahlen sollen, unterm Hintern weggestrichen hat, (die) ... wie Indiofrauen ihre Kleinen im Rucksack auf dem Buckel in schwindelerregender Höhe die Glasfassaden der Wolkenkratzer der herrschenden Klasse« wienern, endlich einen Hortplatz und müssen nicht mehr halbtags in Reinigungskolonnen ... Das leuchtet allen LeserInnen hoffentlich sofort ein! Als flankierende Maßnahme würde ich noch eine saftige Sondersteuer auf die Einnahmen aus dem sündigen Gewerbe vorschlagen, mit der dann gezielt dem Sozialabbau am Standort Deutschland entgegengewirkt werden kann (Stichwort Hortplätze für die künftigen Arbeitssklaven, die doch mal unsere Renten ...).

Artchie R. Argauer

Marburg

Tip am Rande

KONKRET 2/96: »alt.krauts.in.cyberspace« von Boris Gröndahl

Danke für den Artikel. Es ist ja heute nicht mehr selbstverständlich, daß Autoren linker Zeitschriften sich gegen die Zensurbewegungen (besonders im Internet, aber auch in der Printpresse) aussprechen. Ein knallhartes Beispiel ist die Forderung im »Freitag«, wo vor dem Hintergrund der Zündel-Homepages die Forderung nach einer Ethikkommission laut wurde, die die Verträglichkeit der Internetinhalte mit moralischen Grundsätzen überwachen soll. Da braucht man dann nur noch zu warten, bis die Anarcho- und »radikal«-Homepages gekillt werden. Und wie zufällig wird dann die Zündel-Seite übersehen.

Noch ein kleiner Tip am Rande: Warum hat KONKRET eigentlich noch keine email-Adresse? Das würde den Kontakt mit der Leserschaft doch erheblich vereinfachen.

Tom Schilling

Berlin

Ist in Arbeit. Red.

Stummelstil

KONKRET 2/96: Leserbrief von L. Rathenow

In seinem Leserbrief schreibt Rathenow: »Meine Nachwendetexte mögen die Leser von *Sisyphos* beurteilen.« Dieses Werk muß man gelesen haben. Allein die Wahl des Titels ist ein genialer Einfall, wird doch der Vergeblichkeit eines jahrzehntelangen Ringens um die Geheimnisse der deutschen Sprache dadurch mythischer Glanz verliehen.

Im Brief selbst zeigt sich Rathenow von seiner pfiffigen Seite. »Keiner, auch der Gremliza nicht, wird mir künftig Pfusch am Bau normaler Sätze vorwerfen«, denkt sich der Dichter und probt die scheinbar risikolose Variante des Stummelstils. Aber kein erstes Mal ohne Pannen: Der Leser verzeiht daher den einen oder anderen Fehler des Briefes. Hierin wird nämlich »vorprogrammiert«, gibt es »hervorgerufene Behauptungen«, werden die Partikel »wohl« und ein Komma an die

falsche Stelle gesetzt usw. Rathenow ist dennoch zu raten, beim nächsten Brief zumindest die Adresse richtig zu schreiben. Sie lautet: Gremlizas Express.

Trutz Schadt

Darmstadt

Verwechslung

KONKRERT 2/96: »Historiker in Uniform« von Kurt Pätzold

Das ist ein Entschuldigungsbrief, den Sie, bitte, erstens an einen gewissen Herrn Lichtenberg und zweitens den Lesern von KONKRET weiterreichen möchten. Denn dessen Wort von der Majestät eines stillstehenden Verstandes schrieb ich einem gewissen Herrn Marx zu, dem es zwar auch eingefallen sein könnte, von dem es aber nicht überliefert ist. Leider bemerkte ich die aus eingestandener Sympathie für Marx, nicht aber aus Diebstahlsgelüsten gegen Lichtenberg entstandene Verwechslung erst, als ich die Nummer vom 19. Januar 1996 ansah.

Kurt Pätzold

Berlin

Konkret 03/96, S. 9

Hermann L. Gremliza

Prinzipiell hoffnungslos

Kein Grund zum Schwarzsehen/ Widerworte gegen Unkenrufe: Seit 1989 dominierten friedliche Entwicklungen die Weltpolitik
Marion Gräfin Dönhoff (»Die Zeit«),1996

So schön wie heut,

so müßt es bleiben,

so müßt es bleiben

für alle Zeit
Johannes Heesters (UFA), 1941

Namen von Stämmen und Landsmannschaften, die man nie gehört hat, nie lernen oder endlich hatte vergessen wollen: Paschtunen, Tschetschenen, Tamilen, Aseri, bosnische Kroaten, kroatische Serben, Hutsi und Tutsi sagt heute jeder Fuzzi mit einer Nonchalance auf, als handelte es sich um Bayern, Schlesier und Sachsen, die einheimischen Hindernisse auf dem Weg in die Zivilisation, und nicht um Kennziffern jener neuen Weltordnung, die das Ende des kalten Krieges und den Anfang vieler heißer Kriege gebracht hat.

Es werden nämlich seit 1989 täglich mehr Menschen erschossen oder zerfetzt als zuvor. Es handelt sich freilich um Personen, die im Weltbild der ostpreußischen Gräfin den dekorativen Hintergrund abgeben, vor dem die Männer, deren Namen man sich merken kann, Geschichte machen. Und wo die Gräfin recht hat, hat sogar sie recht: An den Ecken, die zuvor als die lebensgefährlichsten gegolten haben, ist eine Art prekärer Frieden eingekehrt, in Südafrika etwa, oder in und um Israel herum.

How come? Verloren hatten die Schwarzen wie die Palästinenser ihren revolutionären Befreiungskampf schon vor vielen Jahren, als ihr großer Verbündeter, die Sowjetunion, dem großen Verbündeten ihrer Gegner friedliche Koexistenz antrug. Da sie dennoch zu stark blieben, um zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen werden zu können, blieb nur ein Verständigungsfrieden, irgendwann, in dem die Palästinenser für den Widerruf ihres Programms eine ansehnliche Minderheitsbeteiligung an der Macht in der Region erhalten würden. Die bedingungslose Kapitulation ihres großen Verbündeten bot den plausiblen Anlaß dafür.

Es traf sich, daß die siegreiche Großmacht ein altes, von Jimmy Carters Berater Brzezinski vor zwei Jahrzehnten formuliertes Interesse hatte, auf den überseeischen Kontinenten freundlich gesonnene Regierungen zu installieren, die dort für Ordnung sorgten und doch nicht wie die Pinochets und Verwoerds bereits dem flüchtigsten Blick als Bluthunde des Imperialismus sich einprägten, sondern, indem sie die besiegten und gebesserten Feinde von gestern zu gemeinsamer Regentschaft einluden, von der Menschenfreundlichkeit der *pax americana* kündeten.

Israel, zum Beispiel, war, nicht von seinen Gründern, als Stützpunkt des Imperialismus in einer ölreichen, weltrevolutionär gefährdeten Region gedacht und bezahlt von den USA, aber auch von den Deutschen, die dem polnischen Juden, der Auschwitz als Krüppel überlebt hat, keine Mark Rente gewährten, und die Milliarden, mit denen sie ihre Wiedergutmachung betrieben, ausschließlich an den Staat Israel überwiesen. (Daß dieser Staat der Ort war, an dem von den Deutschen verfolgte Juden Zuflucht gefunden hatten, camouflierte die ganz andere Absicht der Zahlungen nicht schlecht.)

Die von den USA und der BRD finan-zierte Entwicklung ließ eine Oase der Prosperität mitten in einer Wüste der Armut blühen und provozierte den Haß der ganzen Umgebung. Das war gewollt, Israels Stärke und die blinde Wut seiner Nachbarn erzeugten Kriege, Bruderkriege, Bündnisse und Feindschaften aller Art, auf denen sich von ferne herrlich herumregieren ließ. Es muß wohl das Erlebnis des jüngsten Golfkriegs gewesen sein, in dem Arafats PLO Partei für Iraks Saddam Hussein ergriff, das die Erkenntnis beförderte, die Politik des *divide et impera* könnte ein nicht nur für Israel teures, irgendwann auch unbezahlbares Vergnügen werden. Und wieviel billiger und angenehmer es wäre, die Palästinenser als Juniorpartner der Israeli zu gewinnen. Hatte die Vertreibung der Palästinenser aus kleinbäuerlicher Existenz ihnen nicht *auch* einen lehrreichen Weg in die Welt geöffnet und manchem, mit den Ablaßzahlungen eines saudischen Scheichs, sogar nach Oxford? Müßte sich mit dieser Elite nicht blendend Staat machen lassen? Wie mit der Führung des ANC in Südafrika?

Daß man dazu Terroristen die Hand reichen mußte, war das kleinste Hindernis. Von heute auf morgen lernten in ihren Zellen verfaulende Guerilleros verschiedener Nationalität, daß ihr alter Ausbilder den Friedensnobelpreis wert war. Und zwar dafür, daß er – *if you can't beat 'em, join 'em* – gemeinsam mit den Israeli die Ordnung des arabischen Raums übernehmen will. Die israelisch-palästinensische Hegemonialmacht wird den armen Vettern im Irak, in Ägypten, Jordanien, Syrien die Bedingungen diktieren und die reichen Vettern am Golf für ein respektables Schutzgeld gegen *riots* armer Verwandter verteidigen. Eine Zukunft, die längst begonnen hat: Milliardenschwere Oberhäupter der Palästinenser-Clans in Jordanien, Libanon und Syrien, die sich bisher in den arabischen Nachbarstaaten engagierten, haben Arafat angeboten, ihre Investitionen in die autonomen Gebiete umzuleiten. In Gaza mit seinen nur 250.000 Einwohnern sind derzeit mehr als 50 Hochhäuser im Bau.

Es könnte alles so schön sein und der postmoderne Mitteleuropäer ein UFA-Liedchen darauf pfeifen, wäre diese »Lösung des Nahost-Konflikts«, gewiß unter allen Nicht-Lösungen die beste, mehr als eine Verschiebung des Problems in Raum und Zeit. Der Teufel nämlich liegt im System, dessen Triebkraft, die Maximierung von Profit, an der die neuen Juniorpartner teilhaben wollen, eine unaufhebbare Kehrseite hat: die Minimierung, erstens, der Lebenschancen der ausgebeuteten Völker; Südafrika, Israel, aber auch Slowenien, Kroatien und Bosnien, deren von deutschen Schreibtischtätern geschürte *final call*-Panik zum Krieg geführt hat, hoffen dabeizusein, Jordanien, Libanon und Syrien kommen um Geld und gute Worte angekrochen wie Kwasniewski in Bonn. Sie werden, wie dieser, gute Worte bekommen.

Geld nämlich ist knapp. Das Metropolen-Kapital, das vordem seine Arbeiterklasse mit einer Minderheitsbeteiligung an der Ausbeutung seiner Kolonien befriedet hatte, minimiert nun, da aus der Dritten Welt immer weniger herauszupressen ist, zweitens, die Lebenschancen der eigenen Proleten. Die englische Arbeiterklasse ist schon verarmt, die Frankreichs und Deutschlands werden folgen.

Auch das könnte schön sein, nicht gerade für den postmodernen Mitteleuropäer, sondern für den, der auf eine revolutionäre Umwälzung dieses Systems wartet. Weil aber die Befreiung aller als Voraussetzung der Befreiung des einzelnen praktisch nicht die geringste Aktualität hat, wird der einzelne in sich gehen statt auf die Barrikade, auf die Suche nach seiner Identität und nach Gott.

Hoffnungslosigkeit hatte aufgeklärte palästinensische Intellektuelle zu den Glaubenskämpfern von Dschihad al-Islami und Hamas getrieben. Der Weg zurück wird sich ziehen, unzählige andere, vom Aufstieg der gestrigen Kämpfer zu Jungimperialisten von morgen um eine weitere Hoffnung betrogen, werden ihnen begegnen. Yoram Kaniuk, ein jüdischer Schriftsteller, der stets für die Rückgabe der besetzten Gebiete eintrat und mit arabischen Kollegen einen gemeinsamen Verband gegründet hatte, klagt heute: »Seit dem Oslo-Abkommen ziehen sich die arabischen Intellektuellen zurück, als ob wir Lepra hätten... Unter den palästinensischen Intellektuellen sind 80 oder 90 Prozent gegen diesen Frieden... Dies hier ist ein Vulkan, der jederzeit ausbrechen kann, ein Jugoslawien, das noch schläft.«

Die Bitte des britischen PEN-Klubs, die Fatwa gegen Salman Rushdie zu verurteilen, wurde von allen 34 arabischen Mitgliedern seines Verbandes zurückgewiesen, berichtet Kaniuk. Und in Ägypten, dem ersten arabischen Staat, der Frieden mit Israel geschlossen hat, ist der Film »Schindlers Liste« verboten (nicht aus künstlerischen Gründen). Die Zahl der Anschläge, die um ihr Glück betrogene, auf die schiefe, die religiöse Bahn geratene Terroristen verüben, nimmt stetig zu. Seit 1989 dominieren friedliche Entwicklungen die Weltpolitik. Vorgestern in London, gestern in Algier, heute in Colombo, morgen in Ankara, übermorgen in Paris. Weil aber der Kapitalismus sich nicht von Hamburger Wochenblättern gesundbeten läßt und seine Krisen die Juniorpartner härter zu beuteln pflegen als den Senior, demnächst leider auch wieder in Tel Aviv, Jerusalem, Johannesburg und Kapstadt. Und dann gibt es da noch Grosny, Kabul, Chiapas, Ruanda, Kaschmir, Tiblissi, Mostar, Liberia, Guatemala. Kennen Frau Gräfin Irian Jaya?

Konkret 03/96, S. 10

Herrschaftszeiten

»Allmählich«

Als alle noch glaubten, Nazis hätten das von Ausländern bewohnte Haus in Lübeck angezündet, in dem am 18. Januar 1996 zehn Asylbewerber verbrannten, glaubte es auch dessen

Vermieterin:

Niemals hätte ich gedacht, daß ich die Auswirkungen des Ausländerhasses einmal so deutlich zu spüren bekomme. Ich war völlig geschockt, als mich heute morgen die Kripo anrief, von dem Brand berichtete und um Baupläne bat. Es war kurz vor sieben. Aber unter diesen Umständen spielte das natürlich keine Rolle,

obwohl der Opfersinn einer Deutschen, die gerade die Auswirkungen des Ausländerhasses, die bisher nur ihr Konto füllten, noch deutlicher zu spüren bekommen hatte, unter diesen Umständen natürlich nicht ohne Erwähnung bleiben durfte. Unter den Trümmern fand die »Hamburger Morgenpost« das Opfer:

Nach den Festnahmen: Eine Kleinstadt kämpft um ihren Ruf.

Und auch die Ministerpräsidentin Heide Simonis wußte, auf welche Beerdigung sie zu gehen hatte:

Daß die Stadt Lübeck nach den zwei Brandanschlägen auf die Synagoge wieder mit einem Brand in die Schlagzeilen gerät, ist verhängnisvoll.

Frau Wirtin hat nicht nur eine Ministerpräsidentin, sondern auch einen Bundespräsidenten, der Roman Herzog heißt und immer für die rechte Stimmung sorgt:

Sollte es sich um einen Anschlag handeln, dann geht mir die Geduld allmählich zu Ende. Ich werde dann öffentlich die Frage stellen, ob genug für die öffentliche Sicherheit getan wird.

Woran aber leidet die öffentliche Sicherheit? An zu vielen Ausländern und zu wenig Polizei. Der Brandstifter von Lübeck hat etwas zur gewünschten Veränderung dieses Verhältnisses getan.

Über den Wolken

Kriegsminister Rühe hat mitgeteilt, er habe die Absicht, zusätzlich zu den 140 Exemplaren des Eurofighters 2000, die ab dem Jahr 2003 an die Bundeswehr ausgeliefert werden sollen, weitere 40 Flugzeuge zu bestellen, die »nicht nur als Jäger, sondern auch als leichte Jagdbomber zur Bekämpfung von Bodenzielen« eingesetzt werden können. Liefertermin 2012. Sind 40 nicht viel zu wenig, Krista Sager? Ist 2012 nicht viel zu spät, Josef Fischer? Bei so vielen menschenrechtswidrigen Bodenzielen überall?

Alter Egon

Die DDR, belehrte deren letzter Staatschef das Berliner Landgericht, sei nicht ein »Unrechtsstaat« gewesen, sondern: »Die DDR hatte ihre eigene Rechtsordnung.« Hätte der Egon Krenz im Grundkurs ein bißchen besser aufgepaßt, hätte er es noch besser gewußt: Auch die DDR-Justiz war Klassenjustiz. Sie diente nur einer anderen Klasse als das Berliner Landgericht. Aber für diese Bemerkung hätten sie ihn vielleicht gleich im Gerichtssaal festnehmen lassen, wegen Verbrechens gegen die Meinungsfreiheit.

Richter, zahlen!

Der unter Verdacht der Beihilfe zur Steuerhinterziehung stehende Leiter der Dresdner Bank-Filiale in Koblenz ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Der Haftbefehl gegen ihn wurde gegen eine Kaution von einer Million Mark außer Vollzug gesetzt. Ein Tip für Egon.

Frauenleiden

In Berlin steht der Rechtsanwalt Wolfgang Schnur vor Gericht, weil er dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR, dessen Inoffizieller Mitarbeiter er war, Mitteilungen über seine Mandantinnen Bärbel Bohley und Freya Klier gemacht haben soll. Für sie (und den Sänger Krafczyk) hatte Schnur bei der Stasi damals die Höchststrafe erwirkt, welche die stalinistische Justiz in den achtziger Jahren über prominente Feinde des Staates zu verhängen hatte: die Ausreise in die BRD. Für diesen »Mandantenverrat« soll er nun bestraft werden – wenn es nach der Berliner Staatsanwaltschaft geht.

Wenn es nach Frau Klier geht, muß der Angeklagte dafür bestraft werden, daß er »alles verdrängt hat und nichts zugibt«. Und »wissen Sie«, sagt Frau Bohley zur »jungen Welt«, »mir liegt Gerechtigkeit mehr am Herzen als der Rechtsstaat. Aber Gerechtigkeit ist gar nicht herzustellen, ohne daß zumindest der Versuch gemacht wird, das auch juristisch aufzuarbeiten. Wie wollen Sie denn da rankommen, wie wollen Sie das denn aufarbeiten? Die Leute sind völlig zu im Kopf und geben nichts zu.« Zwei Gesetzgeberinnen und drei neue Straftatbestände: Verdrängen, Bocken, Leugnen. Es gibt Schlimmeres als Justiz im Dienst der herrschenden Klasse: Justiz im Dienst der Hysterie.

Emanzipation

»Ich wollte nicht in die Bundesrepublik, 1989. Und daß ich dort gelandet bin, habe ich zum großen Teil Herrn Schnur zu verdanken«, sagt Frau Bohley, die es – nicht zuletzt und weit mehr als den eigenen Umtrieben – Leuten wie Herrn Schnur von der MfS-Abteilung »Demokratischer Aufbruch« zu verdanken hat, daß sie 1990 in der Bundesrepublik gelandet ist. Warum sie das 1989 nicht wollte? Gewiß nicht deshalb, weil in jenem Jahr noch jede zehnte technisch-wissenschaftliche Erfindung in der DDR von einer Frau angemeldet wurde, in der BRD aber nur jede fünfzigste.

Echt klasse

Als die Eigentümer der AEG über Zerschlagung und Verkauf ihres Konzerns beraten wollten, verlegten sie die Sitzung des Aufsichtsrats von der AEG-Hauptverwaltung in der Frankfurter Innenstadt in ein Gebäude am Frankfurter Flughafen – »offensichtlich um Protestaktionen der Belegschaft zu vermeiden«, wie die Wirtschaftsredaktion der »Frankfurter Allgemeinen« anmerkte. Für ein paar Stunden wußten nicht nur die handelnden Parteien, sondern auch ihre Beobachter, wo oben und wo unten, wo Kapital, wo Arbeit und was Klassenkampf ist bzw., wenn man nicht sicherheitshalber umzieht, schnell werden könnte.

Phänomen

Die Entfernung der DDR aus der deutschen Geschichte macht gute Fortschritte. In der Wochenzeitung »Woche« schreibt deren Chefredakteur, der FDP-Politiker Ralf Dahrendorf habe »für Deutschland vier Jahre in der Europäischen Kommission« gesessen. Das war von 1970 bis 1974.

Dem Volke dienen

Die VR China hat sich bei der britischen Regierung beschwert, daß die Kolonie Hongkong 22.000 vietnamesischen *boat people* Asyl gewährt hat. Die Regierung in Peking verlangt, daß die Vietnamesen abgeschoben werden, bevor Hongkong 1997 unter chinesische Verwaltung kommt.

6.000.000

Die Deutschen haben sechs Millionen Juden ermordet. Die Stasi hat sechs Millionen Deutsche verfolgt. Und jetzt sind wieviele Deutsche arbeitslos? Sechs Millionen. Wenn je daraus etwas folgen sollte, wann wird es geschehen? An dem Tag, an dem in Deutschland fast alles geschieht: 1848 die Vertreibung der preußischen Nationalversammlung aus Berlin, 1918 die Ausrufung der Republik, 1923 der Hitler/Ludendorff-Marsch auf die Feldherrnhalle, 1938 die »Reichskristallnacht«, 1989 der Sieg der Konterrevolution in der DDR: an einem 9. November. Schaumermal.

500.000

Beim Suchdienst des Roten Kreuzes in Arolsen (Hessen) stapeln sich 500.000 unbearbeitete Anträge von Opfern des Nationalsozialismus. Der Suchdienst, 1946 gegründet, soll Verfolgten und Verschleppten helfen, ihre Ansprüche auf Wiedergutmachung oder Altersrente zu dokumentieren.

8.000

Der Präsident des Bundeskriminalamts gibt bekannt: 1995 habe es in Deutschland 8.000 »rechtsextremistische Aktionen jeglicher Art« gegeben. Dieses »sehr, sehr hohe Niveau« wurde erreicht, ohne rechtsextremistische Aktionen wie die des ehemaligen Generalbundesanwalts von Stahl oder das Treffen der sudetendeutschen Landsmannschaft mitzuzählen, auf dem in Sprechchören verlangt wurde, eine Bonner Politikerin totzuschlagen.

40

In Lettland, Litauen und Estland leben noch 314 ehemalige jüdische Ghetto- und KZ-Häftlinge. Ihnen hat die Bundesregierung jetzt eine Wiedergutmachung angeboten: 150.000 Mark – nicht für jeden, sondern für alle zusammen; zahlbar als monatliche Rente von 40 Mark pro Person. In einem Brief an die Bundestagspräsidentin schrieb der Sprecher der lettischen NS-Verfolgten: »Bis zuletzt erkannten wir nicht das Ausmaß unserer Niederlage und Erniedrigung.« Das großherzige Bonner Angebot schlug er aus: »Besser nichts als so wenig.«

8

1995 hat die Frikadellenkette McDonald's täglich sechs neue Läden in aller Welt eröffnet. In den nächsten beiden Jahren sollen es acht Neueröffnungen pro Tag werden. Den schönsten Namen für Junkfood-Imbisse dieser Art haben übrigens die Spanier gefunden: »Hamburgeseria« – wörtlich etwa: Bulletterei.

Kleine Freuden

Aus den beiden großen christlichen deutschen Sekten sind 1995 wieder ebensoviele Mitglieder ausgetreten wie 1994. Etwas mehr waren es in Frankfurt (plus 7), in Stuttgart (plus 10) und in Heidelberg (plus 18 Prozent), gleich blieb die Zahl in Aachen (bei 2.300), in Köln (7.800) und Berlin (27.000). In Hamburg ging die Zahl der Austritte um 3.700 auf 13.550 zurück, in Dresden verdoppelte sie sich auf 3.463. Leider wird der Anteil derer, die zu Verstand gekommen sind, weit unter dem jener liegen, die an ihrem Gott sparen wollen.

Buntes Bosnien

Kleiner Rückblick auf den jugoslawischen Bürgerkrieg durch die Nummer 31 der Burda-Illustrierten »Bunte« vom 27. Juli 1995:

Die In- und Out-Börse. Politik. In: Klaus Hänsch, 56, Präsident des Europa-Parlaments, verzweifelt an Europa: »Es bereitet mir schlaflose Nächte, daß die Europäer moralisch versagen. Sie sehen zu, wie vertrieben, gemordet, vergewaltigt wird.« Bosnien usw.

Genießt den Sommer – wer weiß, was kommt. Dunkle Wolken ziehen auf: Atomversuche, Korruption, Bosnien, Jelzin. Auf der Haut brennt die Sonne, in der Seele Bosnien und Chirac.

Monte Carlo – Was ziehe ich an? Espadrilles von Chanel, Marinehemdchen von Gaultier, weiße Offiziers-Bermudas... Die Sorgen am Strand: Keine dunklen Wolken wg. Mururoa, Bosnien, aber Mwst. wird von 18,6 auf 20,6 Prozent erhöht.

St. Tropez – In-Plätze: »La Pinede« über der Bucht. Gockel-Nierchen in Cognac mit Gnocchi... Worüber redet man? Robert de Niro sammelt am Beach Spenden für Bosnien.

Hamtons – Was ziehe ich an? Helles Leinen, Minis von Anna Sui, weiße Turnschuhe von Jack Purcell.. Der meistgehaßte Mann: Serbenführer Radovan Karadzic. Strand- und Party-Talk: Warum bombt man ihn nicht einfach weg?

Es gibt Tausende von guten Leuten in Deutschland. »Bunte« zeigt die Gesichter von einigen: Stefan Schwarz, 33, CDU-MdB. Bosnien-Gewissen der Deutschen... Elfie Wörner, 54, Benefiz-Engel von Sarajevo... Friedhelm Brebeck, 59, hält ARD-Festung in Sarajevo, »Mutter Teresa« der Korrespondenten... Hans Koschnick, 66, rettet Mostar ohne Rück-sicht auf eigene Verluste... Norbert Kuhl, 54, Autohändler in Overath, schickt pro Jahr mehrere Hilfskonvois nach Bosnien...

Hier spricht die Frau, die alles hat – Ingrid Flick über ihr Leben an der Seite des reichsten Deutschen: Was wünschen Sie sich? Ich wünsche mir, daß wir das nicht durchmachen müssen, was in Jugoslawien geschieht. Wir setzen uns für die Erhaltung eines Naturschutzgebietes in Rottenmann (Steiermark) ein. Das ist eine ganz bedeutungsvolle Geschichte...

Interview mit Lothar Matthäus: Welche persönlichen Gedanken kommen Ihnen im Krankenbett? Daß ich eine tolle Frau habe. Dir schießen andere Bilder durch den Kopf, der Krieg in Bosnien...

Buntes Leid

Was, außer Bosnien, den Lesern der Burda-Illustrierten sonst noch auf der Seele liegt, darüber geben die Inserate in derselben Nr. 31 vom 27. Juli 1995 Auskunft:

Was macht eine Diplom-Kosmetikerin, wenn sie Hornhaut hat? Scholls Pflege-Balsam – Schlimmer als Falten: Altersflecken. Gegen Pigmentstörungen der Haut kann jetzt die Spezialcreme White Shade helfen – Kilo-Nit, Kräuter-Tropfen zum Abnehmen – Jetzt möglich! Neue Kapsel verhindert Migräne – Täglich Optovit für Aktivität und Lebensfreude – Brüchige, splitternde oder weiche Fingernägel? Bio-H-Tin-Tabletten mit Biotin, dem Haut-, Nagel- und Haarvitamin – Hepalus-Liposom zur Venenpflege – Curbita stärkt Blase und Prostata – Exhurid stärkt die Venenwand – Hören Sie auf Ihr Herz! Magnesium-Diasporal N – Acerpes statt Herpes, schnell bei Lippenbläschen – Naturarznei Uzara: Urlaub ohne

Durchfall – Ihr Bruch. Spranzband 60 – Erblicher Haarausfall? Activogland hilft! – Jetzt leichter abnehmen! Fucus 2000 – Night-Care Natur-Atemkur – Dolexaderm H, Pflanzen-Kortison gegen Ekzeme und Juckreiz

Ach, wer Prostatabeschwerden und Ekzeme so einfach wegbomben könnte wie den Karadzic!

Mutterkreuzung

Neben Friedhelm Brebeck, 59, der »Mutter Teresa der Korrespondenten«, hält die Nr. 31 der Illustrierten »Bunte« vom 27. Juli 1995 noch bereit:

Dr. Elvira Neuwirt, 50, genannt »Mutter Teresa der Tiere«. Ihr Patientenkreis reicht von Ratten bis Eidechsen, Igel bis Affen,

und

Dr. D. Petöfi, Vater der Melanin-Bremse,

nicht zu verwechseln mit Dittmaier, dem Onkel des Orangenkonzentrats, oder Herrn Kaiser, der Mutter Teresa der Hamburg-Mannheimer.

Kampfhund

Der Schauspieler Gerd Haucke, eine Art Mensch gewordener Bullterrier, würde gerne Gott fragen, »was er sich bei diesem Horror-Zombi Mensch gedacht hat«. Und dann möchte er das Geheimnis lüften, »warum Saddam Hussein nicht liquidiert wird«. Und keiner schläfert ihn ein.

Reader's Digestion

Ein Politiker hat in seinem letzten Urlaub diese vier Bücher gelesen: »Geheimdiplomatie des Vatikan« von Hansjakob Stehle, »Als Berlin brannte« von Hansgeorg von Studnitz, »In Europa gehen die Lichter aus« eines der Redaktion unbekannten Reiners und »General Ludendorff« von Wolfgang Venohr. Wer war es? Ein Tip: Der Urlauber kommt aus Bonn, hat nicht nur einen geistigen Saumagen, sondern auch ein Zehntel so viele Kilo wie seine Urlaubslektüre Seiten (1.806).

1. Meldung

»Gerade klopft Israels Premier Peres bei uns an, die Bundeswehr sollte doch, wenner und Assad sich über die Golan-Höhen verständigt hät-ten, als Friedenstruppe einrücken.« Der deutsche Spitzenjournalist Erich Böhme in seiner regelmäßigen Kolumne in der »Hamburger Morgenpost«.

2. Meldung

Tags darauf: Der israelische Ministerpräsident betont, daß er »nie den Wunsch nach deutschen Soldaten geäußert« habe. Peres: »Ich weiß nicht, woher diese Information kommt.«

3. Meldung

Wortlaut der Richtigstellung des deutschen Spitzenjournalisten Erich Böhme in seiner regelmäßigen Kolumne in der »Hamburger Morgenpost«:

Keine Mörder

Die US-Militärbehörden auf der japanischen Insel Okinawa geben bekannt, daß erneut ein US-Soldat beschuldigt wird, ein 14jähriges japanisches Mädchen vergewaltigt zu haben. Auf Okinawa stehen bereits drei weitere US-Soldaten vor Gericht, die im September 1995 ein 12jähriges japanisches Mädchen vergewaltigt haben sollen.

MörderInnen

Deutschlands Frauenführerin Alice Schwarzer hat ihre »Emma« der emanzipatorischen Forderung gewidmet, die deutsche Frau als gleichberechtigte Soldatin in die kommenden deutschen Kriege ziehen zu lassen.

1. Die PDS im Bundestag hat in Wort und Tat nicht nur Kampfeinsätze der Bundeswehr, sondern auch deren Einsatz in sogenannten »Blauhelm«-Missionen konsequent abgelehnt.

André Brie, »die graue Eminenz der PDS« (»Woche«)

2. Daß Politikerinnen und Politiker der PDS-Bundestagsfraktion über die ganze Ver-worrenheit, Schwierigkeit internationaler Entwicklungen und ihre politischen Konsequenzen nachdenken und nicht in Elfenbeintürmen der reinen Lehre (Leere) verbleiben, ist selbstverständlich.

André Brie, »graue Eminenz der PDS«

3. In einer Welt von Kriegen und vielfältigsten Konflikten gibt es keine einfachen Antworten.

André Brie, »graue Eminenz der PDS«

Pursuit of Happiness:

Nicht alle Probleme dieser Welt bleiben ungelöst: Wie das schwedische Königshaus mitteilt, hat Königin Silvia zu ihrem 50. Geburtstag endlich ihren ganz persönlichen Swimmingpool im Hof von Schloß Drottningsholm bekommen.

Ich glaube, daß wir vor 1989 nicht wußten, was der Kapitalismus wirklich war.

Susan Sontag, amerikanische Modeschriftstellerin

Herr Jünger, fragte die »Frankfurter Allgemeine« ihren Lieblingsnazi zum Tode ihres Lieblingssozis, »was war denn besonders an Mitterrand? Hatten Sie den Eindruck einer starken persönlichen Ausstrahlung; besaß er Autorität?«

Ja, antwortete Jünger, »er hatte schon eine gewisse Autorität, die mit dem Amt gewachsen war, aber sie war nicht außergewöhnlich. Das war nichts so Spezifisches wie bei einem Ludendorff oder wie bei Hindenburg. Bei Mitterrand war das mehr so ein allgemeines, ein demokratisches Flair.«

Konkret 03/96, S. 11

Termine

26.2. Braunschweig; Freizeit und Bildungszentrum Bürgerpark; Niemesstr. 2; 19.30 Uhr: Nach Oklahoma: Faschismus in den USA. Veranstaltung mit dem amerikanischen Antifaschisten Jonathan Mozzochi aus Portland

27.2. Köln; Stadtgarten; Venloer Str. 40; 20 Uhr: Rainer Trampert und Thomas Ebermann stellen ihr Buch »Offenbarung der Propheten« vor

27.2. Hamburg; B-Movie; Brigittenstr. 5; 19.30 Uhr: Nach Oklahoma: Faschismus in den USA (siehe 26.2.)

28.2. Kiel; Hansastr. 48; 20 Uhr: Nach Oklahoma: Faschismus in den USA (siehe 26.2.)

1.3. Potsdam; Ort unbekannt: Nach Oklahoma: Faschismus in den USA (siehe 26.2.)

3.3. Luckenwald; Ort noch unbekannt: Nach Oklahoma: Faschismus in den USA (siehe 26.2.)

29.2. Berlin; Helle Panke; Breite Straße 48; 19.00 Uhr: In der Reihe »Kreuzweg Marxismus« referiert Prof. Dr. Hermann Klenner über den utopischen Kommunismus in Englands bürgerlicher Revolution des 17. Jhs.

29.2. Nürnberg; KOMM; Königstr. 93; 20.00 Uhr: Die Offenbarung der Propheten – Lesung und Diskussion mit Rainer Trampert aus dem gleichnamigen Buch

2.3. Nürnberg; KOMM; Königstr. 93; 20.00 Uhr: Diskussionsveranstaltung mit Wili Brüggen (Andere Zeiten) und Stephan Brückl zum Thema: Wohlstand für niemand – oder für alle?

4.3. Berlin; Kulturbrauerei/Kesselhaus; Prenzlauer Berg; 20.00 Uhr: Neue Bücher von Annelies Laschitza, Kristine von Soden, Klaus Gietinger u.a. gemeinsam präsentiert

18.3. Nürnberg; KOMM; Königstr. 93; 20.00 Uhr: Kommt jetzt endlich der Frieden in den Nahen Osten? – Lesung und Diskussion mit der israelischen Anwältin und Trägerin des alternativen Nobelpreises, Felicia Langer.

19.3. Stuttgart; Kulturzentrum Merlin; Augustenstr. 72; 20 Uhr: Rainer Trampert und Thomas Ebermann stellen ihr Buch »Offenbarung der Propheten« vor.

25.3. Hamburg; Curio-Haus; Rothenbaumchaussee 15; 19.00 Uhr: Vor 50 Jahren: Der Curio-Haus-Prozeß; Prof. Norman Paech referiert über das Thema: Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die alliierten Militärgerichtsverfahren in völkerrechtlicher Perspektive

26.3. Düsseldorf; Zank; Fichtenstr. 40; 20 Uhr: Die Offenbarung der Propheten – Lesung und Diskussion mit Rainer Trampert und Thomas Ebermann

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungen veröffentlicht. Voraussetzung hierfür ist, daß die Termine spätestens am Ersten des VORMONATS hier eingehen: KONKRET, Stephan Meyer; Ruhrstr. 111, 22761 Hamburg, oder per FAX an 040 - 851 25 14

Konkret 03/96, S. 14

Robert Kur□

Von Ke□ nes □ u Al□ heimer

B□ ndnis f□ r Selbstverst□ mmelung oder Warum politische Initiativen den □ konomischen S□ stem□ iderspruch nicht mehr l k□ nnen

»In the long run we are all dead.«
John Maynard Keynes

Die Inkompetenz der sogenannten Wirtschaftspolitik scheint ihren Reifegrad überschritten zu haben. Der vielstimmige politische Chor singt derart falsch, daß es weh tut; das »Bündnis für Arbeit« ist in jeder Hinsicht eine Lachnummer. Wahrscheinlich wissen das sogar seine Urheber. Trotzdem wird das Stück krampfhaft weitergespielt. Das Publikum ist ja auch ziemlich anspruchslos geworden, seitdem alle an die Alternativlosigkeit der Marktwirtschaft glauben. Aber gerade diese angebliche Alternativlosigkeit ist auch der Grund für die wirtschaftspolitische Katzenmusik. Denn wenn ein System an seine Grenzen stößt, das man gleichzeitig als alternativlos beschwört, dann kann nur noch der bare Unsinn dahergeredet werden.

Die Ökonomen leiden offenbar an theoriegeschichtlichem Alzheimer. Anders ist der gegenwärtige neoliberale Konsens nicht zu erklären. Daß die Selbstheilungskräfte des Marktes nur in der wirtschaftsliberalen Phantasie existieren, war spätestens seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre klar. Die Antwort der VWL auf diese Krise war die »General Theory« von Keynes (1936). Parallel dazu betrieben Roosevelt und Hitler ganz theorielos und spontan bereits eine einschlägige ökonomische Praxis. Keynes wies nach, daß durch den Marktprozeß selber eine Situation entstehen kann, in der dem Markt durch einen Mangel an zahlungsfähiger Gesamtnachfrage das Lebenslicht ausgeblasen wird. Er war damit der erste nichtmarxistische Ökonom, der das von Jean Baptiste Say (1767-1832) begründete Gleichgewichts-Theorem umstieß, wonach jedes Angebot sich letztlich selber seine Nachfrage schaffe. Das Systemrettungsprojekt von Keynes sah bekanntlich vor, daß der Staat regulierend eingreifen müsse (Globalsteuerung), und zwar vor allem durch eine kreditfinanzierte Staatsnachfrage (Deficit spending).

Eine entsprechende, bei den Ökonomen als unseriös geltende Praxis hatte bereits seit dem Absolutismus existiert, aber im wesentlichen nur für die vorübergehende Finanzierung von Kriegen. Keynes legitimierte diese Praxis nun für die zivile Wirtschaftspolitik. Dabei kam unfreiwillig der absurde Selbstzweck-Charakter der kapitalistischen Produktionsweise zum Vorschein; denn Keynes meinte, der zusätzliche Staatskonsum könne auch völlig unsinnig sein (»Pyramiden bauen oder Löcher graben und wieder zuschütten«), wenn er nur Geldeinkommen erzeuge. Allerdings sollte das nicht zum Dauerzustand werden. Keynes machte sich ähnliche Illusionen wie heute die Kohl-Administration hinsichtlich der deutschen Vereinigungs-Ökonomie: Das Deficit spending sollte nur in der Krise eine »Anschubhilfe« geben, bis der marktwirtschaftliche Motor selber wieder anspringen würde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg feierte man zwar Keynes' Werk, das begrifflich flach war und weit hinter der Marxschen Ökonomiekritik zurückblieb, als »theoretische Revolution« in der VWL. Zum Zuge aber kam zunächst eher die Position der sogenannten Neoliberalen wie Walter Eucken (1891-1950), wirtschaftspolitisch vertreten vom angeblichen Wunder-Professor Ludwig Erhard. Die Neoliberalen reagierten ebenfalls auf die Weltwirtschaftskrise, freilich ganz anders und viel ideologischer als Keynes. Für sie resultierte die Krise aus dem ständigen Abweichen der Ökonomie von der freien Konkurrenz. Da diese sich, im Gegensatz zur Auffassung der klassischen VWL, nicht von selbst regeneriere, müsse der Staat durch bewußte ordnungspolitische Eingriffe die freie Konkurrenz garantieren (Ordo-Liberalismus).

Der weltweite Nachkriegsboom und speziell das deutsche Wirtschaftswunder, das Erhard und Konsorten zu Glanz verhalf, waren freilich auf keinerlei Ordnungspolitik zurückzuführen. Angestoßen durch die konjunkturelle Hausse des Koreakriegs (insofern durchaus vermittelt mit rüstungsökonomischem Deficit spending), brachte die historisch einmalige Expansion der fordistischen Industrien (Auto, Haushalts- und Unterhaltungselektronik etc.) Millionen von zusätzlichen Arbeitsplätzen, entsprechende Geldeinkommen und Nachfrageschübe.

Bereits 1967 aber war das Wirtschaftswunder mit der ersten Nachkriegsrezession zu Ende. Ludwig Erhard galt als gescheitert und wurde abserviert. Die große Zeit der Theorie von Keynes schien gekommen. Eine weitgehend keynesianisch orientierte Wirtschaftspolitik betrieben in den USA die Regierungen seit Kennedy (auch durch das republikanische Zwischenspiel Nixon/Ford nicht entscheidend gebremst) und die britischen Labour-Regierungen ebenso wie in der BRD die Große und dann die sozialliberale Koalition. Vom Reform-Keynesianismus der kurzen Ära Brandt blieb nur die Gaswerk-Architektur der Reformhochschulen und eine Masse arbeitsloser Sozialarbeiter übrig; der Krisen-Keynesianismus der Ära Schmidt, dessen Regierung bereits mit dem Sozialabbau begann, lief in der schweren Rezession Anfang der 80er Jahre auf Grund. Man kann dem Keynesianismus ein gewisses unglückliches Bewußtsein nicht absprechen: Für die Weltwirtschaftskrise kam er zu spät, im Wirtschaftswunder schien er überflüssig, und als er seit den

60er Jahren endlich antreten durfte, mußte er schon nach kurzer Zeit als zahnloser Greis ins Altersheim der Wirtschaftsgeschichte weggeführt werden.

Seitdem ist das wirtschaftspolitische Arsenal leer wie die Geldbeutel der anschwellenden Masse von Arbeitslosen. Und schlagartig wurde die Zunft der Ökonomen von Alzheimer befallen. Als hätte es die Geschichte der Ökonomie, der VWL und der Wirtschaftspolitik seit 1929 niemals gegeben, kehrte man zum Marktradikalismus der Wirtschaftsliberalen zurück. Ein drittklassiger und im höchsten Grade unoriginelle Kopf wie Milton Friedman wurde mit Preisen überhäuft. Dieser Neo-Neoliberalismus hat der aufgewärmten Doktrin der Ordo-Liberalen außer einem primitiven Geschimpfe gegen die Staatsverschuldung fast nichts hinzugefügt.

Zwar ist die Staatsverschuldung tatsächlich zum weltweiten Problem geworden. Aber nur deswegen, weil der marktwirtschaftliche Selbstheilungsprozeß ausgeblieben ist. Das Deficit spending hat überhaupt nichts angeschoben, sondern ist zum strukturellen Dauerzustand geworden. Der Neo-Neoliberalismus behauptet nun absurderweise, daß der keynesianische Herzschrittmacher die Ursache der Herzschwäche sei und entfernt werden müsse. Die Operationsversuche der Doctores Eisenbart sind allerdings grotesk mißlungen. In einer beispiellosen wirtschaftspolitischen Hanswurstiade haben die neokonservativen Regierungen ihre eigene Ideologie in den vergangenen 15 Jahren ad absurdum geführt.

In den USA ließen die »Reaganomics« durch den rüstungspolitischen »Krieg der Sterne« das Deficit spending geradezu explodieren. Die Staatsverschuldung kann nicht mehr intern, sondern nur noch durch den permanenten Zufluß ausländischen Geldkapitals finanziert werden. 75 Prozent Dienstleistungsökonomie, davon ein Großteil miserable Obdachlosenjobs, sind überhaupt nur durch die ständig steigenden Außendefizite möglich und daher nicht durchhaltbar. England ist dank des Thatcherismus in die Abstiegszone der Industrieländer zurückgefallen; es besitzt keine eigene industrielle Konkurrenzfähigkeit mehr, sondern dient nur noch als Billiglohn-Flugzeugträger globalisierter Konzerne für den EU-Markt. Die soziale Struktur hat sich der eines Dritte-Welt-Landes angeglichen. Trotzdem ist die von Thatcher heruntergeprügelte Staatsquote längst wieder im Steigen begriffen. In der BRD schließlich erscheint nach 15 Jahren Kohl-Administration die ökonomische Krise von 1981, die zum Sturz von Helmut Schmidt geführt hatte, fast auf Peanuts-Größe geschrumpft angesichts des heutigen Zustands der Staatsfinanzen und bei einer offiziellen Massenarbeitslosigkeit von über 4 Millionen.

Der Zustand der drei kapitalistischen Kernstaaten verweist auf den Zustand der kapitalistischen Ökonomie insgesamt, der sich in den meisten Ländern noch viel schlimmer darstellt. Die erste Preisfrage ist nun, ob der Kapitalismus mit drastisch sinkender Kaufkraft und zunehmend verelendeten Massen ökonomisch leben kann. In diesem Zusammenhang ist ein Argument der Marxschen Theorie über das Verhältnis von Krise und Konsum der Lohnarbeiter nicht uninteressant: »Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde« (*Kapital* Bd. 3, S. 501). Mit anderen Worten: Die kapitalistische Produktionsweise hat eine Tendenz zur ökonomischen Selbstverstümmelung. Wenn durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung mehr Kaufkraft weggenommen wird, als das Kapital selber braucht, um seine Waren verkaufen zu können, dann muß dies in die ökonomische Paralyse des Systems führen.

Sicherlich wird diese Logik des »Kapitals im Allgemeinen« gefiltert durch die Weltmarktvermittlung. Marktwirtschaftliche Zyniker könnten sich vorstellen, billig zu exportieren, während zuhause die Leute verhungern. Doch das funktioniert nicht mehr, wenn alle dasselbe machen, d.h. wenn überall dieselbe Standortdebatte geführt und überall die Kaufkraft abgebaut wird. Zwar ist die Wirtschaftsgeschichte der BRD gekennzeichnet durch einen Zusammenhang von relativer Lohnzurückhaltung, geringer Streikhäufigkeit und Exportschüben. Aber in der Vergangenheit haben die Exportschübe seit dem Koreaboom immer zusätzliche Beschäftigung ausgelöst, die absolute Kaufkraft erhöht und den Abschwung des Exports durch steigende Binnennachfrage aufgefangen. Jetzt aber schmelzen bekanntlich selbst im Exportboom die Arbeitsplätze dahin.

Zweite Preisfrage: Warum hat der Selbstwiderspruch des Systems nicht schon viel früher an die Systemgrenze geführt? Als der Kapitalismus in Gestalt der Textilindustrie ins Leben trat, gab es vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine technologische Massenarbeitslosigkeit in diesem Produktionszweig, freilich weniger auf dem Boden der Industrie selber, sondern durch den Ruin der handwerklichen Produzenten. Mit der Ausbreitung der Industrie wurden aber allmählich weitaus mehr Arbeitsplätze geschaffen, als im Handwerk verlorengingen. Die Steigerung der Produktivität sparte Arbeit und senkte dadurch den Preis der einzelnen Ware, so daß viel mehr Leute als bisher sich z.B. die billiger gewordenen Textilien kaufen konnten. Marx nannte diese Verbilligung die »zivilisatorische Mission des Kapitals«. Auf diese Weise erweiterte sich der jeweilige Markt derart, daß letztlich mehr zusätzliche Arbeitskraft gebraucht wurde, als durch die Produktivitätssteigerung einzusparen war.

Natürlich muß auch der erweiterte Markt an eine Sättigungsgrenze stoßen. Jede weitere Produktivitätssteigerung führt dann wieder zum Abbau von Arbeitsplätzen und damit von Kaufkraft. Aber dasselbe Spielchen kann man ja in anderen Produktionszweigen wiederholen. Und wenn alle handwerklich-bäuerlichen Produktionszweige »durchgenommen« sind,

kann man nie dagewesene Produktionszweige auf dem Boden der Industrie selber erfinden. Das Paradebeispiel war die Automobilindustrie mit allen Folgeerscheinungen. So begann man also an die Fähigkeit des Kapitalismus zur Selbstverewigung zu glauben. Die klassische und neoklassische Angebotstheorie meinte, Produktivitätssteigerung und betriebswirtschaftliche Kostensenkung (Verbilligung des Angebots) würden immer wieder zur Erweiterung der Märkte und zur Rekonstruktion der Arbeitsplätze führen. Die Theorie der »langen Wellen« von Kondratieff und Schumpeter formulierte denselben Gedanken krisentheoretisch: Zwar stoße die Trägerwelle eines bestimmten Ensembles von Produkten (Textilzyklus, Montan-Eisenbahnzyklus, Automobilzyklus usw.) irgendwann an Grenzen, was eine »große Krise« auslösen könne. Aber innovative Unternehmer als »schöpferische Zerstörer« (Schumpeter) würden dann früher oder später dem Kapital in einem neuen technologischen Körper zum Rebirthing verhelfen und damit abermals die lange Welle eines neuen Produktzyklus auslösen.

Bedauerlicherweise muß aber jede Lawine einmal im Tal ankommen. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre hatte die lange Welle der fordistischen Industrien ihre Sättigungsgrenze erreicht. Auf die lange Welle der Mikroelektronik kann man freilich lange warten. Zwar ist der Effekt der Verbilligung zunächst derselbe wie früher: Rechnerkapazitäten, die Anfang der 80er Jahre noch die Kapitalkraft von Großunternehmen erforderten, kriegen die Kinder heute zu Weihnachten geschenkt. Aber die einsetzende Markterweiterung für mikroelektronische Produkte brachte keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Ganz im Gegenteil erweist sich die Mikroelektronik als radikaler Arbeitsplatzfresser durch Automatisierung, Rationalisierung (Lean production) und Globalisierung. Mit anderen Worten: Erstmals läuft die Einsparung von Arbeit durch Produktivitätssteigerung von Anfang an schneller als die Expansion des Marktes.

Die dritte industrielle Revolution macht daher den von Marx konstatierten Selbstwiderspruch des Kapitalismus absolut. Die keynesianische Nachfragetheorie blamierte sich, weil Kaufkraft nicht politisch geheckt werden kann und ein permanentes Deficit spending unmöglich ist. Aber die neoliberale Angebotstheorie blamiert sich erst recht, weil eine massive Kostensenkung unter den Bedingungen der neuen Produktivkräfte nicht mehr via Marktexpansion zum Nachfrageschub, sondern direkt in den Kaufkraftkollaps führt. Das könnte man auch in Terms der Werttheorie ausdrücken, aber die versteht sowieso keiner mehr.

Mit dem Bündnis für Arbeit sind die Gewerkschaften auf die Linie der Alzheimer-Ökonomen eingeschwenkt. An die Stelle der Nachfragepolitik eines Willy Brandtschen Pyramidenbaus soll eine Angebotspolitik durch Zugeständnisse an die betriebswirtschaftliche und sozialstaatliche Kostensenkung treten. Durch Beihilfe zur sozialen Apartheid und durch soziale Selbstverstümmelung sogar der Kernbelegschaften kann aber die konjunkturelle Abwärtsspirale und damit die objektivierte Selbstverstümmelungstendenz des Kapitalismus nur verstärkt werden. Das wird sich spätestens im Auslaufen der (selber global defizitgenährten) Exportkonjunktur zeigen. Wenn gleichzeitig die Binnennachfrage absäuft, wird unvermeidlich eine Kettenreaktion bei allen Wirtschaftszweigen ausgelöst, von den Zulieferern über die Bauindustrie bis zum Tourismus und den Friseuren.

Das verrückte Selbstzweck-System, das sich seit 200 Jahren Ökonomie schimpft, ist selber unrentabel geworden. Es kann weder vor noch zurück, wo es doch so wunderbar alternativlos ist. Der systemische Selbstwiderspruch drängt zur Entladung. Fragt sich nur wie.

Robert Kurz schrieb in KONKRET 7/95 über Ebermann/Tramperts »Offenbarung der Propheten«

Konkret 03/96, S. 17

Holger Becker

Hiwis der Gegenreform

Der »Kapitalismus mit menschlichem Antlitz« ist am Ende und mit ihm das Zeitalter der Sozialdemokratie. Kurzer Lehrgang durch die Geschichte des Reformismus

»Wenn wir die Großindustrie, wie wir sie haben, fallen lassen, wenn wir es dahin kommen ließen, daß sie mit dem Auslande nicht mehr konkurrenzfähig bleibt, wenn wir ihr Lasten auferlegen wollten, von denen nicht bewiesen ist, ob sie dieselben tragen könnte, so würden wir damit vielleicht Beifall bei allen finden, die mit Ärger jeden sehen, der reicher ist als andere, namentlich als sie selbst. Aber bringen Sie die Großindustriellen zu Falle, was machen Sie dann mit den Arbeitern?« – Das Wort »Lohnnebenkosten« war noch nicht erfunden, und auch bei der Fügung »Standort Deutschland« hätte sich dem Stilisten Otto von Bismarck wahrscheinlich die Zunge gesträubt. Doch ansonsten meinte der intelligente Krautjunker, als er 1881 im Reichstag über den Entwurf für ein Unfallversicherungs-Gesetz sprach, dasselbe wie heute sein Kanzlernachfolger Helmut Kohl.

Bismarck stand unter Druck. Die Repression der damals in ihrer Gesamtheit zu Recht noch als »Umsturzpartei« gefürchteten Sozialdemokratie hatte wenig bewirkt. Trotz Sozialistengesetz waren die Bebel-Leute im Vormarsch. Obwohl es dem Kanzler des Blut & Eisen-Reiches eigentlich gegen den Strich ging, tat er etwas, um die »gemäßigten Teile« der Sozialdemokratie zu bestärken: Er führte die Sozialversicherung ein, die er gegen die auf das alte Modell der Privatversicherung setzenden Liberalen verteidigte. Was die wollten, sei das »reine Manchestertum«, das nach der Maxime handle, »jeder sehe, wie er's treibe, jeder sehe, wo er bleibe«. Und gnadenlos populistisch überholte er die Liberalen auf der linken Spur: »Jedes Armenpflegegesetz ist Sozialismus.«

Von der komfortablen Situation, die ein Helmut Kohl nun auskosten darf, hätte Bismarck kaum zu träumen gewagt: Nicht nur, daß sein Kanzlei-Nachfahre unter dem Motto »Keine Vollkasko-Mentalität!« die Sozialgesetzgebung des Alten tendenziell zurücknehmen kann – dem von der Gnade der sehr späten Geburt begünstigten Sachwalter des deutschen Gierschlund-Unternehmertums stehen dabei auch noch die Sozialdemokratie nebst ihren gewerkschaftlichen Anhängseln als Hiwis zur Seite. Das »Bündnis für Arbeit«, das sie allesamt eingehen wollen und das tatsächlich nichts weiter als ein Bündnis zur freundlich verbrämten Erhöhung der Profitrate ist, macht allerdings nur einen Zustand sinnfällig, der schon vor einem halben Jahrzehnt eingetreten war: Der Reformismus ist tot, seine Leiche verwest.

Eingetreten war der Tod, als sich die Bagage am kräftigsten wähnte, die den Leuten seit mehr als einem Jahrhundert erzählt, jedes Armenpflegegesetz sei Sozialismus, und die das im Unterschied zu Bismarck vermutlich auch selber noch glaubt. Jetzt breche das »sozialdemokratische Zeitalter« an, hatte sie in den Jahren 1989/90 verkündet und dabei den Schein der Geschichte zu ihrem Vorteil gedeutet: Daß sich die Spitzen der Sowjet-Nomenklatura in grenzenloser Verblödung zum Sozialdemokratismus bekannten, unter dessen Parolen den eigenen Laden und – ohne Nachfrage bei deren Leitern – auch alle Filialen abwickelten, nahm sie als den Sieg ihres Prinzips.

Denn dafür waren die Sozialdemokraten, die vor nichts mehr Angst haben als vor der Revolution, schon immer gewesen. Dafür hatten sie das Menschenmögliche getan, sich notfalls mit Tod und Teufel verbündet, von deutschen Miltärs Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht umbringen lassen, selbst die Polizei auf Arbeiterdemonstrationen gehetzt – und dem deutschen Imperialismus sogar verziehen, daß der zwischen 1933 und 1945 den Klassenkompromiß unter Einsparung der Sozialdemokratie probierte. Nur das Banalste begriffen sie nicht: daß ohne die begründete Angst vor dem »Umsturz« – für die der Osten mehr als 70 Jahre die Verkörperung war – auch der Reformismus den Bach runtergeht.

Die seit Eduard Bernstein verbreitete Idee von der Evolution hin zu einem »Kapitalismus mit menschlichem Antlitz« kann nicht mehr reüssieren, seit deren Hauptgegner am Boden liegt und also der Druck verschwunden ist, die Stabilität des Systems mit Kompromissen und sozialen Zugeständnissen zu gewährleisten. Ihr Ende zeigt: Sie war schon am Anfang reine Illusion. So wie allerdings auf der Gegenseite immer die Illusion verbreitet gewesen ist, man könne sich an dem von Rosa Luxemburg formulierten »große(n) Problem der sozialistischen Bewegung« vorbeimogeln, »die sich... zwischen den beiden Klippen: dem Aufgeben des Massencharakters und dem Aufgeben des Endzieles, zwischen dem Rückfall in die Sekte und dem Umfall in die bürgerliche Reformbewegung, zwischen Anarchismus und Opportunismus vorwärtsarbeiten muß«.

Der Reformismus jedenfalls ist tot. Übriggeblieben sind seine Organisationen und Apparate mit Leuten, die immer noch die Türschilder putzen und ansonsten der Gegenreform Zuarbeit leisten. Die Gewerkschaften geben für den »Standort Deutschland« ihre Gründungs-Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit auf, verkaufen es als Erfolg, wenn die Arbeitslosenhilfe nur um drei statt um fünf Prozent gesenkt wird, und stimmen sogar zu, die zuschlagsfreie Samstagsarbeit wieder einzuführen. Die SPD segnet den Kladderadatsch ab und produziert im übrigen noch jede Menge protestantischen Gutmenschentums, das sich am liebsten an Orten wie der Tutzinger Akademie tummelt und unter beständiger Ausgießung

moralinsauren Breis auch noch die letzten Möglichkeiten für eine Diskussion im Keime erstickt, was gegen den Rückfall der Verhältnisse in vorsintflutliche Zeiten zu tun sei.

Wo aber über »ökologischen Umbau« oder gar »Utopien« und »Visionen« geschwafelt, wo in netter Gesellschaft Gesellschaftskritik simuliert wird, dort also, wo die für den ungebremsten Lauf der politischen und sozialen Regression so nützliche Scheinopposition ihren Sprachschaum absondert, sind führende PDSler längst mit von der Partie. Inwischen mit Ambitionen auf mehr: Ihre Partei, die im Osten längst nicht mehr für das gewählt wird, was sie verkündet, aber immer noch für das, was sie sein könnte, soll nun ohne Not den Sündenfall der Sozialdemokratie wiederholen. Der fand statt, als 1899 der Franzose Etienne-Alexandre Millerand als erster sozialistischer Minister in eine bürgerliche Regierung eintrat. »Praktisches Bernsteinianertum« nannte Lenin das, was sich inzwischen geschichtlich erledigt hat, nun von der PDS aber noch einmal als Posse in Schwerin und Magdeburg durchgezogen wird. Gysi schickt seine Provinz-Millerandisten vor, um den Handschlag zwischen einer tatsächlichen und einer potentiellen Leiche proben zu lassen. Verhindern kann den derzeit nur noch Helmut Kohl, der die PDS als kommunistische Partei denunzieren läßt, obwohl er weiß, daß sie genau dieses nicht ist und von ihr keinerlei Gefahr ausgehen wird. Doch schon ein taktischer Schwenk kann die Sachlage ändern, und dann sehen wir auch das PDS-Establishment in praxi als das, was es geistig längst ist: als bunte Hiwi-Truppe der Gegenreform.

Holger Becker schrieb in KONKRET 12/95 über die Haltung der PDS zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr

Konkret 03/96, S. 18

Michael Schilling

Mit Stumpfe und Stihl

Über das Geschwätz von der Globalisierung, der Modernisierung, der Flexibilisierung, der Erneuerung, dem Umbau des Standortes Deutschland. Und warum sich der Kapitalismus auf seine alten Tage nach seinen schönen Kinderarbeits-Zeiten zurücksehnt

Daß die Vernichtung durch Arbeit die billigste Methode der Ausbeutung ist, haben die Nazis nur wiederentdeckt. Vernichtung durch Arbeit war das Programm, mit dem der frühe Kapitalismus sein erstes Kapital akkumuliert hatte: durch Kinderarbeit in Bergwerksstollen bis zum Tod mit vierzehn, fünfzehn Jahren. Erst die Zusammenrottung der Proleten, die sich bald zur kommunistischen Herausforderung auswuchs, zwang die Bourgeoisie, dem Kapitalismus ein mehr oder weniger menschliches Antlitz aufzusetzen, ein sozialdemokratisches oder ein faschistisches.

Der Zweck war in beiden Fällen derselbe: die Befriedung der für Revolten anfälligen Massen. Die Mittel unterschieden sich: hie Mitwirkung der Lohnabhängigen durch autonome Gewerkschaften, da simulierte Mitbestimmung einer völkischen Arbeitsfront. Eine Zeitlang, in den zwanziger und dreißiger Jahren, schien diese Variante die effektivste, modernste. Die Entdeckung sozialpsychologischer, »demokratischer« Techniken der Massenlenkung ließ seit der Mitte des Jahrhunderts die durch Terror zusammengehaltene, wenig flexible Volksgemeinschaft alt aussehen.

Das Modernste vom Modernen wurde das Modell des schwedischen Wohlfahrtsstaats, an dem in den siebziger Jahren auch die »inneren Reformen« der sozialliberalen Bonner Regierung sich orientierten. Jetzt wird, in Schweden, der Wohlfahrtsstaat »zurückgebaut« (ein schönes Wort, natürlich aus der »FAZ«), und in Deutschland »das moderne Deutschland«, das die Sozialliberalen geschaffen haben wollten, »modernisiert«.

Es soll da plötzlich ein den alten Sozialstaatlern ganz unbekanntes Ungeheuer aufgetaucht sein, Lambsdorff will es gesehen haben, der Lafontaine, und der Fischer natürlich auch. Sie nennen es die »Globalisierung des Arbeitsmarkts«. Das Ungeheuer bewirke, daß alles Kapital, also auch das deutsche, dorthin gehe, wo die Arbeit am billigsten sei. Das sei neu. Deutsche Konzerne, die ihre Produktion seit den Sechzigern nach Südostasien, Südafrika und Lateinamerika verlagert haben, müssen dreißig Jahre lang nicht gewußt haben, was sie tun. Damit sie nicht dumm bleiben für und für, wird es ihnen jetzt vom sozialdemokratischen Leitartikler der »Hamburger Morgenpost« schön plastisch erklärt:

Wie die Luft in ein Vakuum strömt, so folgen das Kapital und seine Produktionsmittel wie nach einem physikalischen Gesetz dem Sog der Billiglohnländer. Sozialbindung des Eigentums? Das große Geld ist anonym, kein böser Macker mit Zigarre schnippelt grinsend Coupons und wäre auf unsozialen Gebrauch seines Eigentums festzunageln, da sind höchstens angestellte Manager, die pflichtgemäß den Nutzen des Unternehmens mehren.

Neu ist natürlich nicht die »Globalisierung des Arbeitsmarkts«, neu ist die Kapitulation der kommunistischen Herausforderer, die erstens die einst ihretwegen vorgenommenen Modernisierungen als obsolet erscheinen läßt und zweitens bewirkt hat, was zu erwarten war: »Die Staaten Osteuropas, früher auch Zweite Welt genannt, werden nicht, wie sie hoffen, Teil der Ersten, sondern der Dritten Welt werden, deren Grenze zur Ersten Oder und Neisse bilden« (KONKRET, April 1990), so daß ein bayerischer Glasfabrikant seine Halbfertigprodukte heute zum Stundenlohn von brutto 3 Mark (netto 2 Mark) in Tschechien herstellen läßt, wofür er in Deutschlands öffentlich-rechtlichem Fernsehen »vorbildlich« genannt wird.

Neu ist, daß sie vor ihren Proleten keinen Schiß mehr haben (müssen). Sie haben die Nettoeinkommen der deutschen Arbeitnehmer von 1993 bis 1995 um 5,7 Prozent gesenkt und dafür die Bereitschaft der Gewerkschaften erlöst, nicht nur über weitere Lohnsenkungen, sondern auch über die Abschaffung aller möglichen Rechte und Leistungen zu verhandeln. Zählt man zusammen, was dem Kapital, vertreten direkt durch Hans-Olaf Henkel (Bundesverband der Deutschen Industrie), Klaus Murmann (Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände), Hans Peter Stihl (Deutscher Industrie- und Handelstag), Werner Stumpfe (Gesamtmetall) oder indirekt durch seine Bonner Charaktermasken Lambsdorff, Rexrodt, Blüm, Schäuble, Scharping, Fischer und Co. zwecks Modernisierung des Standortes Deutschland alles eingefallen ist, kommt heraus:

Senkung der Löhne:

· Mehrere Tarif-»Nullrunden«, dadurch Reallohnsenkung in Höhe der Inflationsrate;

· Einstiegslöhne für Langzeitarbeitslose bis zu 20 Prozent unter Tarif;

· allgemein untertarifliche Einstiegslöhne;

· »Lohndifferenzierung« gleich: Absenkung der unteren Lohngruppen;

· Streichung bzw. Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld;

· Streichung bzw. Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Einführung von Karenztagen oder Anrechnung von Krankheitstagen auf den Jahresurlaub;

· Senkung der Lehrlingsbezüge um bis zu30 Prozent;

· Streichung der Zuschläge für Samstagsarbeit;

· Streichung bezahlter Überstunden durch jährliche Arbeitszeitkonten;

· Lohn nach dem 3-Säulen-Modell (Murmann): 1. festes Mindestgehalt, 2. ertragsabhängige Sonderzahlungen, 3. individuelle Leistungszulagen.

Entzug von Rechten:

· Abschaffung der 35-Stunden-Woche, Anpassung der Arbeitszeit an betriebswirtschaftliche Interessen;

· Einführung der Samstagsarbeit als Regelarbeit;

· Umwandlung von Normalarbeitszeit- in Teilzeitarbeitsverhältnisse;

· Fortschreibung befristeter Arbeitsverträge (Kettenverträge);

· Aufhebung der Zumutbarkeits-Klausel für Arbeitslose;

· Lockerung bzw. Aufhebung des Kündigungsschutzes bei Firmen mit weniger als 10 (bisher 5) Arbeitnehmern;

· Zerschlagung der Gewerkschaften (durch Änderung von Betriebsverfassungs- und Tarifgesetz soll bei Einkommen und Arbeitszeit künftig durch Betriebsvereinbarungen generall vom Tarifvertrag abgewichen werden können – in den fünf Ost-Ländern in 15 Prozent der tarifgebundenen Betriebe bereits üblich, aber noch rechtswidrig);

· Änderung des Mietrechts zugunsten der Vermieter.

.

Streichung von Leistungen:

· Kürzung der Sozialhilfe bei Ablehnung »zumutbarer Arbeit« um bis zu 25 Pro-zent;

· Kürzung des Arbeitslosengelds;

· Kürzung der Renten;

· Wegfall der Anrechnung von Schul- und Ausbildungszeiten bei der Rentenberechnung;

· Anhebung der Rentenversicherungsbeiträge;

· Erhöhung der Selbstbeteiligung bei der Krankenversicherung;

· Kürzung und Besteuerung des Wohngeldes;

· Besteuerung von Nacht-, Sonntags- und Feiertagszuschlägen;

· Senkung der steuerfreien Arbeitnehmerpauschale;

· Senkung der Kilometerpauschale für den Arbeitsweg;

· »Unverzügliche Arbeitspflicht für Sozialhilfeempfänger« (Handelskammer-Präses Klaus Asche, Hamburg).

.

Leistungen fürs Kapital:

· Abschaffung von Kapitalertrags-, Gewerbe- und Vermögenssteuer;

· Senkung der Gewerbeertragssteuer;

· Senkung der Erbschaftssteuer;

· Befreiung der Jungunternehmer (»Existenzgründer«) von Einkommens-, Körperschafts- und Gewerbesteuer;

· Erhöhung der staatlichen Subventionen für »marktnahe Forschung und die Entwicklung neuer Produkte«;

· Erhöhung der staatlichen Subventionen für die »qualifizierte Ausbildung« von Arbeitnehmern;

· Gesetzliche Voraussetzungen für längere Maschinenlaufzeiten;

· Senkung der Besteuerung von Dienstwagen;

· Erweiterung des Dienstmädchenprivilegs: Steuererleichterung bei Beschäftigung von Hauspersonal über die bisher 12.000 absetzbaren Mark hinaus.

.

Demontage des Staats:

· Streichung von 25.000 Stellen (von 325.000) im öffentlichen Dienst des Bundes;

· Privatisierung profitträchtigen öffentlichen Eigentums;

· Abbau von Subventionen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen;

· Besteuerung öffentlicher Betriebe.

Die Parole vom »schlanken Staat« ist populär, im Haß auf die Bürokratie sind sich die Liberalen aller Art einig – die Rechten, weil die Bürokratie durch Vorschriften und Kontrollen nicht nur die Proleten kujoniert, sondern auch manch heißes Geschäft behindert, die Linken aus staatsfeindlicher Nostalgie. Natürlich bedeutet der »schlanke Staat« keine »Entbürokratisierung«, sondern die Reduzierung bzw. Streichung sozialer Dienste und Leistungen, die Privatisierung des Profitträchtigen (anderes will keiner) und den Ausbau des Repressionsapparats. Noch hat kein Freund des »schlanken Staats« verlangt, an Polizei, Stasi und Militär zu sparen.

Die Debatte um den Standort ist so weit vorangekommen, daß Werner Stumpfe, der künftige Präsident von Gesamtmetall, in aller Ruhe sagen kann: »Die Gewerkschaften sind an der Hälfte der Arbeitslosen schuld«, ohne von den »Sozialpartnern« etwas anderes gewärtigen zu müssen als die Wiederholung des »Bündnis für Arbeit«-Angebots der IG Metall und etwa noch die Beteuerung der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Engelen-Kefer, die Gewerkschaften seien »zu flexiblen Regelungen bereit«, insbesondere was die Einstiegslöhne für Arbeitslose angehe. Die Tendenz der gewerkschaftlichen Entwicklung beschreibt die Initiative »Sicherheit durch Zusammenarbeit« der IG Bau und der Gewerkschaft der Polizei. Deren Vorsitzender Hermann Lutz beschreibt die Sache so: »Wir haben festgestellt, daß die Polizei,wenn sie auf Baustellen kommt, nicht das benötigte Insiderwissen hat, um festzustellen, inwieweit das, was dort geschieht, wirklich strafbar ist.« Gewerkschaftliche Vertrauensleute der IG Bau sollen der Polizei Informationen über illegal Beschäftigte (Ausländer) liefern.

Noch weiter ist man im Bundestag. Da sieht man es so: »Daß Unternehmer von einer Kostenkrise des Standorts sprechen, ist nachvollziehbar.« Das Wohlstandsniveau der Wohlstandsinsel Deutschland sei nicht zu halten. Die Realeinkommen der Beschäftigten (nicht der schwafelnden Parteifunktionäre – M.Sch.) müßten sich verringern. Starre Vorschriften und überkommene Behinderungen wirtschaftlicher Aktivitäten, wie das Ladenschlußgesetz, und staatliche Monopole gehörten auf den Prüfstand. Auch im Westen müsse es zu »konsequenter Abwicklung« alter Industrien kommen, die »nicht länger durch staatliche Zuschüsse vor der Grablegung bewahrt werden« dürften. Die Einkommensangleichung Ost-West dürfe nicht »als pauschale Angleichung des Ostens an den Westen vonstatten gehen, sondern als differenzierter Prozeß der gegenseitigen Annähe-rung«. Die niedrigen Ostlöhne seien ein Stand-ortvorteil, der leider deswegen nicht genutzt werden könne, weil er nicht von Dauer sei.

Soweit nicht Wolfgang Schäuble, auch nicht Graf Solms, sondern Werner Schulz, parlamentarischer Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen. Und sein Vorsitzender Josef Fischer singt das Lied vom »Ein-, Aus- und Umstieg zwischen verschiedenen Tätigkeiten, Vollzeit- und Teilzeitarbeit, Arbeit und arbeitsfreier Zeit, Familie und Fortbildung, Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung, Rente und Alterstätigkeit...« Ein Traum wie von Marx, in dem der Mensch morgens als Molliewerfer, mittags als Landesminister, abends als Spätzlekoch bei Biolek und tags drauf als Bonner Fraktionschef für 25.000 Em sich allseitig entwickelt und entfaltet, bis er platzt.

Fischer weiß, was sein Job ist: einer Politik, für die dem phantasielosen Personal der Rechten nur Parolen einfallen wie: Gürtel enger schnallen, Schluß mit der Anspruchsmentalität, Schmarotzer raus aus der sozialen Hängematte, die sich jeder Prolet leicht in seine Enteignung und Entrechtung übersetzen kann, mit pfiffigen Einfällen werblich aufzuhelfen. Die Lösung, sagt er deshalb, sei eine »andere kulturelle Wertehierarchie bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern«. Eine Hierarchie, in der Lohn, Krankengeld, geregelte Arbeitszeit, Urlaub, Arbeitslosengeld und Kündigungsschutz nicht soviel wert sind wie etwa die Freiheit des Kulturmenschen, auch nach dem Aufstehn um 20 Uhr noch die Tagesration Bordeaux kaufen zu können. Seit man ihnen gesagt hat, daß Vati seine Aktien behalten könne, wenn sie ihre Revolution in der Kultur veranstalteten, kommen sie von ihr nicht mehr los, auch wenn sie die Kulturrevolution heute meist Wertewandel oder, ab Vorsemester, Paradigmenwechsel nennen. Widerstand gegen die Restaurierung des frühen Kapitalismus ist von dieser Opposition noch weniger zu erwarten als von den Sozialdemokraten und ihren Gewerkschaften, bei denen sich doch mal ein einzelner Hamburger Bürgermeister findet, der den Kapitalismus auf dem Weg »zum Kannibalismus« sieht (wofür er allerdings, damit man, was Henning Voscherau betrifft, nicht umzulernen braucht, schnell »vaterlandsloses Spekulantentum« verantwortlich macht).

Die kommunistische Herausforderung hat das anarchische Potential des Kapitalismus, indem sie ihn zwang, sich mit einem mehr oder weniger menschlichen Antlitz zu maskieren, politisch gebändigt. Die Kommunisten, man kann gegen sie sagen

was man will, haben dem Kapitalismus ein langes Überleben gewährt. Jetzt herrscht er allein, seinen eigenen Gesetzen ausgeliefert, über sich. Auf eine Weise schon nach wenigen Jahren, die den zitierten Bürgermeister fürchten läßt, »daß sich die Leute in zehn oder fünfzehn Jahren ein neues System suchen«. Was für eins? Eines, das den Standort des deutschen Kapitals verteidigt und den Deklassierten doch das Gefühl gibt (wenn nötig mit etwas Nachdruck), einer Gemeinschaft anzugehören, die, weil sie Mehrwert schafft, auch mehr wert ist als andere.

Michael Schilling arbeitet als Honorar-Defätist im Zonenrandgebiet

Konkret 03/96, S. 20

Jörg Zimmermann

Bourgeois und Proletarier

Wenn es nach der Führung der deutschen Gewerkschaften geht, wird die Geschichte aller künftigen Gesellschaft die Geschichte von Bündnissen sein

Was dümmlich-naiv begann, könnte den großen Sprung der größten Einzelgewerkschaft des bekannten Universums in die endgültige Unterwerfung unter die Verwertungsbedingungen des Kapitals und die staatliche Standortlogik eingeleitet haben:

Wenn die Unternehmen der Metallverarbeitung garantieren, in den nächsten drei Jahren auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, 300000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, außerdem 30000 Langzeitarbeitslose einzustellen sowie die Zahl der Ausbildungsplätze um jährlich fünf Prozent zu steigern, und wenn die Bundesregierung verbindlich erklärt, bei der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes auf die Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe zu verzichten und die Sozialhilfekriterien nicht zu verschlechtern, eine Regelung zur Gewährleistung des Ausbildungsplatzangebotes entsprechend der Nachfrage zu schaffen, Betriebe, die nicht oder zuwenig ausbilden, zum Lastenausgleich heranzuziehen, dann werde ich mich dafür einsetzen, in 1997 Einkommenssteigerungen zu vereinbaren, die sich am Ausgleich der Preissteigerung orientieren, und befristete Einarbeitungsabschläge für Langzeitarbeitslose zu ermöglichen.

So überraschte der eben mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, am 1. November 1995 noch auf dem Gewerkschaftstag seiner Organisation in Berlin Delegierte, Mitglieder, Arbeitgeber und Bundesregierung mit einem Vorschlag für ein »Bündnis für Arbeit«.

Daß die Arbeitgeberverbände – neben der Bundesregierung einzig mögliche Verhandlungspartner für eine solche Initiative – die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in ihren Mitgliedsunternehmen nicht gewährleisten könnten, selbst wenn sie wollten, weiß jeder Gewerkschafter. Daß soziale Demontage die Politik der Bundesregierung ist, weiß sogar der »Bild«-Leser. Daß die Gewerkschaft seit Jahren keinen Ausgleich der Preissteigerungen mehr bewerkstelligen kann, merken ihre Mitglieder täglich an den Kassen der Supermärkte. Daß ein hochqualifizierter Werkzeugmacher, der vor anderthalb Jahren entlassen wurde, nun, nach Langzeitarbeitslosigkeit, nur noch als Hilfsarbeiter für mindestens 5 Mark weniger pro Stunde eingruppiert, trotz des »Verzichts« wahrscheinlich überhaupt nicht mehr wird Arbeit nehmen dürfen, sollte auch dem Vorsitzenden der Metallarbeiter-Gewerkschaft bekannt sein.

Die Message des an sich inhaltslosen Vorschlages stand zwischen den Zeilen und wurde überall verstanden – zuletzt vom DGB-Bundesvorsitzenden Dieter Schulte, selbst Metaller, der kurz vor dem Jahresende 1995 die Verabschiedung des bis dato geltenden gewerkschaftlichen »Dogmas«, Lohnverzicht schaffe keine Arbeitsplätze, begrüßte. Die Delegierten, die auch nach Zwickels Grundsatzreferat in Anträgen und Entschließungen weiterhin das Gegenteil beschlossen, machten überraschte Gesichter und führten hektische Debatten auf den Gängen. Doch der Gewerkschaftstag wehrte sich nicht gegen seine Entmündigung als höchstes beschlußfassendes IGM-Gremium. Schließlich konnte man ja den alten und neuen Vorsitzenden nicht im Regen stehen lassen, in den er sich selbst begeben hatte. Das Prinzip Solidarität gebot den Schulterschluß.

Bei der Fortsetzungsveranstaltung des Gewerkschaftstages vier Wochen später in Mainz war auch die solidarische Kritik an Zwickels neuer Linie fast vollständig überwunden. Die Konfliktorientierten unter den Funktionären bemäntelten fehlenden Mut zum Widerspruch: Der Vorschlag sei nun mal auf dem Tisch, daran komme man nicht mehr vorbei. Diejenigen unter den Kolleginnen und Kollegen, die in pragmatischer Praxis schon längst den Widerstand gegen tarifvertragswidrige oder grenzwertige Betriebsvereinbarungen und -praxis aufgegeben hatten, sahen ihre Chance, vom Pranger wegzukommen: Wenn der Vorsitzende der IG Metall unangefochten Vorschläge machen konnte, die überall als Zugeständnisse auf breitester Front verstanden wurden, würde dessen Organisation ihnen keine Vorwürfe mehr machen können.

Nach Jahren des Macht- und Mitgliederverlusts in wenig erfolgreicher Abwehr von Arbeitsintensivierung, Reallohnabbau und sozialer Demontage, unter weitgehender Verbannung aus den Medien, denunziert als anachronistische Großorganisation, sah sich die Industriegewerkschaft Metall endlich wieder in der Offensive. Lob von allen Seiten wie einst, als es auf von DGB und SPD verbürgte politische Stabilität und sozialen Frieden noch ankam. Größer hätte Zwickels Medienerfolg nur sein können, hätte er die sofortige Halbierung aller Einkommen in der Metallindustrie vorgeschlagen.

»Direkt«, der Nachrichtendienst für die Funktionäre der Metallgewerkschaft, ließ den Vorstoß ihres ersten Vorsitzenden von dazu zitierten Betriebsräten als »genial« beweihräuchern. Selbst Zweifler fanden – im Wahn, die Definitionsmacht über die Inhalte des »Bündnisses« liege bei ihnen und ihrem Vorsitzenden – Trost im dünnen Wortlaut der Zwickel-Formulierung, die, abgesehen vom würdelosen Schlag gegen die Langzeitarbeitslosen, keine tarif- und sozialpolitischen Positionen aufgab.

Weil man aber in Verhandlungen weder den Arbeitgebern noch der Bundesregierung würde auftischen können, was man sich selbst vormachte, führte kein Weg daran vorbei, die Verzichtsbereitschaft konkret zu machen. Das war die Stunde für Walter Riester, den zweiten Vorsitzenden der IG Metall, der sich gern Tarifexperte nennen läßt und – wenn es darauf ankommt – gelegentlich mal, wie in der bayerischen Tarifauseinandersetzung 96 mit eigenen Vorschlägen zu Arbeitszeitflexibilität und Arbeitszeitkonten, erst Fakten setzt und dann mit der IG Metall diskutiert. Der Pragmatiker weiß, daß die IG Metall nicht über Tarif*abschlüsse*, sondern – *forderungen* disponiert, und übersetzte Zwickels inflationsorientierte *Abschluß*bereitschaft vier Tage vor dem ersten Spitzengespräch der Tarifparteien am 8. Januar in den »Nürnberger Nachrichten« in die *Forderung* in Höhe der Preissteigerungsrate. Aus einer mit Arbeitgebern nicht einmal verhandelbaren Arbeitsplatzgarantie wurde die Forderung, die »allein in diesem Jahr wahrscheinlich 250 Millionen Überstunden in der Metall- und Elektroindustrie ... sollen nicht ausbezahlt, sondern in Freizeit umgewandelt werden«. Daß die Umwandlung von Mehrarbeit in Freizeit nicht zu den berechneten 120.000 neuen Jobs, sondern zu Saisonarbeit und dem Wegfall kostenträchtiger und durch die Betriebsräte mitzubestimmender Kurzarbeit führt, wenn der Zeitraum zwischen geleisteter Überstunde und dem Freizeitausgleich hinreichend lang ist, könnte die Zustimmung der Arbeitgeber bringen. Als angehender Bündnispartner bot die IG Metall folgerichtig die Verlängerung dieser Ausgleichszeiträume an.

Als trotzdem auch nach zwei Spitzengesprächen mit Gesamtmetall, zwischen denen Zwickel – der Bündnistreue seiner Organisation offenbar noch nicht ganz sicher – ultimativ das Scheitern des »Bündnisses« für den Fall angekündigt hatte, daß auch das zweite Treffen am 18. Januar ohne greifbaren Erfolg bleiben sollte, nichts herausgekommen war, verkündete die IG Metall am 20. Januar in halbseitigen Anzeigen u.a. in der »Frankfurter Rundschau« nicht etwa, nun sei es genug, sondern: »Jetzt erst recht!«

Die nächste Station der Bündnisoffensive war das Kanzlergespräch am 23. Januar, doch auch bei Kohl kann sich angesichts leerer Staatskassen an der sozialen Demontage nicht vorbeimogeln, wer den Erfolg will. Hatte die IG Metall bis dato stets die Entlastung der Sozialkassen von versicherungsfremden Aufgaben den Forderungen nach Leistungsabbau entgegengesetzt und den Umbau der Abgabenstruktur im Sinne ökologischer Kriterien gefordert, war es abermals Riester, der in Arbeitslosen, Rentnern und Kranken die für den Fortgang der Bündnisoffensive zu bringenden Bauernopfer fand: Mitte Januar leistete er sein öffentliches Bekenntnis zum – zwecks Standortsicherung erforderlichen – Umbau des Sozialstaats, vor allem zur Senkung der Lohnnebenkosten, ohne auf Widerspruch aus den eigenen Reihen zu treffen.

Der Weg war frei zum Konsenspapier, das Bundesregierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften nur knapp drei Monate nach Zwickels Bündnisvorschlag verabschieden konnten. Statt Arbeitsplatzschaffung und Umlagefinanzierung von Ausbildung sind die Förderung von Existenzgründungen, Senkung von Staats- und Sozialabgabenquote, größere Eigenvorsorge und Konzentration steuerfinanzierter Sozialleistungen auf die Bedürftigsten, flexiblere Arbeitszeiten, mehr Teilzeit, stärkere Nutzung schlechter zu bezahlender Langzeitarbeitsloser, Senkung von Fehlzeiten im Betrieb und die Bekräftigung der – bereits 1995 nicht gehaltenen – Zusage der Industrie zur Erhöhung der Ausbildungsplatzzahlen um zehn Prozent vereinbart. Viele der Punkte sind interpretierbar, doch die Diktion ist eindeutig: Es ist eine Liste von Kampfbegriffen, die bislang von den Gewerkschaften als »Katalog der Grausamkeiten« bezeichnet wurde.

Gewerkschafter werden den Mut aufbringen müssen, diese Bezeichnung auch auf das von ihren Führungen abgesegnete Papier anzuwenden und den Standort ihrer Organisation wieder nach abhängig Beschäftigten und sozial Schwachen anstatt nach den Konkurrenzbedingungen der Unternehmen zu bestimmen. Die Vorstände bauen an neuen Gewerkschaften: Nicht umsonst besteht das Konsenspapier zu einem Drittel aus dem Bekenntnis zum Standort Deutschland, firmiert das von Zwickel initiierte Bündnis nunmehr als »Bündnis für Arbeit und Standortsicherung«.

Standortapologeten aller Klassen, vereinigt Euch!

Jörg Zimmermann ist Gewerkschaftssekretär der IG Metall Erfurt

Konkret 03/96, S. 22

Jürgen Elsässer

Krieg und Frieden

Die Bundesbank torpediert die Europäische Währungsunion durch immer neue Forderungen – und forciert damit die brisanteste Situation in Europa seit Ende des 2. Weltkriegs

Die Zeiten pfälzischer Bräsigkeit sind vorbei, jetzt ist Klartext angesagt: Bundeskanzler Kohl hat in den letzten zwei Jahren zu mindestens fünf verschiedenen Anlässen den Satz wiederholt, daß »die europäische Einigung eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert« sei. Beim letzten Mal – Anfang Februar – riß dem britischen Establishment der Geduldsfaden. Einhellig bekundeten die Kommentatoren der großen Zeitungen des Landes und Mitglieder der konservativen Regierung ihre Empörung über diese unverhohlene Drohung. Wenn es Krieg gebe – so Tory-Parlamentarier Richard Body – , dann wegen Kohls »Besessenheit von einem europäischen Superstaat mit Deutschland als Meister und dem Rest als seinen Marionetten«.

Wie recht die Briten haben: Geradezu planmäßig gehen die ökonomischen Staatsapparate unter Führung der Bundesbank gegen die Europäische Währungsunion vor, wie sie in Maastricht 1992 beschlossen worden war. Obwohl Westeuropa der wichtigste Markt für die deutsche Exportindustrie ist und dort allein in den 80er Jahren Überschüsse realisiert wurden, die die deutschen EU-Beiträge um mehr als das 20fache übertreffen, wurden mit der Wiedervereinigung die Prioritäten umgedreht. Zur Finanzierung des »Aufbau Ost« nach der flächendeckenden Deindustrialisierung durch die Treuhand mußte sich der Staat hoch verschulden – die rasch entstehenden Haushaltslücken wurden durch die Ruinierung der Wirtschaftskraft der Nachbarstaaten gestopft. Entscheidendes Mittel hierfür war die Hochzinspolitik der Bundesbank, die Auslandskapital aus anderen Währungsräumen abzog und dadurch vor allem Lira und Pfund in den Keller trieb. Als im Herbst 1993 – entgegen verbindlicher Absprachen aus der Schmidt-Ära – die Deutschen Stützungskäufe für die bedrohten Währungen verweigerten, war das Europäische Währungssystem (EWS) nicht mehr zu halten, das als Vorläufer der geplanten Währungsunion die Wechselkurse immerhin über zehn Jahre weitgehend stabil gehalten hatte.

Im Herbst 1994 kam der nächste Schlag: In einem Strategiepapier skizzierten die CDU-Strategen Schäuble und Lamers ein künftiges Kerneuropa, das nur einen kleinen Teil der EU umfassen sollte – Italien und Großbritannien wurden explizit ausgeklammert. Die internationalen Finanzmärkte reagierten prompt und sorgten für weitere Abwertungen. Im Herbst 1995 wiederholte Waigel sein Verdikt, daß Italien bei der gemeinsamen Währung wohl nicht mit von der Partie sein werde, und ein Sprecher der drittgrößten deutschen Privatbank, der Commerzbank, ließ erstmals durchblicken, daß man sich auch eine Währungsunion ohne Frankreich vorstellen könnte. Die Angriffe des deutschen Finanzkapitals erreichten ihren Höhepunkt paradoxerweise ausgerechnet, als im Dezember 1995 der Madrider EU-Gipfel das »Euro«-Projekt scheinbar festgeklopft hatte. Bundesbank-Chef Tietmeyer und seine Vorstandskollegen begannen in der Folge öffentlich zu bezweifeln, ob die Partnerländer »das große Projekt in dieser relativ kurzen Zeit auf eine so sichere Schiene bekommen« (Bundesbanker Issing). Selbst Ex-Kanzler Schmidt ging das zu weit: Er kritisierte, daß die Bundesbank der gemeinsamen Euro-Währung »politisch und psychologisch den Boden entzieht«.

Die Torpedierung der Europäischen Währung steht im Widerspruch zu den erklärten Interessen des deutschen Industriekapitals, das für den Euro eintritt, weil eine einheitliche Währung die Staaten mit geringerer Produktivität ihrer wichtigsten Abwehrwaffe gegen das deutsche Kapital berauben würde. Bislang können sich beispielsweise Italien oder Großbritannien, wenn sie durch Deutschland von bestimmten Exportmärkten gedrängt werden, dadurch wehren, daß sie die eigene Währung abwerten und dadurch wieder konkurrenzfähig werden. Diese Möglichkeit würde mit Einführung des Euro entfallen, strukturschwache Regionen müßten vor der deutschen Exportoffensive kapitulieren, es gäbe Bankrotte en masse, und anschließend würde das deutsche Kapital die Filetstücke aufkaufen.

Soweit wäre der Prozeß durchaus vergleichbar mit dem Siegeszug des BRD-Kapitals nach der deutsch-deutschen Währungsunion. Allerdings gibt es einen großen Unterschied – und hier hat der Anti-Euro-Kurs der Bundesbank seinen harten materiellen Kern: Die DDR hat als Staat kapituliert, die Regierung abgedankt. Die Teilnehmerstaaten am Euro werden jedoch weiterbestehen, und ihre Regierungen werden weiterhin wichtige Hoheitsrechte ausüben – zum Beispiel die Verabschiedung nationaler Staatshaushalte. Auf diesem Wege können sie die im gemeinsamen Währungsverbund durch das BRD-Kapital zugefügten Schäden teilweise wettmachen, zum Beispiel indem sie die Exporte der einheimischen Industrie subventionieren oder indem sie niederkonkurrierte Branchen oder Regionen staatlich alimentieren. Zu diesem Zweck werden die Nationalstaaten weiter Schulden machen, beispielsweise sich Geld borgen – was wiederum die Stabilität der neuen Währung unterminieren würde. Für eine schwache Währung aber will das deutsche Finanzkapital seine schärfste Waffe zur Domestizierung anderer Staaten nicht aufgeben: Österreich, Ungarn, die balkanischen und baltischen Staaten haben ihren Wechselkurs an die DM gekoppelt – und sind damit von der Politik der Bundesbank abhängig.

Finanzminister Waigel hat im Oktober einen letzten Anlauf unternommen, diese Schwachstelle der Währungsunion durch eine Zusatzvereinbarung nachzubessern. Der »Waigel-Pakt« (»Neue Zürcher Zeitung«) würde den EU-Ländern nicht nur

vor Eintritt in die Währungsunion, sondern auch in der Folge eine keynesianistische Politik untersagen und ihnen so den restlichen Kern ihrer Staatlichkeit, die Haushaltshoheit, nehmen. Bei Verletzung des Konvergenz-Kriteriums von maximal drei Prozent Neuverschuldung müßte die jeweilige Regierung pro angefangenem zusätzlichem Prozentpunkt 0,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Bußgeld an die EU abdrücken, und zwar – anders als im Maastrichter Vertrag vorgesehen – unabhängig von weiteren Beschlüssen der politischen Gremien der EU. Würde beispielsweise Frankreich sein Budget dann ähnlich überschreiten wie im vergangenen Jahr, müßte es die Kleinigkeit von 60 Milliarden Franc berappen – das ist in etwa die Summe, die im Augenblick in der französischen Sozialversicherung fehlt und gegen deren Gegenfinanzierung aus den Pensionskassen sechs Wochen gestreikt wurde.

Dem »Waigel-Pakt« wurde auf dem EU-Gipfel in Madrid öffentlich applaudiert, hinter verschlossenen Türen wurde er kritisiert, im Abschlußdokument fand er noch nicht einmal Erwähnung. Seither wächst auch in den Bonner Regierungsparteien, die zuvor den Euro-Kurs gegen die Kritik der Links- und Rechtsopposition verteidigt hatten und von der Wühlarbeit der Expertengruppen unberührt geblieben waren, die Unruhe. Die »FR« bilanzierte den CDU/CSU-Strategiegipfel in Wildbad Kreuth Ende Januar mit dem Satz: »Intern rechnet in der Union offenbar niemand mehr damit, daß der Zeitplan für die Währungsunion einzuhalten ist.«

Im Falle einer Verschiebung wäre das Projekt Euro aber ebenso gestorben wie bei einer laxen Handhabung der Konvergenzkriterien. Zwar haben beide Optionen in den anderen EU-Staaten eine politische Mehrheit und könnten sie dank Schröder und Stoiber auch in der BRD bekommen – doch eine unbestechliche Instanz außerhalb der Politik macht diese Kompromisselei unmöglich: die internationalen Finanzmärkte. Im Falle einer Aufweichung oder eines Aufschubs des Euro würde dort sofort eine gewaltige Spekulation einsetzen (vereinfacht: raus aus Schwachwährungen und Ecu/Euro, rein in Deutschmark und Schweizer Franken), so daß sich allein dadurch die Währungsdisparitäten und -turbulenzen potenzieren würden. Das einzige, was die Inflationsphobie der Finanzplätze beschwichtigen kann, ist die Beibehaltung der Deutschmark oder die Schaffung einer Mini-Währungsunion aus Ländern, in denen sich die Arbeiterklasse ähnlich dem Kommando von Kapital und Staat unterwirft, wie das in Deutschland traditionell der Fall ist.

Verbleibt man im Rahmen der kapitalistischen Logik, hat die Phobie durchaus ihre Ratio: Würde beispielsweise Italien Mitglied der Währungsunion werden, brächte es umgerechnet zwei Billionen Deutschmark an Staatsschulden als Belastung für die Geldwertstabilität mit ein. Dabei handelt es sich zum Gutteil um Staatsanleihen, die einerseits als Geld zur Deckung staatlicher Investitionsaufträge an Unternehmen geflossen sind, andererseits als Anspruchstitel in den Kassen der Anleihenkäufer auftauchen – es ist also fiktives Kapital, das sich auf wundersame Weise in Profit und Revenue verdoppelt hat. Ein Abbau dieses fiktiven Kapitals ist dringend erforderlich, das probate Mittel hierfür die Kontraktion des Staatskredits, vulgo die Entwertung des Geldes. Passiert dies im Rahmen einer Währungsunion, trifft die Entwertung relativ gleichmäßig alle ihre Mitglieder – ein Horror für die Deutschen. Kommt es nicht zu einer Währungsunion oder nur zu einer Mini-Variante, wäre eine scharfe Spaltung zwischen Ins und Outs die Folge: Den EU-Staaten, die den Sprung in die gemeinsame Währung nicht schaffen und so im Extremfall das gesamte Projekt vermasseln, würde das auf den internationalen Finanzmärkten als Beweis für ihre mangelnde Kreditwürdigkeit ausgelegt. Ihre Währungen würden kollabieren, die Staatsschulden schockartig entwertet und die bis dato von diesem fiktiven Kapital alimentierten Wirtschaftszweige bankrottiert.

Getragen wird der Deutschmark-Chauvinismus, ähnlich wie bei der Wiedervereinigung, von einem Bündnis aus Elite und Mob. Damals hatte eine Allianz aus den aggressivsten Fraktionen des Finanzkapitals und des Bundeskanzleramts mit Unterstützung der DM-geilen Wähler im Osten einen Umtauschkurs von 1:1 und damit die brutalste Annexionsvariante durchgesetzt – mit dem Resultat einer flächendeckenden Deindustrialisierung, einer astronomischen Staatsverschuldung und der Verschlechterung der gesamtgesellschaftlichen Verwertungsbedingungen. Dasselbe Bündnis findet zur Zeit wieder zusammen, um die Europäische Währungsunion zu verhindern oder auf einen Torso zurückzuschneiden, und wieder geht das auf Kosten des exportabhängigen ideellen Gesamtkapitals, bringt aber einen Machtzuwachs für den imperialistischen Staat und parasitäre Gewinne für Deutschmark-Besitzer. Durch die Politik des harten Geldes würgen Tietmeyer und Waigel zwar in der gesamten EU die Konjunktur ab, aber sie ziehen gleichzeitig in- und ausländische Kapitalanleger an, die in deutsche Wertpapiere investieren. So steigt deren Kurs, auch ohne daß sich in der realen Kapitalverwertung etwas verbessert; die Regierung kann sich über die Ausgabe von Staatsanleihen Geld pumpen, das ihr angesichts des schwindenden Steueraufkommens einer rezessiven Wirtschaft im Haushalt fehlt; und selbst der Besitzer von kleineren DM-Vermögen macht seinen Schnitt, wenn er geschickt anlegt oder in Billiglohnländern Urlaub macht.

Seine Dynamik erhält das Elite/Mob-Bündnis übrigens nicht durch die schmale »Finanzaristokratie«, von der Lenin in gefährlicher Analogie zur völkischen Denunziation des »raffenden Kapitals« sprach, sondern durch – hier hatte Lenin recht – die »Stagnation und Fäulnis« des Produktivkapitals selbst: 1980 haben die Unternehmer 685 Milliarden DM der Produktion entzogen und auf die hohe Kante gelegt, 1994 waren es schon 1.873 Milliarden Mark; das ist eine Steigerung um 185 Prozent, während im gleichen Zeitraum die Wirtschaftsproduktion nur um 90 Prozent stieg. Grund ist die strukturelle Überakkumulation seit Mitte der 70er Jahre, die die investive Kapitalanlage weniger lohnend macht als das Spekulieren auf Zinseinkünfte und Kursgewinne. Ein weiterer Träger dieser parasitären Tendenz sind Teile der abhängig

Beschäftigten: Auch in den Einkommen der unteren Klassen werden Lohnbestandteile immer stärker durch Einkünfte aus Geldvermögen ersetzt – die 50jährige Friedensperiode in Europa hat deren Summe durch Ansparung und Erbschenkung kräftig in die Höhe getrieben.

Die Politik von Bundesbank und Bundesregierung verschärft die europäische Krise, die sich allerdings auch unabhängig davon aufgrund ökonomischer Prozesse zuspitzt: Der Fall der Profitrate ließ die private Investitionstätigkeit erlahmen, der Ausfall wurde kompensiert durch eine Erhöhung der Staatsquote, sprich Staatsverschuldung, und der relative Rückgang der Wertschöpfung im Inland ausgeglichen durch die monetär vermittelte Attraktion von anderswo produziertem Mehrwert. »Immer plastischer tritt als eine Tendenz des Imperialismus die Bildung des Rentnerstaates hervor«, beschreibt Lenin dieses »höchste Stadium des Kapitalismus« korrekt, nur daß zu seiner Zeit die Aneignung anderswo produzierten Mehrwerts über den Kapitalexport lief und nicht über die Währungspolitik. Selbstverständlich kann dieser Casino-Kapitalismus nicht lange gutgehen: Die westlichen Staaten haben jahrzehntelang den defizitären Dollar-Parasitismus der USA finanziert, was zunehmend an seine Grenze stößt. In jedem Fall ist das System aber überfordert, wenn auch noch Deutschland auf diesem Ticket reist.

Und doch könnte die Rechnung kurzfristig aufgehen: Die schockartige Entwertung des fiktiven Kapitals wird nicht überall gleichzeitig eintreten, sondern zunächst zu einer europaweiten Flucht in das scheinbar harte Geld führen. Wenn die Währungsspekulation 1999 die DM (oder die Mini-Eurowährung) stützt, wird diese kreditwürdig sein – obwohl die deutsche Staatsschuld ebenso hoch ist wie die italienische. Sollte der Bundesregierung diese Hypnotisierung der Finanzmärkte gelingen, droht den anderen Staaten der Ruin ihrer Nationalökonomie – wenn nicht, allen EU-Ländern gemeinsam, einschließlich der BRD. In jedem Fall treibt Europa zur Jahrtausendwende auf die explosivste Situation seit dem 2. Weltkrieg zu.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 1/96 über den neuen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine

Konkret 03/96, S. 24

Matthias Küntzel

Eine Dose für den Kanzler

Was der Plutonium-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages nicht wissen wollte und deshalb zu fragen unterließ

»Adriano« heißt eigentlich »Willy«, zuweilen aber auch »Michael«, »Roberto« nennt sich »Peter«, und der noeP erscheint stets im Jaguar unter dem Decknamen »Walter Boeden«. Wer den Agentenfilm »Plutoniumschmuggel Moskau-München« noch verstehen will, muß sich Dechiffrierlisten anlegen oder von der Firma sein. Während die Ermittlungen sich im Ungewissen verlieren, ist das Verbrechen durchaus noch bekannt: Drei miese Typen hatte die bayerische Polizei am 10. August 1994 auf dem Franz Josef Strauß-Flughafen erwischt. In dem Koffer, mit dem ihr Anführer, Justitiano Torres, die Lufthansa-Maschine in Moskau bestiegen hatte, fand man 363 Gramm Plutonium hoher Atomwaffengüte sowie 200 Gramm Lithium 6, Ausgangsstoff für die Wasserstoffbombe. Seit ihnen im letzten Sommer der Prozeß gemacht wurde, sitzen Torres und seine beiden Kumpane Oroz und Bengoechea hinter Gittern. Wie in Agententhrillern üblich, hat sich der Fall jedoch nur dem Schein nach erledigt – die warme Leiche liegt noch im Keller: Hatten die Undercover-Agenten der Polizei eine Verbrecherclique überführt? Oder hatten die deutschen Geheimdienste den Plutoniumdeal im Auftrag des Bundeskanzleramts inszeniert?

Schon der Prozeß gegen Torres und Konsorten war eine Groteske, die ihresgleichen sucht. Die Zeugen hatten keine Namen, sondern nur Vornamen. Sie logen, daß sich die Balken bogen. Ihre Auftritte waren von Agentenführern der Geheimdienste sorgfältig einstudiert. Und die Pappnasen im Kostüm eines Richters und eines Staatsanwalts spielten mit. Aus »Fürsorgegründen« verzichtete man darauf, »Sybilla« und »Adriano«, »Rafa« und »Roberto« auf ihre Märchen zu vereidigen.

»Rafa«, alias Lolita, alias Rafael Ferreras Fernandez ist von den Genannten die interessanteste Figur. Er war spanischer Polizist, bevor er 1993 für den Bundesnachrichtendienst (BND) als Lockspitzel zu arbeiten begann. Nach erledigter Arbeit hatte man ihn 1994 um die Zeche geprellt. Im Dezember 1995 packte der verratene Verräter vor dem Plutonium-Untersuchungsausschuß des Bundestages aus. »›Rafa‹ warf dem BND vor, ihn bei dem Prozeß gegen die zuvor festgenommenen Plutonium-Schmuggler zu einer Falschaussage verleitet zu haben. ... Beiläufig sei erwähnt worden, seine Frau und Tochter könnten gelegentlich einen Autounfall haben«, berichtete über diesen Auftritt am 12.12.95 die »FAZ«. »Seine Aufgabe sei es gewesen«, so »Rafa«, »die mittlerweile verurteilten drei Schmuggler zu dem Transport zu veranlassen. ... Der BND habe ihm verboten zu sagen, daß das Plutonium mühsam habe besorgt werden müssen, weil ihm an dem Eindruck gelegen habe, es gebe in Europa einen illegalen Anbietermarkt dafür.«

Mit dieser »zentralen, in der Sache sensationellen Aussage des BND-Agenten« (so Gunter Hofmann in der »Zeit«) war die Katze aus dem Sack und erstmals eine halbwegs glaubwürdige Version des Geschehens auf dem Tisch. »Ich vermute, es war so, wie der Zeuge das heute gesagt hat«, erklärte unmittelbar nach der Vernehmung der noch vollständig konsternierte CSU-Mann und Ausschußvorsitzende Gerhard Friedrichs.

Doch nun beginnt des Agentenstückes dritter Akt: Blitzschnell, innerhalb von zwei Tagen, wurde »Rafas« Offenbarung unter einen Berg geheimdienstlicher Desinformation gepflügt und vergessen. Über Nacht wurde der mehrjährige BND-Vertrauensmann zu einem Erpressungsopfer erklärt, welches die »Russen-Mafia« mit dem Tod bedrohe, weshalb er logischerweise nur noch lügen könne. Die Verbreitung derart gezielter Falschinformationen gehört freilich zum Geschäft. Über weite Teile liest sich der offizielle BND-Bericht für den Plutonium-Untersuchungsausschuß wie die einer Schülerzeitung entnommene Parodie auf Geheimdienste, etwa wenn allen Ernstes als geheimdienstliche Erkenntnis ein Märchen über »vier Kilogramm Plutonium« aufgetischt wird, die man in München »auf dem Gelände eines großen Friedhofs« – wo auch sonst – »vergraben« habe. Wir erfahren, daß die Übergabe jenes Grabesgutes »von vier KGB-Leuten/Offizieren abgewickelt und überwacht« werden sollte. Und die drei verurteilten Gurkendiebe vom Franz Josef Strauß-Flughafen, deren verkrachte Biographien en detail über die Ticker liefen? Im BND-Dossier werden sie uns als »Torres«, »Oroz« und »Bengoechea« vorgestellt und als »Hauptmänner« bzw. »Oberst« des ukrainischen Geheimdienstes präsentiert.

Daß solcher Stuß nicht verlacht, sondern von den Massenmedien als Wahrheit verkauft werden kann, dürfte an der zarten Liaison liegen, die zwischen Nachrichtendienst und Nachrichtenmachern zuweilen besteht. So wird die »Zeit«-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff, deren Blatt »die sensationelle Aussage des BND-Agenten« wie eine heiße Kartoffel wieder fallen ließ, in BND-Listen unter dem Codenamen »Dorothea« geführt. Der ehemalige »Stern«-Chef Henri Nannen wurde als IM mit dem Tarnnamen »Nebel« bedacht, während Peter Boenisch als »Bongert« und Gerhard Löwenthal als »Leoben« in den Mitarbeiterlisten des BND vermerkt sind.

Und die Desinformation geht weiter. Inzwischen werden die aus dem Milieu der Plutoniumaffäre bekannten Schlapphüte ganz wahllos auch mit Kokainhandel, Waffenschiebereien und dem Frankfurter Prostituiertenmord in Verbindung gebracht.

Jeder Tag ein neuer Skandal, zwei neue Tarnnamen und drei Dementis eines durchgeknallten Geheimdienstkoordinators: Diese Mischung erfüllt ihren Zweck. Keiner blickt durch, und falls einmal eine zutreffende Information darunter sein sollte, wird sie von niemandem mehr geglaubt.

Wer so viel Rauch verbreitet, will nicht nur Schmidbauers Räuberpistole unter der Decke halten. Die deutsche Rolle im Plutoniumdeal ist von Rußland heftig kritisiert und von den USA, Großbritannien und Frankreich mißtrauisch beäugt worden. Andeutungen über »einen außenpolitischen Hintergrund, über den die Verantwortlichen nicht laut sprechen können«, verbreitete am 14.12.95 die »Zeit«. »Wer weiß, was die Russen noch in der Hinterhand haben bezüglich der Beschaffung der 363 Gramm Plutonium«, spekulierte am selben Tag sorgenvoll auch die »FAZ«. Was könnte sich hinter diesen Andeutungen verbergen? Warum hat die Bundesrepublik bis heute erfolgreich verhindert, daß auch nur ein Gramm des in Deutschland gefundenen »Russen-Plutoniums« von russischen Experten analysiert werden konnte? Aus welchen Gründen hält man, koste, was es wolle, an der Schmuggel-Story fest?

Die Schutzbehauptung, Deutschland sei durch das vagabundierende russische Atommaterial besonders bedroht, erfüllt ihre Funktion. Der Bundesregierung geht es darum, die Legitimität des russischen Atomwaffenpotentials in Frage zu stellen: Der Verlierer des Kalten Krieges darf keine Supermacht mehr sein. Hinter der Sorge um das nukleare Erbe der Sowjetunion steckt der machtpolitisch motivierte Wunsch nach Kontrolle und Neutralisierung der zweitgrößten Nuklearmacht der Welt. In der Verfolgung dieses Interesses, das von den westlichen Atomstaaten durchaus geteilt wird, sieht sich die Bundesrepublik jedoch mit einem Standortnachteil konfrontiert: »Nach strenger Auslegung des Nichtverbreitungsvertrages (NPT) sind nur die Nuklearmächte berechtigt, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bei der Abrüstung ihrer Atomwaffen technische Hilfe zu leisten«, beklagte sich schon 1992 die »FAZ«. Schon aus Statusgründen will man sich nicht damit abfinden, die »internationale Steuerung der nuklearen Probleme Rußlands« (wie es in einer Broschüre des Ebenhausener Atomwaffenexperten Uwe Nerlich heißt) den Atommächten zu überlassen, sondern ein größeres Stück dieses Kuchens in die eigenen Finger bekommen.

Immerhin winkt ein Gewinn: Zwar warnen alle vor der Abwanderung russischer Spezialisten nach Nordkorea oder in den Iran. Niemand aber spricht von den Interessen, die Frankreich, Großbritannien und auch die Bundesrepublik an eben diesen Nuklearspezialisten und ihren Arbeitsmitteln haben. Etliche Jahre kostspieliger Forschungs- und Entwicklungsarbeiten kann sich dasjenige Land ersparen, dessen Geheimdienst die Mauern durchbricht, welche die russischen Atomwaffenzentren umgeben. Nur wird darüber, soweit es die westlichen Mächte betrifft, ebensowenig gesprochen wie über jenes Lithium 6, das sich mit Absender Moskau in dem in München gefundenen »Schmuggelkoffer« befand. Dieser Stoff wird in den militärischen Anreicherungsanlagen der Atommächte aufwendig produziert und dient ausschließlich dem Zweck, Tritium zu gewinnen, dessen Fusion mit Deuterium die Sprengkraft der Wasserstoffbombe bewirkt.

Aus dieser Interessenlage lassen sich zwei Thesen formulieren: 1. Das hier gefundene, angeblich in Rußland entwendete Plutonium ist deutschen Beständen entnommen worden und interessant nur für die Ideologie: Im Schurkenstück über die »Unordnungsmacht Rußland« ist es ein unentbehrliches Requisit. 2. Das den deutschen Behörden übergebene, tatsächlich aus Rußland oder der Ukraine herbeigeschaffte Lithium 6 dient einem materiellen Zweck: Die staatlich-geheimdienstliche Nachfrage nach diesem Stoff war (und ist) real. Beide Thesen werden durch die bisher bekanntgewordenen Abläufe des »Plutoniumschmuggels« gedeckt.

Den Auftakt für die Münchener Flughafen-Affäre bildete ein BND-Bericht von Anfang 1994. Darin heißt es, daß in Rußland »Personen aus Ministerien, Botschaften, Industrieunternehmen und Forschungsanlagen« in atommafiose Tätigkeiten verwickelt seien. »Es fehlen jedoch Beweise, daß dabei über Einzeltäter hinaus staatliche Stellen kriminelle Ziele verfolgen« (»Spiegel« 29/94). Da paßte es ganz gut, daß im Mai 1994 in der Garage des »Kaufmanns« Jäckle 6 Gramm Plutonium (Pu) »gefunden« wurden, das wegen seiner ungewöhnlichen Zusammensetzung (99,7 Prozent Pu 239) dem russischen Militärbereich zugeschlagen werden konnte. »Der Bundeskanzler« hatte, wie der »Spiegel« berichtete, sofort »die Angelegenheit zur Chefsache gemacht«. Beteuerungen Jäckles, das Pu sei nicht über den Ostblock in die BRD gelangt, wurden ebenso ignoriert wie die Aussagen russischer und US-amerikanischer Stellen, die vor der voreiligen Verdächtigung Rußlands warnten. Fest in der deutschen Bevölkerung verankert wurde statt dessen ein Horrorszenario, demzufolge die neue »Weltrevolution des Verbrechens« (»Spiegel«) in Rußland ihren Ursprung habe und – so der BND – »die Sicherheit der BRD mehrfach bedroht«.

Am 19. Juli 1994 schrieb Helmut Kohl an Boris Jelzin einen Brief, in dem, so die Wiedergabe des »Spiegel«, jene sechs Gramm von Tengen als »eine neue Gefahr« aus Rußland gekennzeichnet worden sein sollen, welche »die Menschen unseres Kontinents aufs höchste bedroht«. Ist es ein Zufall, daß am selben Tag bei den Vorbereitungen der Schmuggel-Affäre der klandestine Durchbruch gelang? »Am 19. Juli schließlich, morgens, 6.15 Uhr, meldet die BND-Residenz in Madrid ihrer Zentrale in Pullach die präzisen Daten: 400 Gramm Plutonium 239 seien bei Bedarf verfügbar, ›in München‹« (»Spiegel« 20/95). In München, wohlgemerkt, nicht in Moskau. Torres war bereits eine Woche zuvor in der Landeshauptstadt aufgetaucht und hielt mit »Rafa« Kontakt.

Als schließlich das vom Geheimdienst organisierte Plutonium »entdeckt« wurde, wurde die Kampagne hysterisch. Die »Bedrohung der Weltgemeinschaft« sei »in eine neue Dimension geraten«, erklärte feierlich der »Spiegel«. »Apokalypse now – oder erst später?«, fragte am 15.8. die »FAZ«, »Apokalypse now« behauptete steif und fest drei Tage später »Die Woche«. Nirgendwo wurde die mit der Agentenaktion verfolgte Absicht präziser auf den Punkt gebracht als in den Kommentarspalten von Bissingers linksliberalem Blatt: »Die Kontrolle und Vernichtung der nuklearen Erblast des Sowjet-Reichs« sei »das eigentliche Thema« des Skandals: »Müßte die globale Gefahr der nuklearen Erpressung nicht Top-Thema von Nato und Weltsicherheitsrat sein?« (»Woche«, 25.8.94). Das vom Bundesnachrichtendienst angerührte Konglomerat aus Bedrohungsmythos und antirussischem Ressentiment, aus ökologischer Mission und nationaler Identifikation war so erfolgreich, daß für seine nachfolgenden Neuauflagen mit antibritischer (»Brent Spar«) oder antifranzösischer (Atomtests) Stoßrichtung die Zuarbeit der Geheimdienste gar nicht mehr notwendig war. Dem nunmehr öffentlichen Interesse folgte die mit Beifall bedachte Politik.

Man erwarte von Rußland, so Kanzleramtsminister Bohl, daß »neue konstruktive Schritte zum Ausbau der Zusammenarbeit in diesem früher teilweise strengster Geheimhaltung unterliegenden Bereich ermöglicht werden«, so z.B. ein Buchführungssystem mit dem Ziel, die russischen Bestände an Waffenplutonium in den Überwachungsbereich der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom zu überführen (»FAZ«, 19.8.95). Theo Waigel schlug für den Fall, daß Rußland hierbei nicht mitspielen wolle, deutsche Töne an: »Wir werden unsere finanzielle Hilfe für Rußland von Moskaus Bereitschaft abhängig machen, mit uns zusammen den internationalen Nuklearschmuggel zu bekämpfen.«

Es bleibt die Frage nach dem Leichtmetall mit der harmlosen Bezeichnung Lithium 6. Warum wurde der Grundstoff für die Wasserstoff- und Neutronenbombe unter Verletzung diverser einschlägiger Gesetze an den »nicht offen ermittelnden Polizeibeamten« (Abkürzung: »neoP«) des LKA Bayern transferiert? Warum hatte man, als dies aufgeflogen war, Rußland nicht wegen des Lithiums an den Pranger gestellt, sondern das Zeug unter den Teppich gekehrt? Wurde, während der eine Stoff nicht für die Bombe, sondern für die Story notwendig war, der andere nicht für die Story, sondern für die Bombe gebraucht? Am 25.7.94 soll Torres erstmals eine Li 6-Probe übergeben haben. Am 6.8.94 überreichte er nach Darstellung des BND eine weitere »Blechdose mit Lithium-6«, »für das er kein Geld verlangte«. Zwei Tage später sollen im berühmten Koffer von München weitere 400 bis 1.000 g Lithium 6 von den deutschen Behörden abgegriffen worden sein, die das Zeug auch behielten.

Anders als Plutonium wird Lithium 6 und das hieraus gewonnene Tritium in Gramm-Mengen gezählt. Im Irak wurden nach Unterlagen der Vereinten Nationen insgesamt 1 kg Lithium 7 (aus welchem sich 75g Lithium 6 extrahieren lassen) gefunden, was den Vorwurf, das Land habe an der Wasserstoffbombe gearbeitet, ausreichend begründete. Alle Tritium-Produktionsreaktoren der USA zusammen produzierten 1981 eine Menge von insgesamt 2,8 kg Tritium (*Nuclear Weapons Databook Vol.II*). Kein Wunder also, daß Helmut Kohl die Anlieferung von fast 1 kg Lithium 6 in die deutschen Atomlabore zur »Chefsache« und zum Staatsgeheimnis erklären ließ, was sie bis heute geblieben ist: Im Plutonium-Untersuchungsausschuß des Bundestages hat sich bisher niemand dafür interessiert.

Matthias Küntzel schrieb in KONKRET 2/96 über das sozialdemokratische Streben nach Atomwaffen

Konkret 03/96, S. 27

Winfried Wolf

»Tradition der SED«

Der Bericht des PDS-Bundestagsabgeordneten Winfried Wolf über rassistische Äußerungen des deutschen Botschafters in Haiti, Dahlhoff (»Herrenmensch im Armenhaus«, KONKRET 2/96), hat dem die Entlassung und Wolf allerlei Drohungen von Außenminister Kinkel eingebracht

»Im übrigen gilt ja hierzulande derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.«
Kurt Tucholsky

Am 1. Februar 1996 verurteilte der Ältestenrat des Deutschen Bundestages, in dem die PDS kein Stimmrecht hat, einstimmig denjenigen, der auf den Schmutz hingewiesen hatte: Das »Verhalten des Bundestagsabgeordneten Dr. Winfried Wolf« sei zu verurteilen. »Focus« kübelte hinterher und überschrieb einen Artikel mit »›IM Wolf‹ kippte den Botschafter«, wobei das »IM« als »indiskreter Reisebegleiter« dechiffriert wurde. Der Leiter der Bundestagsdelegation, die Haiti besucht hatte, Armin Laschet (CDU), forderte gleich »den vorläufigen Ausschluß der PDS von weiteren Delegationen«. Der Frankfurter Allgemeine Zynismus las sich so: »Der Botschafter in Haiti, Dahlhoff, hatte einige lockere Bemerkungen über das Land gemacht. Dahlhoffs Fehler war, daß er in der Anwesenheit eines PDS-Abgeordneten nicht ein absolutes Hindernis für offene, gewiß auch subjektive Rede sah. Er hätte sich also beschränken müssen auf Gemeinplätze wie den, daß das Verhältnis zu Haiti ausgezeichnet sei und die Bevölkerung fleißig und genügsam. Kinkel hat in seinem raschen, schwäbischen Temperament einen ersten Fehler gemacht: Er berief den Botschafter ab.« »Bild« diktierte Dahlhoff in die Kaderakte: »Er hätte bedenken sollen, daß ein PDS-Abgeordneter, wenn er Vertrauen bricht, nur die Tradition der SED fortsetzt, die Denunziation verlangt und Denunziation gefördert hat.«

Was war passiert? In einem Gespräch mit der »Badischen Zeitung« und in einem Artikel – zuerst in KONKRET 2/96 und in der »Sozialistischen Zeitung – SoZ«, dann u.a. im »Haiti-Info« veröffentlicht – hatte ich über rassistische und sexistische Äußerungen des deutschen Botschafters in Haiti berichtet. Wesentlicher Bestandteil meiner Kritik war die Instrumentalisierung der Bundestagsdelegation, deren Mitglied ich war, und der Druck auf unsere haitianischen Gesprächspartner, darunter Präsident Aristide, durch den deutschen Botschafter und Teile der Delegation, um den Privatisierungsforderungen von Weltbank und US-Regierung Nachdruck zu verleihen. Bereits vor Ort und bei offiziellen Terminen mit Vertretern der haitianischen Regierung hatte ich darauf insistiert, daß es nicht Aufgabe einer Delegation aus einem der reichsten Länder der Welt sein könne, von Repräsentanten Haitis, dem ärmsten Land der westlichen Hemisphäre, den Verkauf des letzten Tafelsilbers zu verlangen.

Mein Bericht hatte eine Besonderheit, mit der ich der spezifischen Situation als MdB, als Journalist und als »Nestbeschmutzer« gerecht werden wollte: Ich erwähnte und zitierte kein einziges anderes Delegationsmitglied. Damit hatten alle anderen Beteiligten die Wahl, entweder zu schweigen oder den »Dienstweg« einzuhalten und sich lediglich gegenüber dem Arbeitgeber Dahlhoffs, dem Auswärtigen Amt, zu äußern. In der Öffentlichkeit wäre ich dann als der »Petzer von der PDS« – so die »FAZ« – isoliert gewesen, nicht zuletzt auch innerhalb der PDS-Gruppe.

Die übrigen Delegationsmitglieder konnten aber auch meine Aussagen bestätigen und ergänzen. Es kam – z.T. widerstrebend – zu letzterem. Als die »Badische Zeitung« am 12.1. über einzelne Aspekte der Delegationsreise berichtet hatte, war Gabriele Fograscher, SPD, bereit, wesentliche Aussagen des Berichts zu bestätigen bzw. eigene beizutragen. Als der »Stern« daraufhin zu recherchieren begann (und sich zu diesem Zweck auch den KONKRET-Artikel in die Redaktion faxen ließ), gelang es dem Blatt, alle vier Delegationsmitglieder für mündliche (G. Fograscher, Armin Laschet und mich) bzw. schriftliche (Andreas Krautscheid, CDU) Statements zu gewinnen. Unter anderem kam dabei heraus, daß der deutsche Botschafter den haitianischen Präsidenten Aristide mit Goebbels verglichen hatte; eine Aussage, die ich zwar kannte, aber nicht kolportiert hatte, da sie nur gegenüber den CDU-MdBs geäußert worden war. Auf der Grundlage seiner Informationen richtete der »Stern« eine Reihe präziser Fragen über das Auswärtige Amt an Botschafter Dahlhoff.

Zwei Tage, nachdem KONKRET meinen Bericht veröffentlicht hatte und noch bevor der »Stern« mit weiteren Details aufwarten konnte, wurde Dahlhoff nach Bonn beordert und von Außenminister Kinkel seines Postens enthoben.

Soweit, so klar. Die Delegation des Bundestags schien, zumindest im nachhinein, klargestellt zu haben, daß sie ein Herrenmenschentum à la Dahlhoff nicht für akzeptabel hielt. Und Kinkel nutzte die Gelegenheit, um sich als Antirassist zu inszenieren. Darüber hinaus war es den Medien gelungen, auf dem verschlungenen Weg von der kleinen linken zur großen bürgerlichen Presse wesentliche Inhalte der kritischen Berichterstattung zu entsorgen: Die Erpressung mit der Privatisierungsforderung, die ausbleibende Hilfe für Haiti, die Tatsache, daß das Land weniger dicht bevölkert ist als Westdeutschland – all dies war kein Thema der Bürgerpresse. Und dann gab es diese widerliche Beschränkung der meisten Artikel und Meldungen auf ein einziges genüßlich wiedergegebenes oder mitgedachtes Zitat – in Stammtischmanier setzte

»Focus« unter ein Photo mit haitianischen Frauen die Zeile: »Wollen angeblich immer«. Dabei richtete sich der Sexismus des deutschen Botschafters gleichermaßen gegen haitianische Männer und Frauen.

Nachdem Kinkel die antirassistische Selbstinszenierung gelungen war, holte er zu einem Racheschlag aus und nutzte als Bühne für seine Kleinkunst die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit am 31. Januar. Dort erklärte er an meine Adresse gerichtet: »Sie haben den Interessen Deutschlands im Ausland Schaden zugefügt.« Er kritisierte, daß ich mich nicht an ihn gewandt hätte, gab jedoch zugleich bekannt: Wäre der Fall »intern« geblieben, dann hätte Dahlhoff von ihm, Kinkel, »eins auf die Mütze gekriegt« und wäre Botschafter in Haiti geblieben. Schließlich drohte er mir, »Sie zukünftig genau zu beobachten, ob Ihnen in Ihrem Leben nicht das eine oder andere passiert«.

Es ist vielleicht nicht uninteressant, daß die beiden SPD-MdB Bindig und Schuster Kinkel Paroli boten, während der Vertreter der Grünen, Schmitt, mich ebenfalls des Vertrauensbruchs zieh und Kinkel attestierte, mit den Vertretern deutscher Botschaften im Ausland bisher nur die besten Erfahrungen gemacht zu haben.

Der Außenminister hat seine Feststellung, Dahlhoff wäre ungeachtet seiner Äußerungen und seines Aristide-Goebbels-Vergleichs auch heute noch sein Mann in Port-au-Prince, auch damit begründet, daß es sich bei dem von mir Berichteten um ein einmaliges Ereignis gehandelt habe. Das ist die Unwahrheit. Es muß in den Unterlagen des Auswärtigen Amtes ausreichende Belege für vergleichbare Vorkommnisse zumindest in Tiflis (Georgien), Dahlhoffs früherem Verwendungsort, geben. Denn es ist ungewöhnlich, wenn das Protokoll eines Bundestagsausschusses anläßlich einer Auslands-Delegationsreise Kritik am Botschafter vor Ort vermerkt. Genau dieses – gemünzt auf den deutschen Botschafter Dahlhoff in Georgien – findet sich im Protokoll des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 27.10.93. Und das »Haiti-Info« vom Januar 1996 wußte zu berichten: »Herr Dahlhoff hatte mehrmals rassistische Äußerungen gegen die Haitianer vorgetragen ... Dies wurde wiederholt von deutschen Besuchern Haitis kritisch angemerkt ...«

Bleibt das Thema Reisemöglichkeiten: Ich bin nun in eine Lage geraten, in der sich die Beschränkungen, die mir von seiten des Bundestages bzw. von CDU-CSU-FDP- Vertretern angedroht werden, umgekehrt proportional zu den zahlreichen Einladungen durch Regierungen bzw. Parteien aus der Dritten Welt verhalten, die mir in den letzten Wochen zugegangen sind.

Eine Dokumentation zum Abgang des Botschafters Dahlhoff kann bezogen werden über: MdB-Büro Winfried Wolf, Bundeshaus, 53113 Bonn

Konkret 03/96, S. 28

Kurt Pätzold

Auf allen Vieren?

Kurz vor dem 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur SED ist der Streit um die Bewertung dieses Vorgangs wieder auf Touren gekommen. Eine Zwischenbilanz

Die Vorstellung ist nichts weniger denn verlockend. An jenem bevorstehenden Sonntag, dem 21. April 1996, würde die »führende Kraft der Deutschen Demokratischen Republik« den 50. Jahrestag ihrer Parteigründung begehen. Mit Hochrufen begrüßt, beträte das Politbüro die Tribüne im festlich ausstaffierten Saal des Berliner Palastes der Republik. Der Generalsekretär hielte die ihm zustehende Festrede. Nach einer Pause folgte ein Kulturprogramm, von auserlesenen Künstlern bestritten. Die Mitgliedschaft hätte Gelegenheit, in häuslichen Fernsehsesseln dabeizusein. Wem von den Überlebenden dieser einstmals zwei Millionen wird das fehlen? Wer vermißt am 22. April die Parteizeitung, mit Rede und Begrüßungstelegrammen? Wer entbehrt das Studium der vom Zentralkomitee »gebilligten« Thesen?

Und die Historiker der Parteigeschichte, die man sich als deren Schmiede zu denken hat? Vermissen sie diesen Auftrag? Bedenkt mancher, wie viele ihm bekannte geschichtliche Tatsachen er verschwiegen haben würde? Stellt er sich das politische Koordinatennetz vors Auge, das er berücksichtigt hätte? Z.B. die Beziehung zwischen der eigenen Partei und der SPD, die kein Wort historischer Kritik beschädigen dürfte. Beachtet haben müßte er auch die Bindung des letzten Generalsekretärs zu jenem Saarländer, der inzwischen an der Spitze des »Dialogpartners« steht. Vom Nachfolger in Berlin-Ost, hieße der Hinz, Kunz oder Krenz, würde sie doch zum Nutzen und in den Grenzen beiderseitigen Vorteils und unter Beachtung gewisser Weisungen aus dem Kreml weitergepflegt.

Das fiktive Bild, das alle beiseite wischen können, die einer über das Jahr 1989 hinaus existierenden DDR die Kraft zu tiefgreifender sozialistischer Erneuerung zumessen, besitzt mehr als Unterhaltungswert. Es kann Einsichten in Veränderungen vermitteln helfen. Frühzeitig in der Dezembermitte 95 hat die PDS eine thesenhafte Erklärung zum Ereignis des Jahres 1946 publiziert. Das geschah noch vor dem Jahrestag der sog. Sechziger-Konferenz, bei der wenige Tage vor Weihnachten 1945 Abgesandte beider Parteien einen das Ziel weisenden Beschluß faßten. Eine Kommission wurde beauftragt, Entwürfe für Grundsätze und Ziele sowie das Statut einer Einheitspartei auszuarbeiten.

Der nun von der Historischen Kommission der PDS verabschiedete und vom Vorsitzenden Lothar Bisky vorgestellte Text »Zum Zusammenschluß von KPD und SPD« (die Überschrift vermeidet den Begriff »Vereinigung«) läßt ebenso die Handschrift des Historikers Günter Benser, des letzten und in einer Aufbruchsituation von den Mitarbeitern des (bald darauf liquidierten) Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED gewählten Direktors, erkennen wie die engagierte Mitarbeit der mehrheitlich jüngeren Kommissionsmitglieder, die in den nun frei zugänglichen Beständen der Archive forschten.

Unvorstellbar, daß diese Stellungnahme auch nur eine Vorstufe auf dem Weg ins Politbüro passiert haben könnte. Das zeigt schon ihr Stil. Die Verfasser machen klar, daß sie wissen, aber sie dekretieren nicht. Eher zurückhaltend empfehlen sie Mitgliedern, Sympathisanten und Bürgern kritischen Umgang mit der »Geschichte des Zusammenschlusses« wie überhaupt mit aller Historie. Sie geben zu bedenken und formulieren, was ihnen zu denken gab. Bestimmt aber warnen sie die PDS, sich in historischen Fragen Ultimaten stellen zu lassen. Das zielt auf die Vorstände.

Klar ist ausgesprochen, daß, wer vorgibt, die ganze Wahrheit zu besitzen, flunkert. Zum Forschungsstand 1995 liest man: »Noch immer wissen wir weit mehr über die Vorgänge in den Chefetagen (von KPD/SPD – K.P.) als über Befindlichkeiten und Verhaltensweisen von Hunderttausenden Mitgliedern. Noch immer ist das Bild über die SED-Gründung überwiegend von den Vorgängen in Berlin geprägt.« So eingeschränkt ist das Gesamturteil zu lesen. Da es unzitiert im Zentrum des Streits steht, sei es in extenso wiedergegeben: »Eine bedeutende Minderheit (von KPD- und SPD-Mitgliedern – K.P.) trat überzeugt und engagiert für die Einheitspartei ein. Eine beachtliche Minderheit, die sich vor allem aus langjährigen Sozialdemokraten rekrutierte, hatte erhebliche Vorbehalte oder war strikt gegen einen Zusammenschluß mit der KPD. Die Mehrheit war bereit, ihren Führungen zu vertrauen, zumal das Einheitsparteiprojekt auf sie eine solche Anziehungskraft ausübte, daß Bedenken vielfach in den Hintergrund traten. Die Programmatik wie das Parteistatut der SED trugen diesem Gründungskonsens in beachtlichem Maße Rechnung, die Parität bei der Besetzung der Parteifunktionen wirkte vertrauensstiftend, wenngleich in der Realität eine kommunistische Dominanz von Anfang an nicht zu übersehen war.«

Diese Formulierung mit ihren gewiß unbefriedigenden Angaben über Mengenverhältnisse (»bedeutend«, »beträchtlich«, »beachtlich«), vermerken die Verfasser, komme der Wahrheit am nächsten. Das werden künftige Forschungen bestätigen, widerlegen oder relativieren. Von ihrer Beurteilung erhoffen die Autoren zudem – auch sie sind keine politikfernen Schreiber – , daß sie »dem politischen Klima in Deutschland am dienlichsten sein« könnte. Darin drückte sich die Absicht aus, mit dieser Erklärung einen über die eigene Partei hinausreichenden, diskussionsfähigen Standpunkt zu formulieren. Gedachter Partner: Sozialdemokraten, insonderheit deren historische Kommission.

Als Klimaforscher haben sich die Verfasser damit nicht ausgewiesen. Die Antwort auf Biskys Einladung erfolgte prompt. SPD-Vize Wolfgang Thierse lehnte ab. Die Erklärung der Kommission verschleiere den Vorgang mehr, als daß sie ihn offenlege. Sie ignoriere die Einschätzung aller seriösen Historiker, die laute: »Zwangsvereinigung«. Irgend jemand hat den nicht ausreichend Belesenen dann darauf aufmerksam gemacht, daß gerade unter den von ihm in den Rang der Seriosität erhobenen Geschichtswissenschaftlern dieser Begriff durchaus umstritten sei. Das hat er denn kürzlich auch eingeräumt. Doch nur um sich in die Reihe aller zu stellen, die den halbherzigen Abschied von dem bereits vor dem SED-Gründungstag entstandenen Begriff, der alsbald zum Kampfknüppel wurde, zu verlängern. Denn der Streit besitzt Dimension.

Bleibt dem Aufbruch der Linkskräfte in Ostdeutschland, wie auch immer später ihre Visionen, Vorsätze, Pläne und Programme selbst- und fremdverschuldet verkamen, eine historische und politische Legitimation, dann bricht auch das so sorgsam errichtete und bis dato rundumverteidigte Gedankenbild vom »Unrechtsstaat« ab ovo zusammen. Die These von der »Zwangsvereinigung« soll daher das Trumpf-As im Kampf gegen die PDS bleiben, in dem einige gleichsam auf vorgeschobenem Posten stehen, aber die Rückenstärkung vieler erfahren.

Doch müssen die Rückwärtigen nicht übertrieben besorgt sein. Vorerst werden Begriffe umgemodelt und Deutungen wortreicher, wird alter Wein in neue Schläuche gefüllt. Besonders gefällt Wolfgang Leonhards Vorschlag von der »diktatorischen Vereinigung«. Parteiratsvorsitzender Harald Ringstorff, die PDS-Erklärung nicht so harsch zurückweisend, spricht von der Vereinigung, die »ohne den Zwang überhaupt nicht zustande gekommen« wäre. Solche Variationen gehen anderen zu weit, mögen ihnen gar als Vorbereitung folgenreicher Korrekturen erscheinen. Für den Vorsitzenden der Historischen Kommission der SPD, Bernd Faulenbach, bleibt es bei »Zwangsvereinigung«, und – Vergebung – Brigitte Seebacher-Brandt lehnt es rundweg ab, sich mit den »Lügen der PDS« auseinanderzusetzen.

Soviel zum Klima. Und nun zu den Ultimaten. Wolfgang Gehrke, Vizevorsitzender der PDS, hat die Abforderung einer biblischen Antwort zurückgewiesen und dennoch gedanklich – merkwürdige Herangehensweise – die Vorteile eines »Ja« zum alten Kampfbegriff erörtert. Es »wäre quasi das Eintrittsbillett in den Kreis der Demokraten, wie sie sich seit 1945 in der Bundesrepublik mehrheitlich definieren«. Das aber sei, genau betrachtet, doch kein so verlockender Gewinn. Der ist gar nicht ausgesetzt, sondern bloß eingebildet. Vielmehr wurden die Folge-Ultimaten schon formuliert.

Thierse zeiht Hans Modrow, den Ehrenvorsitzenden der PDS, und Gregor Gysi des fehlenden Anstands, erwiesen durch die 1989 unterlassene Auflösung der SED. So spricht sich Trauer über den Zustand der eigenen Partei nicht nur in den neuen Bundesländern aus. Da drängt es zum Gedanken, sich das Trumpf-As weiter in die eigenen Karten zu mischen.

Wie viele Forderungen würden den Vorsitzenden der konkurrierenden Partei noch präsentiert werden, bis sie in den hehren Kreis der Anständigen eintreten dürften? Die Verlangen nach Distanzierungen, Rehabilitierungen, Schuldbekenntnissen und Entschuldigungen könnten die Länge einer Leporello-Liste annehmen. Und die sich anschickten, sich an ihr abzuarbeiten, würden nicht mehr zu singen vermögen »Ich kann nicht mehr«. Es wäre ihnen die politische Puste unterwegs ausgegangen. Das bedeutet nicht, daß der PDS zu ihrer Vergangenheit, zu den Teilen ihres Erbes, die sie akzeptiert, und den anderen, die sie ablehnt, nichts mehr zu sagen bliebe.

Unmißverständlich haben sich die Verfasser der Erklärung zu den Behinderungen der Tätigkeit der Sozialdemokraten durch die Besatzungsmacht geäußert, die mitsamt der Favorisierung der KPD 1945 eine Chancenungleichheit des politischen Wirkens herstellten. Verwiesen wurde auf Versammlungsverbote, Vorladungen in sowjetische Kommandanturen, in denen psychischer Druck auf die lokalen und regionalen SPD-Funktionäre ausgeübt und - bist du nicht willig - Gewalt angedroht wurde. Genannt werden Verhaftungen, Verschleppungen in Lager der Besatzungsmacht, in denen ein für viele tödlich endender Leidensweg begann.

Das genügt niemandem, der - wie schlecht verhohlen auch immer - der PDS doch schon längst den Garaus machen wollte oder ihr den Selbstmord auf Raten abverlangt. Auch niemandem, der die Debatte über die Vergangenheit auf jenem niedrigen Niveau halten will, von dem Heiner Müller 1993 schrieb, man könne sie dann »als in die DDR)Verstrickter< nur auf allen Vieren führen«. Dabei wurde, was von Parteitagen und gewählten Gremien der PDS über ihre Herkunft und Vorvergangenheit erklärt worden ist, nicht einmal nach altgermanischer Sitte »Spitze gegen Spitze« entgegengenommen, sondern zweckdienlich übergangen.

Was der PDS zu tun bleibt, ist von ihrer Mitgliedschaft und deren gewählten Politikern zu entscheiden. Die hartnäckigen Verfolger dieses Parteiprojekts haben sich mit ihrem inflationären Gebrauch des Begriffs von der »Nachfolge«-Partei die Köpfe für die Wahrnehmung vieler Veränderungen beschwert. Darunter diese: In der PDS bildet sich ein neues, nicht konfliktscheues Verhältnis von Historikern zu Politikern heraus. Nicht mehr Mägdedasein, aber auch keine Übernahme von Stellvertretung und nicht die Anmaßung des Vormunds. Die Historische Kommission der PDS, für deren Mitglieder zumeist gilt, daß ihre oder ihrer Altersgenossen Väter und Großväter zu den Architekten des Zusammenschlusses von 1946 gehörten, versteht sich daher nicht als Büro für politische Distanzierungen. Doch sollte gelten: Kein Christ braucht sich von Inquisition und Militärkirche zu distanzieren, kein Sozialdemokrat von der Bewilligung der Kriegskredite 1914 und von der Rolle von SPD-Führern in der Novemberrevolution, kein Vertreter einer Bürgerbewegung davon, daß diese welches

immer ihre Pläne waren - dazu beitrug, die ostdeutsche Bevölkerung in die Zwänge einer sich zunehmend militarisierenden und entsolidarisierenden kapitalistischen Gesellschaft zu führen, bevor, um und damit er heute für durchgreifenden gesellschaftlichen Wandel eintreten, sich dazu Mitstreiter und Verbündete suchen darf. Für die PDS soll in diesem Punkte eine Sonderstellung gelten. Sie wird zum 50. Jahrestag der Gründung jener Partei, aus der sie hervorging, wieder aufgefordert, dem wahlberechtigten deutschen Michel den Struwwelpeter abzugeben.

Konkret 03/96, S. 30

Sahra Wagenknecht

Hatte die DDR eine Chance?

Übereifriger Entspannungspolitiker oder konsequenter Gegner des »Wandels durch Annäherung«? Eine neue Biographie über Walter Ulbricht zeichnet ein schiefes Bild des 1. Staatsratsvorsitzenden der DDR

Unstrittig gehört Walter Ulbricht zu den Staatsmännern, die die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts bewegt und mitgeprägt haben. Sucht man unter ihnen solche, die ihr Wirken der fortschrittlichen Richtung verschrieben, dürfte es schwerfallen, Namen von Gewicht neben dem seinen zu finden. Und dennoch ist die Lebensgeschichte dieses kompromißlosen Strategen und brillanten Taktierers, dieses jung überzeugten Kommunisten und noch als Greis lernwilligen Reformators, dieses machtpolitischen Praktikers mit langem Atem und ungebrochenen Idealen bis heute ungeschrieben. Alle existierenden Biographien sehen ihn durch die Brille des jeweiligen (west- oder östlichen) Zeitgeists und sind – je nach Beschaffenheit dieses Zeitgeists – in höherem oder geringerem Grade entstellend. Gerecht wird ihm keine. Auch Podewins *neue Biographie* ist, wie sich zeigen wird, vom Vorwurf der Zeitgeistbefangenheit nicht freizusprechen.

Dennoch ist der Versuch, in dieser Zeit der Schmähung und Lüge den Mitbegründer und langjährigen ersten Mann der DDR zum Gegenstand einer sichtlich um Objektivität bemühten biographischen Skizze zu machen, allemal lobenswert. Überdies gelingt es Podewin, verschiedene Seiten des Ulbrichtschen Wirkens, die bisher unterbelichtet blieben oder gänzlich verschwiegen wurden, ans Licht zu ziehen. Das betrifft in erster Linie den 1945 beginnenden und faktisch bis zu Ulbrichts Abtritt währenden Kampf zwischen dem deutschen Staatsoberhaupt und der Moskauer Spitze um die Zukunft jenes Landes, das, so sehr es sein Entstehen den sowjetischen Befreiern dankte, seine Existenz doch unablässig gegen sie behaupten mußte; ein ungeliebtes und nur widerstrebend akzeptiertes Kind des sowjetischen Sieges, das jederzeit Gefahr lief, im Politgerangel der Großen wieder zur Verfügung gestellt zu werden. Denn erklärte Absicht der Moskauer Deutschlandpolitik war nicht der sozialistische Teil-, sondern der einheitliche, neutrale bürgerliche Pufferstaat; dieser Plan wurde auch nach der gescheiterten »Friedensnote« von 1952 nicht aufgegeben, sondern – je nach Lage mal intensiver, mal beiläufiger – weiter verfolgt. Den kriegszerstörten, kaum industrialisierten, an der offenen Grenze ausblutenden und durch milliardenschwere Reparationen immer wieder bis zur Erschöpfung geschwächten ostdeutschen Teilstaat in ein attraktives sozialistisches Gemeinwesen umzuwandeln, war indessen das Ziel, das Ulbricht seit 1945 mit außergewöhnlichem Geschick, unzähligen Listen und unter geradezu übermenschlicher Anstrengung gegen die Feinde im Westen und die Freunde im Osten durchzukämpfen suchte. Daher rührten die fortgesetzten sowjetisch-ostdeutschen Mißstimmungen, die speziell in den Jahren 1953, 1956 und 1971 kulminierten. Von Moskau aufgebaut (und demnach unter besonderer Beteiligung des MfS-Personals), entstanden in jedem dieser Fälle innerhalb der SED Fraktionen, die gegen Ulbricht den sowjetischen Kurs vertraten und den widerspenstigen Mann durch einen Moskauer Wünschen Zugänglicheren abzulösen suchten.

Es ist ein Verdienst Podewins, diese Differenzen Moskau-Berlin, zum Teil auch den sowjetischen Hintergrund diverser SED-Fraktionen, dargestellt zu haben. Freilich ist spürbar, daß seine Sympathie dabei den sowjetischen Plänen gilt: dem bürgerlichen Einheitsdeutschland und nicht der sozialistischen Alternative. Hier verzerrt heutiger Zeitgeist die historische Darstellung. Etwa wenn sich Podewin bemüht, den 17. Juni als direkte Folge des auf der II. Parteikonferenz eingeleiteten Aufbaus des Sozialismus darzustellen. In Wirklichkeit hatte im Juni 53 nicht »der Aufbau des Sozialismus mit einem Totalschaden geendet« (Podewin), sondern die im Herbst 52 nochmals forcierten sowjetischen Reparationsforderungen (bei gleichzeitigem westdeutschen Wirtschaftskrieg) taten ihr Bestes, diesem Aufbau die – ohnehin dünne – materielle Grundlage zu entziehen und somit die Lage weiter zu verschärfen. Und die vom sowjetischen Ministerrat im Juni 53 beschlossenen »Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR« waren keineswegs ein Programm zur *Konsolidierung*, sondern eines zur *Rücknahme* der DDR. Die Interessen jener Klasse, die von den sozialen Einschnitten und Normerhöhungen unmittelbar betroffen war und in der der Unmut am meisten brodelte, bedachte das Papier bezeichnenderweise mit keiner Silbe. Zur Beförderung des angestrebten Kurs- und Personalwechsels an der SED-Spitze lag eine begrenzte »Protestaktivierung« offenbar durchaus im sowjetischen Interesse. (Die »Wenden« von 1971 und 1989 wurden übrigens mit ähnlichen Mitteln vorbereitet.) Als allerdings aus diesem »Protest« dank unbeherrschter westdeutscher Aufstachelei ein Flächenbrand zu werden und die Situation außer Kontrolle zu geraten drohte, sah sich die sowjetische Führung zum Eingreifen gezwungen. Denn keinesfalls sollte das ostdeutsche Gelände zum Nulltarif an die westliche Machtsphäre übergehen. In dieser Lage war ein Wechsel an der SED-Spitze ebenfalls nicht mehr opportun; Herrnstadt/Zaisser wurden fallengelassen. Insofern ist auch der 17. Juni ein Beispiel für das von Podewin vermerkte sonderbare Zusammenwirken jener großen politischen Kontrahenten, die beide lieber das halbe Deutschland ganz wollten als das ganze nur halb, wobei sich hinter diesem »ganz« freilich für den einen die gänzlich unbegrenzte und für den anderen die gänzlich ausgeschlossene Macht des Großen Kapitals verbarg.

Ende der sechziger Jahre allerdings steht – zumindest bei Podewin – plötzlich alles auf dem Kopf. Ulbricht betätigt sich als »Vorreiter« engerer Beziehungen zur westdeutschen Bundesrepublik, träumt gar von einer künftigen Konföderation und ist »fasziniert von der Idee, mit einer raschen Normalisierung des deutsch-deutschen Verhältnisses das Fundament eines ›europäischen Hauses‹ legen zu können«. Breschnew indessen warnt vor jeder Annäherung und kultiviert sein »holzschnittartig grobes« Feindbild. Der greise Ulbricht als früher Gorbatschow? Wollen wir nicht an einen dem Altersschwachsinn erlegenen und in dessen Folge neu, d.h. gar nicht mehr denkenden Ulbricht glauben, sind wir gezwungen, Podewins Darstellung zumindest seltsam zu finden. Da hat einer zwanzig Jahre seines Lebens allen westlichen Anfeindungen und Moskauer Widerständen zum Trotz den eigenständigen DDR-Staat durchgekämpft und verteidigt, und just in dem Augenblick, in dem dieser Staat sich politisch gefestigt und wirtschaftlich konsolidiert hat, entdeckt er den hohen Wert deutsch-deutscher Klassenkungelei und liebäugelt gar mit gesamtdeutschen Konföderationsstrukturen. Die Großmacht wiederum, die die gesamtdeutsche Lösung seit jeher der sozialistischen Teillösung vorgezogen hat, nimmt ihm diesen plötzlichen Schwenk ungemein übel und jagt ihn dafür aus dem Amt. Solange zwischen Logik und Geschichte noch irgendein Zusammenhang besteht, solange kann diese Lesart nicht stimmen.

Die Legende vom übereifrigen Entspannungspolitiker Ulbricht ist in der Welt, seit ein gewisser »brauner Kalbslederband« in den Archiven aufgefunden und die in ihm enthaltenen Dokumente an die Öffentlichkeit gebracht wurden. In ihnen werden die Auseinandersetzungen um Ulbrichts Politik aus Sicht seiner Gegner dargestellt. Und als ob es üblich wäre, daß zwischen den benannten und den wirklichen Gründen für den Sturz eines Politikers auch nur die geringste Beziehung existiert, wird der dort zu Papier gebrachte Unsinn seither von den historisch Forschenden abgeschrieben. In dem »braunen Kalbslederband« agiert tatsächlich ein Breschnew, der Sätze äußert wie: »Es darf zu keinem Prozeß der Annäherung zwischen der BRD und der DDR kommen«, »Brandt und Strauß – im Prinzip kein Unterschied«, und der Ulbricht mahnt, doch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR standhafter zu vertreten. Der Fehler ist nur, daß dieser Breschnew mit dem Breschnew der Realität wenig Ähnlichkeit hat. In der Realität war es nämlich nicht Ulbricht, der die strategischen Ziele der westdeutschen Sozialdemokratie mißkannte oder mißkennen wollte. Bereits 1966, bei deren Eintritt in die Bonner Koalition, waren Differenzen in der Berichterstattung der DDR- und der sowjetischen Medien wahrnehmbar. Während die Zeitungen der DDR die Neue Ostpolitik trocken als das benannten, was sie war: die Fortsetzung des Kalten Krieges mit neuen, geschickteren Mitteln, stellte die sowjetische Seite ihre Polemik nahezu vollständig ein und zeigte sich erwartungsvoll; ein »Kurswechsel« durch »realistische Kräfte« wurde dort – nicht bei Ulbricht – nach Kräften herbeigeredet. Auf dem VII. SED-Parteitag erklärte Breschnew: »Wir sind ganz und gar nicht geneigt, von vornherein alles Neue, was in dieser]der westdeutschen Politik auftreten kann, abzutun«; und wenig später appellierte er an die Bonner Machthaber, das »Steuer des Staatsschiffs« »auf den Kurs der Vernunft umzulegen«. Auch begannen die »Sondierungen« zwischen Moskau und Bonn über einen Gewaltverzicht keineswegs erst – wie Podewin vermutet – im Dezember 1969; sie begannen bereits im Frühjahr 1967, wurden im Sommer 1968 für einige Zeit unterbrochen und zeigten dann erste Früchte im Abschlußdokument der Budapester Konferenz der Warschauer Vertragsstaaten vom März 1969. Über dessen Text bemerkte Brandt seinerzeit: »In voller Kenntnis der Situation sind eine Reihe von Formulierungen entstanden, die im deutsch-sowjetischen Gespräch über Gewaltverzicht eine Rolle gespielt haben ... Jetzt tauchen sie ... im Budapester Appell auf und können eben nur bedeuten, daß der Gedanke einer völkerrechtlichen Anerkennung]der DDR nicht weiter verfolgt wird.« Schon hier war nämlich den Bemühungen der DDR der sowjetische Rückhalt versagt worden. (Es ist nachgerade zynisch, wenn Breschnew ein Jahr später Ulbricht rügt, er sei in dieser Frage zu kompromißwillig.)

Der nächste Schlagabtausch fand auf der Konferenz zum 50. Jahrestag der Komintern statt. Während die sowjetischen Redner eine Neubewertung der Sozialdemokratie einforderten und ihren ausländischen Gästen zu verstehen gaben, sie mögen die SPD unterstützen, soll Ulbricht diese Zumutung mit offenem Protest quittiert haben. Gegensätzliches Medienecho in DDR und UdSSR fand schließlich die Regierungserklärung der sozial-liberalen Koalition vom Oktober 1969. Ulbrichts diesbezügliche Rede wurde in der »Prawda« nur auszugsweise – und zwar in ihrer Schärfe erheblich gemildert – abgedruckt; im Gegenzug erschienen Breschnews wohlwollende Appelle nur zusammengestrichen im DDR-Zentralorgan. Die Unterredung zwischen Breschnew und Honecker, in der ersterer laut »braunem Kalbslederband« vehement fordert: »Es darf zu keinem Prozeß der Annäherung zwischen der BRD und der DDR kommen«, fand am 28. Juli 1970 statt. Einen Tag später erklärte Breschnews Außenminister dpa, bezogen auf den gerade zur Unterzeichnung anstehenden Moskauer Vertrag: »Die dritte Frage]neben der Frage der Anerkennung und der einvernehmlichen Grenzänderung, in der wir ihnen entgegengekommen sind, ist die Wiedervereinigung Deutschlands als zukünftige Perspektive.« Und tatsächlich wird die deutsch-deutsche Annäherung von Ulbrichts Nachfolgern – und also wohl mit Breschnews Billigung – rege vorangetrieben. Westberlin-Abkommen und Grundlagenvertrag machten die Grenzen erheblich durchlässiger, wobei die einreisenden Westbesucher das geringste Übel waren. Die Annäherungen, auf die es ankam, waren wirtschaftlicher und ideologischer Art. So hatte Ulbricht beispielsweise erfolgreich die ökonomische »Störfreimachung« der DDR von Westdeutschland durchgesetzt; dies bedeutete keineswegs eine Blockade des Westhandels, sondern lediglich die Aufteilung dieses Handels unter verschiedene westliche Länder und die strikte Beachtung seiner Proportionen, um Abhängigkeiten zu vermeiden. Die intensivierte Kooperation mit westdeutschen Konzernen unter Honecker stellte genau diese Abhängigkeiten wieder her.

In den Vorwürfen der Ulbricht-Gegner spielte zudem dessen angeblich verantwortungslose Verschuldungspolitik eine wichtige Rolle. Tatsache ist, daß die Nettoauslandsverschuldung der DDR 1970 2,2 Milliarden Valutamark betrug, eine durchaus beherrschbare Größe. Nach vier Jahren Honeckerscher »Abgrenzungspolitik« war sie bereits bei 11 Milliarden Valutamark angelangt, um 1980 bei 25,3 und 1987 bei 34,7 Milliarden zu landen (Zahlen nach Herbert Wolf *Hatte die DDR je eine Chance?*). Der Abgrenzungs-Begriff, den die Anti-Ulbricht-Fronde unablässig im Munde führte, hatte also genau den Zweck, der ihm seinerzeit von westlicher Seite zugeschrieben wurde: »So übertrieben und über das Ziel hinausschießend uns manche der Abgrenzungsbegriffe auch erscheinen mögen, wir sollten ihren tieferen Zweck nicht übersehen. Sie dienen augenscheinlich dazu, eine Politik der Beziehungen vorzubereiten. Wir kennen diese Methode aus langjähriger Beobachtung und Erfahrung sehr genau.« Wenn Ulbricht den Abgrenzungsbegriff vermied, dann wohl vor allem, weil er ihm zu defensiv erschien, weil für ihn die Abgrenzung – die er im Unterschied zu Honecker tatsächlich betrieb – nur Mittel zum Zweck war. Die DDR mußte von westdeutscher Einwirkung unabhängig werden, um sich entwickeln zu können, um zu einem eigenständigen attraktiven Gemeinwesen zu werden. Diese Attraktivität sollte die DDR natürlich zugleich in ihrer Außenwirkung anziehender machen.

Die grundlegende Differenz zwischen Breschnew und Ulbricht betraf also tatsächlich die Einschätzung der westdeutschen Neuen Ostpolitik; nur verliefen die Fronten anders, als Podewin sie darstellt. Im Wesen ging es darum, ob das sozialistische Lager sich auf die im »Wandel durch Annäherung« ihm abverlangten wirtschaftspolitischen und ideologischen Zugeständnisse einlassen konnte, ohne längerfristig die sozialistischen Gesellschaftsgrundlagen in Gefahr zu bringen. Hier vertrat Breschnew ebenso entschieden das Pro wie Ulbricht das Contra. Ulbricht war nicht deshalb für deutsch-deutschen Redneraustausch und deutsch-deutsche Spitzentreffen, weil er »Auswege mit Unterstützung des ›Klassengegners‹« suchte (Podewin), sondern weil er in den ideologischen Kämpfen die Offensive behalten wollte; und spätestens seit 1969 kam ein zweites Motiv dazu: Ulbricht wollte ein Mindestmaß an Einfluß auf die Entscheidungen im deutsch-deutschen Kräftefeld behalten; dieser drohte ihm indessen durch die immer engeren Kontakte Bonn-Moskau zu entgleiten, wobei die Entwicklungen überdies in eine Richtung schwenkten, die er im Interesse der DDR zu verhindern suchte. Daher Ulbrichts fieberhafte Aktivität speziell seit Ende 69 und eben daher Breschnews Unmut über diese Aktivität. Es war nicht so, daß Breschnew die Kungelei mit der westdeutschen Sozialdemokratie mißfiel; es war so, daß er der sein wollte, der kungelte; nicht gestört im besonderen durch seinen deutschen Verbündeten, der ja Objekt des Handels war. (In ganz ähnlicher Interessenlage sehen wir gut fünfzehn Jahre später den Kohlschen Duz-Freund und angehenden DDR-Verkäufer Gorbatschow den Bonn-Besuch seines deutschen Genossen mißbilligen.)

Der zweite Streitpunkt zwischen Breschnew und Ulbricht war, wie Podewin richtig darstellt, die Ulbrichtsche Innenpolitik, konkret das Neue Ökonomische System. Allerdings sind die Gründe, die Podewin für diese Streitigkeiten verantwortlich macht, allzu schlicht: »großrussisches Gehabe« und Breschnews Abneigung gegen »ausländische Modelle«. So sehr all dies seine Rolle gespielt haben mag, so wenig trifft es den Kern. Der nämlich ist mit den außenpolitischen Differenzen aufs engste verbunden. Im Rahmen einer rein stabilitätsorientierten Status-quo-Politik schien das NÖS mit seinen hochgesteckten Zielen und seiner schwierigen Klassenkräftebalance erstens unnötig und zweitens sogar gefährlich, insofern diese Status-quo-Politik ja mit einer erheblichen Westöffnung und weitgehendem Ideologieverzicht verbunden war. Helsinki und das Ulbrichtsche Reformprogramm schlossen einander tatsächlich aus; wer das eine wollte, mußte das andere bekämpfen. (Erich Mielke wußte, was er tat, als er auf einem Führungsseminar der Staatssicherheit im März 1971 die Ulbrichtsche Wirtschaftspolitik mit der Begründung attackierte, sie gefährde unter den neuen Bedingungen die Stabilität der DDR; denn: »Wir haben uns auf die Bedingungen der Weltoffenheit einzustellen.«)

Der Zusammenhang zwischen den außen- und innenpolitischen Faktoren der Auseinandersetzung Breschnew-Ulbricht kommt bei Podewin ebenso zu kurz wie die Beziehung zwischen der innerhalb der SED sich formierenden Anti-Ulbricht-Fraktion und der Moskauer Führung. »... Den Anstoß zur Formierung dieser Fraktion gab Walter Ulbricht durch einen Beschlußentwurf« zur Bildung des Strategischen Arbeitskreises, meint Podewin. Tatsächlich kam der Anstoß zur Bildung dieser Fraktion, wie der zu jeder ihrer Vorgängerinnen und Nachfolgerinnen, aus Moskau. Es war eben die Zeit, als die Bildung einer Großen Koalition in Westdeutschland unmittelbar bevorstand und von Moskau mit großen Hoffnungen erwartet wurde. Und da abzusehen war, daß Ulbricht sich einer schrittweisen Aufgabe der DDR ebenso verweigern würde wie vordem einer unvermittelten, begann man, eine moskautreue Fraktion ins Leben zu rufen. Latenter Groll im Apparat gegen die Reformpolitik konnte dabei genutzt werden, war aber nicht der Ausgangspunkt.

Überhaupt scheint es, daß Podewin falsche Vorstellungen von der im Rahmen des NÖS angestrebten Machtbalance zwischen Apparat und Wirtschaft hat. So macht er Ulbricht zum Destrukteur des neuen Wirtschaftsgefüges, weil dieser 1968 zwar »die Konstruktion des Mechanismus« verteidigt habe, zugleich aber verlangte, »›daß in prinzipieller Auswertung der Ereignisse in der CSSR der polemische Zug (Rolle des Staates, der Partei, demokratischer Zentralismus, Entwicklung der Klassen und Schichten unter Führung der Arbeiterklasse ...)‹ verstärkt werden müsse. Im Klartext hieß das: Der allen Reformen widerstrebende Apparat hatte das seit dem Mauerbau verlorene Terrain weitgehend zurückerobert.« In Wirklichkeit bezweckten die Ulbrichtschen Reformen von Beginn an nicht eine allgemeine Entmachtung des Apparats, sondern lediglich seinen Rückzug aus der Wirtschaftssphäre, in der fortan originär

ökonomische Kriterien zu regieren hatten. Die Stellung der Wirtschaftsmanager wurde so erheblich gestärkt, zugleich aber gesamtgesellschaftlich in Grenzen gehalten. In diesem Rahmen sollte die vielgeschmähte »führende Rolle« der sozialistischen Ideologie und Partei nie aufgegeben werden. Genau das unterschied das Ulbrichtsche Reformprogramm von all den als «Reformkommunismus« verkleideten Gegenrevolutionen, ob nun 1968 in der CSSR, 1986 in der Sowjetunion oder 1989 in der DDR. Es ging um ein Kräftegleichgewicht zwischen Apparat und Wirtschaft im Interesse eines produktiven Sozialismus, nicht um die Aufgabe der sozialistischen Macht.

Podewins wichtigste Konzession an den modernen Zeitgeist liegt wohl darin, daß er einen tatsächlich überlegenen Sozialismus offenbar gar nicht für möglich hält. Ein Zitat für viele: »Einer Systemauseinandersetzung ausschließlich mit den ›Waffen‹ des Lebensstandards und der menschlichen Freiheiten aber konnte die westliche Seite gelassen ins Auge sehen.« Dies sah die »westliche Seite« freilich anders. »Die harte Wahrheit ist vielmehr, daß wir in größter Gefahr sind, in dem titanischen Wettkampf mit den Russen den kürzeren zu ziehen, ohne daß auch nur ein einziges Fernlenkgeschoß abgeschossen wird.« »Wir können sogar auf solchen amerikanischen Spezialgebieten wie dem der elektronischen Rechentechnik oder dem der Automation überholt werden.« (Kennedy 1960). Auch Brandt warnt: »Wenn wir nicht bereit und fähig sind, eine Politik der permanenten Offensive zu betreiben, werden wir unsere Positionen nicht halten können.« Einen fortschreitenden »Bewußtseinswandel zuungunsten des Westens« nimmt die »Zeit« 1965 in der DDR wahr und folgert: »Eine Isolierungspolitik ... würde das Problem der Wiedervereinigung wohl lösen – allerdings anders als vorgesehen: sehr bald gäbe es in der DDR kaum noch jemanden, der wiedervereinigt werden wollte.« Und selbst die damalige CDU hatte begriffen: »Eine ... rein defensive Politik würde ... von Jahr zu Jahr in größere Bedrängnis führen. Sie würde uns nicht nur keinen Schritt vorwärtsführen, sie könnte uns auch das gar nicht bewahren, was sie bewahren will, *denn die Zeit wirkt nicht für uns.«* (Kiesinger 1967).

Ulbrichts hochgesteckte Ziele waren also alles andere als irreale Wunschvorstellungen. Sie waren dringend an der Zeit und dies nicht nur für die DDR. Der vergangene Sozialismus war keineswegs von vornherein zur Niederlage im Kalten Krieg der Systeme verdammt. Er hat in einem Geflecht von Bedingungen und Zwängen seine Chance verspielt – nicht zuletzt dadurch, daß er irgendwann selbst nicht mehr an sie glaubte.

Norbert Podewin: *Walter Ulbricht. Eine neue Biographie.* Dietz Verlag, Berlin 1995, 504 Seiten, 48 Mark

Sahra Wagenknecht schrieb in KONKRET 7/94 einen Nachruf auf Erich Honecker

Konkret 03/96, S. 34

Hannes Hofbauer

Aus den befreiten Gebieten II

Einbruch der Industrieproduktion, sinkende Exportraten, wachsende Schuldenlast, Wiederkehr von Naturalwirtschaft und religiöser Orthodoxie das □ gewendete□ Rumänien bietet Anschauungsunterricht in Sachen Elendsforschung

Das Bauwesen spiegelt die Entwicklung Rumäniens seit der Wende. Während halbfertige Plattenbausiedlungen an den Rändern der walachischen und transsylvanischen Städte verfallen, fehlende Fenster und Dächer gespenstische Kulissen einer vergangenen, kaum mehr erinnerlichen realsozialistischen Simulation abgeben und Fabrikgebäude in sich zusammenfallen, blüht die Bauwirtschaft höheren Orts. Kirchen und Kapellen schießen überall aus dem Boden, Kathedralen entstehen an neu gegründeten Bischofssitzen. Die diversen Religionsgemeinschaften überbieten einander an Bauvolumen. In Baia Mare beispielsweise, einer Bergwerkstadt im nordwestlichen Zipfel des Landes, entstehen gleich zwölf neue Gotteshäuser. Meist mit ausländischem Geld finanziert, eifern Katholiken, Reformierte, Unierte und Rumänisch-Orthodoxe um den höchsten Kirchturm. An der ehemaligen »Siegesallee des Kommunismus« im Zentrum der Stadt wird heute, sechs Jahre nach der Hinrichtung der *Teufelsinkarnation* Ceausescu am christlichen Weihnachtsfest, der Siegeszug der Religionen eindrucksvoll dokumentiert: Die Kathedrale des mit Rom unierten Gotteshirten steht kurz vor der Fertigstellung, einzig die oströmische Ikonostase fehlt noch; die zwei orthodoxen Gottesschiffe müssen als Rohbau überwintern. Prachtvoll und zahlreich auch die an anderen Plätzen errichteten protestantischen Gebetsstätten, die zwar wenig traditionelle Kundschaft, dafür aber ein betont westlich-marktwirtschaftliches Image aufweisen.

Gebaut wird auch für den privaten Bedarf. Vor allem das transsylvanische Dorf erlebt einen Boom. Neben vielen blau getünchten, geduckten rumänischen oder mit großen Fenstern versehenen ungarischen Häusern wachsen Ziegelberge mit schmalen Dachgiebeln aus dem Boden. Die unter Ceausescu rücksichtslos Proletarisierten kehren in ihre Dörfer zurück. Auf wenigen Quadratmetern errichten sie – in unmittelbarer Nähe ihrer im Ort verbliebenen Verwandten – kleine Häuschen für's Überleben in den kommenden Jahren des wirtschaftlichen Niedergangs. Zwei, drei Hektar Ackerland, im Jahre 1990 von der Regierung Petre Roman privatisiert, bilden die Grundlage dafür.

Einen Kontrast dazu bildet die Stadt: Außer dem seelischen Heil scheint hier alles vergessen zu sein. In den Industrieagglomerationen der einstigen Entwicklungsdiktatur, wo die 89er-Wende als wirtschaftliche Krise auf den unbrauchbar Gewordenen lastet und sich Arbeitslosigkeit mit verzweifelt anmutenden Versuchen kioskkapitalistischen Kleinhändlertums paart, herrscht klirrende soziale Kälte. Die winterlichen Temperaturen machen daraus menschliche Katastrophen.

Bukarest im Februar bietet dazu Anschauungsunterricht in Sachen Elendsforschung. Straßenkinder, die im Kanalsystem unter der Stadt übernachten, von der katholischen Caritas beobachtet, sind durch Fernsehbilder bereits in aller Welt bekannt. Wer sie tagsüber von den Gehwegen auf die Fahrbahn springen sieht, sich eng an die im Stau stehenden Busse drückend, um die Hände an den dunklen, rußigen Auspuffgasen zu wärmen, ahnt, wie die Zukunft des Landes sich an längst Vergangenem orientiert.

Rumänien ist nach Europa heimgekehrt, soviel stimmt an den Reminiszenzen der Wende-Apologeten. Die Rolle, die es darin einnimmt, gleicht jener in den 20er Jahren, als es die Funktion eines Rohstofflagers für westeuropäische Kapitalbedürfnisse innehatte, von wenigen Familien im Stile einer Kolonie verwaltet. Vier Fünftel der Bevölkerung waren damals des Lesens und Schreibens unkundig. In den Dörfern starben die Bauern an der Mangelkrankheit Pellagra, die die Haut gelb und die Magenwände löchrig macht. In der »parasitären Stadt« hingegen lebte eine dünne Schicht von mehrheitlich deutscher und ungarischer Provenienz, die sich Macht, Geld und Einfluß teilte. 40 Jahre Kommunismus haben die Angehörigen dieser Klasse im Schwarzmeerkanalbau vernichtet, aus ihren Domizilen vertrieben oder nach Deutschland bzw. Israel verkauft. Verdiente Funktionäre der Nachkriegsepoche sind nach 1989 angetreten, ihren Platz in der Kommunikation mit dem Westen einzunehmen, ohne allerdings bislang ihre Position erreichen zu können.

Die Europäisierung der Peripherie

»From bad to worse«, mit diesen Worten beschreibt der bekannte Bukarester Ökonom und Mitglied des vierköpfigen 89er-Revolutionsrates, Silviu Brucan, die Entwicklung Rumäniens von der stalinistischen Entwicklungsdiktatur im Rahmen des RGW zur marktwirtschaftlichen Peripherisierung im europäischen Kontext der Nachwendezeit. Voraussetzung für die selektive Integration und Nutzbarmachung rumänischer Industrie und Landwirtschaft in und für die nach Osten ausgreifende Europäische Union war die Auflösung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im Juni 1991, gleichzeitig offizieller Startschuß für die Anbiederung sämtlicher osteuropäischen Ökonomien an das westeuropäische Integrationsprojekt. Seit damals beschleunigt sich die Zerstörung binnenmarktorientierter rumänischer Wirtschaftskreisläufe sowie Industriekooperatio-nen mit osteuropäischen, arabischen und asiatischen Partnern. Eine völlige Umorientierung der nationalen Wirtschaftsstruktur ist die Folge. Produktionseinbrüche von 60 Prozent zwischen 1989 und

1992 sprechen eine deutliche Sprache: Die industrielle Leistungsfähigkeit des 23-Millionen-Landes liegt brach – sie vermag am Weltmarkt nicht zu konkurrieren. Das Sinken der Exportraten um 70 Prozent im selben Zeitraum zeigt den Zusammenbruch des 40jährigen, brachial durchgesetzten Aufbauprogrammes.

Zaghafte Steigerungsraten von jährlich 3 bis 4 Prozent bei der Industrieproduktion seit 1994 lassen zwar einzelne Kommentatoren von einer baldigen Überwindung der Krise sprechen, dem wirtschaftsstatistischen Zahlenmaterial – z.B. des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche mit seinem Rumänien-Experten Gabor Hunya – hält solch Zweckoptimismus freilich nicht stand. Innerhalb weniger Jahre kletterte die rumänische Außenschuld von Null – Ceausescu löste sich aus der Umklammerung der internationalen Gläubiger, indem er selbst die soziale Peitsche des IWF in die Hand nahm und sämtliche Kredite bis April 1989 zurückzahlte – auf 5 Milliarden US-Dollar. Im gleichen Zeitraum (1989 bis 1995) kamen magere 1,3 Milliarden US-Dollar als ausländische Investitionen ins Land. Der Schuldendienst, also die jährlichen Zinsrückzahlungen, verschlingt bereits wieder mehr als 10 Prozent aller Exporteinkünfte.

Ihre Zusammensetzung verdeutlicht die Rasanz der Anbindung Rumäniens als wirtschaftliches Randgebiet an die Europäische Union. Die Ausfuhr von Maschinen und elektrischen Ausrüstungen halbierte sich innerhalb von vier Jahren, desgleichen die Fahrzeugexporte, die noch 1988 15 Prozent der Gesamtausfuhr betrugen. Das Hüttenwesen ist mit Produktionseinbrüchen von 40 bis 50 Prozent konfrontiert. Steigerungsraten sind hingegen bei Fleisch- und Lebensmittelexporten sowie im Textilsektor zu beobachten. Der Orientierung auf die Ausfuhr von Konsumgütern anstelle von Investitionsgütern entspricht ein Wechsel der Handelspartner. Billige Leichtindustrieprodukte und landwirtschaftliche Rohstoffe finden ihren Absatz in Westeuropa, während früher der RGW und die arabische Welt Abnehmer von rumänischen Maschinen waren. Auch nach der Wende geht der Strukturwandel im Außenhandel weiter. Zwischen 1990 und 1994 erhöhte sich der prozentuelle Anteil des Westens am Import rumänischer Produkte um 12 Prozent, Exporte aus dem Westen nach Rumänien stiegen sprunghaft um 30 Prozent an. Ein Fünftel des Außenhandels wird mit Deutschland getätigt.

Der marktwirtschaftlichen Logik, wonach Rumänien nach der Wende die Position eines Billiglohn- und Rohstofflandes am Rande der EU einzunehmen hat, wurde und wird auch politisch nachgeholfen. Die wichtigsten Handelspartner Bukarests außerhalb des RGW sind gerade in der Transformationszeit mit US- bzw. UN-Wirtschaftsembargos belegt. Die international überwachten Embargos gegen Jugoslawien, den Irak und Libyen haben der rumänischen Wirtschaft nach Auskunft des Industrieministeriums mehr als 7 Milliarden US-Dollar Verluste beschert. Allein die Folgen der Einstellung der Donauschiffahrt beziffert der IWF mit einem Minus von 700 Millionen US-Dollar – was immerhin der Hälfte aller ins Land gekommenen Investitionen entspricht.

Der wirtschaftlichen Peripherisierung folgt die soziale. Die unter Ceausescu gesellschaftlich gedemütigten und ökonomisch ausgelaugten Massen erleben nach 1989 die Fortsetzung ihrer Verelendung. Laut einer Unicef-Studie galten 52 Prozent aller Rumän/inn/en 1993 als arm, 19 Prozent als extrem arm – das sind etwa 18 bzw. 10 Prozent mehr als 1989, dem Jahr der Erhebung, dem immerhin die völlige soziale Auspressung durch Ceausescus Entschuldungspolitik vorausgegangen war. Eine Studie des WIIW hat errechnet, daß der durchschnittliche rumänische Verbraucher in den ersten hoffnungsvollen Jahren der Marktwirtschaft weniger zu essen hatte als unter dem grausamen Diktator. Fleisch-, Gemüse- und Zukkerverbrauch sanken teilweise beträchtlich, einzig der Verzehr von Kartoffeln nahm zu. Ein rapides Sinken der Reallöhne ist die Folge der Ablösung des kommunistischen durch den marktwirtschaftlichen Mangel. Um jährlich 10 bis 17 Prozent sank der durchschnittliche Lohn zwischen 1991 und 1994. Inflationsraten von 200 bis 300 Prozent taten ein übriges, enteigneten jene, die nichts besaßen als ein Sparbuch und ihrer Hände Arbeitskraft.

Privatisierung und Bingo

Erst Mitte 1995 entschloß sich die Regierung Vacaroiu zur Massenprivatisierung. Jeder Staatsbürger erhielt die Möglichkeit, für billiges Geld ein Kuponheft zu erwerben, das es möglich macht, später mal in Aktien von – großteils wertlosen – Betrieben zu investieren. Fünf staatlich kontrollierte Investitionsfonds regieren den Kuponmarkt, ausländische Banken suchen für spezielle Kunden die wenigen Filetstücke aus den maroden Staatsfabriken heraus. Die mit üblicher ideologischer Begleitmusik betriebene große Privatisierung, bei der Töne wie »Herstellung einer Mittelklasse« oder »Volkskapitalismus« zu vernehmen sind, wird von der Mehrheit der Rumän/inn/en als Glücksspiel verstanden. Es ist allerdings weniger beliebt als das Kulturzentren und Hotelhallen füllende »Bingo«. Überall in den Städten, von Oradea bis Constanta, werden alte Kommunikationsräume in Bingo-Glücksspielstätten umgewidmet. Dort sitzen dann 100 bis 300 mehrheitlich junge Männer und Frauen bei einem Gläschen Bier, mit Kugelschreibern bewaffnet, und verfolgen gebannt die Leuchttafel hinter dem Zigarettendunst: 17, 34, 3 ... die richtige Zahlenfolge kann einem das kleine finanzielle Glück bringen; und das ist allemal wahrscheinlicher, als gewinnbringende Aktien bei der Privatisierung zu ergattern oder gar einen lukrativen Job zu finden.

Die landesweit ermittelte Arbeitslosenrate von 11 Prozent täuscht. Denn Jugendliche, die nie eine Beschäftigung hatten, bleiben unregistriert. Desgleichen fallen alle aus der Statistik, die sich zur Selbstversorgung auf den Acker zurückziehen.

Das ist zumindest in Transsylvanien eine Massenbewegung. Auf zwei, drei Hektar wird für das Überleben gerackert. »In meiner Fabrik, wo ich früher gearbeitet habe«, erklärt ein Neubauer nahe Tirgu Mures, »gibt es nichts mehr zu tun. Also hab ich mir eine Kuh gekauft und beackere nun die Felder meiner Vorfahren. Wir haben ausreichend zu essen, ein jeder junger Bauer bekommt eine Frau. Was will man mehr vom Leben?«

Die Abkoppelung vom Markt geht ebenso rapide vor sich wie die Proletarisierung unter Ceaucescu. 10 Prozent ihrer Produkte, so schätzen die Bauern hier, gehen für Geld in den Tausch. Auf dem Markt in Tirgu Mures werden hauptsächlich Eier und Milch angeboten. Alles übrige verbrauchen die Landfamilien selbst. Sogar das Leinen wird eigenhändig aus dem Flachs geschlagen, museal anmutende Hölzer sind für das Brecheln im Einsatz. Und seit 1991 backen die Frauen wieder eigenes Brot. Preiserhöhungen für Mehl haben diesen Schritt in Richtung Selbstversorgung ausgelöst. Die neue Zeit besinnt sich uralter Traditionen. Ein rumänischer Bauer im Karpatenbogen gesteht, daß er den Kontakt zur städtischen Geldwirtschaft fast völlig verloren hat. »Was ich brauche, habe ich – solange Gott mit uns ist.« Von den monströsen Kirchenbauten in der Stadt hat er schon gehört. Klar, im Frühjahr wird er seinen Ackergaul vor den Leiterwagen spannen und zur Messe fahren.

Hannes Hofbauer ist Autor und Verleger. Er lebt in Wien

Konkret 03/96, S. 36

Gaby Hommel

Flüchtlinge im Brennpunkt

Früher waren es Juden, Roma und Sinti, die in Flammen aufgingen. Heute werden Asylsuchende und Arbeitsimmigranten verheizt. Damals hat es angeblich niemand gewußt. Zur Zeit heißt die Devise: »Die Opfer sind die Täter«

»Warum im Augenblick der Trauer nicht beten, es möge kein Verbrechen gegeben haben?« Die Frage, gestellt von Wolf von Lojewski im »Heute-Journal« am Tag nach dem mörderischen Feuer in Lübeck, ist beispielhaft. Sie reiht sich ein in eine Kette vergleichbarer Äußerungen, mit denen nach Bekanntwerden des Brandes und seiner Folgen der allgemeinen Hoffnung im Land zum Ausdruck verholfen wurde, der Tod von weiteren zehn Ausländerinnen und Ausländern in den Flammen eines Hauses möge »nur« die Folge eines tragischen Unglücksfalls sein. Im höchsten Maße bedauerlich natürlich und ein Schicksalsschlag für die Hinterbliebenen; nichtsdestotrotz aber leichter zu verdauen als der – wie »Focus« schreibt – »quälende Verdacht«, es könne sich um einen neuerlichen Anschlag gehandelt haben. Verübt aus rassistischen Motiven und einzureihen in eine Serie vergleichbarer Taten, mit denen das vereinte Deutschland, kaum daß die Mauer gefallen und der alte Traum von der Großmacht neue Gestalt anzunehmen begann, in den Ruf der Weltpresse geraten war, seine NS-Vergangenheit aufleben zu lassen.

Welche Schritte auf diesem Weg bereits getan sind, spiegeln die Vorgänge in Hoyerswerda, Hünxe, Mölln, Rostock, Solingen wider; die täglich mehr als 20 und – wenn überhaupt – nur noch in Form von Kurzmeldungen mitgeteilten Überfälle auf Ausländerinnen und Ausländer, jüdische Einrichtungen, Schwule, Obdachlose und Andersdenkende. In erster Linie jedoch ist es die verlogene Rezeption rassistischer, antisemitischer und rechtsextremistischer Angriffe in der deutschen Gesellschaft, die das Gruseln lehrt. Wie durchsichtig und unverhohlen zweckgerichtet sie sich darstellt, ist bekannt: Mal sind es »besoffene Chaoten«, die unter Kontrolle einer angeblich ohnmächtigen Ordnungsmacht Asylunterkünfte belagern und schließlich anstecken. Mal kommen Einzeltäter daher, die ihre schwere Kindheit im Verbrennen von türkischen Frauen und Mädchen zu sublimieren suchen. Böse Skinheads werfen Schwarze aus fahrenden Straßen- und U-Bahnen oder verbrennen schlafende Penner. Randalierende Jugendliche schlagen Diskotheken und besetzte Häuser zu Klump. Besoffene Familienväter veranstalten Hetzjagden auf ausländische Passanten. Ein paar Verrückte hissen Reichskriegsflaggen auf historischen Plätzen. Einige »schwarze Schafe« in den Reihen der Polizei veranstalten Scheinhinrichtungen von Schwarzen oder zwingen Vietnamesen zu sexuellen Handlungen. Die »Ewig-Gestrigen« können das Schänden von jüdischen Friedhöfen, Synagogen und KZ-Gedenkstätten nicht lassen. Neonazis stechen Punks aus reiner Notwehr ab. Und daß nervöse Grenzbeamte oder stolpernde Schutzmänner auch mal einen Rumänen oder jungen Kurden erschießen, liegt gewissermaßen in der Natur der Sache.

Nicht minder planvoll stellt sich die vom Kabinettssessel bis zum Stammtisch in Szene gesetzte Scheinabwehr speziell der rassistischen Gewalttaten in Deutschland dar. Lange Zeit als willkommene Reaktion auf eine herbeigeredete »Ausländerflut« gefördert und benutzt, setzte ihre öffentlichkeitswirksame Verurteilung nicht zufällig erst dann ein, als mit den Morden in Mölln und Solingen die Grenze des Opportunen erreicht war. Professionell organisierte Lichterketten, gesponsert von Politik und Wirtschaft, mußten herhalten, um den Besen zurück in die Ecke zu schicken und der im gesamten Ausland neu aufflackernden Angst vor dem deutschen Ungeist zu begegnen. Die wehrhafte Demokratie tat ein Übriges und packte das vermeintliche Übel bei der Wurzel. Zum einen in Form des »Asylkompromisses«, der neben einer Fülle von Verschärfungen in der begleitenden Gesetzgebung zur faktischen Streichung des Asylrechts aus der bundesrepublikanischen Verfassung führte. Zum anderen mit Hilfe einer Reihe von Verbotsverfügungen gegen ausgewählte neonazistische Organisationen sowie der nicht minder publicity-trächtigen Veranstaltung von Schauprozessen, in denen einzelne Angeklagte – schuldig oder nicht – die Überlegenheit der geistigen Brandstifter zu spüren bekamen. Das gewünschte Ergebnis ist den Erfolgsmeldungen des Bonner Innenministeriums zu entnehmen, wonach mit der offiziell gesunkenen Zahl der Asylbewerber zwischen 1993 und heute um rund zwei Drittel auch die Statistik der gemeldeten (!) »Straftaten mit ausländerfeindlichem Hintergrund« eine ständig sinkende Tendenz aufweist.

Kein Wunder also, daß mit vereinten Kräften gebetet und gehofft wurde, die als bereinigt ausgegebene Situation könne selbst durch die Ereignisse in Lübeck nicht in Frage gestellt werden. Erklärlich auch der Hinweis des Bundespräsidenten, der Kragen würde ihm nur dann platzen, wenn die Ermittlungen ergeben sollten, daß der Brand aus rassistischen Beweggründen gelegt wurde. Von einschlägiger Erfahrung geprägt die Mahnung der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, keine »unverantwortlichen Unterstellungen« zu produzieren, mit denen eine neuerliche Welle der Gewalt ausgelöst werden könne. In jedem Fall hilfreich die im »Spiegel« zitierte Einlassung eines Frankfurter Brandexperten, wonach – »wenn Menschen fremd sind in diesem Land und niemand haben, der ihnen die Gebräuche erklärt« – es immer wieder vorkomme, daß »im Wohnzimmer ein Grillfeuer brennt«. Ähnlich sachdienlich die Mitteilung von NRWs neuem Innenminister Kniola, Asylbewerber hätten eine lebensbedrohliche Vorliebe für das unsachgemäße Heizen mit Kochplatten. Angemessen die bescheidenen und in Sprachlosigkeit verharrenden Demonstrationen deutscher Trauergäste, begleitet von spannungsfördernden Spekulationen nicht nur in den Medien: Unglück oder Anschlag? Und dann, endlich, darf das Land,

allen voran die Lübecker Bevölkerung, befreit aufatmen. Ein junger Libanese, wohnhaft in dem niedergebrannten Haus und zum Glück weniger stark verletzt als andere Mitglieder seiner Familie, wird der vorsätzlichen Brandstiftung bezichtigt. Womit nicht nur die Sorge vom Tisch ist, nach den beiden Anschlägen auf die Synagoge hätten rechtsextreme Kräfte in Lübeck oder Umgebung zum dritten Mal unnötige Tatkraft unter Beweis gestellt, sondern auch die peinliche Diskussion um die Brandmarkung von Flüchtlingen durch ihre isolierte Unterbringung in abbruchreifen Gebäuden. Eine bessere Version – da muß man der Wahrheit die Ehre geben – hätte sich niemand ausdenken können.

Die »Taz« entschuldigt sich, daß sie nicht gleich darauf gekommen ist und verspricht, sich in Zukunft vom »Mythos des ›guten Ausländers‹« zu verabschieden, »der einfach unfähig sei, eine Tat zu begehen, die in der Dramaturgie vieler Linker ausschließlich für Neofaschisten reserviert ist«. Weniger um ihre Akzeptanz kämpfende Blätter schaffen es immerhin noch, die verspätete Wiedergabe einer angeblichen Äußerung des seine Unschuld beteuernden Verdächtigen als einziges Indiz für 10fachen Mord, 18fachen Mordversuch sowie Körperverletzung in drei Dutzend Fällen zu hinterfragen. Zumal – und dies ist vorderhand auch das Problem der Behörden – ein Motiv nicht ersichtlich ist. Streitereien unter den Opfern bieten sich zwar immer an und werden von der ermittelnden Staatsanwaltschaft auch prompt aus dem Hut gezaubert. Allein der Nachweis fällt schwer, solange die Flüchtlinge, Hausbetreuer sowie sonstige Zeugen und Zeuginnen bei ihren übereinstimmenden Aussagen bleiben, einen entsprechenden Konflikt habe es nicht gegeben. Also wird zunächst einmal eine Nachrichtensperre verhängt, getreu dem Motto: »Kommt Zeit, kommt Rat.« Und dann gibt es schließlich noch die findigen Reporter des »Stern«, die bereits nach der Abschiebung der hungerstreikenden Sudanesen vom Frankfurter Flughafen kein fingiertes Interview scheuten, um leicht zu verkaufende Geschichten unter das Volk zu bringen. Damals war es die Falschdarstellung politisch Verfolgter als angebliche »Scheinasylanten«. Heute ist es die absurde Behauptung, ein im Fernsehen gesendetes Eifersuchtsdrama habe den unter »enttäuschter Liebe« leidenden Libanesen zum Brandstifter gemacht.

»Kommentar überflüssig«, ließe sich meinen, gäbe es neben der Phantasie der Regenbogenpresse nicht einen entsprechenden Erfindungsreichtum bundesdeutscher Ermittlungsbehörden – vereint mit vorschnellen Darstellungen selbst als »seriös« geltender Medien – immer dann, wenn brennende Flüchtlingsunterkünfte oder sonstige von Ausländerinnen und Ausländern genutzte Gebäude im Spiel sind. Der Brand eines Hauses in Hattingen eine Woche nach der Ermordung fünf türkischer Mädchen bzw. Frauen im benachbarten Solingen ist ein Beispiel unter vielen. An acht Stellen wurde nachweislich Feuer gelegt. Da mußte ein Unglücksfall von vornherein ausgeschlossen werden. Zu denken gab auch, daß ein Nachbar drei Männer vom Ort des Geschehens weglaufen sah, darunter »ein Milchbubi-Gesicht« mit einem auffallenden »Haarhörnchen« in der Stirn und am Hinterkopf ausrasierten Ecken. Die genaue Personenbeschreibung führte zum Hinweis auf den regelmäßigen Gast einer Kneipe, die als Treffpunkt der »Republikaner« bekannt ist. Die Ermittler befragten den Wirt, der erwartungsgemäß beteuerte, niemanden mit dem fraglichen Aussehen zu kennen, sich ansonsten aber ungeniert als REP-Mitglied zu erkennen gab und zu weiteren Auskünften an seinen Kreisvorsitzenden verwies. Dieser brauchte dann nur noch telefonisch zu erklären, er könne leider nicht weiterhelfen, und schon waren die eifrigen Fahnder zufriedengestellt. Mit einem zweiten Tip aus der Bevölkerung, der zur Vernehmung von drei jungen Männern führte, wurde ähnlich konsequent verfahren. Hier reichte allein die Behauptung der Betreffenden, sie seien in der Brandnacht besoffen und nicht in der Nähe des Geschehens gewesen, um die Spur aufzugeben, obwohl doch einer der Verhörten sich just am Morgen nach der Tat die Haare hatte schneiden lassen, und ohne auch nur die naheliegende Frage zu stellen, wie dessen Frisur vorher aussah. Statt dessen gab die leitende Staatsanwaltschaft nach nur einer Woche bekannt, »umfangreiche Ermittlungen« hätten ergeben, daß für die Brandlegung ausschließlich eine türkische Bewohnerin in Frage komme, die sich bei Ausbruch des Feuers allein mit ihren Kindern im Haus aufhielt. Als mögliches Motiv wurde zunächst Versicherungsbetrug ins Spiel gebracht, später – nachdem sich herausgestellt hatte, daß entsprechende Verträge überhaupt nicht existierten und andere handfeste Gründe nicht zu konstruieren waren – eine seelische Störung der Frau erfunden. Vor die Wahl gestellt, sich entweder der Zwangspsychiatrisierung oder einer Anklage wegen schwerer Brandstiftung zu unterziehen, entschied sich Frau Ünver, die zur Zeit in Essen vor Gericht steht, für den Versuch, ihre Unschuld zu beweisen. Mit welchem Ergebnis für sie und ihre Familie, die sich nach einer Serie hetzerischer Presseartikel genötigt sah, in eine andere Stadt zu ziehen, bleibt abzuwarten. Polizei und Staatsanwaltschaft, die Verantwortlichen der Stadt Hattingen und ihr »Verein zur Förderung der Ausländerarbeit« können sich in jedem Fall auf die Schulter klopfen. Denn hängengeblieben ist im öffentlichen Bewußtsein und wird unabhängig vom Prozeßausgang reproduziert werden, was sie in gemeinsamer Anstrengung evoziert haben: Die Opfer sind schuldig.

Vergleichbare Erfolge können sich die Ermittlungsbehörden und ihre Helfershelfer im oberpfälzischen Erbsendorf ans Revers heften. »Opfer und Täter sind eine Person«, titelte die dortige Presse, nachdem am 30. Juni 1993 die Wohnung einer türkischen Familie ausgebrannt war. Neun Monate später wurde der angebliche Brandstifter, dem – man ahnt es schon – Versicherungsbetrug und zur Abwechslung auch Spielschulden unterstellt worden waren, freigesprochen. Abgesehen von der Tatsache, daß Splitter einer Fensterscheibe auf dem Weg zur kriminaltechnischen Untersuchung vertauscht und zusätzlich falsch beschriftet worden waren, ergab der Prozeßverlauf deutliche Hinweise auf einen gezielten Anschlag. Trotzdem wurden bis heute keine Ermittlungen nach »Fremdtätern« angestellt, da dies nach Ansicht des leitenden

Oberstaatsanwalts »vergeudete Zeit und verschwendetes Geld« bedeuten würde. Für den zu Unrecht beschuldigten Mehmet Güdük, der nach seiner Verhaftung den Job verlor und dessen Familie vor den Anfeindungen des Dorfes in eine andere Gegend floh, ein Grund mehr, nicht mehr nach Erbsendorf zurückzukehren.

In Herford, wo im Oktober 1994 bei einem offensichtlichen Brandanschlag auf einen Container eine 23jährige Asylbewerberin und ihr 11jähriger Bruder ums Leben kamen, wurde ein junger Türke der Tat bezichtigt. Wieder einmal sah die deutsche Öffentlichkeit ihr Urteil bestätigt, wonach sich »die Ausländer« vorzugsweise selbst verbrennen. Zwei Wochen später setzten die Behörden ihren Sündenbock klammheimlich wieder auf freien Fuß, behaupten jedoch bis heute, daß der mutmaßliche Brandstifter dem – so wörtlich – »Sumpf« aus dem Umkreis der Opfer und ihrer Mitbewohner entstamme. Ein rassistisches Attentat wird kategorisch ausgeschlossen, zumal »Zeichen aus der rechten Szene« ausgeblieben und die »zehn Rechtsextremisten in Herford alle bekannt« seien. Entsprechendes kann das Bochumer K14, unter dessen Augen reichlich Alt- und Neonazis ihr Unwesen treiben, nicht ins Feld führen. Trotzdem behauptete ein dortiger Polizeisprecher nur neun Stunden, nachdem am 22. Juni 1994 ein Junge im Schwelbrand eines mehrheitlich von Libanesen bewohnten Hauses erstickt war, ein fremdenfeindlicher Anschlag könne ausgeschlossen werden. Gerüchte und Zeitungsmeldungen, in denen von fahrlässiger Brandstiftung durch die Bewohner selbst gesprochen wurde, unterstützten die Darstellung der Behörden. Nach vier Monaten schliefen die Ermittlungen ein, so daß heute auch dieser Fall unter angeblichem Selbstverschulden der Betroffenen firmiert.

Weitere »Brandkatastrophen«, deren Ursache ohne Zögern und bar jeder Beweise dem unsachgemäßen Gebrauch von Zigaretten, Kochplatten oder sonstiger Alltagsgegenstände durch Flüchtlinge zugeschrieben werden, gibt es in ungezählter Menge. Als jüngstes Beispiel mit mehrfacher Todesfolge – und wen interessieren schon die anderen? – ist das Feuer in einem Herforder Flüchtlingsheim zu nennen, bei dem Heiligabend letzten Jahres drei Kinder qualvoll starben. Unverzüglich angelastet wurde es einem Bosnier, der – so die einzige Erklärung der Dortmunder Staatsanwaltschaft – »nach gewissen Zeugenaussagen drumherum« über seiner Kippe eingeschlafen sein soll. Nicht minder abenteuerlich ist die offizielle Darstellung, wonach der Brand in einer Asylunterkunft in Gieboldehausen vom Todesopfer selbst ausgelöst wurde. Zumal in der gleichen Nacht im nahegelegenen Göttingen eine 20jährige Türkin in den Flammen ihrer Wohnung starb und beide Ereignisse auf den 105. Geburtstag Adolf Hitlers fielen.

»20 fremdenfeindliche Tötungsdelikte«, so erklärt die PDS-Bundestagsgruppe aufgrund eigener und der Recherchen des »Archivs für Sozialpolitik« in Frankfurt/Main, seien von den zuständigen Behörden allein im Jahr 1994 unterschlagen worden. Die Zahl kann stimmen oder nicht; zu hoch gegriffen ist sie auf keinen Fall. Denn neben den bereits genannten Vorfällen im fraglichen Zeitraum geschah am 17. März 1994 ein weiterer Anschlag in Stuttgart. Sieben ausländischen Männern, Frauen und Kindern brachte er den Tod. Die Ermittlungsbehörden verkauften ihn als »normale kriminelle Straftat«. Presse, Funk und Fernsehen berichteten am Rande darüber. Ein Jahr später gestand ein 25jähriger Deutscher, das Feuer aus Haß gegen Ausländer gelegt zu haben. Seine Erklärung erfolgte zufällig. Ihr Verschweigen in der Öffentlichkeit hat System.

Gaby Hommel schrieb in KONKRET 9/94 über die deutsche Abschiebepraxis

Konkret 03/96, S. 38

Oliver Tolmein

»Normale Ablehnung«

Wie eine Studie der Polizeiführungsakademie und ein amnesty-Bericht über Mißhandlungen von Ausländern durch deutsche Polizisten sich ergänzen, indem sie sich widersprechen

Der 5. Februar begann schlecht für die Freundinnen und Freunde der deutschen Polizei. »amnesty international veröffentlicht neue Mißhandlungsvorwürfe«, teilte der Nachrichtensprecher des NDR mit. Und der einzige schwache Trost für die Hamburger Hörerinnen und Hörer war, daß die Beamten der Freien und Hansestadt, gegen die bereits mehrere Dutzend Ermittlungsverfahren laufen, in der neuen Fallsammlung der Menschenrechtsorganisation nicht schon wieder vertreten waren. Aber man soll über den Tag nicht vor dem Abend klagen. Gegen Mittag änderte sich die Nachrichtenlage an diesem 5. Februar nämlich: Hamburgs Innensenator Hartmut Wrocklage (SPD), derzeit Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren, war an die Öffentlichkeit getreten und hatte eine Studie der Polizeiführungsakademie vorgestellt. Als deren Ergebnis vermeldeten die Nachrichtenagenturen: »In der Untersuchung der Universitäten Trier und Münster heißt es, Streß und schlechte Erfahrungen von Polizisten mit ausländischen Tatverdächtigen seien die Hauptursachen für Übergriffe von Polizisten gegen Ausländer.« Selber schuld also, die Mißhandelten, und so konnte dieser Tag versöhnlich und mit verständnisinnigen Sentenzen enden: »Ein Polizist ist auch nur ein Mensch – ein Ausländer aber ebenso« (»FAZ«). »Die Studie bietet keinen Anlaß für Entwarnung, aber auch keinen Anlaß für pauschale Vorwürfe« (Wrocklage).

Tatsächlich bietet die in mehrmonatiger Arbeit von Psychologen und Sozialwissenschaftlern erstellte Studie für die Fragestellung, wie verbreitet rassistische Einstellungen in der Polizei sind und woher sie kommen könnten, fast nichts. »Ziel war es nicht, quantitative Aussagen über die Verbreitung von ausländerfeindlichen Einstellungen, Übergriffen und Straftaten innerhalb der Polizei zu treffen. Dazu wäre eine aufwendige Dunkelfeldforschung notwendig gewesen, für die die Mittel nicht bereitstanden«, schränken die Wissenschaftler schon im Vorwort ihrer Arbeit deren Aussagekraft ein. Verständlich: Warum sollten die Innenminister viel Geld ausgeben, um das Image der Polizei zu verschlechtern, wo es sich doch mit wenig Geld verbessern läßt ... Also sollten diesmal nur »Alltagserfahrungen der unmittelbar betroffenen Polizeibeamtinnen und -beamten« gesammelt werden. Ein Stück »oral history« mithin, Betroffenenarbeit im Stil der frühen achtziger Jahre, und so verwundert es nicht, daß schon der Titel des 150 Seiten starken Werkes mit Identitätsrhetorik und Ökokatastrophen-Vokabular protzt: »Belastungen und Gefährdungen von Polizeibeamtinnen und -beamten im alltäglichen Umgang mit Fremden«. Über den »alltäglichen Umgang« steht in der Studie zwar nichts, dafür gibt sie aber wortreich die ganz gewöhnlichen Wahnvorstellungen der Beamten wieder, die überzeugt sind, in einem Land Dienst zu tun, wo Asylbewerber in »unverständlichem Luxus leben«, ausländische gegenüber deutschen Straftätern »bevorzugt« werden und die Presse konsequent »Ausländerkriminalität leugnet«.

Auch wer hierzulande fremd ist und darum belastend wirkt, scheint den Forscherinnen und Forschern nur insofern klar gewesen zu sein, als daß sie auf gar keinen Fall den Begriff »Rassismus« verwenden wollten. Ein knappes, zwischen volkstümelnd und sozialnational unentschiedenes »Personen, die nicht dem eigenen Volk oder der eigenen Nation angehören« reicht ihnen schließlich als Definition für das polizeiliche Gegenüber aus, bevor die Fragestellung dann ins geschwätzig Bedenkenlose gewendet wird: »Wie läßt sich die intolerante Haltung von Polizeibeamten (die Beamtinnen sind, scheint`s, verschwunden, O.T.) erfassen, die ja noch einmal abgegrenzt werden muß gegen vermutlich gegebene, moderat ethnozentristische Einstellungen, gegen normale Ablehnung von Andersartigkeit und gegen pragmatisch vertretbare Forderungen nach Anpassung?«

Leider erfahren wir neugierig gewordenen Leserinnen und Leser nun aber nicht, ab welcher Schattierung dunklere Hautfarbe »Andersartigkeit« signalisiert, noch wie handgreiflich sich Ablehnung äußern darf, bevor sie das Prädikat »normal« verliert. Kein Wort auch darüber, bis wohin die Forderung nach Gleichschaltung mit deutschen Sitten und Volksgewohnheiten als »pragmatisch vertretbar« gilt oder was wir unter »moderat ethnozentristisch« in diesem Zusammenhang zu verstehen haben – wahrscheinlich charakterisiert der Begriff sowieso nur die Einstellung der Forschungsgruppe selber, die auf den folgenden Seiten vor allem ein besonderes Einfühlungsvermögen in das Dilemma des »PB« unter Beweis stellt: »Besondere Gefährdungen (für den PB) können auch durch inadäquate Kognitionen entstehen. Allein schon eine für sich gemachte Aussage wie ›Immer die Schwarzfüße‹ kann aggressionsanbahnend wirken...« Denn die »Schwarzfüße« schrecken nicht davor zurück, den Beamten, der sie so tituliert, auch noch als Nazi zu bezeichnen: Was soll er da anderes tun als zuschlagen? »Die deutsche Geschichte lastet auf den Beamten. Sie sehen sich einerseits in Kontakten mit Ausländern häufig dem Nazi-Vorwurf ausgesetzt, andererseits müssen sie immer wieder erkennen, daß Ausländer vermeintlich günstiger wegkommen als die Deutschen. Die Ausländer nutzen die deutsche Geschichte, ›um Oberwasser zu bekommen‹.« Und den deutschen Polizisten bleibt in diesem Sinnbild mal wieder nur die schlechtbezahlte Rolle des Flußschlamms. Eine Ungerechtigkeit, die noch dadurch verschärft wird, daß die Ausländer Unterstützung aus der Bevölkerung erhalten: »Starke Verunsicherung erleben Beamte vor allem in Berlin, wo Bürgerinitiativen mit gezielten

Beratungen für eine hohe Zahl von DO-Verfahren gesorgt haben. Selbst wenn diese Verfahren nach längerer Zeit niedergeschlagen werden, hinterlassen sie Gefühle der Benachteiligung und der Verbitterung.«

So oder ähnlich müssen es auch die Kölner Staatsanwälte gesehen haben, die sich engagiert dafür einsetzten, eine Anzeige wegen körperlicher Mißhandlung gegen mehrere Polizeibeamte schnell aus der Welt zu schaffen, um Bitterkeit gar nicht erst aufkommen zu lassen: Muhammed A., ein aus dem Kosovo stammender Roma, hatte, nachdem er festgenommen worden war, weil er keinen Ausweis vorzeigen konnte, einen Vorderzahn weniger sowie Prellungen an der Halswirbelsäule, Schnittwunden und ein Kiefergelenktrauma. Aber weder die medizinischen Gutachten noch die Aussagen seiner Freundin und eines Theologiestudenten, die die Mißhandlungen mitansahen, hatten nach Meinung der Kölner Justiz ausreichenden Beweiswert, um Anklage erheben zu können. Allein: Die tapfere, zügige Arbeit der Staatsanwälte, ihr Bemühen, das »angespannte Verhältnis zur Justiz« zu entspannen, ist jetzt durch amnesty international zunichte gemacht worden. Ohne Rücksicht auf die Gefühle der gefährdeten Beamten hat die Menschenrechtsorganisation in ihrem Folgebericht zu der im Mai 1995 veröffentlichten Zusammenstellung »Polizeiliche Mißhandlungen in der Bundesrepublik Deutschland« unter anderem festgestellt, die Untersuchung der Kölner Staatsanwaltschaft sei nicht mit der durch die entsprechende UN-Konvention gebotenen Unparteilichkeit durchgeführt worden. Allerdings – die Überlegung drängt sich nach Lektüre des auf Englisch veröffentlichten neuen Reports über »The alleged ill-treatment of foreigners« und der deutschen Studie der Polizeiführungsakademie Münster auf – gehören die aus London eingereisten amnesty-Ermittler wohl auch zu den »problematischen Ausländergruppen«, die hier »versuchen, ihre eigenen Fairneß-Vorstellungen durchzusetzen. Manche erwarten auch Prügel.«

Die in »Metaplan-Technik« und »Kleingruppenarbeit« entwickelten Ergebnisse der Workshops lassen uns dagegen mit der beruhigenden Gewißheit zurück, daß sich die deutschen Polizisten, so verunsichert sie auch sein mögen, so übermächtig der international organisierte Feind auch scheint, nicht irre machen lassen werden. Zwar ist ihr »Selbstwertgefühl erheblich angeschlagen«, sie haben »traumatische Erfahrungen« erlitten, fühlen sich auch »systematisch verleumdet«, als »Sündenböcke behandelt« und »von der Umwelt unhöflich aufgenommen« – aber sie wissen wenigstens: Sie haben recht.

Im übrigen haben die Beamten selber, der Studie »Fremde und Polizei« zufolge, weitaus wirksamere Ideen, wie ihre Belastungen und Gefährdungen abzubauen wären: »Verärgerung herrscht darüber, daß der Zuzug nicht schärfer kontrolliert wird, zum zweiten, daß Asylbewerber nicht rascher abgeschoben werden.« Denn nur ein ausgewiesener Ausländer ist kein bedrohlicher Fremder mehr.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 2/96 über eine »Stern«-Schnuppe

Konkret 03/96, S. 39

Carsten Otte

In diesem Sinne
Heute unbelastet

Alle Versuche, die beweisen sollen, daß die Deutschen keineswegs von kollektiven Zwangsvorstellungen besessen sind, bezeugen zumeist nur deren Existenz. Etwa alle drei Jahre wird uns eine entsprechende repräsentative Umfrage beschert, und dieses Mal oblag es der Zeitung »Die Woche« herauszufinden, ob die Deutschen »sich einen Juden als Bundeskanzler vorstellen könnten«.

Die Frage ist mißverständlich formuliert. Denn mit »Nein« kann sowohl derjenige antworten, der partout nicht will, daß ein Jude Bundeskanzler werde, wie auch derjenige, der weiß, daß die Deutschen niemals einen Juden zum Bundeskanzler wählen würden. Freilich sollte man nicht davon ausgehen, daß auch nur 1 Prozent der Befragten der Meinung sind, die Deutschen seien antisemitisch. Weil also 43 Prozent der Befragten bei der diesjährigen Umfrage der »Woche« die Schlüsselfrage mit »Nein« beantwortet haben, dürfte der Bevölkerungsanteil der Antisemiten real bei wenigstens 42 Prozent liegen.

Dem Rest zu bescheinigen, er habe sich von diesem Wahn befreit, ist leider nicht möglich. Denn 69 Prozent der Befragten sind immerhin der Meinung, daß Deutschland keine »besonderen Pflichten gegenüber Israel« habe, nur 22 Prozent sprechen sich für eine »politische, kulturelle oder finanzielle Förderung der Juden in Deutschland« aus. Auf die Frage, wie sie den Juden an und für sich einschätzen, antworteten 63 Prozent mit dem Prädikat »geschäftstüchtig«. Interessant, daß die »Woche« bei solcher Faktenlage dennoch titelt: »Für die meisten Deutschen ist das Verhältnis zu den Juden heute unbelastet.«

Die Wahrheit solcher Formulierungen liegt darin, daß die deutschen Verhältnisse es tatsächlich nicht zulassen, die nur durch sie möglich gewordene Judenvernichtung im nachhinein als Belastung zu empfinden. Belastend wäre es wohl eher, wenn der Kanzler einmal nicht ein dicker Arier wäre. Eine solche Wahl aber hätte zur Voraussetzung, daß die Deutschen verlernt hätten, zwischen Ariern und Nichtariern zu unterscheiden. Daß dem nicht so wird, daran arbeitet auch die »Woche«.

Konkret 03/96, S. 39

Michael Schilling

In diesem Sinne
Deutschland in den Grenzen von 2037

Wenn Kinkel sagt: »Ich möchte gern, daß wir im Verhältnis zur Tschechischen Republik auf die gleiche Stufe kommen wie mit anderen westlichen Nachbarn«, meint er dann, daß die tschechische Ostgrenze irgendwann Deutschlands Westgrenze bilden wird? Man weiß es nicht. Was aber die Ansprüche der sogenannten Sudetendeutschen auf tschechisches Vermögen angeht, könnten die Bundesregierung und er als Außenminister »aus rechtlichen Gründen einen solchen Schlußstrich nicht ziehen«. Er habe »die Verpflichtung, das Unrecht an den Sudetendeutschen mit in die gemeinsame Erklärung zu bringen« und brauche von den Tschechen »ein klares Wort der Distanzierung von der kollektiven Schuldzuweisung, eine moralische Distanzierung von der mehr als fragwürdigen Amnestieregelung und den Benes-Dekreten zur Enteignungsproblematik«.

Wovon ist die Rede? 1938 haben die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen mit 91,44 Prozent die Nazi-Partei des Adolf Henlein gewählt und damit die Voraussetzung für die Besetzung, Ausplünderung und Arisierung des »Reichsprotektorats Böhmen und Mähren« geschaffen, an denen die Henleindeutschen nach Kräften mitwirkten. 1945 haben die Tschechen unter ihrer bürgerlichen Regierung Benes das Pack aus dem Land geschafft.

Jetzt sollen die Tschechen sich dafür entschuldigen. Wie es weitergeht, lehrt die Erfahrung mit dem Einigungsvertrag: Auch die Sudeten werden »ihr« Land wieder in Besitz nehmen, Selbstbestimmung reklamieren und, unterm Patronat des bayerischen Ministerpräsidenten, der zugleich »Schutzherr der Sudetendeutschen« ist, eine »Euroregion« bilden, nach dem Muster jener »Euroregion Tirol«, die auf Betreiben der »Südtiroler« aus den italienischen Provinzen Trentino und Bolzano und dem österreichischen Bundesland Tirol gebildet werden soll. Königsberg und Danzig werden Freihandelszonen mit deutscher Währung. Joachim Siegerist, ein baltendeutscher Henlein, regiert in Lettland schon mit. Die »Rußland-Deutschen«, »Donau-Schwaben«, »Siebenbürger Sachsen« und andere blutsverwandte Stämme erhalten »Autonomie«. Das slowenische Ljubljana heißt schon ganz ungeniert »Laibach«, Schlesien bleibt unser und – ein schönes Beispiel für die Formenvielfalt der nationalen Ausbreitung – für die nächsten sechs Jahre ist die bosnische Währung an die D-Mark gekoppelt. Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937? Ob es 2037 in die noch paßt?

Konkret 03/96, S. 39

Eckhard Voss

In diesem Sinne Europa lieben lernen!

Einen passenderen Schauplatz für die am 29. März beginnende »Regierungskonferenz«, mit der die EU bis Mitte 1997 den Maastrichter Vertrag gründlich überarbeiten will, hätte man kaum finden können: Sie findet im derzeit wohl politisch destabilsten Mitgliedsland Italien statt, das seinen derzeitigen EU-Ratsvorsitz aufgrund einer fehlenden Regierung nur bedingt bewältigen kann. Kopflos wie Italien wirkt auch die EU, die sich in Turin und in den folgenden Monaten einem freiwilligen Face-Lifting unterziehen und ihre noch aus der Zeit, da es lediglich sechs Mitgliedsländer gab, stammenden Strukturen und Organe den gewandelten Bedingungen anpassen will. Ziel ist, das unübersichtliche Maastrichter Vertragswerk durch ein kohärentes und überschaubares Dokument zu ersetzen, das als Klammer der verschiedenen europäischen Politikfelder (Wirtschafts- und Währungsunion; Innen- und Justizpolitik; Außen- und Sicherheitspolitik) dienen soll.

Die Regierungskonferenz soll die EU technisch-institutionell auf den letzten Stand bringen und das schaffen, was Maastricht I überhaupt nicht gelang: die Bürger von den Vorzügen der Europäischen Union zu überzeugen.

Ob das allerdings gelingt, ist angesichts der gegenwärtigen Turbulenzen um Fragen der Währungsunion oder der Finanzreform der EU mehr als fraglich. Denn natürlich wird die Regierungskonferenz in den nächsten Monaten im Schatten der Auseinandersetzung über Kriterien und Zeitplan der Währungsunion stehen. Bei der Beibehaltung des Kriterienkataloges stände man Ende 1996 vor der peinlichen Situation, daß sich ab 1999 nur eine Fläche von gut 1000 km und lediglich 400.000 der insgesamt 340 Millionen EU-Bürger für eine Einheitswährung qualifizieren, nämlich Luxemburg.

Vor diesem Hintergrund ist der Verlauf der Regierungskonferenz vor allem ein Signal dafür, ob die Mitgliedsstaaten heute überhaupt noch ein Interesse an der Fortentwicklung der EU zu einem richtigen Staat »in the making« haben oder ob sie es bei einer bloßen Freihandelszone belassen wollen.

Konkret 03/96, S. 40

Kunst & Gewerbe

Bilderzeitung

Wir hatten es lange vermutet, daß »Die Woche« eine Art Boulevardzeitung für die sich gebildet und womöglich links dünkenden Stände, ein Blatt für den aufgeklärten Schriftunkundigen oder für Leute ist, die sich Zeitungen halten, um sie nicht zu lesen – dank Zeitungsvermesser Erich Kuby (»Freitag« 6/96) sind nun die letzten Zweifel ausgeräumt:

»Die Woche« vom 19.1. durchblätternd, kam mir die Idee, ob ich ihr, statt zu lesen, vielleicht auch mit dem Zentimetermaß beikommen könnte. Dabei zeigte sich zunächst, daß ihre 48 Seiten eine bedruckbare Fläche von 4,6 qm ergaben. Ferner, daß davon rund 2 qm auf Anzeigen entfallen. Bleiben 2,6 qm übrig, in die sich die durch Lesen und/oder Betrachten zu konsumierenden Seiten etwahälftig teilen. (Die Bilder bedecken 1,188 qm.)

Es dürfte keine zweite, den Anspruch auf seriöse Information erhebende Zeitung in Deutschland geben, in der Bilder ein Viertel des bedruckbaren Papieres verbrauchen. Das erfordert, zahlreiche Bilder so groß und so sinnlos wie nur möglich zu bringen. Seite 8 dieser Ausgabe liefert hierfür das eindrucksvollste Beispiel. Darauf bedeckt das Bild von einem amerikanischen Neonazi rund 175 qcm, und damit die »Woche«-Leser sich intellektuell nicht überanstrengen, ist die Titelei auf 144 qcm aufgeblasen. Das macht zusammen 319 qcm, der eigentliche Text verbraucht nur 60 qcm mehr. Ich könnte daraus schließen, wir hätten es mit einer Bildzeitung für die höheren Stände zu tun, wäre ich nicht auch in IC-Zügen zuweilen Herren mit Diplomatenköfferchen gegenübergesessen, die aus »Bild« tankten, was sie an diesem Tage wissen und denken sollten. An Hand der »Woche« könnte ich fast an die klassenlose Gesellschaft glauben.

Aufklärung light

Dank gebührt gleichfalls dem Nürnberger Stadtmagazin »plärrer«, das mit dem Regisseur und Chef des Nürnberger Schauspiels, Holger Berg, ein kleines, hübsches, ganz reizendes Interview geführt hat. Berg hat offenbar, so geht aus dem »plärrer« hervor, mit seinen Inszenierungen großen Erfolg: »Die Zuschauer kommen zahlreich, und die Tageszeitungs-Kritiker setzen sogar die kritische Brille ab.« Dies scheint allerdings auch angebracht zu sein: Kritische Brille absetzen, Augen schließen, einnicken, entschwinden aus dem Gesamtschöpfungskanon und am besten niemals wiedergeboren werden, es mit dem Tod ein Ende haben lassen, Dunkelheit...

Der »plärrer«: *Was sagen Sie zu dem abgewandelten Kracauer-Zitat: Der Theaterregisseur ist nur als Gesellschaftskritiker denkbar?*

Holger Berg: Wenn er sich nicht außerhalb der Gesellschaft stellt, wenn er sich selbst immer mit einbezieht in die Kritik, kann ich den Satz voll unterschreiben. Aber es geht nicht, von außerhalb mit dem Finger zu zeigen und zu sagen: die böse Gesellschaft! Ich gehe nicht mehr davon aus, daß die Welt verändert werden muß, denn ich habe mich davon verabschiedet, die Welt in Gut und Böse aufzuteilen. Ich glaube an einen Gesamtschöpfungskanon, und wenn es etwas Böses gäbe, würde es außerhalb der Schöpfung stehen.

Aber man muß doch noch moralische Urteile fällen können, sonst wird alles indifferent.

Was wir Leben nennen, ist eine Art Illusion. Wir spielen alle Rollen, mit Auftritten und Abtritten. Und wir spielen verschiedene Rollen in verschiedenen Leben. Ich glaube an Wiedergeburt. Also, wir sind einmal König und einmal Bettler, einmal Mörder und einmal Opfer. Ich goutiere nicht den Mord, aber ich versuche, den Mörder zu verstehen, weil es nichts bringt, den Mörder zu verurteilen.

Und wozu dient dieses metaphysische Spiel, an das Sie glauben?

Es dient dazu, unser Gefühlsreservoir zu potenzieren, weise zu werden. Die Seele lernt für die nächste Existenz. Ich sage jetzt einen gefährlichen Satz: Ich glaube, Menschen bringen einander um, weil sie das Gefühl haben, daß es mit ihrem Tod nicht zuende ist. Jetzt müssen sie die Rolle des Mörders erfüllen (...)

Wie stehen Sie zu dem Begriff »Aufklärung«?

Ich verstehe unter Aufklärung, den Menschen darüber aufzuklären, daß er in einen weiteren Zusammenhang gestellt ist. Aufklärung in dem Sinn von Enlightenment. Daß es lichter werde, daran habe ich großes Interesse. Ich will darüber aufklären, daß wir unsterblich sind und immer fortschreiten in unseren verschiedenen Existenzen (...)

Der Handel mit nachwachsenden Rohstoffen nimmt zu. 200.000 Dollar will der Inder Shridhar Chillal für seine länglichen Fingernägel haben, die für ihn zu einer Behinderung geworden sind. Ein schönes Beispiel für den unternehmerischen Mut, der auch vor ungewöhnlichen Lösungen nicht zurückschreckt!

Die Wiederverwertung von Bestandteilen des Hausmülls nimmt zu. Büstenhalter können jetzt getrennt gesammelt und abgegeben werden. Das schützt die Umwelt und dient einem guten Zweck

Konkret 03/96, S. 42

Rayk Wieland

Faust-Food für Feinschmöcke

Das Drama der Gegenwart, würde es geschrieben werden, hätte Protagonisten wie Claudia Schiffer, David Copperfield, Veruschka von Lehndorf und die anderen Sterne aus der Mode- und Entertainment-Welt, deren Visagen in der westlichen Hemissphäre nicht mehr auszuweichen ist. Sein Autor wäre »Haute-Couture-Fürst« Karl Lagerfeld. Es hieße »Faust«, und es ginge um Habgier, Geschäftssinn, Eifersucht und Glauben an die Autorität – eben die Moralitäten der neunziger Jahre. Claudia Schiffer verkörperte das Gretchen, David Copperfield einen mit Zauberkräften ausgestatteten Mephisto. Christian Williams könnte für einen narzistischen Faust posieren, und Veruschka von Lehndorf gäbe womöglich als Miss Lucy Fer die Besitzerin des Nachtclubs »Martha's Garden« bei Monte Carlo. Dieser »Faust« würde nicht ins Theater kommen, sondern als Hochglanz-Bildband im Göttinger Steidl Verlag erscheinen: mit Schwarzweiß-Fotos von Karl Lagerfeld. Fotos und Zwischentexte wären wie Reminiszenzen an den frühen Stummfilm.

Eine gewiß horrible und verschmockte, doch nicht so abwegige Vorstellung, wie man meinen könnte. Ihre Realisierung würde wohl niemanden ernsthaft verwundern. Vorführkünstler, Damen- und Herrenschneider und Entertainer sind heute populärer und einflußreicher als die sieben Weisen, der König von Spanien oder der Prinz von Homburg, das Personal früherer Stücke. Freilich müßte die *story* etwas geliftet, das Stück vom schwersten Bildungsplunder erleichtert und seine Grundmotive mit ein bißchen Busineß gemischt werden. Es bräuchte statt Regisseuren und Dramaturgen: Fashion assistants und Experten für Frisuren, Make-Up und Styling.

Diese Coverversion könnte etwa so aussehen: Faust hätte sein ganzes Leben vergeblich geforscht und studiert, alle Freude wäre ihm entrissen; weißhaarig und gebeugten Hauptes säße er am Schreibtisch, Mephisto käme vorbei und verspräche ihm ewige Jugend, Liebe und Lust, und Faust griffe zu. Vor dem Spiegel verwandelte er sich in einen athletischen Mann mit freiem Oberkörper; allein 19 Fotos dokumentierten diese Verwandlung. Mephisto spräche ihm von Gretchen, Faust verliebte sich in sie, doch sie arbeitete in Miss Lucy Fers Bordell »Martha's Garden«, denn ihre Mutter hätte materiel-le Sorgen. Faust, wenn er sein Gretchen besuchen wollte, müßte dafür bezahlen. Schlußbild: Eine hohe Treppe, auf der Miss Lucy Fer und Gretchen auf Kundschaft warten. Die letzte Seite des Buches wäre schwarz – bis auf ein Wort in roten Lettern: »Liebe«.

Vorstellbar wäre es! Das »Projekt« wiche zwar ab von der alten Legende und auch von Goethes berühmter Tragödie, doch das wäre legitim: Lagerfeld würde seine tragische Geschichte vielleicht so zusammenfassen: »Das reine Gretchen folgt zwar anfangs ihrer Liebe, wird aber schnell käuflich und macht aus ihrem Körper ein Busineß.« Und recht hätte er damit! Die letzte Kultur dieser Gesellschaft ist das Busineß, ihr vornehmster Akt die Prostitution. Darum wäre auch die Moral von Lagerfelds Geschichte ganz anders als bei Goethe: »Was früher die Sünde war, ist heute das Geld«, lautete sie. Und was früher Goethe war, wär heute Lagerfeld.

Und wenn es Gott gäbe, er wäre heute Kommunist.

»Faust« verkaufte sich gut.

Konkret 03/96, S. 43

Otto Köhler

»Erhebliche Interessen«

Über einige Mängel der neuen Hitler-Biographie von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker sowie über die Erfolge Westberliner Straßenkämpfer der Nachwendezeit

Ich kam zu spät, und das Leben wird mich dafür nicht bestrafen. Als ich endlich da war, hatte das Kolloquium über »Probleme und Erfahrungen beim Schreiben einer Biographie Adolf Hitlers« bereits begonnen. Mein Problem war, dorthin zu finden. Beim Stadtplanlesen in Hamburg schien alles ganz einfach: Diese Veranstaltung der »Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung« findet im Turmzimmer des Kulturhauses Prenzlauer Berg an der Dimitroffstraße 101 statt. Ein Blick auf den Stadtplan: Ich werde an der U-Bahn-Station Dimitroffstraße aussteigen. In Berlin finde ich mich an der Endstation Vinetastraße wieder – Vineta, die sagenhafte, untergegangene Stadt. Wie bin ich hierher gekommen? Ich fahre zwei Stationen zurück. Dimitroff ist weg, die Station heißt jetzt Eberswalder Straße. Ich steige aus. Die Dimitroffstraße entlang mit der Straßenbahnlinie 20, hieß es in der Einladung. Doch da, wo Dimitroffstraße drin sein sollte, steht jetzt Danziger Straße drauf.

Dimitroff, ach ja, das war der internationale Kommunist, der 1933 zur klammheimlichen Freude der Hitler-Gegner im Land Hermann Göring im Reichstagsbrandprozeß vorführte. Wir dürfen dankbar sein, daß seine Straße uns heute nur nach Dan-zig führt und daß sie nicht nach seinem großmächtigen Gegner in Göring-Straße umbenannt wurde.

Dort, wo einst die Dimitroffstraße 101 war, geht es vor allem um die Hitler-Biographie zweier marxistischer Historiker, die im März 1995 im neugegründeten Leipziger Militzke-Verlag erschienen ist und ein Vorschlag zur innerdeutschen Güte sein soll. Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Professoren, die bis 1990 auch im Westen hoch angesehen waren, wollen mit ihrer Biographie den Ostdeutschen die Ergebnisse der westdeutschen Hitlerforschung nahebringen und den Westdeutschen den ostdeutschen Forschungsstand. Das erste scheint gelungen, das zweite wurde auf dem Kolloquium in der ehemaligen Dimitroffstraße heftig bestritten.

Es waren nicht nur gewisse Äußerlichkeiten, wie sie zunächst der Potsdamer Historiker Manfred Ruge vorbrachte, Verfasser einer vorzüglichen Hindenburg-Biographie (in Westberlin übrigens ist die Hindenburg-Allee, benannt nach dem Reichspräsidenten, der Hitler den legalen Weg zur Macht öffnete, bis heute real existierend). Ruge bemängelte: »Es gibt doch Faschismustheorien, es gibt die berühmte Dimitroff-Definition, ob sie richtig ist oder falsch, aber er ist in diesem Buch nicht erwähnt, seine Theorie kommt nicht vor.«

Warum sollte sie? Der Mann, der Göring vor der Welt bloßstellte, den haben wir weggewischt; ein paar Schritte aus dem Turmzimmer herunter und vor dem Kulturhaus auf's Straßenschild geschaut: Nach Danzig führt wieder unser Weg. Und auch Klara Zetkins frühe Faschismusdefinition von 1923, die die Rolle der Massen einbezog, werde, tadelte Ruge, in dem Buch nicht erwähnt. Aber warum auch? Die Alterspräsidentin des Reichstags vom August 1932, die mit ihrer Eröffnungsrede die Nazis zur Weißglut brachte, unmittelbar bevor Hermann Göring von der Parlamentsmehrheit »reibungslos« (Goebbels) zum Reichstagspräsidenten gewählt wurde – auch sie wurde ausgelöscht von den Westberliner Straßenkämpfern: Der Weg, den Helmut Kohl heute zum Reichstag nimmt, trägt nicht mehr ihren Namen, sondern den der Kurfürstin Dorothea.

Aber dieser realitätsblinde Ruge ist noch nicht am Ende: Den Ernst Thälmann vermißt er im Hitler-Buch, den KPD-Vorsitzenden, der rechtzeitig gesagt hatte: Hitler, das ist der Krieg. Ja, der Park um das Kulturhaus, in dessen Turmzimmer die Gesellschaft tagt, heißt, so belehrt mich mein Stadtplan vom März 1991, Ernst-Thälmann-Park, und die nahegelegene S-Bahn-Station führt denselben Namen. Welchen Namen der Park heute führt, weiß ich nicht. Als ich das Kulturhaus verlasse, ist es duster in Berlin, die Bezeichnung kann ich nicht finden, vielleicht Gas-Park – bevor die Kommunisten hier einen Park und ein sogenanntes Kulturhaus errichteten, stand hier das Gaswerk. Die S-Bahn-Station jedenfalls – das sehe ich auf der Rückfahrt mit der U-Bahn – heißt jetzt Greifswalder Straße.

Dimitroff, Zetkin, Thälmann – vorbei. Entscheidend ist das Gebiet, auf dem die DDR-Forschung Hervorrragendes leistete: Hitlers Beziehungen zur Industrie. Vieles wird von Pätzold und Weißbecker nicht unterschlagen. Aber Wichtiges fehlt. Doch bei einem darauf zielenden Vorwurf Ruges brach es aus Pätzold heraus. Er bat um Verständnis dafür, daß »wir 1994« – als das Buch geschrieben wurde – »das Maul nicht so weit aufreißen sollten und konnten«. Unverständlich ist diese Zurückhaltung nicht. Pätzold wurde von seinem Lehrstuhl an der Humboldt-Universität vertrieben, den hat der Westhistoriker Heinrich August Winkler erobert, der sich dann – Geschichte wird gemacht! – im Berliner Straßenkampf, insbesondere gegen Klara Zetkin, hohe Verdienste erwarb. Pätzold muß nun sehen, wo er bleibt. Auch der sehr moderate Weißbecker ist von seinem Jenenser Lehrstuhl vertrieben worden, auf dem sitzt der Westhistoriker Lutz Niethammer. Der sei, sagt mir Weißbecker begütigend, dem Ministerium noch zu links.

Auf dem Rückweg fahre ich durch die U-Bahn-Station, die offiziell noch Rosa-Luxemburg-Platz heißt. Doch da steht nur Luxemburg-Platz. Gut so, nicht an Rosa denken, die Schutzpatronin der 89er, sondern an das schöne Nachbarland, das

Paradies der Steuerflüchtlinge mit dem grünen Band der Sympathie von der Dresdner Bank, der Lieblingsbank der SS.

Das sind im Jahr 1996 so die Er-Fahrungen und Probleme beim Aufsuchen einer Veranstaltung über »Probleme und Erfahrungen beim Schreiben einer Biographie Adolf Hitlers«.

Pätzold und Weißbecker nennen ihr Buch *Adolf Hitler. Eine politische Biographie*. Kein Zweifel: Unter den auf dem Buchmarkt befindlichen Hitlerbiographien ist dieses Buch das beste. Doch Hitlers politische Biographie ist nicht zuletzt eine Geschichte seiner Beziehungen zur Industrie. Dazu wird von den beiden Autoren manches gesagt. Aber in vielem bleiben sie doch hinter dem ostdeutschen, ja manchmal sogar hinter dem westlichen Forschungsstand zurück. Nichts etwa enthüllt den inneren Auftrag Adolf Hitlers und seiner Partei eindrucksvoller als eine Absage aus der Frühzeit seiner Bewegung.

Im Januar 1921 hatten die Nazis versucht, 100.000 Mark für die Umwandlung des »Völkischen Beobachters« in eine Tageszeitung aufzutreiben. Ein Mittelsmann, der Führer des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Heinrich Claß, wandte sich an den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller – sie waren damals schon guten Willens, alles zu tun für eine Partei, die ihnen den Pöbel wirksam vom Hals hält. Man habe doch schon verschiedentlich über die nationalsozialistische Bewegung unter Hitlers Leitung gesprochen, die den roten Terror in München gebrochen habe, schrieb Claß. Die Partei sei nun mit 100.000 Mark in Schwierigkeiten. Ob man da nicht aushelfen könne.

Zunächst waren die Metallindustriellen nicht abgeneigt, wollten aber die Frage nochmals im Vorstand besprechen. Doch dann kam die Absage, die genau umschrieb, was die Industriellen von einer brauchbaren Massenpartei erwarteten. Claß mußte seinem NS-Verbindungsmann im Juni 1921 schreiben: »Es wurde mir gesagt, es lägen Berichte urteilsfähiger Männer aus München vor, die sich dahin aussprächen, daß die Bewegung um Drexler und Hitler dieselbe Entwicklung nehme wie bisher alle sogenannten nationalsozialistischen Versuche: Es gelingt nicht, aus der Arbeiterschaft in nennenswertem Maße Zuzug zu bekommen. Die Anhängerschaft beschränke sich auf kleinbürgerliche Kreise, und in München sei es besonders bedenklich, daß Beamte und vor allem Studenten irre gemacht und mit sozialistischen Gedanken verseucht würden ... Mein Einwand, daß es sich jetzt in der Hauptsache darum handele, die breiten Massen gegen das Judentum mobil zu machen und Breschen in die sozialistischen Parteien zu legen, wurde mit dem Hinweis bekämpft, daß der Schaden einer sozialistischen Verseuchung der Studentenschaft auf die Dauer schwerer wiege als die vorübergehende Erfüllung von beiden anderen Zwecken.«

Diese Einschätzung Hitlers und seiner NSDAP durch den Gesamtverband der Metallindustriellen änderte sich sehr schnell, als deren Präsident Ernst von Borsig zu einem günstigen Urteil über den Nutzen dieser nationalen Sozialisten kam. Von nun an sorgte er – so sein Privatsekretär – »unter seinen intimsten industriellen Freunden vertraulich ... für die Unterstützung der Bewegung«. Das bedeutete sehr viel, denn Borsig war nicht nur Präsident der Metallindustriellen, sondern auch Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

Von Pätzold/Weißbecker aber ist über dieses erhellende Stück der Geschichte der Beziehungen zwischen Hitler und der Industrie nur zu erfahren, daß er bei einer Reise nach Berlin »u.a. dem Lokomotivfabrikanten Ernst von Borsig« vorgestellt wurde – das ist alles. Beim Spendensammeln für Hitler wurde Borsig von Karl Burhenne unterstützt, der verwaltete nämlich den Sozialfonds von Siemens. Er kommt im Buch nicht vor. Und auch Carl Friedrich von Siemens nicht, nicht einmal sein hochverräterischer Auftritt in New York am 27. Oktober 1931, als er vor Vertretern der Hochfinanz um Wohlwollen für Hitler warb: »Die Wurzel der Hitlerschen Bewegung ist der Kampf gegen den Sozialismus, das heißt gegen den Marxismus ... er ist gegen die ungezügelte Vorherrschaft des Parlamentarismus, wiesie leider in unserer Verfassung vorgesehen ist.«

Auch der Benzinpakt zwischen der I.G. Farben und Hitler fehlt, seine Unterredung vom 25. Juni 1932 mit Vertretern des Konzerns, die der I.G. erlaubte, ihre verlustreiche Produktion von Benzin aus Kohle fortzuführen, und die Hitler die Gewißheit gab, im Krieg vom Welterdölmarkt unabhängig zu sein. Der Benzinpakt führte schließlich zur Interessengemeinschaft Auschwitz zwischen dem mächtigen Chemiekonzern und der SS. Selbst Carl Krauch, Vorstandsmitglied und seit 1940 Aufsichtsratsvorsitzender (nicht Vorstandsvorsitzender, wie die Autoren meinen), taucht nur am Rande auf. Erwähnt ist gerade noch, daß der I.G.-Mann 1936 »Unterlagen« für Hitlers geheime Denkschrift für den Vierjahresplan geliefert habe, die »erhebliche Interessen« der I.G. zum Ausdruck brachten. Daß aber dieser Vierjahresplan von Krauch exakt nach den Produktionsbedürfnissen der I.G. ausgearbeitet wurde, bleibt bei Pätzold/Weißbecker im dunkeln, obwohl sowohl DDR- wie US-Forscher dazu einiges veröffentlicht haben.

Ebenso wie der spendable Arbeitgeberchef Borsig wird auch der Großbankier Emil Georg von Stauß nur ein einziges Mal erwähnt – nebenher als Teilnehmer der Hugenberg-Hitler-Kundgebung von Bad Harzburg. Doch war er (zusammen mit Hjalmar Schacht) die Schlüsselfigur für Hitlers Beziehungen zu den Großbanken. Stauß war Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Multi-Aufsichtsrat der deutschen Wirtschaft, hatte sich 1930 mit 500.000 Mark Bankgeld in die Reichstagsfraktion der staatstragenden Deutschen Volkspartei hineingekauft. Doch nachdem ihm Hitler 1931 bei einem

Geheimtreffen auf der Stauß-Yacht eröffnet hatte, daß das Prinzip des nationalen Sozialismus die »Leistung« für die »Gemeinschaft« und der Feind der Jude und der Kommunist seien, war der Großbankier so begeistert, daß er unverzüglich in die NSDAP-Fraktion übertreten wollte. Der Parteiwechsel wäre augenblicks vollzogen worden, hätte nicht Göring sich dazwischengeworfen: »Ob es nicht nützlicher sein kann, Herr Hitler, wenn Herr von Stauß außerhalb unserer Bewegung bleibt? Als führender Mann der Volkspartei kann er dort mehr für uns wirken, wie wenn er bei uns Parteigenosse wird.«

So geschah es, und das heimliche Wirken von Stauß erwies sich in der Tat als viel nützlicher – weit über seine Spenden hinaus. Denn der NS-Mäzen war nicht nur führender Mann der Deutschen Bank und der Deutschen Volkspartei. Er war auch der Schöpfer und Aufsichtsratsvorsitzende von Daimler-Benz, jenem Autokonzern, zu dem sich 1926 unter dem Druck der Deutschen Bank Benz & Cie und die Daimler-Motorengesellschaft zusammenschlossen. Schon 1924 leuchtete der gute Stern, der heute die ganze Welt erhellt, in die einsame Zelle des Führers auf der Festung Landsberg. Dort korrespondierte Hitler mit dem Münchner Filialleiter Jakob Werlin, dem späteren Daimler-Vorstandsmitglied und SS-Standartenführer, über die Frage, in welchem Benz-Typ er die künftigen Honorare von *Mein Kampf* anlegen solle. Auch Werlin kommt bei Pätzold/Weißbecker nicht vor.

Während des eingangs erwähnten Kolloquiums am schwer erreichbaren Ort wurde den beiden Autoren vorgeworfen, sie hätten eine »Kapitulation der ostdeutschen marxistischen Wissenschaft signalisieren wollen«. Und der FU-Historiker Wolfgang Wippermann wagte sogar den Vergleich mit Joachim Fests gerade neu aufgelegter Hitler-Biografie. Das ist infam - Wippermann selbst gibt zu: »Fest ist das Schlimmste, was ich mir vorstellen kann.«

Als Wessis können wir die Mängel der Biographie registrieren, aber wir haben nicht das Recht, ihren beiden Ostautoren Vorwürfe zu machen, weil sie die Ergebnisse der ostdeutschen Forschung über das Verhältnis Hitlers zur Industrie nicht ausreichend berücksichtigen. Wie kämen wir dazu? Wir haben nicht aufgeschrien, als die Westberliner Präsidentin der Ostberliner Universität, Marlis Dürkop, »gemäß Art. 20 Einigungsvertrag« Pätzold vor die Tür setzte unter dem Vorwand, er sei »noch in den 70er Jahren« in seinen Arbeiten »ganz dogmatisch von der Faschismusformel der Kommunistischen Internationale vom Dezember 1933« ausgegangen, wonach der Faschismus »die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« sei. Wie Pätzold das gemacht haben soll und warum das, falls überhaupt geschehen, seit den 70er Jahren nicht mehr zulässig gewesen sein soll, verriet die importierte Präsidentin nicht.* Aber die zitierte Definition stammt von Dimitroff, dem Abgeschafften. Weitere Begründung für Pätzolds Entfernung vom Lehrstuhl, hier aber mit einem ebenso rätselhaften mildernden Umstand: »Antisemitismus und Judenverfolgung nach 1933 werden aus den Interessen des Finanzkapitals abgeleitet. In den neueren Arbeiten zur Judenverfolgung hingegen fehlen diese unhaltbaren Ableitungen.«

Das half Pätzold nicht - er wurde doch gefeuert.

* Marlis Dürkop, diese Historikerin der letzten Instanz, die den ersten Ehrendoktor der eroberten Humboldt-Universität an den ehemaligen SS-Sturmbannführer Professor Dr. Wilhelm Krelle gehen ließ, ist noch zu ganz anderen Begründungen für ihre Rausschmisse fähig. Einem auch mit US-Geschichte befaßten Wissenschaftler (Name ist der Redaktion bekannt) kündigte Präsidentin Dürkop »aufgrund Art. 20 Einigungsvertrag«, weil er »zu einseitig der marxistischen Wissenschaftskonzeption verbunden« sei. Auch Krelle, der zunächst als SS-Kommandeur verkündete: »Standgerichtsurteile sind gundsätzlich vor versammelter Mannschaft zu vollstrecken«, war dann als Abwickler an der Humboldt-Universität - laut »junge welt« - ganz generell der Meinung: »Kein Marxist soll seinen Fuß über die Schwelle dieses Hauses setzen, solange ich hier bin.« Marlis Dürkop geht in ihrer Kündigung des erwähnten Historikers darüber hinaus: »Auch haben Sie die sich durch die Vereinigung ergebenden Gelegenheiten zur Aufnahme von Kontakten, insbesondere zu amerikanischen Historikern nicht genutzt. Nach eigener Aussage bestehen lediglich lose Kontakte zum John F. Kennedy-Institut an der Freien Universität.«

Kasten Seite 44

Literatur:

Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker: *Adolf Hitler. Eine politische Biographie*. Militzke Verlag, Leipzig 1995, 640 Seiten, 39,80 Mark.

Marlis Steinert: *Hitler*. Aus dem Französischen von Guy Montag und Volker Wieland. C.H.Beck`sche Verlagsanstalt, München 1994, 750 Seiten, 68 Mark. Wer eine kritische Würdigung des »Beitrages der Psychoanalyse zu seinem Verständnis« sucht, wird viel finden. Im schmalen Kapitel über Hitler und die Wirtschaft steht allerdings auch diese Rechtfertigung des aggressiven Vierjahresplans (1936) aus einer internationalen Lage, die »man im Auge haben« müsse: »Die Nachrichten über die Erhöhung der Truppenstärke in der Sowjetunion und der Beginn des spanischen Bürgerkrieges

mit den >furchtbaren Greueltaten der Roten< festigten in Hitler die Entschlossenheit zum Kampf gegen den Bolschewismus.«

Hitler. Reden Schriften Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte, München, Verlag KG Saur. Von dieser nützlichen Edition der Hitler-Schriften und -Dokumente sind von 1992 bis Ende 1995 acht Einzelbände zu je 128 Mark erschienen. Zuletzt als Band II A Hitlers »zweites Buch« unter dem Titel *Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl Juni – Juli 1928*. Herausgegeben und kommentiert sind die Einzelbände von Clemens Vollnhals, Bärbel Dusik, Gerhard L. Weinberg, Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit. – Über Geheimverhandlungen zwischen Hitler und Industriellen findet sich hier verständlicherweise wenig – sie scheuten das Papier. Wichtige Bekenntnisse Hitlers zu seiner Aufgabe fehlen nicht. Vor dem Fürsten Friedrich zu Eulenburg-Hertefeld, einem führenden Großagrarier, rechtfertigte sich Hitler am 24. Januar 1931 so: »Hier muß ich weiter ausholen. Worauf kam es denn in erster Linie an? Auf das Sammeln der breiten Masse! Meine Hauptaufgabe war es, sie dem Marxismus zu entreißen, sie wieder nationalen Gedanken zugänglich zu machen. Ich bin in diese vom Marxismus verhetzten Schichten hineingestiegen und habe mit ihnen gerungen. Auf den Erfolg kam es mir an, nicht auf die Methode, die mir immer wieder von den Gegnern, nicht zum wenigsten von Rechtsstehenden, zum Vorwurf gemacht wird. Sollen doch die Herren, die meine Methode bekritteln, in die Industriezentren gehen und den durch den Marxismus rasend gemachten Massen auf ihre Methode beizukommen suchen! Ich bin in die Industriezentren gegangen, weil ich diese Arbeitermassen zur Entthronung des Marxismus nicht entbehren kann. Jetzt sitzen 107 Nationalsozialisten im Reichstag ...«

Konkret 03/96, S. 46

Carsten Otte

Apocalypse, wow!
Woche der Wollust

Der Kosmos, die Anti-Materie und das Intimleben: Die Titelgeschichten der großen Magazine verkünden den Abschied von jeder Politik

Kaum hatte Immanuel Kant seine Erkenntniskritik geschrieben und das Problem mit der Existenz Gottes in die ewigen Jagdgründe verbannt, begann man sich mit noch viel seltsameren Dingen zu beschäftigen, zum Beispiel mit dem Leben im All. Anstatt endlich die Vernunft zu gebrauchen, um das Leben hienieden sinnvoll zu regeln, spekulierte man fortan über die grünen, roten oder karierten Geschöpfe, die möglicherweise irgendwo da draußen ihr Unwesen treiben. In diesem Jahrhundert dann durften sich nicht nur die Kinder über Captain Future oder das Raumschiff Enterprise freuen. Der erste Mann auf dem Mond rührte alle fernsehschauenden Erdenbürger dermaßen, daß die Entertainer seither ein unverwüstliches Thema haben: Talkshows werden schon einberufen, wenn eine hysterische Hausfrau behauptet, einen Außerirdischen gesehen zu haben. Bislang stellte sich aber noch jedes Ungeheuer aus dem All als Halluzination oder Fake heraus, da half alles Lamentieren nichts. Vielmehr gaben sich die Menschen, die über die extraterrestrischen Mörder und Vergewaltiger fabulierten, selbst als jene Monster zu erkennen, die sie in den Tiefen des Kosmos zu lokalisieren glaubten.

Im Laufe der Zeit jedoch wurden die Teleskope besser, und immer häufiger verkündeten auch seriöse Forscher, daß sie einen Planeten entdeckt hätten, auf dem zumindest theoretisch Leben möglich sei. Die Vorstellung vom Leben im Weltraum wurde in den letzten Jahren zur fixen Idee nicht nur der Wissenschaftler, so daß es kam, wie es kommen mußte. Als wären nicht nur ihre Computer, sondern auch ihre Gehirne miteinander verkabelt, produzierten die Redakteure namhafter Magazine vor einigen Wochen nahezu identische Titelstories: »Forscher entdecken neue Planeten – Leben im All?« titelte der »Stern« (5/96). Die »Spiegel«-Variante lautete: »Entdeckung bei der Suche nach Leben im All«. Das Hamburger Nachrichtenmagazin setzte wenig später noch einen drauf und teilte auf der Titelseite den ersten »Vorstoß der Wissenschaft in die Gegenwelt« mit (3/96). Die Schlagzeilen passen gut in das Konzept dieser Textfabriken, die sich seit Monaten darauf spezialisiert haben, statt politischer Themen die angeblich letzten Fragen der Physik, der Biologie oder der Geschichte aufzugreifen und zu verwursten. »Auf der Spur des ersten Menschen« zu wandeln, gab neulich der »Spiegel« vor, »Ewig jung. Forscher entdecken das Geheimnis des Alterns« ließ im Gegenzug »Focus« (5/96) verlauten. Solcher Zinnober hat eine simple Ursache: Mit derlei Headlines werden so viele Exemplare verkauft wie selten zuvor.

Die Menschen haben eine diffuse Ahnung davon, daß es in der Zukunft viel Ärger geben wird. Reflektierten sie darüber, müßten sie sich so etwas wie eine Mitschuld an dem Schlamassel eingestehen. Also sinniert man lieber über den »ersten Menschen«, das »Leben im All« oder die »Anti-Materie« und verschmäht Zeitschriften, auf deren Titelseiten etwa »Deutschland im Krieg« oder »Kohl will Euro-Kaiser werden« zu finden ist. Der »Spiegel« wußte, warum er in der ersten Ausgabe des neuen Jahres die »Endzeit-Angst. Countdown zur Jahrtausendwende« auf den Titel setzte. Erst wenn die angeblich bevorstehende Apokalypse gut verpackt ist, macht die Beschäftigung mit ihr unheimlichen Spaß. Aus der Furcht vor dem Weltuntergang wird allmählich eine Sehnsucht nach ihm. Die »Spiegel«-Geschichte über das »große Artensterben« und den »Abschied von der Tierwelt« war ein Kassenschlager, obwohl es sich um einen Schubladentext handelte, der ein paar Allgemeinplätze der Evolutionstheorie noch einmal auftischte. Weil die Beschäftigung mit den zumeist ökonomischen Problemen sich schlecht verkaufen läßt, zieht man es vor, diese nicht zu lösen und die Menschen mit einer wissenschaftlich verbrämten Eschatologie zu unterhalten. Denn wer einmal davon überzeugt ist, die Welt gehe sowieso unter, der wird sich nicht für die Revolution begeistern, auch wenn es hierfür objektiv einen Anlaß gäbe.

Die »Endzeit-Angst« der »Spiegelfocusstern«-Leser hält sich insofern aber in Grenzen, als sie ja wissen, daß die Forscher auf Hochtouren arbeiten. Wenn es möglich ist, die »Anti-Materie« oder das »Geheimnis des Alterns« zu entdecken, warum soll im All nicht doch noch eine zweite Erde ausfindig gemacht werden? »Das große Artensterben« hin oder her, auf »Pegasus 51« oder sonstwo wird es schon Nashörner und Giraffen geben. Solange die Wissenschaftler allerdings noch auf der Suche nach dem »Leben im All« sind, darf weiter geschaudert werden: »Zombies im Internet«, »Fische in den Weltmeeren gehen vor die Hunde«, und selbst das Intimleben ist nicht mehr so, wie es einmal war.

Über die »Verwirrung der Geschlechter« berichtete jüngst der »Spiegel« und warnte vor dem »Zeitalter der Bisexuellen«: »Heutzutage wird so manches geil genannt, was früher einfach toll war, und noch früher war toll nicht ganz normal. Inzwischen ist alles mögliche normal. Nun ja, der Mensch gewöhnt sich«, beginnt »Spiegel«-Redakteurin Ariane Barth ihren Text über die »vielgestaltige Sex-Welt« (5/96). Das Kauderwelsch, das Frau Barth von sich gibt, dient wie der ganze Erotikkram letztlich nur dazu, die sich an alles gewöhnenden Leser zu verdummen. Denn nur ein dummer Leser bleibt Kunde. Auch »Tempo«, Organ der Altjuppies, kümmerte sich um die absonderliche Geschlechtlichkeit der Zeitgenossen, nur beklagten die Heteros aus Hamburg eine »Geschmacksdiktatur der Homosexuellen«. »Werden wir alle schwul?« hieß ihre in höchstem Maße Besorgnis erregende Schlagzeile (2/96). Die Kollegen vom »Stern«, die von der Tyrannis viel, von

dem schwiemeligen Mischmasch der Bi- und Homosexuellen aber wenig halten, beschlossen hingegen, in der Woche der Wollust »Die Geschichte der Sadomasochistin Marlene« auf den Titel zu heben (6/96).

So gibt es kein Entrinnen. Es sei denn, warten wir die nächsten Ausgaben unserer politischen Magazine ab, Pegasus 51 ist doch bewohnbar.

Carsten Otte schrieb in KONKRET 2/96 über die Erfolge des Musicals

Konkret 03/96, S. 47

Lola Rodriguez

Apocalypse, wow!
Hallo Anti, hier Pro!

Der Kosmos, die Anti-Materie und das Intimleben: Die Titelgeschichten der großen Magazine verkünden den Abschied von jeder Politik

Was wir schon immer wissen wollten (und uns bisher nicht zu fragen wußten): Der Antiwasserstoff existiert. Das ist beruhigend. Zu erfahren, daß das, was einzelne Sub-, Sub- oder gar Subwissenschaften manchmal in Aussicht stellen bzw. nur vage für möglich halten, irgendwann tatsächlich bewiesen werden kann. Descartes' Maxime, wonach »es keine so entfernten Erkenntnisse geben kann, zu denen man nicht gelangte«, scheint sich wieder einmal zu bestätigen. Das bringt die (Natur)-Wissenschaft der Wahrheit ein Stück näher und eventuell erneut um den Verstand: Hiroshima und Nagasaki lassen grüßen. Letztendlich, so könnte die Schlußfolgerung lauten, muß man nur am Ball bleiben, und der hat ja bekanntlich tausend Ecken.

Theoretisch waren die Antiatome nämlich schon lange berechnet. Einigen empirisch gesinnten Physikern des Hochenergie-Forschungszentrums Cern in Genf ist es nun aber nachgerade gelungen – die Konkurrenz aus der Nähe von Chicago zu schlagen. Forschen ist auch Wettkampf pur. Ein Mann, ein Physiker, ein Ehrgeiz. Oder sollten auch Frauen mit dabeigewesen sein? Das planmäßig durchgeführte Experiment jedenfalls – als eine der exaktesten Formen wissenschaftlicher Forschung – hat den ersehnten Erfolg gebracht. Ort des Triumphes war ein Speicher namens Low Energy Antiproton Ring. Ergebnis: Erzeugung und Nachweis von Antiwasserstoff erstmalig geglückt. Auf diese Weise wird aus einer Hypothese eine Tatsachenfeststellung.

Sollte in einem Experiment das gemessen worden sein, was gemessen werden sollte, hält die entsprechende Terminologie den Begriff der internen Validität bereit. Nur – ist das jetzt Science pour science (oder was)? Die Pragmatiker werden's wohl so sehen. Zudem gestand der Leiter des Versuchs in einem »Spiegel«-Interview das Hochkomplexe, extrem Spezialistische seiner wissenschaftlichen Arbeit ein. Und eine derartige, auf ihr innewohnende Regeln gestützte Tätigkeit läßt sich nur schwer in den gesellschaftlichen Lebensprozeß integrieren. Das Dilemma der Immanenz: aus sich selbst zu erklären, aber kaum aus sich heraus.

Für den Sozialwissenschaftler Luhmann erfüllen soziale Systeme die Funktion der verdeutlichenden, vereinfachenden Selektion. Sie klammern die Komplexität und Ungewißheit der Umwelt aus und definieren ein enges, der Bewußtseins- und Verarbeitungskapazität der Menschen angepaßtes Volumen an Möglichkeiten. Die Probleme der Umwelt werden sozusagen auf das jeweilige System bezogen, von außen nach innen verschoben und somit konkretisiert. Das betreffende System kann unter Umständen Problemlösungstechniken zur Verfügung stellen, die in der Umwelt nicht vorhanden sind. Eine solche Differenzierung führt nach Luhmann jedoch weder zu einer Abkapselung der Systeme voneinander noch zu einem Verlust des Bezugs zur Umwelt. In der Tat zeichnet sich die kapitalistische Gesellschaft durch ihre konsequente Verdinglichung und Veräußerung des sozialen Lebens und der Natur aus. Zweckfreiheit verträgt sich mit den herrschenden Produktionsverhältnissen nur dann, wenn sie billig zu haben ist.

Umso erstaunlicher scheint es dann, daß in den hiesigen Medien – da waren sich Boulevard und gebildeter Bourgeois einig – die Frage nach der Brauchbarkeit der jüngsten Entdeckung kaum, und wenn, dann eher verhalten gestellt worden ist. Da hätte manch einer in einem Akt sinnsuchender Verzweiflung die Wangen gebläht, um anschließend relativ ratlos die angestaute Luft aus den Backentaschen durch die schlappernden Lippen zu prusten. Kapitalinteressen können mit Forschungsergebnissen wie diesem kaum geweckt werden. Die Aussicht, ein Antiwasserstoff-Teilchen gewinnbringend zu vermarkten, scheint ebenso trübe wie die Nutzung von Antimaterie zu militärischen, d.h. destruktiven Absichten. Politisch? Nicht zu instrumentalisieren. Das Forscherteam ist international (kein germanischer Triumph also), die Arbeitslosenquote zeigt sich ob Teilchenphysik oder Kosmologie gänzlich unbeeindruckt. Medizinisch? Nicht brauchbar.

Nein, nein, es handelt sich hierbei um eine ziemlich individualistische Nutzbarkeit. Die Vorstellung, es gäbe irgendwo noch ein Anti-Exemplar seines Selbst, regt viele der zur Zeit doch arg gebeutelten Wirtschaftssubjekte zu bunten Phantasien und wilden Spekulationen an. Mal was anderes als immer nur Fernsehen. Zugegeben, der Gedanke an eine Begegnung mit meinem negativen Ich macht auch meine Sinne jubeln. Rodriguez trifft Anti-Rodriguez. Wir schauen uns an, und jeder denkt bei sich: »Potz, sieht der Kerl gut aus!« Denn äußerlich unterscheiden sich positive und negative Materie nicht. Das ist Gesetz. Dann reichen wir uns die Hände: Der Rest ist Explosion und Umwandlung in Energie, welche ausreicht, um eine Kartoffel von Alpirsbach nach Anti-Alpirsbach und zurück zu schleudern. Sicher wünschen sich einige, daß auch Politikern solch eine erkenntniserweiternde Begegnung mit dem Anti-Ego widerführe. Wann hätte man sonst Gelegenheit auszurufen: »Beim Kohl hat's gefunkt!«, »Verheugen setzt Glanzlichter!« oder »Vollmer blitzt auf!« Nie.

Hinter der Frage nach dem Nutzen steckt nicht selten der Neid. Das Argument, all das Geld hätte besser für anderes verwendet werden sollen, ist interessenabhängig und damit beinahe beliebig anwendbar – bei aller inhaltlichen

Berechtigung zuweilen. Die Finanzierbarkeit ist nicht das springende Proton. Max Horkheimer schrieb jeder wissenschaftlichen Bestrebung ihre soziale Bedeutung zu, »ohne in der gegenwärtigen Periode den Interessen irgendeiner nennenswerten Mehrheit der Gesellschaft wirklich gemäß zu sein«. Durch die fortgeschrittene Arbeitsteilung ist die Wissenschaft zu einem Produktionszweig geworden, der sich in viele, voneinander abgeschlossene Zirkel zerteilt. Die Tätigkeit der Wissenschaften unterscheidet sich nicht von den übrigen gesellschaftlichen Tätigkeiten. Insofern gehört sie dieser sozialen, wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung nicht nur an, sie ermöglicht sie auch. Die Teilchenphysik fungiert, selbst wenn sie sich ihrer eigenen Beschränktheit bewußt wird, »als unselbständiges Moment des Arbeitsprozesses« (Horkheimer), ihr Schaffen bleibt richtungslos. Löst sie sich aus ihrer Isolierung, ihrem Denken in intellektuellen Teilvorgängen, kann jede Subwissenschaft an der gesamtgesellschaftlichen Praxis aktiv teilhaben. Deren *vernünftige* Zielsetzung kann eigentlich nur lauten: Überwindung der kapitalistischen Krisenhaftigkeit.

Ganz abgesehen davon, daß die Frage nach dem Gebrauchswert oft erst Jahrzehnte später beantwortet wird und prinzipiell »jeder Irrwitz ... denkbar« (Stanislaw Lem) ist. Bis dahin haben die Cerner Teilchenphysiker a) bewiesen, was ihre Kollegen bzw. sie selbst bereits errechnet hatten, und was b) ihre Kollegen in den USA liebend gern vor ihnen bewiesen hätten, sowie c) ihren und den Ruf der Forschungseinrichtung aufpoliert. Das ist doch was. Nicht auszudenken allerdings, könnte die Konkurrenz am Fermilab bei Chicago am Ende der im Sommer geplanten Wiederholung des Experiments keine ähnlichen Ergebnisse vorweisen. Dann wären a) bis c) widerlegt, und es bliebe nichts. Denn es ist nun mal so, daß jeder wissenschaftliche Versuch der Bedingung seiner Wiederholbarkeit unterliegt.

Rodriguez ist freier Autor und lebt in Karlsruhe

Konkret 03/96, S. 49

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Der Instinkt des Humanums, als welchen man das kurzgeschlossne, nicht lang und breit in komplizierten Zivilisierungsprozessen unter Einsatz enormer Lohnnebenkosten herausgearbeitete Mitgefühl von Mensch zu Mensch verstanden haben möchte – existiert der? Je nun: Wie ich vor paar Tagen in der Frühmaschine nach Teneriffa* auf Platz 15 C (Notausstieg mit erweiterter Beinfreiheit) beginne, mich in Ebermann/Tramperts vergnüglichst erhellende Offenbarung der Propheten** einzulesen, versucht ein Ehepaar, sich neben mir niederzulassen. Ihr gelingt's, am Fenster, er, der seinen Zweizentnerarsch mit dem Gewicht des Oberleibs in das Gestühl gezwercht hat, quillt links und rechts über die Armlehnen. Damit der Mann mit dem Kopf groß wie ein Dreißigliterpartybierfaß wenigstens seinen Westflügel einigermaßen ablagern kann, wechsle ich auf den freien Platz 15 D. Und was sagt dieser mit Elefantiasis gründlich geschlagene, in sich von Wasser überschwemmte, schnappend atmende Koloß, der nicht alt werden wird, der aber lebt, angesichts der Schlagzeile über die Verbrannten von Lübeck? »Stecken sich selwa an, die Dussels«, sagt er. So daß man also schon allein von daher ein gutes Stück weit sicher sein kann, daß ein sogenannter Instinkt des Humanums nicht so recht existiert.

Als ich in der Zeitschrift »Spiegel« die Geschichte über den unaufhaltsamen Vormarsch der Bisexualität gelesen hatte, spürte ich, erschrocken und selig zugleich, daß auch ich ...Doch lesen Sie selbst, was ich meinem langjährigen Tenniskameraden X *** (wie der Berliner sagt:) »frisch uffjewühlt« faxte:

Lieber X, wir kennen uns, seit wir uns kennen, als **Heterogene**

Ich verpuhl »ihn« meiner Minouche, du besorgst »es« deiner **Marlene**

Aber, X, seit das Enthüllungsmagazin mir geöffnet die Augen in Sachen **Bisexualität**

Will heute ich dir ohne Verzug gestehen, wie es wirklich um mich **steht**

X, meine Liebe gehört nicht nur Minouche und damit den **Fraun**

Nein, ich möchte auch dir einmal tief in die Augen **schaun**

Möchte aufgrund der längere Zeit schon diffus wie drängend erfühlten Bipolarität meines **Triebes**

Dir in die von süßen kleinen mausgrauen Haarbüscheln binnenbewachsenen Öhrchen flüstern: Mein **Liebes**

Schenkel an Schenkel möcht ich dich nehmen in den **Arm**

Und »ihn« dich spüren lassen aus dem Dunkel des Latzes heraus, steif, dick und **warm**

O nein, X, keine Angst respektive Bange, du müßtest »ihn« nicht gleich versenken in deine **Futterluke**

Oder a terg importieren in einem **Zuge**

Nein, wir würden erst tuschelnund kuscheln und streicheln undspeicheln und unsre wenn auch in-folge diversen Abusus' a bissi runter-gekommenen Leiber mit saharasandheißenZungen **versengen**

Bis schließlich die Glocken von Sankt Gleichhammers **klängen**

Dann schössen wir, daß die Funken und die Pfützen stieben, durchs Ziel, und zwar **simultan**

Als ZweitsexualitätsbundMannohMann

Ich aber beschlösse unsern Ur-Akt mit einem (de profundis) **Gottlob:**

Warst, lieber X, du noch Jungfrau und gingest vorher nicht durch die entsetzlich gepflegten Hände des Duftdesigners **Joop**

*Wo ich die Bemühungen deutscher Damen um die Kastration verwilderter Hunde und Katzen auf der Insel zu recherchieren beabsichtige

**Erschienen im Konkret Literatur Verlag

***Name ist nur mir bekannt

Pour Adelaide

Zum Weltfrauentag 1996 am 8. März

Ihr Herren von Fabriken
Und Bank und Berg und Tal
Mit ungeheuer dicken
Brieftaschen und Genicken
Und Antikien ohne Zahl

Ihr Mächtigen und Reichen
Euch geht es supergut
Eur Schritt geht über Leichen
Um noch mehr zu erreichen
An euern Schuhn pappt Blut

Habt ihr der Transaktion froh
Die tägliche Million
Bugsiert aufs Nummernkonto
In Tokio und Toronto
Der Konkurrenz zum Hohn

Dann laßt ihr Puppen tanzen
Und die sind jung und nackt
An den Strippen der Finanzen
Laßt ihr die Puppen tanzen
Vor euch GOtt seis geklagt

In euren mamorn Villen
Müssen sie zu Willen sein
Euch räubrischen Bazillen
Randvoll mit Aufputschpillen
Dein Name Mensch sei Schwein

Die Puppen diese Armen
Müssen drehn im Kreis sich nackt
Ihr seid ohne Erbarmen
Denn gekauft habt ihr die Gendarmen
Wie jeder ders wissen will weiß

Oft ertrinkt so eine Kleine
Im schaumweingefüllten Pool
Es versagten ihr die Beine
Beim Tanz Doch euch ihr Schweine
Schert dies + – 0

So laßt ihr die Puppen tanzen

Splitternackt und ohne Trikot
Und ihr wähnt mit euern Finanzen
Und euern Arroganzen
Ginge dies ewig so

Doch einst ihr rohen Buben
Ists Schluß mit lustig und aus
Denn dann kommen die Mütter derPuppen
Und spucken euch in die Suppen
Und führen die Puppen nachhaus

Vorher aber verdreschen
Sie euch mit dem ParapluiUnd besprayen eure feschen
Kühlerbesternten Kaleschen
Mit dem vernichtenden Schriftzug
»pfui!«

Konkret 03/96, S. 50

Michael Scharang

Literatur und Lüge
Vom Schauen und Schreiben und Staunen

Politisches Pamphlet, poetische Reiseerzählung, engagierte Literatur? Michael Scharang und Stefan Ripplinger über Peter Handkes Bericht »Gerechtigkeit für Serbien« und die Empörung, die er unter den deutschen Kriegstreibern ausgelöst hat

1.

Es war einmal ein Land, das begann auf der Landkarte südlich der Steiermark. Für mich aber war es weiter entfernt als der Ferne Osten, den ich wegen seines Namens für das entfernteste Land hielt. Ausgenommen, wie gesagt, das Land südlich der Steiermark. Das war unendlich weit weg, denn auf ihm lastete der Fluch meiner Großmutter.

Nach ihrem Tod las ich erste Texte von Handke über Jugoslawien, außerordentlich erhellende Prosa, die den finsteren Fluch außer Kraft zu setzen begann. Diese und später andere Texte dieses Autors schoben Jugoslawien behutsam über Kontinente und Weltmeere näher an mich heran, so daß mein Jugoslawien sich von dem Handkes so wenig lösen kann wie mein Mississippi von dem Faulkners. Auch und vor allem Handkes jüngste Arbeit, die über Serbien, zählt für mich zu den großen erhellenden Texten des Autors, die ich so liebe, wie ich seine verdunkelnden Texte – nicht seine dunklen! – verabscheue.

2.

Lieber wäre ich verhungert, hatte meine Großmutter mir erzählt – verschwörerisch, wie Großmütter gern zu Kindern sprechen, sie war uralt und etwas kindisch und hielt mich, den Erwachsenen, für ein Kind und fragte mich, zum Gaudium meiner Kinder, ob ich schon zur Schule gehe – , lieber wäre ich, hatte sie im abgezirkelten Deutsch der Ausländerin gesagt, in den Notjahren nach dem Ersten Weltkrieg mitsamt meinen vier Kindern in Österreich verhungert, als daß ich zurückgekehrt wäre in jenes Land, in jenen Ort, an jenen Bauernhof, wo zumindest die Kinder zu essen gehabt hätten.

Der Bauer dort hatte die Magd, meine spätere Großmutter, am 24. Dezember 1910, sie war einen Tag zuvor zwanzig geworden, mitsamt dem Christbaum, den sie diesmal besonders schön geschmückt hatte, und mitsamt ihrem Mann, dem einzigen Sohn des Bauern, aus dem Haus geworfen und vom Hof vertrieben. Der Jungbauer hatte aus Furcht vor dem Vater die Magd in aller Heimlichkeit und nur standesamtlich geheiratet und auf das Fest des Friedens gewartet, um den Vater einzuweihen.

In der Nacht noch verließen die beiden den slowenischen Ort Celje und kamen, dem Rat eines Bahnhofsbeamten folgend, noch vor Jahreswechsel nach Belgien, wo der Bergbauer tatsächlich als Bergmann Arbeit fand und, andere Luft gewöhnt, bald an Staublunge erkrankte. Die Geburt des vierten Kindes erlebte er noch, den Beginn des Weltkrieges und die Abschiebung der Familie nach Österreich-Ungarn auch noch, dann starb er.

3.

Nachdem Karl Kraus den Krieg der Literatur gegen den Journalismus siegreich verloren hat, befindet die Literatur sich unbehelligt auf dem Rückzug, der Journalismus sich ebenso unbehelligt auf dem Vormarsch. Deshalb wirken diejenigen Augenblicke als historisch, in denen Journalismus und Literatur sich offen, wenn auch hoffnungslos fremd gegenüberstehen. Wer dann, egal auf welcher Seite, den anderen anstarrt, als wäre der ein Monster, wer dann die Erfahrung schrecklicher Fremdheit auf sich wirken läßt, hat etwas über sich und den anderen gelernt. Ein solcher Augenblick ist wieder einmal da, nachdem Peter Handke in der »Süddeutschen Zeitung« eine Reiseerzählung über Serbien veröffentlicht hat.

Handke legt dar, wie es zu dem Text kam. Jahre hindurch informierte er sich durch Zeitungen und Fernsehen über das zerfallende und durch Krieg immer tiefer zerklüftete Land. Zunehmend mißtraute er den Informationen, in denen ein Geschehen, je entsetzlicher und verwirrender es wurde, in den Medien sich zu einem immer einfacheren Spiel zwischen den Guten und den Bösen verwandelte. Handke wird dabei zum Forscher, nicht zu einem, der vorgibt, richtige Antworten zu haben, doch zu einem, der Fragen richtig zu stellen weiß: undemagogisch und gerecht auch gegenüber den »Bösen«, den Serben.

4.

Mehr kann man nicht tun. Es sei denn, man empfindet wie Handke die Skepsis gegenüber den Medien letztlich und zu Recht als unproduktiv, entschließt sich, Serbien zu bereisen, und erzählt dann zum Beispiel über Belgrad: wie Menschen

leben, denen Propaganda die Bezeichnung »Mensch« aberkennt. Und erzählt das meisterhaft, geleitet davon, was er wahrnimmt, nicht davon, was er oder andere gern sähen und hörten.

Als empörend, vermute ich, wird empfunden, daß Handke die Gesetze des Erzählens, also dessen Gesetzlosigkeit, auch dort achtet, wo Politik und Medien bereits eine hierarchische Gesetzmäßigkeit durchgesetzt haben: der Vorfall des Tages, das Ereignis der Woche, die Sensation des Monats, das Problem des Jahres, mitsamt Lösungsvorschlägen, vorzugsweise militärischen.

Das Wesen des Erzählens aber – und deshalb sind Erzähler bei den Autoritären so unbeliebt – ist Gleichheit. Nichts erträgt die Erzählung, was Vorrang hat vor irgend etwas anderem, was als wichtig anerkannt wird, um anderes als unwichtig wegzudrängen. Keine Reisevorbereitung, die, wie in Handkes Text, gegenüber der Reise zurückzustehen hat; kein Gedanke, der sich Nebengedanke schimpfen lassen muß; keine Erinnerung an Vergangenes, die es sich bieten läßt, von der Gegenwart unaktuell gescholten zu werden.

Die Erzählung, die freieste Form, mit anderen in Verbindung zu treten, wird von denen, die auf Informationen gedrillt sind, als obszöne Ausschweifung empfunden. Mit Recht: Information ist, nach dem Befehl, die am stärksten verkürzte Darstellung von Wirklichkeit.

5.

In jenen Westeuropäern, die jahrelang von ihrem Schreibtisch aus gewaltige Kriege forderten, um einem Krieg ein Ende zu setzen, in diesen widerwärtigen Zaungästen des Krieges, darunter nicht wenige Autoren, ist eine schreckliche Leere entstanden angesichts des Friedens, der nun auf dem Balkan herrscht, und eine Wut über die Art und Weise, wie der Friede zustande kam.

Ich schließe nicht aus, daß auch viele am Balkan vor Wut fast platzen: diejenigen, die sich fortwährend auf ihre Kultur und Tradition berufen und insofern geradezu prototypisch europäisch sind, die Kultur schreien, wenn sie Barbarei praktizieren.

Und dann diese Schmach: Angehörige der amerikanischen Zivilisation entführen Anführer der europäischen Kultur in einem Ballon auf eine Zauberinsel, wo sie dazu verdammt werden, Frieden zu schließen, verbunden mit der Demütigung, daß eine Zeitlang auf jeden Kulturträger ein zivilisierter Mensch aufpaßt, damit der Kulturträger niemanden umbringt.

Eine Wirklichkeit ist das gleich einer Zauberposse, mit Glanznummern aus Handkes nächtlichem Belgrad. Ob sich die als europäische Wirklichkeit durchsetzt? Eine Wirklichkeit wäre das, die sich darauf etwas zugute tut, daß gelebt, geliebt, gegessen und getrunken wird, und nicht, daß Zwangscharaktere die Zeit, bis sie selbst ermordet werden, dazu nutzen, andere zu ermorden.

Michael Scharang schrieb in KONKRET 2/96 über linksradikale Sektenbildung

Konkret 03/96, S. 51

Stefan Ripplinger

Literatur und Lüge
Peter hinter den Spiegeln

Politisches Pamphlet, poetische Reiseerzählung, engagierte Literatur? Michael Scharang und Stefan Ripplinger über Peter Handkes Bericht »Gerechtigkeit für Serbien« und die Empörung, die er unter den deutschen Kriegstreibern ausgelöst hat

»In another moment Alice was through the glass, and had jumped lightly down into the Looking-glass room. The very first thing she did was to look whether there was a fire in the fireplace, and she was quite pleased to find that there was a real one, blazing away as brightly as the one she had left behind.«
Lewis Carroll: *Through the Looking-Glass*

Angewidert vom Jubel über den Untergang Jugoslawiens, vom allgemeinen Kriegsgeschrei, von der auf antiserbisch getrimmten öffentlichen Meinung, die weithin von Dunkelmännern wie Johann Georg Reißmüller und Maulhelden wie André Glucksmann bestimmt wird, entschloß sich der Schriftsteller Peter Handke zu einer groß angelegten Erwiderung. Da von der Presse der Nato-Staaten, die sich fast vollständig zu einem Instrument der Propaganda hat umfunktionieren lassen, kein unvoreingenommenes Wort über Stimmung und Situation im Lager der »Aggressoren« zu erwarten ist, reiste Handke nach Serbien.

Nicht nur einen persönlichen Bericht wolle er liefern, es dränge ihn »hinter den Spiegel«, er wolle vor Ort jenes »tatsächliche Wissen« erwerben, »welches allein durch Lernen, Schauen und Lernen, entstehen kann«. Er ziele nicht auf nur subjektiv Gültiges, sondern »auf etwas durchaus ganz Wirkliches«. Solche emphatischen Formulierungen müssen Mißtrauen wecken, selbst wenn ihnen etwas Stimmiges folgt. Es folgt aber in Handkes Reiseerzählung »Gerechtigkeit für Serbien« (»Süddeutsche Zeitung«, 5./6./7. und 13./14. 1.) nichts Stimmiges, oder, besser gesagt, es folgt nur allzu Stimmiges.

Die Wirklichkeit, die Handke in Serbien vorfindet, ist, um es kurz zu machen, eben jene »Wirklichkeit, die vergangen ist«, welche er bei einer früheren Reise nach Slowenien vergeblich wiederzuentdecken hoffte, nämlich die hypostatische Welt seiner Kindheit: »Ein Flußübergang ließ sich spüren als Brücke; eine Wasserfläche wurde zum See«, heißt es rückblickend in *Abschied des Träumers vom Neunten Land* (Frankfurt/M. 1991), und in seiner Serbien-Reiseerzählung registriert er ein »re-paysement«, ein »Zurück-ins-Land-Geraten«, etwa beim »Niederdrücken der uralten Eisenklinke« eines Ladens. Die Dinge scheinen ihm endlich wieder »zur Hand« zu gehen, wie er es sich in Slowenien vergeblich gewünscht hatte. Die Speisen schmecken in dem »zünftigen Binnenland« so »herzhaft wie sie ausschauen«, selbst so profanen Tätigkeiten wie Kaufen und Verkaufen eignet dort »Lebendigkeit, etwas Heiteres, Leichtes, wie Beschwingtes«.

Als wäre er jenes Mädchen Alice, das in die verkehrte Welt hinter dem Spiegel gelangt und dort nicht nur ein Feuer entdeckt, das so »real« ist wie das, das es in seiner Kinderstube zurückließ, sondern auch zu seinem Entzücken findet, daß alle Alltagsgegenstände belebt sind, glaubt Handke in jenem weltabgewandten Land seiner Kinderstuben-Welt wieder habhaft zu werden. Und sie ist so lebendig, wie er sie in Erinnerung hat. Der Unterschied zwischen ihm und dem Mädchen aber liegt darin, daß Carrolls Alice am Ende alles Geschehene als einen Traum erkennt.

Schärfer als es seine Gegner könnten, denen es nicht um die Analyse des poetischen Teils seines Textes, sondern um die Verleumdung seiner politischen und medienkritischen Absichten geht, hat der Handke des Jahres 1966 über solche gutgemeinten Ergüsse des Handke von 1996 geurteilt: »Jedes Engagement«, schrieb er damals, »wird durch literarische Form entwirklicht.« Und weiter: »Die Literatur macht alles Wirkliche, auch das Engagement, zu Stil. ... Auch die sogenannte engagierte Literatur, obwohl gerade sie sich als realistisch bezeichnet, ist unrealistisch, romantisch« (in: *Ich bin ein Bewohner des Elfenbeinturms*, Frankfurt/M. 1972). Mit derlei bedenkenswerten Einsichten provozierte Handke damals den Haß der Linken, obwohl er keineswegs das Engagement verurteilen, sondern ihm seinen Platz zuweisen wollte – als ein Handeln außerhalb der Literatur.

Ohne zu solchen Einsichten fähig zu sein, weil das einzige, wofür er sich engagiert, sein Posten ist, hat »FAZ«-Redakteur Gustav Seibt (16.1.) die Romantik des älteren Handke und insbesondere dessen Serbien-Text als »oft kitschnahe Dingpoesie und -metaphysik« ganz zutreffend charakterisiert. Was er darüber hinaus unter den »ideologischen und poetologischen Affekten« Handkes verstehen will, weiß Seibt wohl selbst nicht. Und es ist auch gleichgültig: Seine literarische Kritik dient zu nichts anderem als dazu, die Zweifel Handkes an der hiesigen Jugoslawien-Berichterstattung ins Lächerliche zu ziehen. Ohne auch nur ein einziges Mal die Angriffe des Schriftstellers gegen die »FAZ« (»Haßleitartikler«, »Machtsektenorgan«) zu erwähnen, nennt Seibt des Schriftstellers gut belegte Kritik kurzerhand »skandalös« und »offenkundig absurd« und macht sich damit zum Handlanger der »Tendenzkartätschen« (Handke) seines Blattes.

Wenn einer eine schlechte Erzählung geschrieben hat, sind damit die Motive, sie zu schreiben, noch lange nicht erledigt. Man muß sich auch nicht in das Kriegsgebiet begeben, es genügt, die Zeitungen zu lesen, um die gezielte Dämonisierung der Serben, die ideologische Ausbeutung der (bosnischen) Opfer und die planmäßige Vertuschung der deutschen Verbrechen auf dem Balkan zu erkennen.

Mit einem ähnlichen Hauruck-Verfahren wie Seibt versucht Dunja Melcic in der »Taz« (22.1.), die durch Handke verursachte Störung der Kriegspropaganda zu beheben: Nicht nur seien Handkes Behauptungen – sie sagt nicht, welche – »unverschämt« und »tatsachenwidrig«, nein, selbst deren Diskussion sei von vornherein »ungerecht«. Es geht noch primitiver: André Glucksmann nennt, ohne die Reportage vollständig gelesen zu haben, im »Corriere della Sera« (6.1.) Handke einen »Terroristen« – wie die RAF und Sartre!

Hier bietet sich tatsächlich eine Spiegel-Welt dar – und eine kuriosere als die, in die Handke uns führt: Wenn einer den Terror der öffentlichen Meinungsmache für einen Augenblick unterbricht, heißt man ihn einen »Terroristen«. Wenn einer um Aufklärung bittet, wird er der »historischen Dummheit« (Peter Schneider, »Spiegel«, 3/96), ja des »Wahns« (Seibt) bezichtigt. Wenn einer die Kriegstreiber kritisiert, nennt man ihn einen Mann von »beachtlichem Killerinstinkt« (P. Schneider), der »über Leichen zu gehen gewillt ist« (Wolfram Schütte, »FR«, 17.1.). Und schließlich: Wenn einer die Mitwirkung anderer Mächte am Ausbruch des Krieges anspricht, »bestreitet (er) die serbische Kriegsschuld«.

Diese letzte mutwillige Verfälschung findet sich im »Spiegel« (6/96); es handelt sich um eine geradezu klassische Diffamierung: »Deutlich genug wird, mehr zwischen als in den Zeilen: Handke bestreitet die serbische Kriegsschuld, auch den oft behaupteten ›Gewalttraum von ›Großserbien‹‹.« (Auch letzteres ist eine Lüge.) Mehr in den Zeilen als zwischen ihnen vergleicht der anonyme Autor sodann Handkes Reise mit der Max Frischs 1936 nach Nazideutschland, weil ja, wie die Revisionisten zu sagen pflegen, die Analogie zwischen Serben und Nazis »evident« ist. Und weil zwischen Nazis und Bolschewiken schon länger kein Unterschied mehr gemacht wird, folgen sogleich Anspielungen auf Reisen bekannter Schriftsteller in die Sowjetunion. Man wartet also nur noch darauf, wann Handke ein Nazi genannt wird.

Als Kommunist oder zumindest als Linksradikaler gilt er schon jetzt: Thomas Schmid, der Chefredakteur der »Taz«, glaubt in Handkes Text »die Denkmuster einer gigantischen Verschwörungstheorie« wiederzuerkennen, »die uns gerade linke Blätter wie KONKRET und ›junge Welt‹ seit Jahren anbieten, wenn es um das Begreifen der größten Tragödie der europäischen Nachkriegszeit geht« – und das ist zweifellos der Untergang der linken Intelligenz, zu dem Leute wie Schmid tatkräftig beigetragen haben. Das Attribut »links« dient ihnen heute nur noch zur Denunziation.

Die Bereitwilligkeit der »Taz«, Drecksarbeiten zu übernehmen, für die sich »FAZ« und »Welt« zu fein sind, konnte sie auch in der Handke-Debatte erweisen. Zwar durfte nach Wolfgang Michal dieses Mal Willi Winkler die undankbare Aufgabe übernehmen, in der Kriegstreiber-Zeitung Demokratie zu simulieren. Er nahm (am 19.1.) für Handke und vor allem gegen den martialischen Peter Schneider Stellung, weshalb Winkler – ob man ihn mag oder nicht, einer der bekanntesten Publizisten Deutschlands – in dem auf den Aust gekommenen Nachrichtenmagazin nur noch »ein Journalist« genannt, also zur Persona non grata erklärt wurde.

Nach Winklers Polemik plazierte die »Taz« in der an Merkwürdigkeiten nicht gerade armen Debatte die wohl merkwürdigste Stellungnahme: Marcel Ophüls' »Die Wut« (22.1.). In »Die Wut« erklärt Ophüls dem »bleichen Literaten«, warum man Karadzic nicht mit »Herr Präsident« anreden darf – weil er nämlich Präsident einer »nicht existierenden Republik« sei. Auf diesem Niveau will Ophüls Handkes Einspruch gegen die Karadzic-Klischees wegdisputieren. An mehreren Beispielen schildert der »Taz«-Autor den Einsatz tapferer Reporter. Einem ist es im Verkehrshubschrauber »zu blöd« geworden, weshalb er sich nach Sarajevo versetzen ließ, als es dort »am gefährlichsten« war, ein anderer lief »Hunderte Kilometer durch den tiefen Schnee«. Handke habe keine »Qualifikation«, über eine Sache zu schreiben, »in der vierzig Journalisten ihr Leben verloren haben«. Der Schriftsteller hat nämlich kein Bein im Krieg verloren, er hat nicht einmal Narben vorzuweisen.

Doch damit nicht genug: Handke, der sich nebenbei über die unappetitlichen Bulletins der »Le Monde« zu Mitterrands Krebskrankheit mokiert, habe damit, so Ophüls, den verstorbenen Staatspräsidenten gegen Journalisten verteidigt, die Mitterrands Vichy-Vergangenheit aufdecken wollten. Davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Aber es geht längst nicht mehr um Logik, um Argumente: Weil Handke sich über Ophüls' Freund Finkielkraut empört, der Emir Kusturicas Film »Underground« verdammte, ohne ihn gesehen zu haben, läßt der Dokumentarfilmer Ophüls seinem Haß auf Kusturica freien Lauf. Dieser präsentiere sich »in moderner Fassbinder-Manier, also mürrisch«, er bade sich »im brutalen Narzißmus und unrasiert im Smoking«. Die Fügung »Emir Kusturica samt Blasmusik und Sexorgien« schließlich ruft die Erinnerung an den Feldzug wach, den Ophüls gegen das nach seinem Vater benannte Saarbrücker »Max-Ophüls-Festival« führte, weil dort ein Film prämiert worden war, in dem u.a. ein Schwuler einem anderen ins Gesicht pinkelt.

Daß Ophüls' Polemik gedruckt wurde, ist – das sieht auch Handke – vor allem traurig, denn sie ist von einem Künstler verfaßt, der so hervorragende Filme wie »Hotel Terminus« gedreht hat und der nun in einem einsamen Rufer partout einen »Mitläufer« sehen will. Als aber der Angegriffene mit gutem Grund vermutet, Ophüls sei »durchgedreht, vielleicht ist das

Altersirrsinn« (»Zeit«, 2.2.), ergreift »Taz«-Kulturredakteur Jörg Lau das Wort (3./4. 2.), der schon zur Grass-Kontroverse wenn nicht den dümmsten, so doch den devotesten Kommentar beigesteuert hatte. Handke wolle Ophüls entmündigen, behauptet Lau, als ob er und seine Kollegen das nicht längst besorgt hätten, indem sie den wirren Text des Regisseurs veröffentlichten.

Nach diesen Infamien und Idiotien aber klingt Handkes Hoffnung reichlich verblasen, »die Geschichte« persönlich werde es »FAZ«, »Le Monde« und »Spiegel« »nie verzeihen«, wie »kriminell«, ja »auf andere Weise kriegsverbrecherisch« sie die Geschehnisse in Jugoslawien verzerrt haben. Viel wahrscheinlicher ist, daß niemals Gericht gehalten werden wird über die, unter deren publizistischem Feuerschutz abermals eine deutsche Armee auf dem Balkan marschiert. Und da ist es mir immer noch lieber, von einem zu lesen, der glaubte, in das Land hinter den Spiegeln gelangen zu können, und der, als er dachte, dort angekommen zu sein, nur sich selbst spiegelte.

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 2/96 u.a. über »Lettre International«

Konkret 03/96, S. 53

Zu Protokoll

Die Gekürzte Ausschrift des 33. »Baden-Badener Disputs« vom 30.12.95 (ausgestrahlt vom SWF, wiederholt von 3sat am 22.1.96). Teilnehmer: Ernst Benda (Jurist), Jörg Drews (Literaturwissenschaftler), Alfred Grosser (Politologe), Gertrud Höhler (Unternehmensberaterin), Adolf Muschg (Schriftsteller), Kurt Sontheimer (Politologe), Peter Sloterdijk (Philosoph), Michael Stürmer (Historiker). Thema des Disputs: »Faschismus«. Verfassung der Gesprächsteilnehmer: aus unterschiedlichen Gründen alarmiert

Grosser: Ich weiß mit dem Wort Faschismus überhaupt nichts anzufangen. Ich kenne ihn in der Form des italienischen Faschismus und in seinem Gebrauch als Antifaschismus, was eine der Möglichkeiten war zu sagen, der Stalinismus ist gut. Wie die Verteidigung von Gysi heute. Und wenn man den Hitler-Faschismus Faschismus nennt, dann gehe ich die Wände rauf, denn das ist eine solche Bagatellisierung von Auschwitz und von Dutzenden von Millionen Toten des Weltkrieges, daß ich das nicht mitmachen kann. Faschismus ist für mich ein Begriff, der zu einer intellektuellen Untersuchung nicht taugt.

Höhler: Diese Ausweitung der Anwendung eines solchen Begriffes ist unser Thema. Warum funktioniert das so gut? Wer benutzt ihn? Gegen wen mit welchen Motiven? Wie kommt es dazu, daß eine solche Vokabel sich wie eine wuchernde Pflanze ins Denken und Handeln und Abgrenzen in einer freien Gesellschaft einschleicht? Die beiden Enden der Skala ähneln sich ja in fast allem. Die extreme Rechte und die extreme Linke haben verbindende Merkmale. Nur, was den Faschismus doch vom Kommunismus unterscheidet, ist für meine Begriffe das heillose Gemisch von Motiven, aus denen ein Dach gefügt wird, unter dem sich im Ernstfall alle Schichten einfinden, weil für jeden etwas dabei ist. Das ist schon eine ernst zu nehmende Sache, weil wir uns fragen müssen, in welcher Gestalt könnte das noch einmal wieder möglich sein.

Muschg: Ein ganz wesentliches Unterscheidungsmerkmal ist der Antiintellektualismus aller faschistischen Strömungen, während es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geradezu ein Zeichen des Intellektuellen war, Antifaschist oder, sagen wir es deutsch, Kommunist zu sein.

Sontheimer: Ich kann nicht erkennen, warum gerade jetzt, wenn wir etwa auf Deutschland blicken oder auf die umliegenden europäischen Nachbarn, das Thema Faschismus in einer solchen Weise im Vordergrund stehen sollte. Gewiß, die kommunistische Seite ist sozusagen untergegangen, spielt vielleicht in den osteuropäischen Ländern demnächst bald wieder eine Rolle. Aber ich kann überhaupt nicht erkennen, daß jetzt eine starke faschistische Gefahr uns droht. Denn immerhin ist es doch mindestens der Bundesrepublik gelungen, ein einigermaßen akzeptables demokratisches Regime aufrechtzuerhalten. Es gibt Phänomene von Ausgrenzung, es gab den Fremdenhaß und all diese Dinge, das ist ja gar nicht zu leugnen. Aber daß wir eine faschistische Bewegung hätten oder gar eine intellektuelle Rechte, die von einigermaßen großem Belang wäre in der Bundesrepublik, das kann ich tatsächlich nicht sehen.

Drews: Was uns wahrscheinlich alle bewegt, ist eine Angst, es könnte doch sich irgendwann wieder was zusammenballen. Die Frage ist, ob man das dann noch Faschismus nennen soll. Denn die Schwierigkeit ist ja wohl der historische Begriff Faschismus, sagen wir mal entworfen von so jemand wie den Leuten der kritischen Theorie. Scheint mir immer noch ein sehr diskutabler Begriff zu sein, der ist aus bestimmten neomarxistischen Annahmen abgeleitet und kombiniert mit bestimmten sozialpsychologischen Beobachtungen. Das zweite ist, was mache ich, wenn in Griechenland noch vor 20 Jahren eine Militärdiktatur ausgerufen wird oder mit Pinochet usw., sage ich dann in jedem einzelnen Fall: Faschismus? Das ist das, wo wir alle sauer werden und sagen, guck lieber genau hin auf die spezifischen Bedingungen, ist das wirklich dasselbe, was vor 30, 40, 50, 60 Jahren gedroht hat und explodiert ist?

Benda: Ich würde mit Herrn Grosser darin übereinstimmen, daß der Begriff, der unendlich oft mißbraucht worden ist, so ein Totschlagswort ist, um Dinge, die man nicht mag, die man als schlecht empfindet, moralisch abzuqualifizieren und sich zugleich, indem man antifaschistisch redet, eine Art Heiligenschein zuzulegen. Insofern ist der Begriff also schwer verwendbar.

Stürmer: Faschismus ist ein Begriff, den man für eine Weile mal in die Archive der Historiker geben sollte. Er ist zu nichts brauchbar. Er ist ein denunziatorischer Begriff, er gilt für Italien in der Epoche zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Da hat er seinen Sinn, das war die Selbstbezeichnung des Regimes.

Muschg: Wichtig ist an dieser Debatte ja nicht, ob wir den historischen Faschismus noch mal abstempeln. Wichtig ist, ob wir bereit sind, Strukturen, die jenseits des historischen Faschismus in allen möglichen Verkleidungen, Verwandlungen wieder auftreten, zu benennen. Ich habe keine Mühe, das mit diesem Namen zu belegen.

Höhler: Ich will mal auf Merkmale des historisch als Faschismus aufgetretenen Phänomens kommen, die mir wichtig scheinen, wenn wir verstehen wollen, was dem zugrundeliegt. Es ist etwas, was zunächst mal wie Pluralismus auftritt, nämlich synkretistisch, also eine große Duldsamkeit, sogar Zustimmung zu religiösen Überzeugungen, weil sie Bindemittel

sind, um Menschen in die gleiche Richtung zu lenken. Da wird also ein Konsensersatz hergestellt, der auch Schichten verbindet, die im übrigen auseinanderdriften. Schließlich der antiintellektuelle Touch. Und da kann man natürlich sagen, wir haben heute eine Gesamtkultur, in der zum Beispiel über die Medien antiintellektuelle Schübe durchaus spürbar sind.

Wenn ich Voraussetzungen nennen soll, die das, was im Faschismus genutzt worden ist von Leuten, die die Macht ergriffen haben, für heute belegen, dann muß man sagen: die Unübersichtlichkeit der Verhältnisse, das Fehlen einer klaren Vision, nach dem Verlust der Welt der Blöcke auch die öffentliche Aufforderung, Feindbilder ad acta zu legen – eine ganz schwierige Sache für die meisten Menschen, die sich ja ihr Gefühl, wo sie hingehören, dadurch sichern, daß sie Feinde haben. Dieses Global-denken-Sollen ist ja auch eine Aufforderung, die Menschen Orientierung kostet. Wir haben also eine Reihe von Voraussetzungen, angesichts deren man durchaus fragen kann, was sein wird, wenn jemand kommt und sagt, Freunde, ihr, die ihr auf diesem Territorium wohnt, ihr gehört schon deshalb zusammen. Könnte kaum einer »Nein« sagen.

Sontheimer: Daß bestimmte Phänomene dem Faschismus Vorschub geleistet und ihn historisch ermöglicht haben, wird man schwer in Abrede stellen können. Es ist ja so, daß in unseren modernen Gesellschaften der Faschismus immer latent ist. Aber jetzt haben wir uns ein Dilemma geschaffen, indem wir so entschieden gesagt haben, wir dürfen das nicht Faschismus nennen. Und ich frage, wie soll man es dann nennen, solange wir keine überzeugende andere Vokabel dafür haben?

Drews: Machen wir es doch mal konkret. Tatsache ist, daß offenbar ja die Zuwanderung nach Deutschland nicht zu stoppen ist, das heißt, daß wir uns darauf einrichten müssen, daß wir eine erhebliche Quote von Zuwanderern trotz der Verschärfung der Asylgesetze haben werden und damit wahrscheinlich über viele Jahre leben müssen. Es sei denn, wir würden uns auf eine Art und Weise abschotten, wie sie human nicht vertretbar und wirtschaftlich auch gar nicht möglich ist. Wenn man sagt, das ist etwas, was sehr viele Leute beunruhigt oder doch zumindest verunsichert, ist das schon eine faschistische Reaktion oder ist das einfach eine ganz normale menschliche Reaktion?

Stürmer: Dieser Faschismusbegriff ist ein Diskussions-, Gesprächs- und Gedankenkiller. Im Namen der intellektuellen Freiheit killt er die intellektuelle Freiheit. Wir müssen die intellektuelle Anstrengung machen, daß wir begreifen, historisch, daß der Faschismus in Italien aus einer Reihe von Quellen gezehrt hat, trüben und gar nicht so trüben, ehrenwerten. Der Nationalsozialismus hat eine Menge in sich aufgenommen, und dann, als er zusammenbrach, ist das wieder freigesetzt worden. Und einiges davon wird ständig in allen Geschichtsbüchern dargestellt, und anderes wird eher tabuiert. Die Nazis waren unter anderem sehr für die Natur. Sie waren für die Gleichheit der Menschen. Sie waren für die deutsche Einheitsschule. Sie waren für die Familie und viele andere schöne Dinge. Das darf man bitte alles nicht so wegtun.

Sloterdijk: Drews beschreibt ein Szenario, von dem ich glaube, daß es tatsächlich Sprengstoff enthält: Diese ungeheure Zuwanderung, die übrigens in allen europäischen Nationen ein gewaltiges Störpotential freisetzt. Der Faschismus ist, wie Umberto Eco richtig sagt, ja kein substantielles Phänomen, sondern ein Phänomen einer Zuspitzung. Aber er hat die zwei wichtigsten Kriterien nicht genannt, die für diese Zuspitzungen eine Rolle spielen. Das eine ist, daß unzufriedene Massen auf der einen Seite und unzufriedene Propheten auf der anderen Seite einander finden. Und das zweite: Die bisherigen Faschismen waren alle Biopolitiker. Sie waren Naturalisten. Aber nicht, weil sie die grüne Natur geliebt haben, sondern sie haben versucht, wie Hitler selber sagt, die grausame Göttin Natur zu verinnerlichen. Sie haben versucht, Naturgrausamkeit gegen 2.000 Jahre Humanismus auf den Schild zu heben. Und das ist eine Botschaft, die sehr gefährlich ist und sehr ansteckend. Das ist sozusagen die Pest in der Menschenwelt, wenn man versucht, einen unmittelbaren biopolitischen Naturalismus wieder als Verkehrsform unter Menschen gängig zu machen.

Ich glaube, wenn es wieder einen Faschismus oder ein faschistoides Phänomen geben wird, und es spricht manches dafür, dann wird es kein unmittelbarer biopolitischer Faschismus sein, sondern es wird ein Standortfaschismus sein. Und das hat damit zu tun, daß jetzt auf der Welt eine neuartige Form von Konkurrenz auftritt. Im Naturalismus glauben Menschen daran, daß es Sieger und Verlierer gibt, daß es Beutetiere gibt und Beutemacher. Und diesmal ist der Ort, an dem die Beute gemacht wird, der Standort. Und die Menschen spüren heute, daß auf der Erde ganz gewaltige Verschiebungen stattfinden, wo Vorteile, die bisher an den Standort gebunden waren, nun auswandern. Das hat damit zu tun, daß das Kapital ein vaterlandsloser Geselle ist, der vaterlandslose Geselle aller Vaterlandslosen.

Das Problem ist, daß heute die Standorte sich aufladen, daß also die Menschen am Ort plötzlich bitter werden. Das zeigt die Richtung, aus der die neuen Konflikte kommen könnten. Es zeigt aber auch zugleich die Begrenztheit des Gefahrenpotentials, weil man Standorte insgesamt nicht mehr so politisieren kann. Das macht dann jeder Ort für sich. Es werden eben eher Formen von regionaler Pest ausbrechen. Das hat man ja auf dem Balkan gesehen. Es sind regionale Seuchen, die Standortcharakter haben und die von den Medien eher niedergehalten werden.

Benda: Wir haben die Diskussion über den Zustrom von Ausländern, Asylsuchenden, Flüchtlingen, allen möglichen Leuten, die eine Weile drohte, außer Kontrolle zu geraten, und die damit eine Emotionalisierung der Politik bewirkt hätte, die dann von irgendeinem Zeitpunkt an möglicherweise unkontrollierbar gewesen wäre. Nun scheint mir interessant zu

sein, daß dies kein Problem war dessen, was wir als Faschismus bezeichnen. Die wahnwitzige Rassenideologie, die mußte erfunden werden. Die hatte keinen realen Hintergrund, sondern das war ein Kunstgebilde. Es gab kein Fremdenproblem, es gab überhaupt keine Flüchtlinge oder Leute, die versuchten, nach Deutschland zu kommen. Wir haben es also heute mit einem Problem zu tun, das es zur damaligen Zeit überhaupt nicht gegeben hat. Und dennoch haben wir Anlaß zu befürchten, daß an diesem Punkte die Emotionen der Menschen aufwachen werden und daß die Politik vielleicht nicht in der Lage sein wird – und die Menschen auch nicht – , damit rational umzugehen. Ob wir das Faschismus nennen oder wie immer ...

Grosser: In Nanterre wurde der Dekan, der ein harter Widerstandskämpfer und im KZ gewesen ist, Faschist genannt, weil er nicht alles erlauben wollte. Das hatte keinen Bezug auf den Holocaust, das war eine Benutzung des Begriffes, um alles, was irgendwie mit Struktur, Institution, Autorität zu tun hat, zu verunglimpfen. Und deswegen ist er nicht benutzbar.

Höhler: Ich würde die Frage zumindest wichtig nehmen, ob die Wiederkehr gleicher Anfälligkeiten in ganz neuer Gestalt uns nicht deshalb jedesmal überrascht und zu spät bewußt wird, weil die Grundlagen scheinbar ganz andere sind. Es lohnt sich schon, darüber nachzudenken. Uns geht es doch um die am Grunde liegenden Phänomene, die dann historisch auch einmal zum Faschismus geführt haben. Darum geht es. Es geht mir um Anfälligkeiten von Gesellschaften, die, ohne es so recht zu merken, in Bedrängnis geraten. Und daß wir in Bedrängnis sind, das ist ja außer Zweifel.

Benda: Hedonismus geht gut, solange es gut geht. Und eines Tages geht es vielleicht nicht mehr gut, wenn es dann nämlich schwierig wird. Und dann wird nach Heroismus gefragt werden. Und wenn diese Situation kommt, dann haben Leute vom Typ Haider oder andere ... wir haben im Augenblick keine Figur, die das personalisiert. Aber dann haben die ihre Chance. Dann könnte das in einer anderen Form alles wieder von vorn losgehen.

Drews: Unter einer Voraussetzung. Das Problem Zuwanderung etwa wird nur dann explosiv, wenn noch etwas anderes dazukommt. Zum Beispiel eine wirtschaftliche Krise.

Höhler: Aber was haben wir denn?

Sontheimer: Frau Höhler hat gesagt, daß wir Gefahren ausgesetzt sind, die wir gar nicht richtig kennen, weil sie in ganz neuer Gestalt sich darbieten, und daß wir, sie nicht erkennend, in ähnlicher Form in etwas Faschistisches hineinschlittern, was wir gar nicht wollen. Das Problem ist, wie kommen wir aus dieser Schwierigkeit heraus? Denn das Neue, das da sich anbahnt, müßte doch in seiner ganzen Problematik erkannt werden. So, wie Sie es definieren, ist es fast unerkennbar, und dann sind wir nicht in der Lage, irgend etwas dagegen zu tun.

Sloterdijk: Wir haben dieselben Arten von Emotionen, die im historischen Faschismus gebündelt waren, wo der Führer zugleich der Popstar war, der Politiker als Popstar auftrat, wieder entflochten. Darauf beruht die relative Stabilität: auf der bremsenden Wirkung der Individualisierung, darauf, daß die heutigen Menschen sich nicht so leicht zu solchen großen kalten Haufen zusammenrotten, wie sie in Nürnberg geschäumt haben. Aber ich glaube, daß das Denken in Ganzheitsbegriffen nicht ausgestanden ist und daß wir im Zeichen der »Einen Erde«, im Zeichen also der grünen Thematik auf eine Periode zusteuern, in der ein neuer Diskurs über das Opfer, ein neuer Diskurs über die Lebenshärten, sogar über die Selektion geführt werden wird. Hitler wird wieder aktuell werden, nicht bei uns, aber in anderen Teilen der Erde, weil er einfach Menschenmordprogramme relegitimiert hat. Er hat den Terminator gespielt. Das ist eine Fragestellung, die das 21. Jahrhundert wahrscheinlich heraufkommen sieht.

Ich glaube, daß in der Dritten Welt solche Dinge geschehen werden, und zwar an den Rändern. Der Nord-Süd-Konflikt hat eigentlich heute schon diese Struktur, weil die Hilfsgüter so knapp sind, daß die Uno-Beamten bereits Terminatorfunktionen wahrnehmen. Sie entscheiden über die Zuweisung der Subsidien, der Unterstützung, darüber, wo gestorben wird und wo nicht.

Grosser: Ich weiß mit dem Begriff der Dritten Welt nichts mehr anzufangen, und mit dem Wort Kapital auch nicht. Das Wort Kapital heizt auf, unnötig. Nicht nur das Kapital ist weltweit, sondern auch die Elektronik und der Aufschwung armer Länder. Das heißt: Wenn Malaysia einen Aufschwung bekommt, kann das auf unsere Kosten sein, wie das in jeder weltweiten Verteilung unvermeidlich ist.

Sloterdijk: Es gab den Glauben bestimmter Völker daran, daß sie ein größeres Lebensrecht haben als andere. Und diese Frage ist nicht ausgestanden. Die Wohlstandsnationen haben ihr wahres Gesicht in dieser Frage noch nicht gezeigt, weil sie noch nicht getestet worden sind. Die Teilungsfrage, die Sie ansprechen, wird das Thema des 21. Jahrhunderts sein. Und ich bin mir nicht sicher, ob nicht dieses Gefühl von Selbsternennung und Selbstermächtigung, das ja allen europäischen Nationalstaaten zugrunde liegt, nicht doch noch in der Luft liegt.

Konkret 03/96, S. 56

Georg Fülberth

Buch & Deckel

Steffen Mensching: Berliner Elegien. Faber & Faber, Leipzig 1995, 80 Seiten, 24 Mark

Zu den Belegen für verfeinerten Historischen Materialismus, welche der Untergang des Sozialismus bereitstellte, gehört die Demonstration, daß der Überbau die Basis oft lange überdauert. Von der Deutschen Demokratischen Republik sind nicht nur zwei Boxer übriggeblieben, sondern mehrere Literaten. So hat die Germanistik nach Klassik, Romantik, Expressionismus etc. nun ein weiteres Phänomen fürs Habilitieren: Nach-DDR. Selbstverständlich sind literarische Perioden immer kurz.

Doch handelt es sich nicht in erster Linie um das Überleben von Betagten. Es gibt eine Alterskohorte von Schriftstellerinnen und Schriftstellern, die um 1960 geboren wurden, in der DDR – nicht recht zugehörig – anfingen und in der BRD weiterschreiben, ohne dort ankommen zu wollen. Der Büchner-Preisträger Durs Grünbein, Dresden/Berlin, allerdings hatte das vielleicht von Anfang an hinter sich. Sein Verlag, Suhrkamp, zitiert beifällig Schirrmacher, dies sei »die erste genuine Stimme der neuen Republik«.

Andere sind nicht so schnell. Zum Beispiel Steffen Mensching, sonst (zusammen mit seinem Kompagnon Hans Eckhardt Wenzel) vor allem durch Zweimann-Bühnen-Programme bekannt, die Sie allenfalls mal im Spätprogramm sehen können. Sein neuester Gedichtband hat leider einen konventionellen Titel: *Berliner Elegien*. Die Verse sind besser, und sie sind besonders lesbar, wo er Intervalle beschreibt, die DDR als Zukunft hinter sich, die Vergangenheit als BRD vor sich. Zum Beispiel:

»Am Tag als der Kanzler Live / Übertragen, das Bad in der Menge / Jubelnder Arschlöcher nahm, / Vor dem Hotel Bellevue (Schöne / Aussicht) in Dresden, fuhr ich, / Ebenfalls Arschloch, in Weimar, / mit meinem Wartburg, Abschied / Zu nehmen, zum Ettersberg / Hoch, noch nicht wissend wovon«

Staatenlose Lyrik. Wie lange geht das ohne DDR? Und was kommt danach? Fragen wir in ein paar Jahren wieder – beim selben Autor und bei den besseren Schreibkräften aus dem abgestorbenen Staat.

Konkret 03/96, S. 56

Carsten Otte

Buch & Deckel

□ Zeitschrift f□ r kritische Theorie□ : erscheint □ □ eimal im Jahr bei □ u Klampen, L□ neburg; Herausgeber: Gerhard Sch□ eppenh□ user, Preis des Ein□ elheftes 24 Mark

Auch wenn es eine kritische Theorie im Sinne einer philosophischen Schule nie gegeben hat und nie geben wird, läßt sich nicht leugnen, daß die Bündelung der Kräfte, die eine kritische Theorie der Gesellschaft betreiben wollen, insbesondere in Zeiten sinnvoll ist, in denen die wissenschaftlichen Apparate dem partikularisierenden Zwang blind zu folgen scheinen. Nachdem Jürgen Habermas aber die kritische Theorie mit Hilfe seines Modells einer anzustrebenden Diskursgemeinschaft in ihr Gegenteil verkehrt, nämlich negative Dialektik in affirmative Standpunktphilosophie überführt hatte, gab es kein Forum mehr für jene, die das kommunikative Sonderangebot ausschlugen. Was von kritischer Theorie übrigblieb, marginalisierte sich selbst. Identitätsfindung im Diskurs verdrängte die Kritik, und die Kritiker der Identität verzogen sich in ihr Schneckenhaus.

Das soll nun anders werden. Der Lüneburger zu Klampen Verlag hat die »Zeitschrift für kritische Theorie« initiiert, deren Redaktion sich zweierlei vorgenommen hat: Die »materiale Anwendung kritischer Theorie auf aktuelle Gegenstände und ein Gespräch zwischen den methodologischen Auffassungen über die heutige Form kritischer Theorie«. In dieser Auseinandersetzung soll es insbesondere darum gehen, »den Zusammenhang von gesellschafts-theoretischer und philosophischer Begriffsbildung neu zu explizieren«. Das ist zentral. Denn nur wenn die neue Zeitschrift in der Lage ist, gesellschaftstheoretisch einzuholen, was philosophischer Begriffsbildung heutzutage abgeht, wird sie den gewöhnlichen Rahmen eines akademischen Blättchens sprengen.

Die »Zeitschrift für kritische Theorie« wird zweimal im Jahr erscheinen und, laut ihres Herausgebers, jeweils drei Abteilungen enthalten. Neben »Abhandlungen« über Fragen der kritischen Theorie stehen »Einlassungen« über aktuelle Themen. Jede Ausgabe wird in einem abschließenden Rezensionsteil Arbeiten vorstellen, »die entweder Themen und Stationen der kritischen Theorie zum Gegenstand haben oder Gegenstände bearbeiten, die für die aktuelle Arbeit an einer gegenwärtigen kritischen Theorie der Gesellschaft von Bedeutung sind«.

Konkret 03/96, S. 56

Jürgen Roth

Buch & Deckel

Stefan Müller-Dohm/Klaus Neumann-Braun (Hg.): Kulturinszenierungen. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1995, 380 S., 24,80 Mark

Je brachialer das Fernsehen, die »Erlebniskulturen« und der zeitgenössische Theaterwahn die Herrschaft über das gesellschaftliche Leben an sich reißen, desto gewaltiger scheinen auch die Bemühungen ins Kraut zu schießen, dem medialen Einerlei und seinen schillernden Oberflächenformen begrifflich zu Leibe zu rücken. Mit Baudrillard, Virilio und Flusser sowie schließlich dem famosen Norbert Bolz (Telekom) dürfte zwar eigentlich alles in die Welt gesetzt worden sein, was an Quatsch- und Käsebelletristik auch nur irgend auszuhecken ist, aber wie es kommen kann, so kommt es: mit dem bei Suhrkamp erschienenen und gar nicht mal so üblen Sammelband *Kulturinszenierungen* ein erneuter, diesmal seriös-akademisch ambitionierter Versuch, die blöde blöde Postmoderne auf dem Feld ihrer »Kulturleistungen« zu begutachten.

Neben der allseits in Anschlag gebrachten »Simulation« hat wohl kein zweiter Begriff eine so denkwürdig steile Karriere hinter sich gebracht wie jener der »Inszenierung«. Vom schrillen Huch!-und-Hach!-Museum, von radiogestützter »Gefühlsinszenierung«, Streitkulturdiskursinszenierung, im Grunde auch »Nacktheit zwischen privater und medialer Inszenierung« bis hin zu demnächst evtl. nanotechnologischer Teilchenbeschleunigung im Simulationsraum sozialer Konfliktinszenierung ist seither alles drin – und den Herausgebern von *Kulturinszenierungen* eine immerhin abwägende, keineswegs voreilig affirmative Erörterung wert.

Soviel nämlich ist einem Großteil der überwiegend gediegenen, bis zur universitären Starrsinnigkeit gemächlich vor sich hinuntersuchenden Beiträge gemein, daß sie weder in das Irrsinnsgeblöke eines Botho Strauß vom drohenden telekratischen »Totalitarismus«, gar Fernseh-Faschismus einfallen, noch das Papperlapapp über eine alles an sich reißende mediale Wirklichkeits-Konstruktion abermals herunterkaspern. Auch wenn ausgedehnt die Rede ist von symbolisch fehlbesetzter Imagination, hybrider Visualität, falscher Emphase der Bildmedien, intransparenter Visualisierung und umfassender Semiotisierung: Nach wie vor nur von diskursversierten Schwätzern zu leugnende Zusammenhänge zwischen – sagen wir – Kapitalismus und Kultur werden in teils akribischen Sequenzanalysen und Sendungsprotokollen bekräftigt.

Andererseits läßt trotz gewissenhafter Zurückhaltung in Fragen der allerneusten Modemedientheorie die mitunter begeisterte Anwendung wahlweise tiefenhermeneutischer, hermeneutisch-wissenssoziologischer oder lebenswelt-kommunikationsanalytischer Methoden in Vergessenheit geraten, daß der Kulturbegriff, den man als symbolische Interaktionsform gegen die Ritualisierung der Alltagswelten produktiv zu machen versucht, eine höchst zweifelhafte Kategorie ist, mit der sich allenfalls Verbesserungsvorschläge formulieren lassen wie: »Im Funk« seien »Sendungen und Beiträge« vonnöten, »denen eine Art kritische Hermeneutik eingeschrieben ist, die ästhetische Draperien erkennen, das inszenierungslogische Klischee vom ernstzunehmenden Diskurs-gehalt des Kulturellen schei-den können« (Harro Zimmermann).

Weiß der Kuckuck, allzu helles Licht bringt so was auch wieder nicht in die finstere Welt, in diese letztlich kaum zu fliehende Medieninszenierungsexistenz, die von Gestalten wie Kai Pflaume (»Nur die Liebe zählt!«) bevölkert wird, von dem es u.a. heißt, er agiere als »gedankentiefer Nachgeber«. Ja, hier weiß ich aber jetzt wirklich nicht mehr weiter.

Konkret 03/96, S. 57

Michael Hahn

Buch & Deckel

Gar Alperovitz: Hiroshima. Die Entscheidung für den Abwurf der Bombe. Hamburger Edition 1995, 963 S., 78 Mark.

Die Hauptthese steckt schon im Untertitel: Der Abwurf der Atombombe auf Hiroshima beruhte auf einer Entscheidung. Diese Feststellung scheint banal, ist aber nicht selbstverständlich. Es gibt nämlich keinen formalen Erlaß Trumans, keine Dokumente (zumindest keine öffentlich zugänglichen) über Sitzungen, auf denen der US-Präsident und seine Minister und Berater über Pro und Kontra diskutiert und eine entsprechende Entscheidung gefällt hätten.

Das hat zu den verschiedensten Interpretationen geführt. Die einen sehen den Atombombeneinsatz gegen Japan als Ausdruck einer allgemeinen Verrohung von Politik und Kriegsführung im 20. Jahrhundert (»Von Auschwitz bis Hiroshima«), die anderen als Resultat von militärischen, technologischen oder bürokratischen »Sachzwängen«. Wieder andere verirren sich in psychologisierenden Deutungen (so der US-amerikanische Psychiater Robert Jay Lifton in der Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, das auch die deutsche Übersetzung von Alperovitz` Buch herausgibt). Politische Interessen und bewußte Entschlüsse bleiben unberücksichtigt.

Anders Alperovitz: Er zeichnet nach, wie mehrere klare Entscheidungen zur nuklearen Zerstörung Hiroshimas führten. Die beiden wichtigsten: Erstens setzten die US-Amerikaner auf der Potsdamer Konferenz knapp drei Wochen vor dem Atombombenabwurf eine harte Linie gegenüber Japan durch. Kernpunkt war die Forderung nach einer »bedingungslosen Kapitulation«. Alperovitz weist nach, daß – mit der entscheidenden Ausnahme von Außenminister James Byrnes – *alle* wichtigen Berater Trumans dafür waren, Sicherheitsgarantien für den japanischen Kaiser auszusprechen, um Tokio die Kapitulation zu erleichtern (daß dem Tenno kein Haar gekrümmt werden sollte, stand ohnehin fest). Trotzdem verweigerte der US-Präsident eine solche Zusicherung.

Zweitens entschied sich die US-Regierung dagegen abzuwarten, wie Japan auf die sowjetische Kriegserklärung von Anfang August reagieren würde. Auch hier erwarteten die Berater (und Truman selbst!), daß der sowjetische Angriff die japanische Militärführung rasch demoralisieren und zur Kapitulation bringen würde. Trotzdem wurde Hiroshima zwei Tage vor der sowjetischen Kriegserklärung bombardiert, Nagasaki am Tag danach.

Die »offizielle« US-amerikanische Geschichtsschreibung behauptet, daß Truman mit der Atombombe das Gemetzel im Pazifik möglichst rasch beenden wollte. Warum dann hat der US-Präsident systematisch alle anderen Möglichkeiten, zu einer (womöglich noch rascheren) japanischen Kapitulation zu kommen, ausgeschlossen?

Zwar schießt Alperovitz übers Ziel hinaus, wo er sich zu »was-wäre-passiert-wenn«-Spekulationen hinreißen läßt (z.B.: »*Fest steht*, daß man]ein früheres Kriegsende sehr wohl leicht durch eine frühzeitige Klarstellung der Kapitulationsbedingungen hätte erreichen können«). Ob die japanische Führung wirklich kapituliert hätte, weiß niemand. Selbst nach dem zweiten Atombombenabwurf (auf Nagasaki) gab es immer noch Hardliner in der Armee, die weiterkämpfen wollten. Die »übernatürliche« Kraft der Bombe gab dem Kaiser eine passende Ausflucht. »Fest steht« zwar nicht, daß Japan *mit* einer Kaiser-Garantie kapituliert hätte – aber sicher ist (wie Alperovitz zeigt), daß die Verantwortlichen in Washington wußten, daß *ohne* Garantie *keine* Kapitulation zu erwarten war. Warum wurde die entsprechende Zusicherung trotzdem verweigert?

Und warum hatte Truman monatelang auf sowjetischen Beistand gegen Japan gedrängt – aber versucht, in Potsdam plötzlich ein sowjetisches Eingreifen hinauszuzögern? Die abrupte Kehrtwendung läßt sich nur mit dem ersten erfolgreichen Atombombenversuch am 16. Juli 1945 in Alamogordo in der Wüste von New Mexico erklären. Nachdem Truman und Churchill die entsprechende Nachricht erhalten hatten, »gingen sie zur nächsten Sitzung (mit Stalin) wie kleine Jungen, die einen großen roten Apfel versteckt bei sich tragen«, zitiert Alperovitz aus dem Tagebuch John McCloys.

Mit der neuen Waffe in der Hand schwenkte Truman auf eine absolut kompromißlose Haltung gegenüber Stalin um – vor allem bei den Verhandlungen über die *europäische* Nachkriegsordnung. Davon profitierte (West-)Deutschland. Denn die Bombe beseitigte »das größte Problem für die amerikanische Diplomatie« (Alperovitz) – die Frage, wie sich ein militärisches Wiedererstarken Deutschlands verhindern ließ. Vor Alamogordo waren die USA dafür auf eine Kooperation mit der Sowjetunion angewiesen. Alperovitz: »Die Bombe machte nicht nur jegliche russische Hilfe bei der Überwachung Deutschlands überflüssig, sondern dadurch wurde auch die Idee ziemlich nebensächlich, Industrieanlagen abzutransportieren, um das deutsche Rüstungspotential zu schwächen.« Die USA schraubten ihre Reparationsforderungen herunter, die Sowjetunion durfte sich nur noch in ihrer (überwiegend agrarischen) Besatzungszone Entschädigungen besorgen. Jetzt mußte man »nur« noch die Zerstörungskraft der Bombe demonstrieren – die Atombombe als Voraussetzung für den Bruch der Anti-Hitler-Koalition und für das westdeutsche »Wirtschaftswunder«.

Manche Kritiker haben Alperovitz vorgeworfen, er habe keine Quellen über die Diskussion in der japanischen Führung berücksichtigt. Der Vorwurf geht ins Leere – für Alperovitz` These ist ausschlaggebend, was man in Washington im Vorfeld von »Hiroshima« wußte oder zu wissen glaubte. Der Autor zeichnet dies überzeugend nach, indem er ausführlich aus unzähligen zeitgenössischen Dokumenten, Tagebuchaufzeichnungen und Interviews zitiert.

Unverständlich bleibt nur, warum Alperovitz auch immer wieder Texte heranzieht, die *nach* 1945 verfaßt wurden. So mag der Befund der »Strategic Bombing Survey« des Pentagon aus dem Jahre 1946, Japan hätte wohl auch ohne Atombombe kapituliert, nicht mehr belegen als die Interessen der konventionellen US-Militärs. Die Kritik anderer Wissenschaftler an der »Survey« erwähnt Alperovitz gerade mal in einer Fußnote, anstatt sie zu widerlegen.

Dennoch: Wenn man sich einmal in der Vielzahl der verschiedenen Namen zurechtgefunden hat, liest sich der 730-Seiten-Wälzer (plus 230 Seiten Anmerkungen und bibliographische Hinweise) so spannend wie ein Krimi.

Konkret 03/96, S. 58

Robert Kaltenbrunner

Ein Kampf um Berlin I

In der Debatte um die künftige Architektur Berlins geht es weniger um Fragen des Baustils als um Einflußsphären und lukrative Aufträge. Eine zweiteilige Serie von KONKRET diskutiert das Gesellschaftsverständnis der Beteiligten

Berlin ist – formell – wieder Hauptstadt. Zeichen künftiger Größe vermag man an fast jeder Ecke auszumachen. Wie aber artikuliert sich die runderneuerte und expandierte deutsche Republik in ihren Bauten? Offenbar mit einem Formenrepertoire, das den großen kunstgeschichtlichen Epochen entliehen ist. Beispiel Schloß Bellevue: Das preisgekrönte Bundespräsidialamt von Martin Gruber und Helmut Kleine-Kraneburg (Frankfurt/M.) will opulente Geste sein und ist es nicht. Das gewaltige Ellipsoid steht autonom im Tiergarten, die Monotonie seiner Fassade zeugt von architektonischer Sprachlosigkeit, die endlose Reihung gleicher Bauelemente von anonymer Macht, die Verkleidung der Stahlbetonwand mit polierten Granitplatten von glatter Unzulänglichkeit. Die dem Barock verpflichtete Bauform bleibt modisches Motiv, schon wegen des ungeschlachten Vierkants im Innenhof.

Die Debatte um die Rekonstruktion des Pariser Platzes schwelgt förmlich im Historismus. Dem Klassizismus schließlich begegnen wir beim Bundeskanzleramt, bei dem der imperiale Gestus des Westberliners Axel Schultes sich jüngst gegenüber der nicht minder monumentalisierenden, palladianischen Gestalt durchsetzte, die die Ostberliner Architekten Krüger, Schuberth und Vandreike entwarfen.

Doch so richtig scheint das alles niemanden interessiert zu haben. Die Planungen für das neue Berlin fanden allenfalls in den Feuilletons einen matten Widerhall, nicht aber in den Willensbekundungen der Betroffenen. Nur die Auseinandersetzung um den Abriß des Palastes der Republik bzw. den Wiederaufbau des Schlosses hatte eine solche kulturpolitische Dimension, daß selbst der eingefleischte Kiezbewohner sich dem nicht ganz verschließen konnte. Eine offene Kontroverse jedoch hat sich erst entwickelt, als man einen Disput unter Architekten (über die »Neue Einfachheit«) auf den Berliner Haupt-Stadt-Bau bezog. Erst, als der »Spiegel« im November 1993 einen Aufsatz von Vittorio M. Lampugnani veröffentlichte, fühlte sich plötzlich eine breitere Öffentlichkeit angesprochen.

Unter dem Titel »Die Provokation des Alltäglichen« fordert Lampugnani eine Abkehr von einer exaltierten und vordergründigen Architektur. In einem Rundumschlag gegen (fast) alle zeitgenössischen Moden plädiert er für die Rückkehr zur Normalität im Bauen. Eine neue Bescheidenheit und Besinnung auf die Tradition seien für Architektur und Städtebau am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts die angemessene Haltung. Dabei attestiert er der Zeit des Nationalsozialismus, daß sie »ausgesprochen solide detaillierte Bauten« hervorgebracht habe. Und die gleichgesinnten Architekten nickten zustimmend.

Indes, die Front der Gegner formierte sich schnell. In Dieter Hoffmann-Axthelms fulminanter Antwort »Die Provokation des Gestrigen« in der »Zeit« (April 1994) war erstmals von einem Berliner Architektur-Kartell die Rede, das bis heute durch die Gazetten wabert. Eine regelrechte Kriegserklärung gegen den offiziösen Städtebau schließlich stellte im Sommer 1994 das Themenheft »Von Berlin nach Neuteutonia« der Zeitschrift »Arch+« dar. Nun ging es nicht mehr bloß um Fragen des Baustils, sondern um Einflußsphären und Aufträge, mehr und mehr auch um das politische Gesellschaftsverständnis der Beteiligten.

Sieht man genauer auf die Etikettierungen, so stößt man auf zwei scheinbar verfeindete Lager. Wer und was verbirgt sich dahinter? Die eine Seite beschreibt ihr Programm als »kritische Rekonstruktion« des alten Stadtgrundrisses. Begonnen unter der IBA 79 mit Kleihues und Lampugnani, wurde dies vom damaligen Senatsbaudirektor Hans Stimmann als Spiritus rector fortgeführt. Erweitern darf man diese personelle Konstellation um Namen wie Kollhoff, Sawade und Mäckler. Ihr gemeinsamer Tenor könnte lauten: Weil es an zeitgenössischen Alternativen mangle, sei die Blockbebauung, die im 19. Jahrhundert das Grundmuster europäischer Städte bildete, auch unter heutigen Bedingungen ein akzeptables Ordnungsgefüge. Ja, sie sei das probate Mittel, um zurückzukehren zu den zeitlosen Werten, die der öffentlichen und der privaten Sphäre genau umrissene Räume zuordne. Zur konsequenten Umsetzung bemüht man seit einiger Zeit ein vermeintlich asketisches Ideal und eine preußische Disziplin.

Die andere Seite kommt momentan weniger zum Zuge. Ostentativ verließ Daniel Libeskind, der Architekt des Jüdischen Museums, die Stadt, weil er für sich und seine baulichen Vorstellungen keine Möglichkeiten sah (vgl. KONKRET 8/94). Büros wie das von Zaha Hadid oder Coop Himmelblau haben es ebenfalls schwer; auch Rem Koolhaas befindet sich mit seinen intellektuellen Ansätzen in der Opposition. Sie alle werden gerne als »Dekonstruktivisten« subsummiert, obwohl das sicherlich zu kurz greift. Sie provozieren wohl, passen sich nicht ein, formulieren Zäsuren und wollen das wahrgenommene Chaos nicht kaschieren. Sie trauen dem Schrägen mehr als dem Orthogonalen, halten das Unfertige für angemessener als das Ein-für-allemal-Festgelegte. Sie verstehen ihr Tun als gebaute Kritik, obgleich sie am Tropf derselben Auftraggeber hängen.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, daß beide Seiten an Oberflächen kleben. Auch wenn es in letzter Zeit Bemühungen gibt, mit Begriffen wie »Handwerklichkeit« und »steinernes Haus« die architektonischen Grundwerte der einen Seite zu konkretisieren, taugen diese offensichtlich nicht für eine intellektuell fundierte Auseinandersetzung. Etwas besser verhält es sich mit dem Städtebau: Die »kritische Rekonstruktion« mag durchaus ein einleuchtendes und leicht handhabbares Strickmuster darstellen, um eine halbwegs effektive Schadensbegrenzung gegenüber ausufernden Investoreninteressen zu betreiben. Doch reichen die Fixierung von Traufhöhen und die Festlegung des Wohnanteils auf 20 Prozent mitnichten aus, ein »kaputtes« Berlin zu »reparieren«.

Leider hat auch die andere Seite nicht mehr zu bieten. Auch hier bleibt der Stadtbegriff merkwürdig offen. Wenn man, wie sie, davon ausgeht, daß die Metropole ein Mosaik von Raumfragmenten ist, dann spiegelt sich darin ein heilloses Mißverständnis: Als Zustandsbeschreibung oder als philosophische Reflexion mag das Urteil angehen, als Zukunftsprojektion jedoch ist dies wohl kaum eine taugliche Strategie. So gilt für beide Lager: Die Bilder von der Stadt, die selbst die besten Zeichnungen und Projekte evozieren, sind mitunter eindrucksvoll. Dennoch bleiben sie Chimären. Hier wie da sind sie vielleicht nichts anderes als der Versuch, die Stadt in der Architektur zu begraben.

Noch etwas ist auffällig. Auch wenn durch strikte Funktionszuweisung – City hier, Kultur da, und Wohnen meist weit draußen – der städtische Lebenszusammenhang weiter zerrissen bleibt, werden der »Verlust der Mitte« und das verlorene Gefühl gesellschaftlicher Zugehörigkeit inzwischen symbolisch kompensiert. Dazu dienen vor allem gestalterisch aufwendige Anlagen im zentralen Bereich, in denen zumindest das Gefühl vermittelt wird, sich wieder in der »guten Stube« Berlins aufzuhalten, in der die Gemeinschaft der »Bürger« (sofern Berliner das sind) erkennbar ihren Ort hat. Nicht die Erfüllung von Funktionen, sondern die Vermittlung ausgreifender Fiktionen wird programmatisch als neue Aufgabe einer Architektur beschrieben, die sich reibungslos den Maximen einer imagebewußten Stadtgestaltung fügt.

Dabei bemüht man positiv besetzte Schlagworte. Vor allem »Urbanität« wird förmlich herbeigebetet, nachdem ihrem vermeintlichen Verlust lange Elogen gewidmet werden. Doch was heißt schon »urban«? Selbst der Typus des Wolkenkratzers läßt sich deuten als ein artifizieller und letztlich antiurbaner Auswuchs, der den »widernatürlichen Wald von Metropolis« beherrschen möchte, ein verzweifelter Versuch, Kontrolle über die anarchischen Kräfte von Spekulation und Wettbewerb zu erlangen – und somit als Wesen, das sich der Stadt gegenüber verschließt, eine Allegorie für Verfremdung, einzigartig in seiner Typologie und pures Zeichen.

Wenn es eine zukunftsprägende Kraft im Berliner Stadt-Bau geben sollte, dann lediglich in einzelnen Projekten mit solitärem Charakter. Es geht zwar – theoretisch – um die neue Einheit Berlins, aber de facto stehen das Individuum und sein Erfahrungshorizont im Brennpunkt des Geschehens. Das hängt damit zusammen, daß die Akteure Individualisten sind. Sie drücken, wie kreativ auch immer, vorrangig *ihre* Weltsicht aus. Sie folgen dabei allenfalls einem Muster äußerer Ordnung, ohne inneren Zusammenhang. So ergibt sich zwangsläufig ein bloßes Nebeneinander, und die Klärung des Inhalts dessen, was Berlin sein soll, verliert schnell an Kontur.

Wes Geistes Kind ist also diese Hauptstadt-Entwicklung? »Die Gleichzeitigkeit von Investorenhandeln, Einflußnahme der Bundesregierung, Unklarheiten bzw. Unstimmigkeiten über ein städtebauliches Regelwerk, die planerische Umsetzung dieses Regelwerkes und die Zuständigkeit seitens der involvierten, intern weder organisatorisch noch konzeptionell auf die neuen Problemlagen vorbereiteten Senatsverwaltungen prägten seitdem einen Prozeß des Zentrumsbaus, der in Deutschland einzigartig ist.« So beschreibt Harald Bodenschatz die Vielschichtigkeit der derzeitigen Probleme. Es ist ein Prozeß, in dem permanent von wechselnden Seiten Unzufriedenheit signalisiert wird. Dabei ist jedoch recht auffällig, daß riesige Alltagsbereiche einfach ausgespart werden. Alles glotzt auf die Innenstadt; aber wen interessiert schon Karow-Nord oder die Wasserstadt Oberhavel? Wer beachtet die konzeptionellen Unterschiede, wer sieht auf die Probleme der Peripherie?

Doch auch die Gestaltung des Zentrums ist alles andere als unproblematisch. Schon der vielbeachtete Potsdamer Platz, wie er von debis/sony nach dem Rahmenplan von Hilmer und Sattler konzipiert wird, beleuchtet einen Zwiespalt: Gerade die ehrgeizigen Großprojekte für die neue Hauptstadt wollen zwar eine utopisch-optimistische Kraft sichtbar machen – die auf Schaubildern präsentierte Architektur aber bleibt in überlieferten Formen stecken. Es ist die ausschließliche Aufnahmebereitschaft für den Glanz reiner Dinglichkeit, der hier zum Ausdruck kommt. Der »innerstädtische Block«, die »preußische Disziplin«, das »steinerne Haus« – Forderungen wie diese haben etwas Sporadisches an sich, einen passiven Charakter, der ein umfassendes und in sich stimmiges Gesamtkonzept unterläuft. Sie sind nicht mehr als die Legitimation einer neuen Stadtästhetik. Der Mensch ist darin nur noch ein Objekt, das einen Beitrag zum Funktionieren leistet.

Ist nun die ganze Auseinandersetzung von gesellschaftlichem Belang? Immerhin wirft die Debatte ein Schlaglicht auf die Form dessen, wie hierzulande über Fragen der Kultur diskutiert, argumentiert, gestritten wird. Dabei ist keineswegs die Tendenz zur »Neuen Einfachheit« maßgebend. Dafür ist der Hut viel zu alt. Die Frage ist vielmehr, warum denn solch olle Kamellen plötzlich öffentlichen Streit auslösen können. Und ein Problem scheint man tatsächlich zu übersehen: So interessant diese Debatte auf intellektueller Ebene auch sein mag, so sehr ist sie letztlich auch ein Strohfeuer, das zwar so manchen blenden konnte, aber von den harten Facts der tatsächlichen Stadtentwicklung ablenkt. Anders ausgedrückt: Die

Auseinandersetzung ist ein Paradigma für den Rückzug zeitgenössischer Architekten aus der Domäne des Realen und die Wendung ins Universum der Zeichen. Selbst wenn die eine Seite ständig mit dem Faschismus-Vorwurf hantiert und die andere sich im dumpfen Beharren auf den tradierten Werten einigelt: Draußen wird munter gebaut, was das Zeug hält, immer nach dem Motto: »Sollen sich doch die anderen ruhig den Mund fusslig reden, was schert uns das!« Während hier also noch der Theorienstreit tobt, werden dort die Themen der Auseinandersetzung bereits zu Stein und Beton.

Robert Kaltenbrunner ist Architekt und Stadtplaner und lebt in Berlin

Konkret 03/96, S. 60

René Martens

Melodie & Rhythmus

Alboth!: Ali, What's So Funny About..;

Wer sich eine Mischung vorstellen kann aus Hardcore, freiem Jazz, Industrial und avantgardistischer E-Musik, der hat ungefähr eine Ahnung davon, wie die Schweizer Gruppe Alboth! auf ihrem vierten Album »Ali« klingt. Die Stücke sind voll von irrwitzigen Breaks und Tempowechseln, und wenn man nur flüchtig zuhört, könnte man meinen, hier seien ein paar junge Wilde am Werk. Doch die Musiker sind bereits über 30; einer ist Familienvater, und zwei haben eine langjährige klassische Musikausbildung hinter sich. Werthmüller, der Schlagzeuger, hat zum Beispiel ein Studium an seinem Instrument abgeschlossen und zwei Jahre im Berner Symphonieorchester gespielt. Seit einigen Monaten studiert er in Berlin bei Dieter Schnebel, einem Weggefährten von Karl-Heinz Stockhausen und György Ligeti, klassische Komposition.

Werthmüllers Einfluß sorgt für eine gewisse akademische Strenge. Sie ist ebenso typisch für die Musik von Alboth! wie der konsequente Verzicht auf die Gitarre, jenes Instrument, das die künstlerischen Fesseln der Rockmusik symbolisiert. Das Quartett arbeitet seit seiner Gründung vor sechs Jahren mit Baß, Klavier und Schlagzeug und seit kurzem auch mit einem Sampler. Im Laufe der Zeit hat sich herauskristallisiert, daß ein Gitarrist überflüssig ist. Manchen Zuhörern fällt ohnehin nicht auf, daß die Gitarre »fehlt«. Die Musiker wurden sogar schon gefragt: Wo ist denn der Baß?

Charakteristisch für Alboth! ist des weiteren, daß ihre Stücke grundsätzlich Namen tragen, entweder die von Freunden oder die von Prominenten, zum Beispiel Aldo Moro, Barschel oder Karl May. Die Schweizer wollen so dem geläufigen bürgerlichen Kunstverständnis entgegentreten, nach dem der Titel eines Werks unbedingt etwas bedeuten oder zumindest irgendeinen Bezug zum Werk selbst haben muß. »Außerdem geben wir dem Hörer damit keine Interpretation eines Stücks vor, sondern lassen ihm den Freiraum, sich von jedem ein eigenes Bild zu machen«, sagt Lieder, der Sänger der Gruppe.

Auch die Texte sollen die Gedanken des Zuhörers nicht in bestimmte Bahnen lenken. So setzt Lieder seine Stimme ausschließlich als Instrument ein; welche Worte er benutzt und ob es überhaupt welche sind, ist aus den Stücken nicht herauszuhören. »Ich möchte die musikalischen Bilder, die Alboth! macht, offen lassen«, sagt er. »Die Worte sollen keine Bedeutung haben, denn Musik soll keine Gefühle transportieren, sondern anregen.« Die Einstellung ist teilweise auf seine Ausbildung zurückzuführen. Als Lieder klassischen Gesang studierte, mußte er sich nicht überlegen, was er singen wollte, sondern konnte auf vorhandene Texte zurückgreifen. »Als ich selber welche schreiben mußte, ist mir schnell klar geworden, daß ich keine Geschichten erzählen möchte«, sagt er.

Im Laufe der Jahre ist die Musik von Alboth! rockiger und transparenter geworden, und bei den Konzerten ihrer zweimonatigen Frühjahrstournee dürfte man das noch stärker spüren als auf »Ali«. »Die Musik ist nicht wesentlich anders konstruiert als in der Anfangszeit, auch wenn es auf den ersten Blick vielleicht so klingen mag. Aber der Mix des Albums ist transparenter als der von >Liebefeld<, unserer zweiten Platte«, sagt Lieder. Hat es womöglich etwas zu bedeuten, daß die neue CD nach dem Mixer der Band benannt ist? Nein, auch Ali ist nur ein Name wie Aldo Moro, Barschel und Karl May.

Konkret 03/96, S. 60

Michael Scharang

Melodie & Rhythmus

Variationen über das Lebensthema Musik

Für Friedrich Cerha zum 70. Geburtstag am 17.2.96

Musikerziehung

Als Mutter mit mir, dem vierjährigen Kind, vom Luftschutzbunker nach Haus geht, sehen wir schon von der Straße aus Vater im Bett liegen. Eine Mauer des Hauses fehlt, und so ragen das Fußende des Bettes, also auch die Beine des Vaters ins Freie. Ich lache – und bin glücklich, daß Vater wieder einmal zu Scherzen aufgelegt ist. Die Erklärung der Mutter, eine Bombe habe die Hausmauer weggerissen, geht im nächsten Fliegeralarm unter. Vergeblich versuchen wir, Vater zu wecken. Auf dem Weg zurück in den Bunker hat Mutter auch dafür eine Erklärung: Vater sei tagelang wegen Sabotageverdachts von der Gestapo einvernommen worden, er brauche den Schlaf. Ich höre Mutter nur mit halbem Ohr zu, weil ich die Melodie des Fliegeralarms nachsinge.

Musikgenuß

Wir werden in das Pfarrhaus auf dem Frauenberg evakuiert. Der Pfarrer ist der einzige vernünftige Mensch weit und breit; er hat es satt, bei jedem Fliegeralarm in den Keller zu rennen. Froh darüber, in dem sonst überfüllten Pfarrhaus eine Zeitlang allein zu sein, setzt er sich an das Harmonium und spielt. Ich verstecke mich hinter dem Instrument und bin ebenfalls froh, einige Zeit allein zu sein. Das ist mehr als Freude, das ist Genuß: Ich tue, was nicht erlaubt ist, und werde dafür mit Musik belohnt.

Musikschule

Dieserart vorgebildet, gehe ich nach der Befreiung des Landes vom Berg Frauenberg hinunter in die Stadt Kapfenberg und dort in die Musikschule. Bald spiele ich im Jugendorchester, nicht viel später auch im Kammerorchester und im großen Orchester. Alle diese Ensembles bestehen aus Lehrern und Schülern dieser kleinstädtischen Musikschule. Neben den alten Meistern wagen wir uns an die neuen, an Schönberg und Berg, und hin und wieder bringen wir ein Werk eines zeitgenössischen Komponisten zur Uraufführung. Die Musikschule Kapfenberg: in den fünfziger Jahren für mich ein paradiesischer Ort.

Musikstadt

1960 gehe ich nach Wien. Die Entscheidung, Schriftsteller zu werden und nicht Musiker, ist bereits gefallen, die Musik aber, die absolute Sprache, bleibt für mich die wichtigste Orientierung für die Arbeit mit der geschriebenen und für das Leben mit der gesprochenen Sprache. Entsprechend groß ist die Erwartung in die Musikstadt Wien. Entsprechend groß die Enttäuschung. Ich meine aus der tiefsten Provinz zu kommen; in Wien aber falle ich, was das musikalische und das geistige Leben betrifft, in provinzielle Untiefen. Doch bevor ich in der Trostlosigkeit der immergleichen Konzertprogramme untergehe, finde ich an einem Riff Halt. Es heißt »die reihe« und ist ein Ensemble für Neue Musik, gegründet und geleitet von Friedrich Cerha.

Musikgenie

Selten kann einer eine Großstadt prägen. In Wien gelingt das in den vergangenen hundert Jahren zweien: dem Architekten Otto Wagner in der untergehenden Monarchie und dem Komponisten Friedrich Cerha in der aufstrebenden zweiten Republik. Der eine steht nach dem künstlerischen Kahlschlag durch die Gründerzeitbauten vor einem architektonischen Nichts, der andere nach dem Nazikreuzzug gegen die Moderne vor einem musikalischen. In einer solchen Situation kann der Künstler nicht einfach seine Arbeit tun: Er muß erst die Voraussetzungen dafür schaffen. Wie soll Cerha dem Publikum Anfang der sechziger Jahre zeigen, was es für ihn heißt, nach Webern zu komponieren, wenn niemand Webern kennt? Cerha muß als Dirigent die Altvorderen der Moderne den Zeitgenossen bekannt machen, ehe er sich mit diesen als zeitgenössischer Künstler verständigen kann. So zieht er nicht nur Schüler heran, er erzieht auch ein Publikum. So daß Wien, sonst stolz darauf, zurückgeblieben zu sein, heute durchaus ein Wort mitreden kann, wenn es um avancierte Musik geht. Hätte Cerha diese Veränderung Wiens gewollt, wäre sie nicht zustande gekommen. Ihm glückte sie wie beiläufig, in schöpferischen Pausen. Denn gelingt ein geniales Werk, wirkt dieses über sich hinaus buchstäblich wohltuend.

Einen solchen Künstler in einem Land an der Arbeit zu wissen, wo ein wachsendes Heer von Kulturvermittlern, Projektleitern, Theater- und Festspieldirektoren vergeblich versucht, einem den Blick auf die Kunst zu verstellen – einen

Künstler wie Cerha in einem Land an der Arbeit zu wissen, in dem man selbst an einer Arbeit sitzt, ist ermutigend und beglückend.

Konkret 03/96, S. 61

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

V.A.: Jeffology; Intercord

Bekannt ist, daß die Fledderer in den Promotionbüros der Plattenfirmen – wenn sie nicht gerade Nase bohren – den Output der siechen Rockmusik auf Teufel komm raus strecken und somit nur das offenkundige Ende einer Kulturform verwischen wollen. Zwar gab es immer schon Liveplatten und Best Ofs, aber noch nie wurde das Oeuvre beliebter Unterhaltungskünstler in Rock und Pop so dreist unterfüttert wie in neuerer Zeit. Die Abstände zwischen den Studioplatten werden immer länger, nachgelegt wird sofort mit dem dazugehörigen Live-Album zur Tour zum Studioalbum. Den Rest der Jahre »dazwischen« vertut man mit Family-Alben, die die einzelnen »Mitglieder« der »Bands« (mittlerweile zum Beispiel zählen schon die Leute, die rein zufällig am gleichen Tag mit Axl Rose den Lokus aufgesucht haben, zum Bandstamm von Guns □n□ Roses, was immer in diesen Regionen mit »Band« überhaupt noch gemeint sein soll) auf ihren Solotrips präsentieren, dann wieder ein Best Of und, ganz neu und zu ubiquitären Plagequalitäten herangereift, die Tribute-Alben.

Neben Interpreten, die ihre Verhunzung mehr oder minder herausgefordert haben (Yes, Deep Purple, Pink Floyd, Genesis), geht es nunmehr gewissen Instanzen ans Instrument: Neil Young, Frank Zappa, Jimi Hendrix oder, jüngstes Exempel, Jeff Beck. Man muß kein Fan dieses Mannes sein, um bestätigen zu können, daß er gewißlich zu den Gesalbten gehört, die ihr Plektrum an den Seilen wundscheuern. Denn das hatte sich auch die Handvoll Gitarrenhelden aus der letzten Reihe gesagt, die »Jeffology« einspielte. Schon die Parade ihrer Namen (Steve Lukather, Phil Collen, Viv Campbell, Mick Mars...) und Herkunftsbands (Toto, Def Leppard, Whitesnake, Mötley Crüe...) liest sich wie eine Geisterbahn. Ihre Verniedlichungsform der Saitenkunst reduziert die Anforderungen an die Plagiatoren aber darauf, zum Gitarrespiel Gesichter wie beim Pickelaufdrücken zu schneiden. Mehr nicht. Rock□n□Roll auf das putativ Böse schlechthin reduziert? Sowohl als ob.

Konkret 03/96, S. 61

Sebastian Wehlings

Melodie & Rhythmus

Schorsch Kamerun: warum Ändern schlief; L' Age d' Or/RTD

Soviel ich weiß, wurde dieses Album, Schorsch Kameruns erstes Soloalbum, nach dem wörtlich übersetzten Titel des ersten Buches von John F. Kennedy benannt. »Solo« heißt hier wirklich *solo*, im Sinne von eigenbrödlerisch vielleicht: Kamerun allein mit seinem semi-antiquaren, elektronischen Equipment, d.i. 80er-Jahre-Synthies, Drumcomputer, Beepmaschinen, Tonbänder und ein Atari ST. Gitarren und die üblichen Rockinstrumente spielen auf »warum Ändern schlief« kaum eine Rolle, wohl weil Kamerun, wie er selbst zugibt, kein guter Instrumentalist ist.

Man muß dies wissen, um das, was auf diesem Album geschieht, nicht als mutwillige Abnerverei zu mißdeuten. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der immer leicht schiefhängenden Sound-Kulisse und dem Gesang Kameruns sind zuweilen doch sehr groß, auch wenn deutlich bleibt, daß hier der Song und nicht eine möglichst skurrile Ästhetik im Vordergrund steht. So oszilliert die Musik in einigen Momenten zwischen 80's Elektro-Trash und Elektronic Listening.

Die ungewöhnliche Instrumentierung ändert nichts daran, daß Songs wie »Hier entsteht ein super Markt« oder »Menschen haben keine Ahnung« im Zitronensinne als Punk zu verstehen sind. Dies belegen die Texte ebenso wie Kameruns durch den Gitarrenverstärker geschrieene Nörgeleien. Andere Songs auf »warum Ändern schlief« entziehen sich in ihrer persönlichen, leicht verschrobenen Erzählerperspektive dem allzu leichten Zugriff. Das Lied »Warum lebt sie nur einmal« wechselt beispielsweise von einer Solidaritätsadresse an die eigene Oma übergangslos zum Thema Jugendbewegung. Und wenn es einmal scheinbar eindeutig »Bargeld, Bargeld ist Euer Held« heißt, wird damit nicht auf die Huldigung des Kapitals, sondern auf die Achtziger-Jahre-Ikone Blixa Bargeld angespielt.

Auf die aktuellen Verhältnisse, »den Scheiß da draußen«, reagiert dieses Album zumeist weniger mit aufbegehrender Kritik, sondern eher mit smarter Ironie, die bisweilen in Zynismus umschlägt. In »Immer muß ich Flüssigkeiten einnehmen« heißt es: »Einschlafen kann ich eigentlich ganz wunderbar. Ich sage Griechenland ist auch nicht mehr das, was es einmal war. Glücklicherweise besitze ich einen Führerschein. So kann ich wenigstens dabei sein.« So stumpf es sich reimt, so verdächtig klingt es auch danach, als sei es mit einem Diktiergerät irgendwo in der überfüllten U-Bahn aufgenommen worden.

Konkret 03/96, S. 62

Michael Nauert

Spiel- und Meinungsführerschaft

Der Europäische Gerichtshof hat Ablösezahlungen beim Spielerwechsel innerhalb der EU und eine Beschränkung der Spielerzahl mit EU-Staatsangehörigkeiten in einer Mannschaft untersagt. Eine Diskussion über die Konsequenzen dieser Entscheidung ist vor allem unter den sonst so aktiven Publizisten der linken Szenen bislang ausgeblieben

Das Land fühle sich mit seinem Sport so unwohl wie mit sich selbst, schrieb das amerikanische Hochglanzmagazin »GQ« im Frühjahr letzten Jahres in seiner »Special Issue: The Future Of Sports«. Es bezog sich dabei auf den Streik der Baseball-Profis, die Aussperrung der Hockey-Profis und die Prügeleien der Basketball-Profis, die zuvor die Gewißheiten des US-Sports durcheinandergebracht hatten. Trotz ökonomischen Prosperierens befinde sich die Sportindustrie in einer Krise, schrieb »GQ«, die gekennzeichnet und verursacht sei von der gleichen Freudlosigkeit und Zukunftsangst, die sich im ganzen Land breitgemacht habe, und das, obwohl man aus dem Kalten Krieg als Sieger hervorgegangen sei und es allen relativ gut gehe. Die Sportstadien seien zu Luxus-Vergnügungsstätten reicher Suburb-Bewohner geworden, die sich von Leuten unterhalten lassen, wegen deren Nachbarschaft sie einst aus den Innenstädten weggezogen seien. Und auch auf den Spielfeldern selbst drifte alles auseinander: auf der einen Seite die geld- und ruhmsüchtigen Stars, die die Prinzipien der Zivilisation vergäßen, auf der anderen Seite die an Einfluß gewinnenden »family-values«-Bewegungen. Kurzum, bilanzierte »GQ«, noch nie habe es eine so große Distanz der nicht mehr repräsentierten Fans zu ihrem Sport gegeben. Ganz so, als gäbe es doch noch eine Mehrzahl von »normalen« Amerikanern, die mit all diesen Entwicklungen nichts zu tun hätten.

Bis zu einem bestimmten Punkt ähnelt der Streit um die Spielergehälter, der die langen Streiks verursachte, der derzeit in Europa geführten Auseinandersetzung um Ablösesummen und Ausländerkontingente vor allem im Fußball. In beiden Fällen geht es nämlich um die Veränderung von ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen des Sports weit über das übliche Maß einer allmählichen Erneuerung hinaus. Während in den USA aber eine vergleichsweise kleine, rein finanzielle Streitfrage zum zeitweiligen Zusammenbruch des Systems führte und das deutlichste Symptom für die von »GQ« konstatierte Krise war, sind die Auswirkungen des grundsätzlichen Bosman-Urteils des Europäischen Gerichtshofs noch nicht absehbar. Zwar ist klar, daß das »gemäßigte«, nationalistisch-sozialstaatlich geprägte Gefüge des angedeuteten Ausgleichs zwischen reicheren und ärmeren Vereinen, das aus der Zeit des Kalten Kriegs datiert, unter den neuen Bedingungen keinen Platz mehr hat. Und ebenso sicher ist, daß die europäischen Spitzenvereine Modelle entwickeln und durchsetzen werden, die weniger der Intention des Luxemburger Urteils folgen als vielmehr langfristig zu amerikanischen Verhältnissen tendieren. Doch das ist nur die faktische, technokratische Ebene. Die naheliegende Diskussion über Grundlagen, Bedingungen und Bedeutung des Sports, und sei es nur in der Art des »GQ«-Artikels, ist bisher weitgehend ausgeblieben. Die Meinungsführerschaft in der Frage, wie es denn nun weitergehen soll, liegt eindeutig bei Liga- und sonstigen Wirtschaftsausschüssen (sowie natürlich bei Franz Beckenbauer).

Neben den ihre Machtinteressen verteidigenden Funktionären und den ökonomischen Pragmatikern kommen die einzig vernehmbaren Stimmen von jenen konservativen Beschützern vor der »Überfremdung« des heimischen Fußballs, die bis hin zu ihrer Ignoranz gegenüber einem Gerichtsurteil den Verteidigern der Kruzifixpflicht ähneln und ihren politischen Mentor im belgischen Ministerpräsidenten Dehaene haben. Schweigen herrscht hingegen auf Seiten der subkulturellen, links-alternativen oder literarisierenden Autoren, die zuletzt so viel zum Thema veröffentlicht hatten (vgl. KONKRET 8/95). Es ist ein beredtes Schweigen insofern, als es deutlich auf die bestehenden Defizite der (Nicht-)Sprechenden bei der Klärung des eigenen Verhältnisses zum Sport hinweist.

Diese Defizite zeigten sich auch auf einer Tagung, die im letzten Herbst in einem Gewerkschaftsjugendhaus nahe Frankfurt zum Thema »Fußball und Gesellschaft« abgehalten wurde. Bei wechselnder Qualität der Referate offenbarten sich vor allem in den anschließenden Diskussionen unter den rund drei Dutzend Journalisten und Autoren frappierende Uneinigkeiten in Grundfragen. Ohne daß es so zugespitzt wurde, standen sich dabei die beiden Hauptrichtungen »kritischen« Schreibens aus einer im weitesten Sinne linken Perspektive gegenüber: die Fans und Macher von Fanzines und die eher literarisch und feuilletonistisch Orientierten. Während die einen darauf beharrten, ihr Interesse und ihre Begeisterung auch in der eigenen Lebenspraxis auszudrücken, warfen ihnen die anderen, die sich auf der sicheren Seite wähnen, blinde Distanzlosigkeit vor. Ihre abgeklärten, »kritischen« und oft ironischen Texte, wie sie sich gelegentlich auch in dieser Zeitschrift finden, vermeiden jedes Eintreten für eine Sache, jede Andeutung von Hoffnungen oder Möglichkeiten und natürlich jede Problematisierung der eigenen Sprechposition. Warum man sich eigentlich für Fußball interessieren sollte und was das Besondere an ihm ist, dazu fiel an diesem Wochenende beiden Seiten nicht besonders viel ein.

Natürlich ist es nicht wirklich angenehm, immer wieder in endloser Rekursion das eigene Interesse an einer Sache erklären zu müssen. Aber im Falle des Sports, dessen Rezeption nicht nur in einer Krise steckt, sondern außerhalb einer selbstbezüglichen Routine fast gar nichts mehr leistet, hilft vielleicht auch ein seitwärts greifender Gedanke, um wieder einen diskussionsfähigen Anschluß herzustellen. Denn genau betrachtet ist Fußball (um beim konkreteren Beispiel zu

bleiben) ja nichts anderes als eine von vielen sozialen Praktiken und muß auch in diesem Zusammenhang bewertet werden. Das gilt vor allem, weil durch Vergleiche mit anderen Praktiken – deren aktuelle Ausprägungen ja zum Teil die Ergebnisse der gleichen gesellschaftlichen Prozesse sind, die auch den Fußball bestimmen – die Möglichkeiten klarer hervortreten können, die einigen gemeinsam sind, wie sich auch Besonderheiten besser als solche erkennen lassen sollten. Ohne größeres Nachdenken lassen sich mehrere Bereiche nennen, die strukturelle Ähnlichkeiten zum Fußball aufweisen, darunter beispielsweise Autos und Popmusik. Nicht nur sind alle drei nennenswerte Wirtschaftsfaktoren, sondern sie sind auf der Rezeptionsseite, wo die sogenannte Kultur ja erst entsteht, geprägt durch eine starke männliche Dominanz, durch eine wichtige Rolle des Fantums und damit auch durch einen großen Einfluß auf die Identitätsbildung der Beteiligten.

Anhand einer Reihe von Kriterien ließen sich nun Vergleiche anstellen: Welche Rolle spielt die konstituierende Fachsprache? Wie ist die Anbieterseite strukturiert? Wie groß ist die Männerdominanz, wie können sich Frauen verhalten? Ist das »Produkt« substituierbar? Werden »Rassen«-, Nationalitäts- oder Klassenfragen thematisiert? Kann man sich und die Probleme der Welt beim »Genießen« vergessen? Welchen Einfluß hat der Bereich auf den Lauf der Welt? Ist man zur weitgehenden Passivität als Konsument gezwungen, oder gibt es Möglichkeiten eigenen Handelns? Wie wichtig ist der Fanaspekt? Gibt es ein politisches Widerstandspotential? Die Liste könnte man beliebig verlängern, und auch die Antworten müssen hier nicht zusammengetragen werden. Es dürfte aber relativ schnell klar werden, daß der Fußball nichts wirklich Besonderes ist und daß Autos, Musik und Fußball trotz aller offensichtlichen Unterschiede in mancher Hinsicht sehr wohl auf ähnliche Weise rezipiert werden können und flächendeckend als »Hobbys« auch so rezipiert werden. Das aber interessiert hier nicht. Es geht vielmehr darum, sich noch einmal bewußt zu machen, was beim Fußball überhaupt verhandelt wird, und das ist offensichtlich weniger die Sa-che selbst als vielmehr das, was man aus ihr machen und wie man sie interpretieren kann – und damit auch das eigene Verhältnis zu ihr.

In jedem Fall ist es eine ziemlich heikle Frage, nach dem Bosman-Urteil darüber zu diskutieren, wie der Sport in Zukunft aussehen soll. Den Fehler, sich an den Mainstream anzuschließen, haben ja einige der Faninitiativen schon gemacht, die für den Erhalt der Stehplätze in den Stadien kämpfen. Erschiene es nicht absurd, um noch einmal den Vergleich zu bemühen, sich darüber Gedanken zu machen, welchen Song Janet Jackson als nächste Single auskoppeln oder ob Fiat wieder eine Mittelklasselimousine bauen soll? Es wird immer wieder vergessen, daß die Sportindustrie eine reine Mainstreamangelegenheit ist, und mit einer solchen gibt es, grob gesagt, zwei Möglichkeiten des produktiven Umgangs. Auf der einen Seite kann man eine ironisch-distanzierte Haltung zu den Produktionsverhältnissen entwickeln, die durchaus einhergehen kann mit einer extremen Material- und Detailverliebtheit und die den verschiedenen Arten des Fantums – von den *Nerds* bis zum mehr oder weniger spielerischen Akzeptieren des symbolischen Schicksalsaspekts – ebenso eigen ist wie dem Fußballfeuilletonismus. Diese Freuden des Datendandytums oder der symbolischen Hingabe sind im besten Fall ein eher harmloses Vergnügen, das aber gefährlich wird, wenn es zum bestimmenden Prinzip wird oder wenn man so tut, als brauchte ernstzunehmende Kritik keine über selbstgenügsame Szenen hinausgehenden Perspektiven. Die zweite Möglichkeit, mit dem Mainstream umzugehen, hieße, ihm eigene Modelle entgegenzusetzen. In der Musik, wo die Grenzen zwischen Amateur-und Profilager offener sind und wo ein geringerer Aufwand an Organisation und Kapital nötig ist, gibt esdafür ja genügend Beispiele. Doch für den Fußball sind die höchsten Ligen das Maß aller Diskussion, und so ginge es darum, eigene Mannschaften dorthin zu verschieben oder die Kontrolle über einen der sympathischeren Ansätze (St. Pauli z.B. oder Freiburg) aktiv zu übernehmen. Offensichtlich sind diese Optionen aber eher hypothetischer Natur.

Unter den derzeitigen Umständen ist das Schweigen nach dem Bosman-Urteil also durchaus angemessen. Aber welche Möglichkeiten bleiben, die Krise der kritischen Rezeption des Sports, die ja weitgehend unabhängig vom »Produkt« ist, zu überwinden? Wie sieht die »Zukunft des Sports« aus? »GQ« gab darauf zwei Antworten: Zum einen sei die reine Performance auf dem Feld noch immer in der Lage, alle ihre gesellschaftlichen Implikationen zu überwinden und die Leute zu bewegen, und zum anderen gebe es ja Grant Hill. Der Basketball-Rookie des Jahres von den Detroit Pistons wird als »Retter« gehypt: als intelligenter, zuvorkommender, sympathischer Star einer neuen Generation, aufgewachsen in der schwarzen Upper-Class und als »schwarz-weiße Hoffnung« in der Lage, mit ein wenig Klavierspielen bei Letterman alle Differenzen auszugleichen.

Auch beim Basketballmagazin »Slam« landete Hill auf dem Cover, und auch hier wurde er als Sprecher der »class of ‘95« gefeatert. Doch bei aller Wertschätzung wurde der »super nice-guy« dabei nicht als »Retter«, sondern als »Graduate« präsentiert, und von einer grundlegenden Krise des Sports war sowenig die Rede wie von einer »reinen Performance«. Nicht nur deshalb kann man an diesem an die HipHop-Kultur und ihre Anliegen angeschlossenen »In Your Face Basketball Magazine« sehen, wie nicht-ironisches, nicht-distanziertes Sprechen über Sport heute funktionieren kann. Unglaublich ermüdend wirken im Vergleich dazu die Rückzugsdebatten um das etwaige Rebellentum von Basler, Effenberg & Co, die eine Art des Sprechens repräsentieren, die sich überlebt hat, weil sie keine Bezüge mehr zu anderen, dringenderen Diskussionen herstellen kann bzw. diese sich schlichtweg nicht mehr auf einen Fußball beziehen lassen, an dem die Issue-Karawane vorbeigezogen ist. In »Slam« gibt es beispielsweise gemeinsame Interviews mit den Beastie Boys und Anthony Mason von den Knicks, während hierzulande bekannt wird, daß Matthias Sammer gerne Volksmusik hört. Daß dazu dann

lediglich Glossen geschrieben werden, ist aber vielleicht das Schlimmste an dieser ziemlich desolaten Rezeptionssituation.

Michael Nauert schrieb in KONKRET 2/96 u.a. über die Filme »Copycat« und »Seven«

Konkret 03/96, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Nixon

Regie: Oliver Stone; mit Anthony Hopkins, Joan Allen, Bob Hoskins, Ed Harris, Paul Sorvino, James Wood; USA 1995, 191 Minuten; ab 22.2. im Kino

Dem konservativen Großregisseur Stone ist es gelungen, durch seinen Film Akzeptanz für Nixon herzustellen, und zwar zunächst medienmäßig für das Produkt »Nixon« und sodann rehabilitationsmäßig für den Staatsmann. Nun mag man zwar bemäkeln, daß die Ware stilistisch unausgewogen, d.h. allzu bunt verpackt sei. Das stört jedoch nur denjenigen, der es nicht gelernt hat, Plastikfolien aufzureißen und so-fort wegzuschmeißen. Was bleibt, ist der schmeichelhafte Eindruck, daß Stone alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt hat, uns von der Güte seines Produkts zu überzeugen.

Wir erblicken: ein Königsdrama shakespearischen Ausmaßes. Richard »IV.« Nixon, der Watergatepräsident, geht schließlich buchstäblich in die Knie, Freund Kissinger tut es ihm nach, und dann schicken sie ein inbrünstiges Abschiedsgebet gen Himmel, daß kein Auge trocken bleibt. Aber das ist noch nicht das Ende, denn Stone erhebt Underdog Tricki Dickie in den Olymp, dort thront er jetzt neben Lincoln, vor dessen Statue er sich noch kurz zuvor unters murrende Studentenvolk gemischt hatte. Aber hatte er sich, bittschön, denn nicht verdient gemacht? Sich mit Maos China verständigt? Den Krieg in Vietnam beendigt? Den Ostblock gespalten? Aber die Studenten argumentieren nicht. Blanker Haß schlägt ihm entgegen. Wo kommt er nur her, all dieser Haß? fragen sich Nixon und sein Regisseur.

Eine intakte, professionell ausgeleuchtete Bilderbuchwelt, dieses Weiße Haus, in welchem Nixon lebt, wütet, arbeitet, sinniert, herrscht und intrigiert, wie weiland J.R. auf der Dallas-Farm. Larry Hagman hat es dort auch fies getrieben, aber geben Sie ruhig zu, daß Sie an ihm ihre klammheimliche Freude hatten, weil es der wahre amerikanische Way of Life war. Yessir. Es erscheint daher ziemlich logisch, daß in »Nixon« neben Nixon Filmbösewicht Larry Hagman himself auftritt, mit weißem Texashut, und wer zugab, daß er den einen liebt, muß nun auch den anderen lieben. Genauer gesagt, kommt Schwerenöter Nixon, der Whiskytrinker und Tablettenschlucker, also einer wie du & ich, in den Serien- und Medienhimmel. Auch hüpft der Film, wie wir es von den Serien gewohnt sind, von der einen in die andere Handlung und wieder zurück, und die vielen redenden Köpfe geben die zu erwartenden Auskünfte übers Ehe- und Familienleben. Eher störend brechen in diese heile Medienwelt dokumentarische Aufnahmen vom Schlagstockeinsatz daheim und dem Kampfinferno da draußen herein, aber das ist so kurz und unwahrscheinlich wie die Illustration zu den News der kommerziellen Sender vor dem nachfolgenden Spielfilm.

Sir Anthony Hopkins spielt mitnichten den Nixon, sondern sich selbst, wie er Nixon spielt □ so beifallheischend und -würdig wie in der xten Vorstellung von Richard IV. □ Die Computereinblendung des Hopkins-Gesichts in dokumentarische Staatsbesuchaufnahmen ist ebenso theaterhaft-dekorativ wie die zuverlässig unwitzige Requisite, nichts stört den Ablauf des Weihespiels, das Jedermann-Nixon in den Himmel befördert.

Konkret 03/96, S. 64

Kay Sokolowsky

Film & Theater

Casino

Regie: Martin Scorsese; mit Robert De Niro, Sharon Stone, Joe Pesci; USA 1995; ca. 170 Minuten; Start: 14.3.96

»Probleme«, sagt Nicky Santoro, »Probleme werden in der Wüste gelöst. Da gibt's haufenweise Löcher, und in den Löchern liegen haufenweise Probleme, und haufenweise Sand liegt über allem.« Daß selbst die Wüste rund um Las Vegas zu klein ist, um all die Probleme zu lösen, in die Santoro, sein Kompagnon Sam »Ace« Rothstein und dessen Frau Ginger geraten: darum geht es, auch, in »Casino«, Martin Scorseses neuestem Film. Eine Tour de force in Kinotechnik, ein Gangsterepos voller Geld, Gewalt und Größenwahn, eine sargschwarze Satire auf die Illusion, die »der amerikanische Traum« heißt – in den fast drei Stunden von »Casino« steckt, was man von einem Scorsese-Film erwarten darf und etwas, was viel zu wenige von ihm erwarten: eine imposante Allegorie.

Nachdem er in »Mean Streets« (1973) die Chargen und Anwärter und in »GoodFellas« (1990) die leitenden Angestellten der Mafia vorgestellt hatte, konnte Scorsese, ein Bewunderer sakraler Kunst, nicht umhin, aus dem Thema ein Triptychon (und eben keine Trilogie) zu wirken. »Casino« nimmt sich der Mogule des Mobs an, zeigt sie auf dem Gipfel ihrer Macht, als Alleinherrscher über Las Vegas, und, in der zweiten Hälfte des Films, ihren tiefen Sturz. Eine Tragödie antiken Formats glaubten Scorsese und Nicholas Pileggi, sein Co-Autor, entdeckt zu haben, als sie die »wahre Geschichte« von Frank Rosenthal, Tony Spilotro und Geri McGee recherchierten. Doch irgendwann muß Scorsese seine Helden nur mehr erbärmlich gefunden haben, und darum ist die Tragödie, die »Casino« zeigt, eine Farce.

Ace Rothstein, ein begnadeter Buchmacher, wird Anfang der 70er vom Kansas-City-Syndikat erwählt, das »Tangers« zu managen. Die Mafia besitzt die absolute Kontrolle über Las Vegas, und Rothstein, das As, hat nichts anderes zu tun, als aus seinem Kasino täglich eine Fünftelmillion Dollar nach Kansas zu senden. Was ihm nicht schwerfällt: »Ist wie eine Bank ausrauben ohne Polizei in der Nähe.« Niemand entkommt dem »Tangers« mit mehr als den Kleidern am Leib, und Spieler, die meinen, gerissener zu sein als Rothstein und seine Wiseguys, bezahlen schon mal mit Frakturen ihres Schlaukopfs.

Das Unheil naht in der aparten Gestalt von Ginger, die als besseres Callgirl vermögende Zocker begleitet. Ace – den Robert De Niro gleichsam eingefroren spielt – beschließt, sich in sie zu verlieben. Die Ehe wird ausgehandelt und funktioniert, natürlich, vom ersten Tag an nicht. Ginger – makellos von Sharon Stone verkörpert – kann außer seinem Geld nichts an Ace leiden, trifft sich heimlich mit ihrem früheren Zuhälter und flüchtet vor der diamantenen Umarmung Rothsteins in den Suff. Inzwischen sorgt Chefkiller Nicky Santoro (hyperaktiv und hundsgemein: Joe Pesci) für seine Version von Ordnung in Vegas; das FBI im Nacken, aber unbekümmert: Noch sind Mobster hier unverwundbar. Bis Ginger damit beginnt, Medea zu spielen, Santoro verführt und auf ihren Gatten ansetzt. Die FAMILIE – neben Schmiergeld die effektivste Waffe der Mafia gegen Zudringlichkeiten des legalisierten Bürgertums – wird verraten, und damit schlägt im »Casino« die letzte Stunde.

Keine Tragödie, wie gesagt, nur eine Farce, denn keine der Figuren wächst an der Schuld oder den Prüfungen, in die sie sich verwickelt. Als gute Einwohner von Las Vegas haben sie genauso viel Herz wie einarmige Banditen. Daß man ihrem Untergang ganz ungerührt zusieht, liegt weniger an Scorseses bösem Blick als daran, daß sie, die denkbar saubersten Exemplare marktwirtschaftender Menschen, sowieso nie richtig gelebt haben. Ein Triptychon, wie gesagt, keine Trilogie, kein Pate I-III: Auch diesmal, in der Vorstandsetage, strahlt Scorseses Halbwelt kein Fünkchen Glamour ab; die Mörder und Betrüger geben sich philiströser als Schrebergärtner. Einfallslosigkeit hat die US-Kritik dem Regisseur vorgeworfen wegen der zahllosen Selbstzitate aus »Mean Streets« und »GoodFellas«. Aber ein Großer wie Scorsese hat ein besseres Gedächtnis für Filme, zumal seine eigenen, als ein Regiment Feuilletonisten, und die Wiederholungen, die sie ihm ankreiden, würden sie, wüßten sie nur, wie groß er ist, als Leitmotive bewundern.

Eis liegt über »Casino«, ein Geruch aus Äthanol und Schwefel. Einen frostigeren Film hat Martin Scorsese nie gedreht, sein Las Vegas ist kälter als die Arktis. Auch das wurde ihm vorgehalten: Er empfinde nichts für seine Figuren; »Casino« sei bloß eine Demonstration seiner Virtuosität. Aber die seelenlose Brillanz hat tiefere Gründe. Wie er seinen Film verstanden haben will, verrät Scorsese gleich in der Titelsequenz, die Elaine und Saul Bass ihm gezaubert haben. Zum Schlußchor der »Matthäus-Passion« – »Ruht, ihr ausgesognen Glieder!« – ist die Silhouette von Rothstein zu sehen, im freien Fall vor gigantisch vergrößerten Lichtreklamen. »Casino« erzählt nur scheinbar eine »wahre Geschichte« von Gangstern und ihren Geschäften. Scorsese inszeniert eine Höllenfahrt.

Der Erzkatholik hat den Mythos vom Sündenpfuhl Vegas wörtlich genommen (und doch in Bilder aufgelöst, die das Genre tadellos bedienen). Juwelen und Kameras sind die wichtigsten Requisiten, mit denen Scorsese seine Allegorie ausstaffiert: Die einen stehen für die Eitelkeit, die die »Casino«-Insassen zu Verfluchten gemacht hat, die anderen für die sublimste Qual, die das Inferno bereithält: totale Kontrolle. Es gehört zu den tiefsinnigsten Einfällen des Films, daß Rothstein sich in

Ginger »verliebt«, als er sie auf dem Monitor einer Videoüberwachung entdeckt. »Casino« ist eine Spiel-Hölle; und so erklärt sich der seltsame Gleichmut, mit dem die Helden in die Katastrophe taumeln: Sie sind ja längst Verdammte; Zombies.

Daß »Casino« trotz seines grimmigen Katholizismus kein Traktat geworden ist, verdankt sich außer der visuellen Phantasie zumal der Ironie, die Scorsese in jede Szene legt und die uns neunmalklugen Interpreten ständig die lange Nase zeigt. Mit Scorsese zu arbeiten, hat Nicholas Pileggi in »Entertainment Weekly« geschmachtet, sei, »als säße man mit Mozart zusammen«. Der Vergleich dürfte angemessener sein, als Pileggi ahnt.

Konkret 03/96, S. 65

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

United Trash

Regie: Christof Schlingensief; mit Udo Kier, Kitten Natividad, Thomas Chibwe; Deutschland 1995, 79 Minuten; ab 22.2. im Kino

Von den Dreharbeiten habe ich in KONKRET 2/95 noch berichtet, für den fertigen Film fehlen mir jetzt die Worte. Schlingensief wird es als Kompliment nehmen, denn wem der Mund offensteht, den kann er mit Bildern abfüllen, und das Schlag auf Schlag und nicht zu knapp, auch optisch-akustisch dauerlärmpegelnd, und warum soll man sich nicht im Kino zudröhnen lassen? Jeder Zapper, der sich mit Spaß an der Fernbedienung die Höhepunkte der laufenden Programme zusammenstellt, weiß, was gemeint ist.

Eine Frage: Wie finden Sie denn den pervers-deutschen Uno-General (Udo Kier), der im schwarzen Afrika einen Bananenschurz vorhängt und sich von einem bodygebuildeten Rentner (Johnny Pfeiffer) ficken läßt? Antwort? »Ekepekete«, richtig, mit dem Brustton der Überzeugung gesprochen, wir sind mitten im Filmdialog.

Und wie würden Sie die Sexspiele des amerikanischen Präsidenten kommentieren – die Clintons (Miklos Königer, Brigitte Kausch) zu viert im Bett, während die Rakete des schwarzen Diktators, genauer die V2 aus den Restbeständen des Führers, auf das Weiße Haus zujagt? Die Anwort gab ich live: Als Außenminister Christopher schlug ich im Unzuchtsgemach die hl. Bibel auf und trug die Weihnachtsgeschichte des Lukas vor, übrigens, weil der Regisseur dies fünf Minuten vor der Klappe so entschieden hatte, in meiner eigenen Spontanübersetzung und mit ausgesprochen individuellem deutschem Akzent. Also alles falsch, aber eben total richtig.

Ich bin stolz auf meinen Part. Die Hauptrollen in der Schlingensiefiade spielen freilich die herzliche Russ Meyer-Vollfrau Kitten Natividad (»Beneath The Valley Of The Ultra Vixens«) und der ebenso herzliche, aber mißgestaltete schwarze Zwerg Thomas Chibwe. Auch wenn diesem eine ekelhafte, aber ejakulierende Scheide auf dem Kopf gewachsen ist: Das Heldenpaar übersteht nicht nur den deutschen United Trash unbeschadet, und zwar als einzige Überlebende einer deutschen Unoaktion, die beiden sind außerdem richtig glücklich; sie heiraten, ficken in Venedig und setzen etwas Virulent-Fleischliches in die Welt, vor dem Präsident, Papst, Bischof (Jochen Tomaschewski von der Volksbühne Ost. Applaus!) sowie jeder, der als Repräsentant für andere spricht, bloß Angst hat, tut mir leid. Dann lieber doch Mut zur Wutlust. Theweleit, sag doch was.

Konkret 03/96, S. 65

Michael Nauert

Film & Theater

Strange days

Regie: Kathryn Bigelow; mit Ralph Fiennes, Angela Bassett, Juliette Lewis, Tom Sizemore, Michael Wincott; USA 1995; 139 Minuten; seit 8.2. im Kino

Der gespannten Erwartung folgt Überwältigung und dieser Verwirrung. Wie immer beim Sehen von Bigelow-Filmen. Ob dafür der Zuschauer verantwortlich ist oder der Lieferant der Bilder, wäre eine Frage, die auch in »Strange Days« hätte behandelt werden können. Doch dort sind die Bilder, um die es geht – nämlich 1:1-Aufzeichnungen subjektiver Wahrnehmungen in Extremsituationen – , eindeutig, im Gegensatz zu ihren Produktions- und Rezeptionsbedingungen in der Illegalität. Was also genau die umgekehrte Form von Komplexität wäre, die das Kino des Hier-und-Jetzt bestenfalls bieten kann. Als Science-fiction-Film tritt »Strange Days« aber nicht nur deshalb auf; kaum weniger dürften vermutlich die Möglichkeiten des Production Designs, die Cyber-Mode oder einfach der Zufall bei Bigelows Entscheidung fürs Genre-Hopping beigetragen haben.

Gehypt wird »Strange Days« ebenfalls aus den verschiedensten Gründen. Den einen gefällt die Form der Zukunftsvision, den zweiten die Wucht der Bilder, andere begeistern sich für die Auflösungen von Subjekt/Objekt- oder Geschlechterdifferenzen. Letztere sehen allerdings ziemlich komisch aus, wenn man sie vor einem Bild der »Zukunft« des Jahres 1999 präsentiert bekommt, dessen klischeehafte Basiselemente brennende Autowracks sowie aufeinander einprügelnde Polizisten und nicht näher bestimmte Demonstranten/Rebellen sind. Destabilisierung durch vielseitige Bejahung könnte man die Strategie Bigelows nennen, die inhaltlich und mehr noch formal Bahnbrechendes mit Standardisiertem, Diskreditiertem und Kitschigem zusammenbringt. Doch man wird den beruhigenden Verdacht nicht los, daß dahinter weniger kalkulierte Finessen stehen, sondern ihr einfach eine Menge Zeug gefällt. Das steht sich dann zum Teil ein wenig im Weg, bietet aber andererseits dauernd neue Ansichten, die viel versprechen und wenig halten. Die immer ein bißchen unfertig wirkende, produktive Mehrdeutigkeit dieses aufwendigen Sowohl-als-auch-Kinos läßt sich dabei nicht ohne weiteres vom Werkcharakter vereinnahmen, was dazu führt, daß ein Großteil ihrer Wirkung verpufft, weil jeder Zuschauer sich unwidersprochen um seine Lieblingsaspekte kümmern kann. Das aber sollte weder Bigelows noch unser Problem sein.

Konkret 03/96, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Rüdiger Altmann fragt und antwortet in der »Frankfurter Allgemeinen«:

Aber wie stand es mit Carl Schmitts Antisemitismus? Er hat ihn, wie man seinem »Glossarium« der Jahre danach entnehmen kann, auch später nicht glaubwürdig begründen können.

Altmann hat extra im »Glossarium« nachgesehen. Er ist enttäuscht. Was, wenn Schmitt den Antisemitismus später glaubwürdig hätte begründen können? Wenn sich darin der Vordenker der Vergaser nicht als Versager erwiesen hätte? Dann müßte die ganze Geschichte des Holocausts umgeschrieben werden. Von Rüdiger Altmann.

Mathe-Leistungskurs in der »Taz«:

Zwei Drittel der Anträge zur Pflegeversicherung werden abgelehnt... Macht 66,6 Prozent.

Seit Einführung dieser Versicherung wurde nahezu jeder dritte Antrag auf Hilfe abgelehnt.

Macht 33 Prozent.

Bis Ende Oktober hatte der Medizinische Dienst der Krankenkassen fast 1,5 Millionen Anträge begutachtet. In 426.000 Fällen lautete ihr Urteil: abgelehnt.

Macht 28,4 Prozent. Aufgabe: Errechne die Verschnittmenge in Promille.

Mathe-Klassenarbeit in der Berliner »Wochenpost«:

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, die wichtigste Form der Sozialhilfe also, bezogen 1991 gesamtdeutsch 3,9 Prozent der Bevölkerung. 1993 waren es schon 4,8 Prozent

Was bedeutet das? Lösung in einer Zwischenüberschrift der Berliner »Wochenpost«, fünf Zentimeter neben der Erstmitteilung:

In Deutschland geht die Armut zurück.

Früher, anno Adam, war sie ein Riese.

Wer hat Amerika entdeckt? Die Indianer. Sie wußtens nur nicht. Wie dieser hier:

In Frankreich brennt's immer. Das ist eine uralte Tradition.

Vor tausend Jahren schon, als diesseits des Rheins die Allemannen lebten, hausten jenseits die Pyromannen.

Regierung und Verwaltung machen Vorschläge, dann gibt's einen Riesenausbruch, es brennt, Straßen werden gesperrt, Gemüse und Pflastersteine fliegen,

alz wennze Opel wärn,

und irgendwann dann wird versucht, zu verhandeln. Je zentralistischer aber ein System, desto archaischer wird es letztlich, weil immer alles auf einen Showdown hinausläuft. Das föderative deutsche System ist moderner, weil Widersprüche austariert werden können. Wenn die Konfrontation also immer nur die bleibt: Regierung – Straße, Präsident – Straße, dann fehlt Frankreich jene Modernisierung, die es sowieso braucht, auch, um euro-compatibel zu werden.

Und schwupp hat Cohn-Bendit, der alte Häuptling der Stadtindianer (Häuptling – Straße, Abgeordneter – Straßenverkehrsordnung), ganz ohne es zu merken, entdeckt, was ein modernes Europa ist: ein deutsches. Hugh!

Gerhard Mayer-Vorfelder, Präsident des VfB Stuttgart und Finanzminister von Baden-Württemberg, beichtet:

Links steht für mich zu oft als Synonym für Gleichmacherei, Schwächung der Leistungsträger, diktatorische Gesellschaftsformen, sowie häufig für Bonzentum. Links heißt für mich Mißwirtschaft und Schuldenmacherei.

Er hat, wg. Überlastung als völkischer Mehrfachbonze, vergessen: Kriminalität, Gotteslästerung, Schwarzarbeit, Aids, Inflation, Homosexualität, Onanie und die dritte Strophe des Deutschlandlieds.

Für ein Jahresgehalt von 1,3 Millionen Mark soll der Bauer-Verlag versucht haben, der »Woche« ihren Chefredakteur abzuwerben. Heinrich Bauer scheint zu jenen selten gewordenen Mäzenen zu zählen, die sich von verlegerischem Mißerfolg (verkaufte Auflage der »Woche« nach einer Investition von 60 Millionen Mark: 40.000 Exemplare) nicht in der Bewunderung journalistischer Bravour beirren lassen. Recht hat er. Man lese nur den säkularen Leitartikel »S.O.S. Kohl – Neuwahl-Debatte, Steuer-Desaster, Konjunktur-Tief, Unternehmer-Schelte, Euro-Debakel: Plötzlich ist der Kanzler in Nöten« von Manfred Bissinger:

Vor sechs Wochen noch strahlte auf Helmut Kohl die Sonne unumschränkter Macht. Niemand hätte auch nur eine Mark darauf verwettet, daß der im wörtlichsten Sinne Riesenstaatsmann so bald ins Straucheln kommen könnte.

Nicht mal eine von 1,3 Millionen?

Die Regierung steht schon seit 1994 auf schwankendem Grund.

Warum ahnte man nichts?

Die Existenzkrise der Sozialdemokraten und ihr spektakuläres Personengerangel überdeckten die tiefen Zweifel am Koalitionsla-ger.

Wessen tiefe Zweifel es waren, die sich vom Gerangel überdecken ließen, wird nicht ausgeführt, aber

erst jetzt werden ihre (der Regierung) Schwächeanfälle registriert... Selbst ein fauler Kompromiß wie das Ladenschlußgesetz ist im Koalitionsgestrüpp hängengeblieben.

Was, wo das Gestrüpp auf schwankendem, von Gerangel unverdecktem, tiefem Grund des Zweifels steht, wahrlich kein Wunder ist.

Das Klima ist rauh geworden; ausgerechnet jetzt leidet der Juniorpartner FDP am Haifisch-Syndrom.

Die Sonne wich der ewigen Nacht, das Gestrüpp auf schwankendem, von Gerangel unverdecktem, tiefem Grund des Zweifels ging im Ozean unter, auf dessen Vulkan der letzte Mambo von Altona getanzt wird:

Der Dilettantismus des Parteivorsitzenden, mit dem er das Personenkarussell in Gang gesetzt hat... Kein Wunder, daß der Kanzler seinen Mannen »Luken dicht« befohlen hat... Wenn es der Opposition gelingen sollte, Alternativen aufzuzeigen, dann muß für die Regierung Schleudertrauma diagnostiziert werden. Tatsächlich ist schwer zu verstehen, warum es keine Politikentwürfe geben sollte, die aus der Sackgasse führen... Die Regierung hat sich in ihren eigenen Fallstricken verfangen.

Es kommt, wie im griechischen Drama, ein Mißgeschick zum andern: Steckt man schon in der Sackgasse, liegen überall Fallstricke herum, rechts lauert ein Schleudertrauma, links sind die Luken dicht, oben dreht sich das Personenkarussell, unten schwimmen die Haifische, stockdunkel ist's und arschkalt, bis der Autor auf die Bühne tritt:

Wenn die SPD aber Denker wie Dahrendorf aktivieren könnte, dann würde es wohl eng für den Kanzler – und in Deutschland kämen die versteinerten Verhältnisse endlich wieder in Bewegung.

So hat er durch seiner Worte Gewalt alles doch noch zu einem guten Ende gebracht. Ein Laokoon im Blaubeerwald.

Vorsicht, hier kommt die Sitte, verkörpert durch den »Bild«-Kommentator Jörg F. Hüls:

Der Sport-Reporter T.

(Der Name ist natürlich vollständig ausgeschrieben.)

Früher machte er von sich reden – mit seinen tollen Reportagen. Jetzt ist er ins Gerede gekommen. Mit einem Bordell-Besuch. Eigentlich Privatsache. Aber nicht mehr, wenn er anschließend auf öffentlich-rechtlichem ZDF-Briefpapier die Rechnungen der Prostituierten anzweifelt. T., der so begeistert über Tore berichtet hat, hat ein Selbsttor geschossen. Was seine Frau dazu sagen wird? Das ist wieder seine Privatsache!

Weshalb die Frage nach ihr einem Publikum von zehn Millionen Lesern vorgelegt wird. Und weil wir gerade im Bordell sind: Da hat, einem Bericht der »Frankfurter Allgemeinen« zufolge, Fidel Castro geklagt, man habe den Frauen des Landes doch nicht deshalb einen Universitätsabschluß ermöglicht, daß sie anschließend auf den Touristen-Strich gehen. Zum Zeichen seiner Mißbilligung ließ Castro die Huren aus einer von deutschen Korrespondenten und anderen Freiern bevorzugten Hotelhalle entfernen. Was nun machen die »Süddeutsche Zeitung« und ihre Mitarbeiterin Eva Karnofsky aus dem Fall? Sie machen dies:

Das neue Paradies der Sextouristen/ Aber Fidel Castro ist stolz darauf, daß die Prostituierten seines Landes einen Universitätsabschluß haben... Wohl nie zuvor hat ein Staatschef für die Prostitution in seinem Lande auch noch offen geworben: In Cuba hätten die Prostituierten Universitätsabschluß, erklärte Fidel stolz. Ihm ist inzwischen jedes Mittel recht, dem Staat Devisen zu verschaffen.

Zwei Fälle, dem Lob eines Dichters gewidmet, dessen Erkenntnis, daß verglichen mit einer Zeitung ein Puff eine über jeden sittlichen Zweifel erhabene Einrichtung ist, demnächst ihren hundertsten Geburtstag feiert.